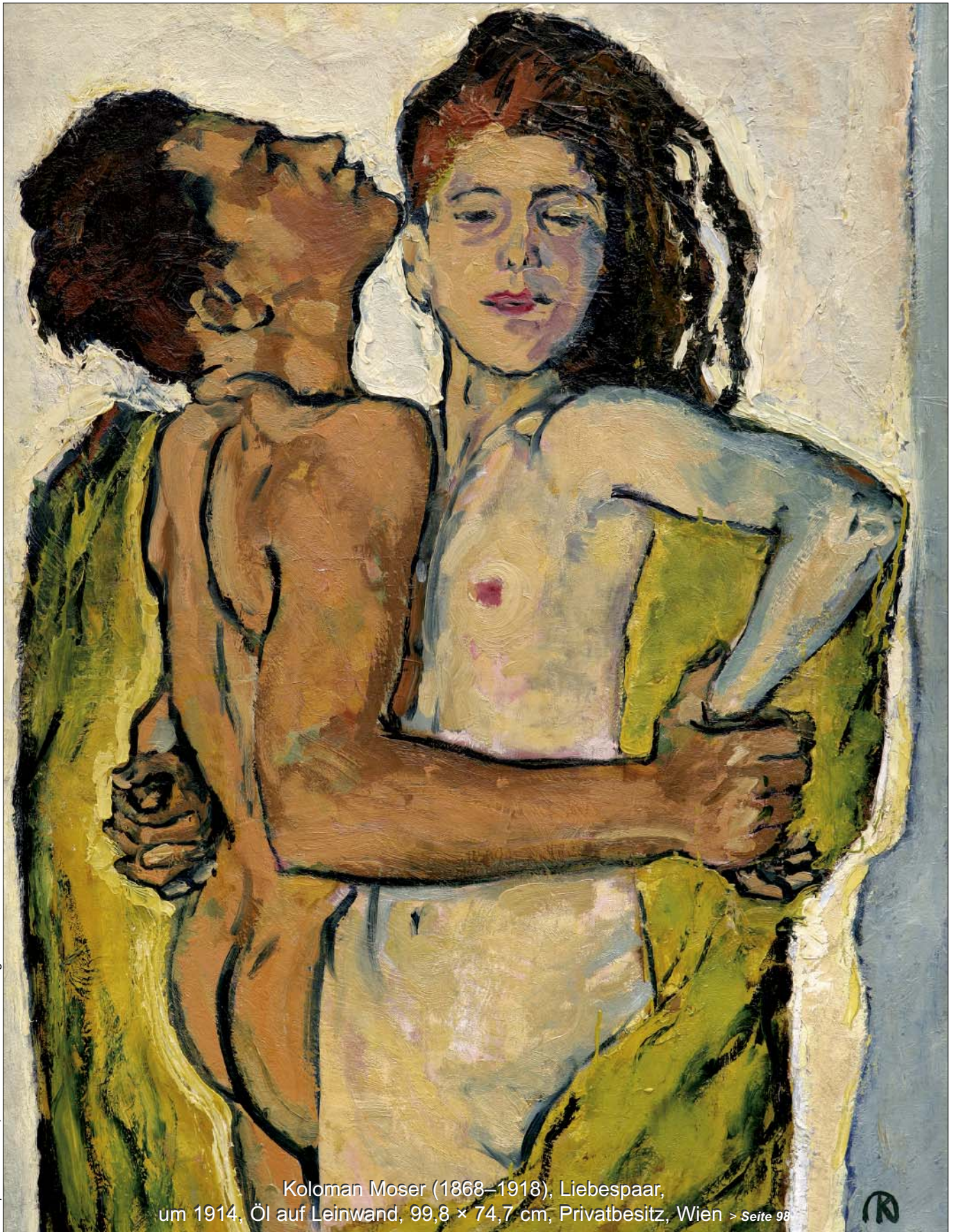




Koloman Moser (1868–1918), Liebespaar,
um 1914, Öl auf Leinwand, 99,8 × 74,7 cm, Privatbesitz, Wien > Seite 98

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

am 26. Mai werden die EU-Wahlen abgehalten. Welche Programme Ihnen die im österreichischen Parlament vertretenen Parteien anbieten, können Sie unter diesen Adressen nachlesen:

ÖVP <https://www.dieneuevolkspartei.at/>
 SPÖ <https://www.spo.at/>
 FPÖ <https://www.fpo.at/>
 GRÜNE <https://gruene.at/>
 NEIOS <https://www.neos.eu/>
 JETZT <https://nr-klub.jetzt/>

Liebe Grüße aus Wien

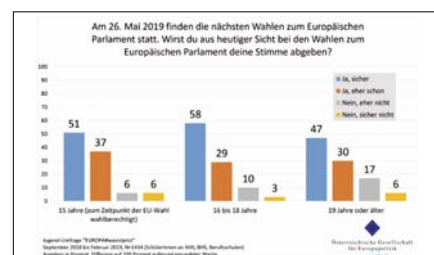
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 183

Aus der Hofburg	3	Anhaltende Unsicherheiten dämpfen Wachstumsaussichten	76
Aus dem Parlament	7	WIFO-Tourismusanalyse November 2018 / Februar 2019	78
Aus dem Bundeskanzleramt	13	Der Weinjahrgang 2018	80
Aus dem Außenministerium	18	Lückenschluß der Koralmbahn	81
Generalversammlung der Österr. Freunde von Yad Vashem	22	Neuer Wiener Fernbusterminal	82
Jugendliche und die EU-Wahlen	23	Neues Jüdisches Museum für Zeitgeschichte in Bad Erlach	83
Zeichen für den Frieden enthüllt	25	Vierbeiniger Neuzugang beim Bundesheer	84
300 Jahre Hafen von Triest	26	Sicheres Radeln rund um den Wörthersee	84
Salon Europa-Forum Wachau	27	Jedes Grazer Kind bekommt künftig ein Bäumchen	85
Oö. Touristiker tragen ein Stück Heimat in die Welt	28	Von der Gründung der Luftschiffstation Fischamend ...	85
Mehr oder weniger EU?	29	Frisches Grün trifft jungen Wein	86
Architekturschau im Steiermark-Haus in Brüssel eröffnet	30	In Niederösterreich öffnen sich im Frühling die Weinkeller.	86
Bilanz zur Nordischen Ski-WM	31	Einzigartige Erlebnisse rund ums Bier	87
Auswanderung aus dem Walgau	32	Goldene Ehrenzeichen im Doppelpack	88
Lebensqualität: Wien auf Platz 1	33	Goldenes Kulturerehnenzeichen des Landes OÖ an Martin Pollack	89
Neuer Spitzenwert für Österreich	35	Josef Krainer-Preise 2019	89
Einigung bei Darfur-Konferenz	39	Bischöfe wollen Opferschutz und Prävention verstärken	90
Wein: neuerlicher Export-Rekord	41	Nominierungen zum Bischof	91
Weltgrößtes urbanes Seilbahnnetz	42	Startschuß zur Innenrenovierung des Grazer Doms	92
SIGNA gehört Chrysler Building	44	Forschung zu uralter DNA	93
20 Jahre Euro. Von R. Troper	45	Wertvolle Handschrift aus dem 6. Jahrhundert	94
Neues Teilchenbeschleuniger-Experiment in Japan mit ÖAW	48	Neues Gen mit möglicher Rolle bei Metastasierung identifiziert	95
Ohne Fallschirm vom Weltraum zur Erde	49	Verstehen, wie das Herz nach einem Infarkt heilt	96
Internat. Bühne für junge Stars	50	Österreich ist 5G-Pionierland	97
Frau im Krieg	52	Wien 1900. Aufbruch in die Moderne	98
Doppeltes Jubiläum im Parlament	55	Arik Brauer – Alle meine Künste	103
-----		Von Danielle Spera	
»Burgenland Journal«		Erdruckt und erstochen	
Land als Partner der Gemeinden	61	Die Druckgrafik von Günter Brus	108
Solides Fundament für die Pflege	63		
Für mehr Verkehrssicherheit	65		
Wohnland Burgenland	67		
Erinnern auch über das Gedenkjahr hinaus	68		
»...jetzt geht was weiter!«	69		
Weinbautag 2019	70		
Auf den Spuren des Evangeliums	72		
Teilen für eine bessere Welt	73		
Das Mädli aus der Vorstadt	74		
Haydn und Liszt	75		



Bundespräsident spricht vor der UNO 3



Jugendliche zu EU-Wahlen 23

	Umsätze im Gesamtmarkt	Umsätze im Inland	Umsätze im Ausland	Umsätze im Gesamtmarkt	Umsätze im Inland	Umsätze im Ausland
Österreich	+ 6,5	+ 4,7	+ 3,4	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,1
Wien	+ 5,4	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,2	+ 16,7	+ 15,2
Niederösterreich	+ 6,7	+ 3,7	+ 2,5	+ 6,4	+ 4,9	+ 4,6
Burgenland	+ 4,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,4
Steiermark	+ 5,9	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,3
Kärnten	+ 9,8	+ 7,9	+ 4,8	+ 10,0	+ 2,2	+ 2,5
Oberösterreich	+ 6,9	+ 5,8	+ 4,3	+ 6,2	+ 5,0	+ 4,7
Salzburg	+ 7,9	+ 6,1	+ 2,6	+ 7,0	+ 0,1	+ 0,2
Tirol	+ 6,2	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,5
Vorarlberg	+ 5,4	+ 4,0	+ 1,4	+ 4,5	+ 3,0	+ 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO, WIFO-Daten-System, Macrobond, Unbereinigte Werte. Währungsmon. 1. November bis 30. April des Folgejahres. Summation: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. ... 1) Schätzung laut WIFO. ... 2) Februar 2019; Nachrechnung.

WIFO-Tourismusanalyse 78



Forschung zu uralter DNA 93



Arik Brauer – Alle meine Künste 103

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Foto S. 1: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger; S. 2: HBF / Peter Lechner; Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung; Luis Benítez de Lugo Enrich und José Luis Fuentes Sánchez/Opidda; Brigitte Lüttge-Dauth

Aus der Hofburg

Eine Auswahl an Terminen von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Litauen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 1. März seine litauische Amtskollegin Dalia Grybauskaitė in der Präsidentenkanzlei getroffen. Alexander Van der Bellen bedankte sich bei der ehemaligen EU-Kommissarin für ihre Unterstützung seiner Klimainitiative im Vorfeld der jüngsten Klimakonferenz COP24 in Katowice in Polen.

„Präsidentin Grybauskaitė und ich haben vereinbart, in Sachen Kampf gegen den Klimawandel weiter eng zu kooperieren. Litauen liegt in internationalen Klimaschutz-Rankings stets sehr weit vorne. Das Land baut die Nutzung erneuerbarer Energien konsequent aus“, so der Bundespräsident.

Grybauskaitė wurde 2009 zur ersten Präsidentin ihres Landes gewählt und 2014 für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Von 2004 bis 2009 war sie EU-Haushaltskommissarin.



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen dankte Dalia Grybauskaitė für Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel.

Katar

Im Mittelpunkt der Gespräche des Bundespräsidenten mit dem Emir des Staates Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani, und seiner Delegation standen am 5. März einerseits bilaterale Themen insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen, andererseits die Situation in der Golfregion und im Nahen Osten, aber auch die bevorstehende Fußball-WM 2022 in Katar.

Rund 150 österreichische Firmen sind schon jetzt in Katar aktiv, davon haben 15 auch Zweigstellen oder Tochtergesellschaften im Land. Österreichische Unternehmen sind beteiligt an der Herstellung wichtiger Infrastruktur wie etwa einem U-Bahn-Bau und dem Bau des Al-Waka-Stadiums für die Fußball-WM 2022. Katar zeigte sich im Gespräch auch sehr interessiert an einer Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich.

Inhalt des Gespräches waren damit zusammenhängend auch die notwendigen Verbesserungen der arbeitsrechtlichen Lage von Gastarbeitern und der Menschenrechte in Katar. Katar hat als erster Golfstaat, das sogenannte Kafala-System, das Arbeitnehmer weitgehend rechtlos hält, teilweise abgeschafft. Der Bundespräsident würdigte diese Fortschritte, die auch von der International Labour Organisation bestätigt werden, und



Foto: HBF / Carina Karlovits

Der Bundespräsident überreichte dem Emir einen Fussball des österreichischen Nationalteams mit den Unterschriften aller Teamspieler darauf.

wies darauf hin, daß noch einiges zu tun sei.

Intensiv besprochen wurde im Zusammenhang mit der Golfkrise die Lage in der Golfregion und die spezifische Situation von Katar, weiters das JCPOA mit dem Iran und der Nahostfriedensprozeß. Der Bundespräsident betonte in diesem Zusammenhang die besondere Beziehung Österreichs mit Israel.

Ein letzter Gesprächspunkt war die be-

vorstehende Fußball WM 2022. Der Bundespräsident überreichte dem Emir einen Fußball des österreichischen Nationalteams mit den Unterschriften aller Teamspieler darauf. „Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Durchführung der WM 2022. Und ich hoffe sehr, daß sich das österreichische Nationalteam dafür qualifiziert“, so der Bundespräsident.

Österreich, Europa und die Welt

USA/Wien

Beim ersten „Tipping Point Talk“ der ERSTE Stiftung über „Identity Politics – The Demand for Dignity and the Nation State's Future“ begann Yoshihiro Francis Fukuyama am 7. März seinen Vortrag mit einer Analyse der globalen Krise der Demokratie, die von nationalistischen Populisten ausgehe. Demokratie selbst sei für Fukuyama ein Ausdruck von Würde, während autoritäre Regime die Würde ihrer BürgerInnen nicht respektierten. Heute vereine die Angst, daß Immigration die nationale Identität unterminiere, alle populistischen Bewegungen, was in vielen Ländern eine Gefahr für liberale Demokratie darstelle.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen betonte in der Podiumsdiskussion, daß im Weltmaßstab alle Staaten Europas klein seien. „Nationalismus und Populismus können zu einer Verzerrung der europäischen Staaten führen. Damit wir auf der Weltbühne bestehen können, muß Europa effizienter und weltpolitikfähig werden. Dazu brauchen wir transnationale Institutionen, um die gemeinsamen Interessen der europäischen Staaten zu bündeln. Zum Glück haben wir sie mit der EU schon.“

Rußland

Der Bundespräsident traf am 14. März den russischen Außenminister Sergej W. Lawrow zu einem rund 30minütigen Gespräch. Der Außenminister nahm an diesem Tag an der Jahrestagung der UN-Suchtgiftkommission am Vienna International Center teil und bat um einen Termin zum Gedankenaustausch.

Gesprächsthemen waren die Beziehungen zwischen der EU und Rußland im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine. Der Bundespräsident betonte dabei, daß Österreich im Einklang mit der EU die Sanktionen mitträgt, zugleich aber mit Rußland, einem wichtigen Partner, im Dialog bleiben will. Alexander Van der Bellen plädierte auch für einen Gefangenenaustausch inklusive Regisseur Oleh Sensow. Abschließend wurde auch die aktuelle Lage in Venezuela besprochen.

Bolivien

Der Bundespräsident hat am 14. März den bolivianischen Präsidenten Evo Morales in der Hofburg empfangen, auch er war zur Jahrestagung der UNO-Suchtstoffkommission nach Wien gekommen. Van der Bellen hat gegenüber Evo Morales, der das Amt des Präsidenten seit 2006 innehat, unter anderem



Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Yoshihiro Francis Fukuyama



Der Bundespräsident mit Außenminister Sergej W. Lawrow auf dem Weg zum Gespräch



Evo Morales hat das Amt des Präsidenten seit 2006 inne.

Österreich, Europa und die Welt

die innenpolitische Lage in Bolivien in Hinblick auf die bevorstehende Wahl angesprochen. Der Bundespräsident betonte „die Wichtigkeit einer fairen Wahl“. Die aktuelle Lage in Venezuela und mögliche Auswege aus der Krise sind ebenfalls „ausführlich besprochen“ worden.

Evo Morales ist derzeit der am längsten amtierende Präsident Südamerikas. In diesem Jahr will er sich bis 2025 wiederwählen lassen.

Van der Bellen hob in dem rund 30minütigen Gespräch die „langjährige freundschaftliche Beziehung zwischen Österreich und Bolivien“ hervor.

Slowakei

Der Bundespräsident hat am 21. März den slowakischen Präsidenten Andrej Kiska zu einem Abschiedsbesuch empfangen. Als Zeichen der Verbundenheit mit der Slowakei und der persönlichen Wertschätzung fand dieser Besuch in einer informelleren Umgebung, in Weiden am Neusiedlersee, statt.

Die Gesprächsthemen bei dem Treffen im Burgenland waren die aktuelle Lage in der Slowakei nach der ersten Runde der Präsidentenwahlen und ein Jahr nach dem Mord am Journalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirova sowie die bevorstehende Inbetriebnahme der Reaktorblöcke



Foto: HBF / Peter Lechner

Treffen mit dem slowakischen Präsidenten Andrej Kiska am Neusiedler See

3 und 4 im AKW Mochovce. Weiters standne Gespräche über die bevorstehenden EU-Wahlen und die aktuelle Situation in der EU auf der Agenda.

New York

Am 28. März hat Alexander Van der Bellen in seiner Rede beim UNO-Klimaschutz-Treffen in New York eindringlich mehr Anstrengungen für den Klimaschutz gefordert.

Dabei zitierte er aus einem Brief der „FridaysForFuture“-Bewegung, der ihm von österreichischen Jugendlichen mitgegeben worden war. Das Schreiben ist an die Entscheidungsträger der UNO-Generalversammlung gerichtet.

„Wir sind die größte Klimabewegung der Welt. Wir sind die Stimmen der nächsten Generation. Wir fordern Veränderung – und wir fordern sie jetzt“, zitierte Alexander Van



Foto: HBF / Peter Lechner

Ein Blick auf die 73. UN-Generalversammlung in New York

Österreich, Europa und die Welt

der Bellen die heimischen Jugendlichen. Die Aktivistinnen waren eine Woche zuvor in der Wiener Hofburg zu einem Gespräch eingeladen gewesen. Der Bundespräsident übergab diesen Brief vor seiner Rede der Präsidentin der 73. UN-Generalversammlung, Maria Fernanda Espinos Garcés.

Österreich hat 2018 das heißeste Jahr seit Beginn der Meßgeschichte verzeichnet, informierte Alexander Van der Bellen die anwesenden Staats- und Regierungschef sowie Delegierten beim Klimaschutz-Treffen „Climate and Sustainable Development for All“ im UNO-Hauptquartier. Diesen Temperaturrekord habe es gegeben, währenddessen „Polarkappen und Gletscher schmelzen, Meeresspiegel steigen“. Wer sich dagegen ausspreche, daß diese grundlegenden Änderungen durch Menschen verursacht werden, ignoriere die Wissenschaft, konstatierte der Bundespräsident. Die bisherigen Bemühungen reichten nicht aus, um die Erderwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. „Wir alle müssen mehr tun. Wir alle hätten schon mehr machen müssen.“

Alexander Van der Bellen erinnerte an die „FridaysForFuture“-Bewegung, bei der bereits Millionen junge Menschen für mehr Klimaschutz demonstriert haben. Die Klimakrise könne nicht durch eine Politik gelöst werden, die Einzelne auffordert, zu handeln, gaben die österreichischen Jugendlichen dem Bundespräsidenten mit auf den Weg. Vielmehr müsse die Politik Rahmenbedingungen schaffen, daß eine „nachhaltige Veränderung möglich ist“. Es liege an den politischen Verantwortlichen, „die nächsten Schritte zu unternehmen“, richtete Alexander Van der Bellen die Botschaft der Jugendlichen aus. „Sie versuchen zu reparieren, was wir zerstört haben“, betonte der Bundespräsident. „Unseren Planeten. Jetzt müssen notwendige Veränderungen stattfinden.“

Inklusive des österreichischen Staatsoberhauptes haben bereits 19 europäische Staats- und Regierungschefs eine von ihm gestartete Initiative für mehr Klimaambition unterzeichnet. Dieser Schwung müsse beibehalten werden, weshalb Alexander Van der Bellen seine Kampagne global ausweiten möchte. „Ich hoffe aufrichtig, daß viele von Ihnen mitmachen werden“, richtete der Bundespräsident seine Worte an die anwesenden Entscheidungsträger. „Laßt uns damit weitermachen, Jung und Alt, für die zukünftigen Generationen, für den einen Planeten, den wir haben.“

<http://www.bundespraesident.at>

Quellen: APA/Tipping Point Talks/prk



Österreichische Jugendlichen übergabe dem Bundespräsidenten ein Schreiben, das an die Entscheidungsträger der UNO-Generalversammlung gerichtet war ...



... und das er in New York vor seiner Rede der Präsidentin der 73. UN-Generalversammlung, Maria Fernanda Espinos Garcés, übergeben hat.



Fotos: HBF / Peter Lechner

Inklusive des österreichischen Staatsoberhauptes haben bereits 19 europäische Staats- und Regierungschefs eine von ihm gestartete Initiative für mehr Klimaambition unterzeichnet.

Aus dem Parlament

Eine Auswahl an Terminen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Veranstaltungen und internationalen Besuchen



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Bildmitte von links: Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Lothar Höbelt, Institut für Geschichte, Universität Wien, Gerhard Zeihsel, Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Norbert Kapeller, Generalsekretär des Verbands der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)

Für ein Europa freier Völker und Volksgruppen

Ein Appell zur Versöhnung, zu einer ehrlichen Geschichtsbetrachtung ohne Ressentiments und einer gemeinsamen Zukunft in einem friedlichen, demokratischen Europa, in dem das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben geschützt wird, zog sich am 2. März wie ein roter Faden durch alle Reden im Rahmen der Veranstaltung „Für ein Europa freier Völker und Volksgruppen“ im Parlaments-Ausweichquartier in der Hofburg. Eingeladen hatten dazu Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Dritte Präsidentin Anneliese Kitzmüller gemeinsam mit dem Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich.

„Es ist ein besonderes Kennzeichen eines demokratischen Staates, wie dieser mit seinen Minderheiten umgeht“, betonte Sobotka. Aufgabe der Politik sei es, das zu berücksichtigen und ein selbstbestimmtes Leben auf der Basis der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. „Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker gilt es, auch weiterhin zu schützen. Ein gemeinsames Europa ist ein Schutz für alle“, so Kitzmüller.

Die Veranstaltung erinnerte an die 54 Sudetendeutschen, die am 4. März 1919 friedlich für die Eingliederung ihrer Heimatgebiete in Böhmen, Mähren und Österreich-Schle-

sien in die neu gegründete Republik Deutschösterreich unter Berufung auf das von Präsident Woodrow Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker demonstriert hatten und durch die einschreitende tschechische Miliz getötet wurden. Über 100 Menschen wurden verwundet. Den Festvortrag hielt der Historiker Lothar Höbelt. Einleitende Worte kamen vom Generalsekretär des Verbands der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich, Norbert Kapeller, sowie vom Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, Gerhard Zeihsel. Das Totengedenken an die Opfer hielt Domdekan Prälat Karl Rühringer. Für die musikalische Umrahmung sorgte „Harmonia Classica“. Unter den rund 250 Gästen befanden sich der ehemalige Nationalratspräsident Andreas Khol sowie Vertreter der Botschaft der Tschechischen Republik und PolitikerInnen aller Parteien.

Sobotka: Es geht um ein selbstbestimmtes Leben auf Basis der Rechtsstaatlichkeit

Der Nationalratspräsident appellierte einmal mehr, gemeinsam in die Vergangenheit zu blicken, um für die Zukunft Konsequenzen zu ziehen. In diesem Sinne hob er die Bedeutung des Gemeinsamen Österreichisch-Tschechischen Geschichtsbuchs von 20 HistorikerInnen hervor, dessen Aufgabe es ist,

die gemeinsame und trennende Geschichte der beiden Länder und ihrer Gesellschaften darzustellen. Sobotka rief einmal mehr zu einem ehrlichen und ernst gemeinten Geschichtsbewusstsein auf: „Jeder muß sich seiner Geschichte stellen, sonst stellt ihn die Geschichte.“

Viele hätten 1918 auf die Worte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson über das Selbstbestimmungsrecht der Völker vertraut, in der Realität hätten die Menschen Hunger, Leid, Flucht und Vertreibung erlitten. Übertroffen habe dies dann der Zweite Weltkrieg und seine Folgen. Als Konsequenz dieser Katastrophen gelte es nun, den Schutz und die Förderung der Rechte von Minderheiten auf multilateraler Ebene zu verankern, wie dies etwa durch das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten geschehen sei. Es ist seit Juli 1998 in Österreich in Kraft. „Unsere heutige Aufgabe ist es, den unterschiedlichen Sprachgruppen und Ethnien ein selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten“, unterstrich Sobotka, der in diesem Zusammenhang auf den in Österreich geltenden Minderheitenschutz durch die Anerkennung der sechs autochthonen Volksgruppen der Slowenen, Kroaten, Ungarn, Slowaken, Tschechen und Roma verwies. Er sehe es aber auch als eine wichtige Aufgabe der Außen-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seinen Begrüßungsworten

politik, auf die Situation deutschsprachiger Gruppen in anderen Ländern aufmerksam zu machen – dies ohne Revanchismus, aber „aus dem Bewußtsein heraus, woher wir kommen“. Es gehe darum, die Sprache, die Kultur und die Identität zu bewahren – es gehe um ein selbstbestimmtes Leben auf Basis der Rechtsstaatlichkeit. In diesem Sinne werde er auch bei seinem Besuch in Slowenien in der folgenden Woche mit VertreterInnen von Kulturvereinen der Volksgruppe zusammentreffen.

Kitzmüller: Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker schützen

Die Dritte Nationalratspräsidentin Annelese Kitzmüller ging näher auf die tragischen Ereignisse vom 4. März 1919 in Städten der sudetendeutschen Gebiete wie Karlsbad, Kaaden, Mährisch Sternberg, Eger, Mies oder Arnau ein: „Vor 100 Jahren lagen Freiheit und Unterdrückung eng beieinander. Während in Wien am 4. März 1919 die Konstituierende Nationalversammlung zusammentrat, gingen in den Städten des Sudetenlandes die deutschsprachigen Einwohner auf die Straße und folgten somit den Aufrufen aller Parteien zu Demonstrationen, um das proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für sich einzufordern“, sagte sie. Wie diese friedlichen Demonstrationen in den Städten endeten, habe auch die Regierung in Wien und die Nationalversammlung entsetzt. So habe der Staatssekretär des Äußeren Otto Bauer eine Note nach Prag geschickt und auch das Präsidiumsmitglied in der Nationalversammlung Karl Seitz habe, so wie Abgeordnete aller Parteien, die Vorfälle verurteilt.

Trotz unterschiedlicher weltanschaulicher Standpunkte hätten all diese Aussagen einen Nenner gehabt, den es auch weiterhin zu schützen gelte: Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker. „Dabei geht es nicht um Aufrechnung von Schuld oder gegenseitige Schuldzuweisungen, sondern darum, aus Fehlern und Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu lernen“, stellte Kitzmüller fest.

Der Versöhnungsgedanke ohne Schuldzuweisung muß im Vordergrund stehen

Auch Norbert Kapeller und Gerhard Zeihsel stellten den Versöhnungsgedanken und die gemeinsame europäische Zukunft in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. „Versöhnung braucht Wahrheit“, so Kapeller. „Wir reichen heute die Hand zur Versöhnung, weit weg von Schuldzuweisungen und Ressentiments.“ „Unrecht dürfe sich nicht wiederholen, das Gedenken sei Ausdruck der Mahnung für Gegenwart und Zukunft.“

Zeihsel unterstrich die Notwendigkeit stärkerer Minderheitenrechte in der EU und eines internationalen Minderheitenschutzes. Er wolle ein solches Europa mit der tschechischen Partnerschaft.

Höbelt: Geschichte in einem breiteren Kontext sehen

Die Geschichte der Völker in einem richtigen und vor allem breiten Kontext zu sehen, dafür plädierte der Historiker Lothar Höbelt. Er merkte an, Geschichte werde oft in ihren kurzfristigen Zusammenhängen gesehen und die Aufarbeitung der Vergangenheit beschränke sich auf Opfer- und Trauerarbeit. Höbelt erläuterte das an der Aussage des Philosophen Rudolf Burger, der die

Vergangenheitsbewältigung als „Floskel“ bezeichnet. Diese sei aus der Psychoanalyse entlehnt, wo es darum gehe, die Vergangenheit zu bewältigen und dann ad acta zu legen. „Wir wollen die Erinnerung an die Vergangenheit aber wachhalten“, betonte Höbelt. „Andere Länder sind uns in diesem Punkt voraus, wenn sie Geschichte in einem weiteren Rahmen betrachten. Man muß die kritischen Punkte schon sehen – aber man muß dann auch stolz sein auf seine Geschichte.“

In seiner Festrede erläuterte Höbelt, wie es zu den Geschehnissen rund um die Aufstände Sudetendeutscher in mehreren Städten in Böhmen und Mähren am 4. März 1919 gekommen war. Höbelt wies auf die Ausgrenzung der Verlierer des Ersten Weltkriegs hin, insbesondere Deutschlands und Russlands, als es um die Neuordnung Europas ging. Der Zerfall der Habsburger-Monarchie habe eine gewisse Logik in sich gehabt, nachdem das Kaiserreich den Krieg verloren hatte. Die USA zogen sich in den Isolatismus zurück. Vor diesem Hintergrund wurde am 12. November 1918 die Republik Deutschösterreich ausgerufen und im Februar 1919 die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung abgehalten. Diese trat am 4. März 1919 zu ihrer ersten Sitzung zusammen – zu einem Zeitpunkt, als die Friedenskonferenz noch nicht begonnen hatte und als eine Reihe von Gebieten noch umstritten war.

Frankreich hatte der Tschechoslowakei versprochen, ihr die Grenzen zugestehen, die sie verlangte. In den sudetendeutschen Gebieten der Tschechoslowakei hatten die tschechischen Besatzer verhindert, daß die Menschen zur Wahl gingen. In Wien gab es die Tendenz, Vertreter der Sudetendeutschen, auch ohne gewählt zu sein, in die Konstituierende Nationalversammlung aufzunehmen. Damit wäre ein Drittel der Abgeordneten nicht demokratisch gewählte Repräsentanten gewesen. Dagegen sprachen sich weite Teile der sozialdemokratischen Mehrheit des Landes aus. Vor allem der Obmann der Sozialistischen Partei, Josef Seliger, verlangte von den Abgeordneten, „es sich nicht in den Wiener Fauteuils bequem zu machen“, und rief dazu auf, Widerstand an Ort und Stelle zu leisten.

Lothar Höbelt erläuterte die milizartige Zusammensetzung des tschechoslowakischen Militärs. Und so habe sich eine Situation ergeben, in der das Militär die Nerven verlor. Die Folge waren insgesamt 54 Tote und zahllose Verletzte.

Österreich, Europa und die Welt

Sobotka auf offiziellem Besuch in Slowenien

Um neuen Schwung in die parlamentarischen Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien zu bringen, befand sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in der Woche 10. Woche auf einem offiziellen Besuch in Laibach. Zwischen beiden Ländern würden traditionell enge Verbindungen in historischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht bestehen, betonte Sobotka, natürlich gebe es aber auch zwischen Nachbarn immer offene Fragen. Diese werde man auch künftig konstruktiv thematisieren, stimmte er mit Parlamentspräsident Dejan Židan überein. Eine wertvolle Brücke für eine noch engere Zusammenarbeit seien dabei die Minderheiten auf beiden Seiten wie auch der Dialog zwischen den Parlamenten.

Im Gespräch mit Židan wurde von Sobotka auch die Situation der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien angesprochen. Diese sei auch weiterhin ein zentrales Anliegen Österreichs, die langjährige Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit werde vom Parlament parteiübergreifend unterstützt. Da es sich dabei um kein einfaches Thema handle, sei es umso wichtiger, im Gespräch zu bleiben und vonseiten Sloweniens den Dialog mit der österreichischen Volksgruppe zu führen. Auch die Lösung der Ortstafel-Frage in Kärnten sei ein langer Prozeß gewesen, erinnerte Sobotka. „Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Rechte der Minderheiten zu wahren und zu stärken“, wie der Nationalratspräsident einmahnte, zumal der Respekt gegenüber Minderheiten und Volksgruppen zu den zentralen Werten der Europäischen Union zähle.

Geeint sind Österreich und Slowenien in der Unterstützung für die Staaten des Westbalkans auf ihrem Weg in die Europäische Union. Sobotka und Židan stimmten darin überein, daß die EU glaubwürdig bleiben müsse, wenn es um die Beitrittsperspektive für die Region geht. Eine wesentliche Verantwortung in der europäischen Integration würden dabei auch die Parlamente einnehmen, so Sobotka, die europäische Nachbarschaft werde daher auch zentrales Thema beim Treffen der EU-ParlamentspräsidentInnen am 8. und 9. April in Wien sein.

Während seines Besuch traf der Nationalratspräsident auch mit Staatspräsident Borut Pahor, Premierminister Marjan Šarec sowie VertreterInnen der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien zusammen.



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der slowenische Parlamentspräsident Dejan Židan



Die österreichische Delegation (l.) während der Aussprache in Laibach



Der Nationalratspräsident zu Gast beim slowenischen Staatspräsidenten Borut Pahor

Fotos: Parlamentsdirektion / Katja Kodba

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Besuch einer Delegation des Regionalen Repräsentativrates von Indonesien mit VertreterInnen des Bundesrats

Delegation aus Indonesiens zur Aussprache mit BundesrätInnen

Eine Delegation der Regionalversammlung von Indonesien – also der zweiten Kammer des indonesischen Parlaments – traf am 13. März in Wien zu einem gedanklichen Austausch mit dem Vizepräsidenten des Bundesrats Magnus Brunner und Bundesratsmitgliedern zusammen.

Im Mittelpunkt der Aussprache mit den Gästen, angeführt von Ayu Koes Indriyah, Vorsitzende des parlamentarischen Kooperationsgremiums, standen insbesondere die Themen bilaterale Beziehungen, Bildung, Tourismus und Energie.

Beide Seiten bezeichneten die Intensivierung des Kontakts zwischen den zwei Ländern als erfreulich und gaben ihrer Hoffnung darüber Ausdruck, daß der Austausch zwischen den beiden Parlamenten und den zweiten Kammern enger wird. Ein möglicher Sektor zur Zusammenarbeit wäre aus Sicht von Ayu Koes Indriyah der Energiebereich. Da das Bevölkerungswachstum in Indonesien steige – wodurch es auch sehr viele junge Menschen gibt – gehe es dabei etwa um Möglichkeiten alternativer Energiegewinnung. Aber auch im Bildungs-, insbesondere im Berufsbildungsbereich und hinsichtlich Tourismus könnte aus ihrer Sicht Austausch und Zusammenarbeit verstärkt werden.

Von österreichischer Seite nahmen neben Magnus Brunner die BundesrätInnen Andrea Eder-Gitschthaler, Hubert Koller, Stefan Schennach und Stefan Zaggl sowie Christoph Längle und Gottfried Sperl an dem Treffen teil.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Der Vizepräsident des Bundesrats, Magnus Brunner, überreicht der Vorsitzenden des parlamentarischen Kooperationsgremiums, Ayu Koes Indriyah, ein Gastgeschenk.

Aus Sicht von Brunner ist eine Zusammenarbeit vor allem im Energiebereich von großem Interesse. Er erwähnte dazu das österreichische Ziel, bis zum Jahr 2030 die erneuerbare Energie zu 100 Prozent auszubauen. Hinsichtlich Tourismus warf Schennach unter anderem auf, Österreich könne hier Erfahrung als nachhaltiges Tourismusland mit „weichem Tourismus“, der nicht übertreibe, einbringen. Was Energie betrifft, wies Schennach insbesondere darauf hin, daß in Österreich aufgrund einer Volksabstimmung Atomkraft nicht zugelassen ist.

Auch Längle unterstrich, daß die Themen Tourismus und erneuerbare Energie für ihn wichtige Bereiche für die Beziehung zwischen den beiden Ländern darstellen. Eder-

Gitschthaler sprach einerseits den Bereich Tourismusausbildung an, interessierte sich aber auch für den Frauenanteil in der Politik in Indonesien. Mit einigen Ministerinnen – etwa Finanzministerin, Außenministerin, Gesundheitsministerin und Sozialministerin – haben der indonesischen Seite zufolge Frauen einige wichtige strategische Positionen im Land.

Weitere Themen, die im Zuge der Debatte angesprochen wurden, waren etwa Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit, Denkmalschutz, Tourismusförderung bzw. Steuern wie die Ortstaxe in Österreich, das Thema Plastikmüll und Mülltrennung, aber auch Entwicklungshilfe, das Flüchtlingsthema und der Bereich Migration.

Österreich, Europa und die Welt



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zu Besuch in Brüssel

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka befand am 19. März zu einem offiziellen Besuch in Brüssel, um mit dem Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, sowie Europaabgeordneten über den EU-Beitrittsprozeß der Westbalkanstaaten zu sprechen. Besorgnis äußerte der Nationalratspräsident dabei über die Geschehnisse bei den jüngst stattgefundenen gewaltsamen Oppositionsprotesten in Tirana. Albanien dürfe den eingeschlagenen positiven Reformpfad nicht verlassen. Er hoffe auf einen konstruktiven Dialog zwischen Regierung und Opposition, um den heuer ins Auge gefaßten Start der EU-Beitrittsverhandlungen nicht zu gefährden.

„Das Friedensprojekt ist erst dann vollständig, wenn auch die Staaten des westlichen Balkans Teil der gemeinsamen europäischen Zukunft sind“, bekräftigte Sobotka in Brüssel einmal mehr in diesem Zusammenhang. Die Heranführung des Westbalkans an die EU wird auch eines der zentralen Themen bei der Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen am 8. und 9. April in Wien sein.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und EU-Kommissar Johannes Hahn

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen unumkehrbar in den Köpfen und Herzen der Menschen am Westbalkan verankert sein

Zur Förderung der Staaten Südosteuropas auf ihrem Weg in die Europäische Union hat das Österreichische Parlament gemeinsam mit dem European Fund for the Balkans (EFB) und mit Unterstützung der ERSTE Stiftung ein Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen zur Stärkung der Demokratie am Westbalkan gestartet, das am 28. März im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Es ermöglicht sechs ParlamentsmitarbeiterInnen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien die parlamentarische Arbeit Österreichs sechs Wochen vor Ort kennenzulernen und im Nationalratsdienst, dem Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftlichen Dienst, der IT, der Kommunikation sowie in den EU-Angelegenheiten mitzuarbeiten. Die Initiative wurde mit einem Memorandum of Understanding zwischen der Parlamentsdirektion und dem European Fund for the Balkans besiegelt. Im Herbst werden die ersten StipendiatInnen erwartet.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte sein Anliegen, daß sich die historische Verantwortung Österreichs in dieser Region nicht nur im politischen Diskussionsprozeß oder der wirtschaftlichen Expansion zeigen soll, sondern auch in konkreten Initi-



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bedauert, daß die Integration des Westbalkans innerhalb der EU aufgrund anderer Themen auf der europäischen Agenda etwas ins Stocken geraten ist.

ativen des Parlaments. Ein friedliches Europa gebe es nur mit einer stabilen südosteuropäischen Region, es bedürfe großer Anstrengungen, Konflikte aus der Vergangenheit nicht wieder aufbrechen zu lassen.

Er bedaure, daß die Integration des West-

balkans innerhalb der EU aufgrund anderer Themen auf der europäischen Agenda etwas ins Stocken geraten sei. Deswegen gelte es, sich nicht nur um diese Region zu kümmern, sondern auch gegenüber skeptischen Mitgliedsstaaten seine Stimme zu erheben. Klar

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



v.l.: European Fund for the Balkans Milena Stefanovic, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Vertreter der ERSTE Stiftung Boris Marte

sei allerdings auch, daß es keinen „Beitritt light“ geben werde, auch die Staaten des Westbalkans müßten ihre Hausaufgaben machen. Gerade weil Fragen der Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der Demokratie zu den wesentlichen Punkten im Annäherungsprozeß des Westbalkans zählten, seien hier die Parlamente gefragt. Um den Kurs in Richtung EU unumkehrbar in die Köpfe und Herzen der Menschen zu verankern, sind für den Nationalratspräsidenten Initiativen wie das Stipendienprogramm auf Ebene der Parlamente als direkt gewählte Institutionen von besonderer Bedeutung.

Vonseiten des EFB erklärte Programmleiterin Milena Stefanovic, daß das seit 10 Jahren bestehende Stipendienprogramm des European Fund for the Balkans für Regierungsbeamte nun durch die Initiative von Nationalratspräsident Sobotka um eine eigene Schiene für ParlamentsmitarbeiterInnen erweitert wurde. Das österreichische Parlament ist das erste nationale Parlament, das in dieser Form mit dem EFB kooperiert und damit Vorreiter. Dies bedeute auch eine Stärkung und Unterstützung der Tätigkeiten des Fonds, insbesondere im Bereich des Aus- und Aufbaus von Verwaltungskapazitäten und der Institutionenbildung, in dem gerade die Parlamente eine wichtige Rolle einnehmen. „Es gibt kein stabiles Europa ohne ein stabiles Südosteuropa“, so Stefanovic, die StipendiatInnen würden wichtige MultiplikatorInnen in der Region sein und Anstoß zur Veränderung geben.

Boris Marte, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Erste Stiftung, gratulierte dem Österreichischen Parlament zum Stipendienprogramm und sagte, daß nicht genug Initiativen ins Leben gerufen werden könnten, die die europäische Partnerschaft in dieser Region fördern. Zeitgleich warnte er vor

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



v.l.: Vertreter der ERSTE Stiftung Boris Marte, Parlamentsdirektor Harald Dossi, European Fund for the Balkans Milena Stefanovic und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

dem zunehmenden Einfluß Rußlands, Chinas oder der Türkei am Westbalkan, Europa dürfe die demokratischen Kräfte in dieser Region nicht verlieren, denn davon gebe es viele. Der EFB als größter lokaler politischer Think Tank in der Region sei eine wichtige Initiative, um Kooperationen am Westbalkan zu unterstützen.

Die EFB Stipendien im österreichischen Parlament richten sich an Beamte der Parlamentsverwaltungen mit mindestens dreijähriger Berufserfahrung im öffentlichen Dienst. Das Programm hat eine Laufzeit von 13 Monaten (März 2019 bis April 2020). Nach dem Auswahlverfahren und den vorbereitenden Sprachkursen wird die erste Gruppe der StipendiatInnen im Herbst 2019, die zweite Gruppe im Frühjahr 2020 im österreichischen Parlament mitarbeiten. Während der Pilotphase wird die erste Ausgabe dieses Programms durch den EFB organisiert und

finanziert, dessen Unterstützung für den sechswöchigen Aufenthalt für die StipendiatInnen folgende Punkte beinhaltet: Das Stipendium, Reisekosten (inkl. Visum, Reise- und Krankenversicherung) sowie einen verpflichtenden Sprachkurs im Vorfeld. Am Ende des Programms werden alle sechs StipendiatInnen gemeinsamen in Wien ein Abschlußseminar absolvieren, im Rahmen dessen auch verschiedene Institutionen wie der Rechnungshof, die Volksanwaltschaft, die EU-Grundrechteagentur, die Internationale Anti-Korruptionsakademie, die Diplomatische Akademie und das Haus der EU vorgestellt werden.

Details und Informationen zum Stipendienprogramm finden Sie auf der Website des European Fund for the Balkans unter <http://www.balkanfund.org> <https://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aus dem Bundeskanzleramt

Eine Auswahl an Terminen von Bundeskanzler Sebastian Kurz



Foto: BKA / Arno Melicharek

Am 21. März nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz an der Veranstaltung der AJC mit der europäischen jüdischen Gemeinde teil.

Brüssel

Vor dem Treffen der EU-Staats- und Regierungsspitzen hielt Bundeskanzler Sebastian Kurz am 21. März in Brüssel eine Rede vor dem „American Jewish Committee“ (AJC). Er betonte dabei die Notwendigkeit, „die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Israel weiter zu stärken und jüdisches Leben zu schützen“. Der Bundeskanzler versicherte, daß er sich persönlich weiterhin konsequent für den Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus einsetzen werde. „Wir dürfen haßerfüllten Ideologien nie wieder die Chance geben, uns zu spalten. Das schulden wir allen Menschen in Europa, vor allem aber den jüdischen Gemeinden“, sagte Kurz.

„Österreich tut sein Bestes, um ein ehrlicher Unterstützer und Freund Israels zu sein, unsere Beziehungen sind heute stark“, so Kurz. Er sei für das jüdische Leben in Österreich dankbar. Auch wenn der traditionelle Antisemitismus in Österreich abnehme, sei er auf europäischer Ebene noch nicht vollends überwunden, soziale Medien würden hier eine zentrale Rolle spielen. „Europa ist der Kontinent der Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb ist die Sicherheit der jüdischen Gemeinde für Österreich ein wichtiges Anliegen, genauso wie die Bewußtseinsbildung und Auseinandersetzung mit Antisemitismus.“

Österreich habe im vergangenen Jahr einige Initiativen und Projekte gestartet und die Zusammenarbeit mit Israel weiter ver-



Foto: BKA / Arno Melicharek

stärkt. So habe man etwa zum 80. Jahrestag der November-Pogrome 70 Shoah-Überlebende ins Parlament eingeladen, den Bau einer „Namensmauer“ – ein Denkmal in Wien für die 66.000 jüdischen Opfer der Shoah aus Österreich – und den Bau eines Denkmals in Maly Trostenez unterstützt, wo im Jahr 1942 fast 10.000 österreichische Jüdinnen und Juden getötet wurden. Zudem habe man im November 2018 zu einer hochrangigen Antisemitismus-Konferenz in Wien geladen, deren Ergebnisse zur EU-Erklärung gegen Antisemitismus beigetragen hätten.

„Wenn ich auf die entsetzlichen Verbrechen der Shoah schaue, empfinde ich Trauer

und Schuld im Namen meiner Nation – und das wird sich nicht ändern.“ Heute empfinde er aber auch Dankbarkeit für den Fortschritt der Versöhnung, betonte der österreichische Bundeskanzler.

David Harris, der Vorsitzende des AJC und Sohn eines österreichischen jüdischen Holocaust-Überlebenden, dankte Sebastian Kurz für dessen „historische Meilenstein-Rede“. Der Bundeskanzler habe die Erkenntnis, daß die Vergangenheit nicht die Zukunft formen dürfe. „Unser guter Freund Sebastian“ habe „Leadership bewiesen“, sagte Harris und dankte dem Bundeskanzler für seine Freundschaft.

Österreich, Europa und die Welt

Vereinigte Arabische Emirate

Als den „wichtigsten Partner in der Region“ hob Bundeskanzler Sebastian Kurz am 25. März das Gastgeberland bei seinem Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) hervor. „Ziel unseres geplanten strategischen Partnerschaftsabkommens ist es, die bilaterale Zusammenarbeit mit dem Golfstaat zu intensivieren, und zwar in den Bereichen Energie, Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Transport und Gesundheit“, so der Bundeskanzler. Die Emirate seien unter den Staaten der Region besonders innovativ. Kronprinz Mohamed Bin Zayed al Nahyan Sorge dafür, daß ein verhältnismäßig kleines Land politisch weltweit eine wichtige Rolle spiele. Er erhielt vom österreichischen Regierungschef als Gastgeschenk der Republik einen Lipizzanerhengst. Die Unterzeichnung zweier Memoranden ermögliche die Zusammenarbeit im petrochemischen Bereich, inklusive der Evaluierung von Projekten im Rahmen der Erweiterung der Partnerschaft sowie Kooperationen im Zuge eines patentierten ReOil-Verfahrens. Sebastian Kurz bezeichnete den „Einstieg in einen visionären Bereich, der Beiträge zum Bundesbudget bedeutet“ als nachhaltig und gut für die Umwelt. Auf dem Programm standen unter anderem auch Gespräche mit Vizepremierminister Sheikh Mansour bin Zayed Al Nahyan und Außenminister Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan.

Im Beisein von Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan und dem Bundeskanzler unterschrieben die OMV und die Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) zwei Absichtserklärungen die darauf abzielen, Möglichkeiten gemeinsamer Projekte im Bereich Petrochemie zu eruieren.

Die Vereinbarungen wurde von Sultan Ahmed Al Jaber, Staatsminister der Vereinigten Arabischen Emirate und ADNOC Vorstandsvorsitzender, sowie Rainer Seele, Vorstandsvorsitzender der OMV, unterzeichnet.

Eine der Vereinbarungen sieht die Zusammenarbeit im petrochemischen Bereich vor, einschließlich der Evaluierung möglicher Projekte in Rahmen einer Erweiterung der bestehenden Partnerschaft. Sie umfaßt außerdem den Wissens- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf petrochemische Anlagen ebenso wie die Integration und Optimierung petrochemischer Prozesse in der Raffinerie. Darüber hinaus werden beide Unternehmen Möglichkeiten einer Unterstützung im Petrochemie-Marketing prüfen.

Die zweite Vereinbarung sieht vor, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Rah-



Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan



Rainer Seele (OMV) und Sultan Ahmed Al Jaber (Staatsminister der VAE) bei der Unterzeichnung zweier Absichtserklärungen im Beisein von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan



Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Sheikh Sabah al-Ahmad al-Jaber al-Sabah

Fotos: BKA / Dragan Tatlic

Österreich, Europa und die Welt

men des von der OMV patentierten ReOil®-Verfahrens auszuloten. Dieses innovative Verfahren wandelt Altkunststoffe in synthetisches Rohöl um, das wiederum zu Treibstoffen oder zu Grundstoffen für die Petrochemische Industrie weiterverarbeitet werden kann – ein maßgeblicher Beitrag zu einer nachhaltigen Zukunft. Laut MoU ist die Etablierung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vorgesehen, die die Realisierbarkeit einer ReOil®-Anlage in den Vereinigten Arabischen Emiraten evaluieren soll.

Kuwait

Den zweiten Tag seines Aufenthalts auf der Arabischen Halbinsel nutzte der Bundeskanzler unter anderem zu Treffen mit dem Emir von Kuwait, Sheikh Sabah al-Ahmad al-Jaber al-Sabah, Kronprinz Sheikh Nawaf al-Ahmad und Premierminister Sheikh Jaber Mubarak. Die politischen Gespräche sollten dabei auch als Türöffner für die österreichische Wirtschaft dienen. „In Kuwait sehen wir noch viel Luft nach oben“, bezog sich der Bundeskanzler auf die im vergangenen Jahr zurückgegangenen Waren- und Dienstleistungsexporte aus Österreich nach Kuwait, das von einem innovationsfreudigen Klima und von traditionellen Strukturen geprägt sei. Bedeutend sei das Land nicht nur dadurch, daß hier österreichische Unternehmen profitieren könnten, sondern auch durch seine politische Rolle: „Kuwait beteiligt sich nicht an den Sanktionen der anderen Golfstaaten gegen Katar und versucht zudem, deren wirtschaftliche Auswirkungen teilweise abzufedern.“



Gastgeschenk: Der Bundeskanzler bei der Übergabe eines Lippizzaners an Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan



Der Bundeskanzler mit dem Emir von Kuwait Scheich Sabah al-Ahmad al-Dschabir as-Sabah



Fotos: BKA / Dragan Tatic

Österreich, Europa und die Welt

Empfang für die Österreichischen Freunde von Yad Vashem



Foto: BKA / Dragan Tatic

Beim Empfang im Bundeskanzleramt (v.l.): Regierungssprecher Peter Launsky-Tieffenthal, Direktor Yad Vashem European Department Arik Rav-On, die israelische Botschafterin in Österreich, Talya Lador-Fresher, Vorsitzender Günther Schuster, Generalsekretärin Ulrike Schuster, Bundeskanzler Sebastian Kurz, die Direktorin des Jüdischen Museums Wien Danielle Spera und deren Gatte, NRAbg. Martin Engelberg

Bundeskanzler Sebastian Kurz empfing am 26. März VertreterInnen der Österreichischen Freunde von Yad Vashem zu einer Gesprächsrunde im Bundeskanzleramt. In Anwesenheit von Vorsitzendem Günther Schuster, Generalsekretärin Ulrike Schuster, Europadirektor Arik Rav-On, und der israelischen Botschafterin in Österreich, Talya Lador-Fresher, betonte Kurz, daß es für Österreich „ein zentrales Anliegen ist, die Beziehungen zu Israel weiter zu stärken und jüdisches Leben zu schützen“. Der Bundeskanzler versicherte, daß er sich weiterhin konsequent für den Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus einsetzen werde.

Die Bundesregierung hat sich bereits 2018 dazu bekannt, die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem für den geplanten Bau eines neuen „Shoah Heritage Collections Center“ mit einer Million Euro zu unterstützen. Das neue Zentrum soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, der 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden zu gedenken, den Holocaust weiterhin wissenschaftlich zu erforschen und so auch für zukünftige Generationen zu wirken. „Es ist uns ein besonderes Anliegen, Orte des Erinnerns zu unterstützen“, sagte der Kanzler. Die Bundesregierung wird auch weiterhin sicherzustellen, daß den Opfern des Holocaust weiterhin in einem würdigen und respektvollen Rahmen ge-



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.l.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, Raimund Fastenbauer und IKG-Präsident Oskar Deutsch

dacht werden kann. „Österreich tut sein Bestes, um ein ehrlicher Unterstützer und Freund Israels und der jüdischen Gemeinschaft zu sein“, so der Bundeskanzler.

Nach dem Empfang fand im Bundeskanzleramt die Verleihung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich an den Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Raimund Fastenbauer, statt. Er ist seit 2006 Ge-

neralsekretär der IKG Wien und seit rund 40 Jahren in der IKG aktiv. Unter anderem hat sich Raimund Fastenbauer für die Sicherstellung eines florierenden jüdischen Lebens in Österreich verdient gemacht, wofür er nun von Sebastian Kurz geehrt wurde.

Lesen Sie auch unseren Bericht über die Generalversammlung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem im Wiener Rathaus auf der Seite 22.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic



Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) bei der Einweihung eines Denkmals mit Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko

Weißrußland

„Minsk befindet sich auf einem guten Weg, sich stärker an der Europäischen Union zu orientieren, ohne dabei die guten Beziehungen zu Rußland aufzugeben. Dieses erfolgreiche Konzept kann auch als Vorbild für andere Staaten in der Region dienen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 28. März bei seinem Treffen mit dem weißrussischen Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko.

Der Präsident dankte dem österreichischen Regierungschef für den großen Beitrag, den der Bundeskanzler und Österreich für die Annäherung von Weißrußland an die EU leisten. Neben den bilateralen Beziehungen standen bei dem Gespräch vor allem auch das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Weißrußland sowie die Situation der Menschen- und Bürgerrechte im Fokus.

»Erinnerung an Shoah-Opfer hochhalten«

„Maly Trostinec ist der Name eines Ortes, den wir nicht vergessen dürfen“, sagte der Bundeskanzler anlässlich der Einweihung des Denkmals „Massiv der Namen“ im NS-Vernichtungslager Maly Trostinec zu Ehren der österreichischen Opfer der Shoah in Weißrußland. Bei der Gedenkfeier nahe Minsk waren unter anderem auch der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Oskar Deutsch, die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, sowie Waltraud Barton vom Verein „IM-MER“ (Maly Trostinec erinnern) anwesend.

Der Bundeskanzler erinnerte dabei daran, daß hier Menschen „in namenlosen Massengräbern bestattet wurden, um selbst die Erinnerung an sie auszulöschen“. Das Mahnmal „Massiv der Namen“ solle nun dazu dienen, zumindest die Erinnerung an die Getöteten



Im Bild im Wald mit Namen der Ermordeten Österreicher in Maly Trostinec (v.l.): die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, Waltraud Barton vom Verein „IM-MER“, Bundeskanzler Sebastian Kurz und IKG-Präsident Oskar Deutsch

hochzuhalten. „Ich bin tief berührt. Wir dürfen die Shoah niemals vergessen.“ Bereits vor seiner Abreise hatte Sebastian Kurz erklärt, daß Maly Trostinec neben Auschwitz als jener Ort mit „den meisten österreichischen Shoah-Opfer“ gelte. „Es ist mir daher sehr wichtig, daß wir gemeinsam mit Präsident Lukaschenko an die rund 10.000 in Maly Trostinec ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden erinnern.“

Das Denkmal „Massiv der Namen“ ist das erste nationale Mahnmal auf dem Gelände. „Damit setzt Österreich nach dem Gedenkjahr ein weiteres Zeichen, um seiner historischen Verantwortung für diese unfabaren Gräueltaten nachzukommen. Ich danke insbesondere der Initiative Malvine – Maly Trostinec Erinnern für ihren Einsatz“, so der Bundeskanzler. Im viertgrößten NS-Vernich-

tungslager nahe der Hauptstadt Minsk hatten insgesamt mehr als 200.000 Menschen den Tod gefunden.

Bei der zweitägigen Reise stand vor der Denkmaleinweihung bereits der Besuch des Waldes von Blagowschtschina, wo der Großteil der österreichischen Opfer ermordet worden war, auf dem Programm. Dort brachte Sebastian Kurz eine Gedenktafel für den Wiener Lehrling Arthur Loschitz an einem Baum an, der als 13jähriger in Maly Trostinec getötet wurde. Er wäre am 28. März 90 Jahre alt geworden.

Anschließend nahm der Bundeskanzler gemeinsam mit dem weißrussischen Ministerpräsidenten, Sergej Rumas, am „Abend der Erinnerung“ im Palast der Republik in Minsk teil.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

Aus dem Außenministerium

Eine Auswahl an Terminen von Außenministerin Karin Kneissl

Moskau

Außenministerin Karin Kneissl besuchte am 12. März die Russische Föderation, um gemeinsam mit ihrem Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau die Gemeinsame Erklärung über die Gründung des „Sotschi Dialogs“, einem bilateralen zivilgesellschaftlichen Dialogforum, zu unterzeichnen. „Wir sind in einer Sprachlosigkeit geendet, wir haben mehr Monologe, die nebeneinander stattfinden, als Dialoge. Nur im echten Dialog kann man klar heiße Eisen angreifen“, betonte Kneissl anlässlich der Unterzeichnung.

Ziel des Sotschi Dialogs ist die Förderung des zivilgesellschaftlichen Austauschs zwischen Österreich und der Russischen Föderation in den Bereichen Wissenschaft, Bildung sowie Kunst und Kultur. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Kooperation mit den russischen Regionen und Städten. Zudem sollen die erfolgreich abgehaltenen bilateralen Themenjahre, wie zum Beispiel das Gemeinsame Jahr des Jugendaustauschs 2019 oder das Gemeinsame Jahr der Literatur und des Theaters 2020/2021, in den Sotschi Dialog eingebunden werden.

„Dialog ist maßgeblich für die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und den Abbau von Mißtrauen und Stereotypen. Der offene Austausch ist ein wesentlicher Bestandteil der sehr guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Russi-



Außenministerin Karin Kneissl und der russische Außenminister Sergej Lawrow beim Unterschriften der gemeinsamen Erklärung zum „Sotschi Dialog“



Bei ihrem Treffen mit Menschenrechtsverteidigerinnen in Moskau (v.l.) Damelya Aitkhozhina, Human Right Watch, Irina Sherbakova, Memorial, Natalia Zviagina, Amnesty International, Außenministerin Karin Kneissl und die Schriftstellerin Alis Ganieva



Karin Kneissl mit dem schwarzen Hauskater des Michail Afanasyevich Bulgakov Museums in Moskau

schen Föderation. Der Sotschi Dialog soll dazu einen weiteren bedeutenden Beitrag leisten“, so die Außenministerin.

Im Gespräch mit Außenminister Lawrow wurden neben zahlreichen bilateralen Fragen auch eine Reihe von regionalen, internationalen und multilateralen Themen wie die Konflikte in der Ukraine und in Syrien, die Beziehungen Rußlands zum Europarat sowie Abrüstungsfragen thematisiert. Ebenfalls auf

der Tagesordnung standen Fragen betreffend Menschenrechte.

Am Morgen des 12. März war Außenministerin Karin Kneissl auch mit Vertreterinnen der russischen Zivilgesellschaft, unter anderem mit Menschenrechtsverteidigerinnen von Human Rights Watch und Amnesty International, zusammengetroffen, um sich über diese so wichtige Frage der Menschenrechte auszutauschen.

Österreich, Europa und die Welt

EU-Beziehungen zu China

Beim Treffen der EU-Außenministerinnen und Außenminister am 18. März in Brüssel standen Gespräche über die Beziehungen der EU zur Volksrepublik China im Vordergrund. In Vorbereitung des Treffens des Europäischen Rates am 21. und 22. März 2019 nahm auch der chinesische Außenminister, Wang Yi, am Arbeitsmittagessen mit den EU-AußenministerInnen teil. Außenministerin Karin Kneissl betonte am Rande des RAB neuerlich die geopolitische Bedeutung der Volksrepublik China: „Es spricht sich in gewissen Kreisen, auch in Brüssel, viel zu langsam herum, daß die Volksrepublik China längst nicht mehr nur ein Investor, sondern ein geopolitischer Akteur ist. Wir müssen schlauer, schneller und strategischer denken.“

Weitere Themen auf der Tagesordnung der EU-28 AußenministerInnen waren die EU-Beziehungen zur Republik Moldawien sowie aktuelle Entwicklungen im Jemen. Auch rezente Ereignisse rund um den Brexit wurden von den MinisterInnen thematisiert.

Kneissl betonte, daß sich die EU nicht zu lang mit dem Brexit aufhalten dürfe, da sonst keine Zeit für andere wichtige außenpolitische Fragen bliebe: „Brexit ist der ‚Talk of Town‘, mit dem wir uns seit knapp eineinhalb Jahren aufhalten, anstatt uns um die wirklich großen Probleme zu kümmern. Ich selbst verweise immer wieder darauf, daß wir von dieser Erbsenzählerei Abstand nehmen mögen und unsere Aufmerksamkeit auf die größeren geopolitischen Umwälzungen, speziell im asiatisch-pazifischen Raum, richten sollten.“

Japan

Am 19. März reiste die Außenministerin nach Japan. Die ersten Stationen ihrer sechstägigen Reise waren Tokio, Nagasaki und Kyoto.

Am Tag ihrer Ankunft traf die Außenministerin mit MitarbeiterInnen der österreichischen Vertretungsbehörden in Japan zusammen, bevor sie am darauffolgenden Tag nach Nagasaki reiste (am 9. August 1945 kamen beim Abwurf einer Atombombe etwa 36.000 der 200.000 Einwohner ums Leben, Anm). Dort besuchte sie das Atombomben-Dokumentationszentrum sowie den Friedenspark und das Friedensdenkmal. Kneissl zeigte sich nach dem Besuch tief berührt und betonte die Notwendigkeit, daß die internationale Staatengemeinschaft das Ziel einer atomwaffenfreien Welt gemeinsam verfolgen müsse. „Das Leiden der Opfer der



Gedankenaustausch von Karin Kneissl mit ihrem chinesischen Amtskollegen Wang Yi ...



... und im Gespräch mit ihren Kollegen Jeremy Hunt (UK) und Didier Reynders (Belgien)



Karin Kneissl war tief berührt vom Besuch des Friedensparks & Friedensdenkmals in Nagasaki

Österreich, Europa und die Welt

Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki kann nicht rückgängig gemacht werden. Wir können jedoch jetzt handeln und den Atomwaffenverbotsvertrag umsetzen.“

Anschließend an den Besuch des Dokumentationszentrums traf Karin Kneissl auch mit dem Bürgermeister von Nagasaki, Tomihisa Taue, zusammen. Im Gespräch bekräftigten sie ihren gemeinsamen Einsatz für die Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags. Noch am Abend desselben Tages reiste die Außenministerin nach Kyoto weiter, wo sie einen Vortrag an der Kyoto University zum Thema „The Energy Mix of the Future“ hielt.

Letzte Station auf der Reise der Außenministerin war Tokio, wo sie 22. März im Vorfeld der WAW! Konferenz mit dem japanischen Premierminister Shinzō Abe zusammentraf. Beide betonten die exzellenten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Japan.

Am 23. März begann die Außenministerin ihre Teilnahme an der internationalen Frauenkonferenz WAW!, die ganz im Zeichen der weiblichen Selbstbestimmung stand. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Schaffung von neuem Marktwert durch weibliche Unternehmerinnen gab es Gelegenheit zum Austausch mit Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

„Mein Rat an junge Frauen, die gerade erste Schritte im Berufsleben tätigen, lautet: Leidenschaft für eine Sache ist ebenso wichtig, wie sich selbst treu zu bleiben“, betonte die Außenministerin.

Am letzten Tag ihrer Japanreise traf Karin Kneissl auch auf die japanische Vize-Außenministerin Toshiko Abe. Neben den ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Japan standen vor allem regionale Themen im Fokus des Arbeitsgesprächs. Über das Verhältnis Japans zu China meinte die Außenministerin: „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Spannungen nicht so hoch sind wie noch vor einigen Jahren.“ Der Austausch umfaßte auch den gemeinsamen Wunsch, die regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten und wieder verstärkt auf Multilateralismus zu setzen.

Mit ihrer Japanreise bereitete die Außenministerin den im Herbst geplanten Japan-Besuch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor, der anlässlich des 150jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stattfinden wird.



Karin Kneissl traf in Tokio den japanischen Premierminister Shinzō Abe ...



... und die japanische Vize-Außenministerin Toshiko Abe

5. Humanitärer Kongreß in Wien

Im Rahmen des 5. Humanitären Kongresses versammelten sich am 29. März zahlreiche internationale Experten an der Universität Wien, um über die Zukunft der humanitären Hilfe zu beraten mit dem Ziel, die Sichtbarkeit der humanitären Hilfe zu erhöhen und zu einem besseren Verständnis dafür beizutragen.

Außenministerin Karin Kneissl eröffnete die Tagung und betonte dabei die Notwendigkeit der Erarbeitung nachhaltiger Lösungen auf Basis der Kooperation von Hilfsinstitutionen, Nichtregierungsorganisationen und Politik. Weltweit sind derzeit mehr als 134 Millionen Menschen auf humanitäre Unterstützung angewiesen.

„Von Menschen verursachte Krisen, die durch Konflikte ausgelöst werden, sind nach

wie vor Haupttreiber humanitärer Bedürfnisse. Solche Krisen erfordern ein kohärenteres Zusammenspiel zwischen humanitären und entwicklungspolitischen Bemühungen“, so Karin Kneissl.

In einer hochrangigen Podiumsdiskussion sprach die Außenministerin zusammen mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Peter Maurer, dem VN-Nothilfekordinator Mark Lowcock und dem Präsidenten der Internationalen Caritas Kardinal Luis Antonio Tagle über das Generalthema des Kongresses „Zukunft der humanitären Hilfe“. Karin Kneissl bezog dabei vor allem Stellung zu geopolitischen Veränderungen und der Rolle politischer Führungskräfte.

„Die Debatte rund um humanitäre Hilfeleistungen sollte sich nicht auf die Regie-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA



Außenministerin Karin Kneissl (Bildmitte) nach der Eröffnung des 5. Humanitären Kongresses in der Universität Wien

rungebene beschränken. Zivilgesellschaftliche Organisationen können mit ihrer Expertise und ihren Netzwerken einen wertvollen Beitrag leisten“, hob die Außenministerin hervor.

Im Anschluß an den von mehreren österreichischen zivilgesellschaftlichen Organisationen veranstalteten Kongreß traf Karin Kneissl den Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Peter Maurer

zum bilateralen Austausch über gemeinsame Prioritäten auf dem Gebiet humanitärer Hilfe. Im Vordergrund dabei stand das Interesse zur globalen atomaren Abrüstung.

<https://www.bmeia.gv.at/>

Ehe und eingetragene Partnerschaft für alle

Am 4. Dezember 2017 eröffnete der österreichische Verfassungsgerichtshof allen gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit zur Eheschließung und allen verschiedengeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit zur Begründung einer eingetragenen Partnerschaft. In seiner Entscheidung führte er aus, daß die bis in die jüngste Vergangenheit reichende rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung von Personen gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung gegen den in der österreichischen Bundesverfassung verankerten Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz (Art. 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes) verstoßen hat.

In Österreich können daher nun eingetragene Partner, die vor dem 1. Jänner 2019 bereits verpartnert waren, miteinander eine Ehe schließen, ohne daß zuvor die eingetragene Partnerschaft aufgelöst werden muß. Ebenso ist es umgekehrt verheirateten Paaren, deren Ehe bereits zum 1. Jänner 2019 bestanden hat, erlaubt, eine eingetragene Partnerschaft zu begründen, ohne daß die Ehe davor aufgelöst werden muß. In diesen Fällen gilt die bestehende Partnerschaft oder Ehe durch die neue Ehe bzw. Partnerschaft zwischen denselben Personen als aufgelöst.

In einigen Ländern war die Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare bereits vor dem 1. Jänner 2019 zulässig. Daher besteht nun für jene Österreicherinnen und Österreicher im Ausland, die vor dem 1. Jänner 2019 eine eingetragene Partnerschaft eingegangen sind, die Möglichkeit, ihren Personenstand auf den einer Ehe zu ändern.

Dabei können sie zwischen zwei alternativen Vorgangsweisen wählen: Zum einen können sie eine sog. Eheschließung mit Verfahren beantragen, dann wird eine neue Ehe in Österreich geschlossen und eingetragen. Zum anderen können sie aber auch nur einen Antrag auf Änderung des Personenstands einbringen mit bloßer Eintragung der Ehe, ohne neuerliche Eheschließung. Als Eheschließungsdatum wird das Datum der Änderung des Personenstands in Österreich eingetragen.

Eine verschiedengeschlechtliche eingetragene Partnerschaft, die Österreicherinnen oder Österreicher im Ausland vor dem 1. Jänner 2019 nach ausländischem Recht eingegangen sind, wurde bisher in Österreich als Lebensgemeinschaft geführt. Auch für solche Paare besteht nun seit dem 1. Jänner 2019 die Möglichkeit, eine Partnerschaft zu begründen und diese in Österreich eintragen zu lassen.

Ein Beitrag der Abteilung für Rechtsschutz und Allgemeine Rechtsangelegenheiten im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ✓

 **Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres**

Generalversammlung der Österr. Freunde von Yad Vashem



Foto: Österreichische Freunde von Yad Vashem

Im Wiener Rathaus (v.l.): Yad Vashems Europadirektor Arik RavOn, Naomi und Prof. Arik Brauer, Bürgermeister Michael Ludwig, Bildungsminister Univ.-Prof. Heinz Faßmann, Innenstaatssekretärin Karoline Edtstadler und Israels Botschafterin in Österreich, Talya Lador-Fresher

Am 25. März fand im Festsaal des Wiener Rathauses die jährliche Generalversammlung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem statt. Festredner war der bekannte Maler und vielseitige Künstler Prof. Arik Brauer. Als Überlebender der NS-Zeit teilte er mit den 700 Gästen seine Einschätzung über den Antisemitismus in Österreich. Namhafte VertreterInnen aus Österreichs Politik, Wirtschaft, Kunst und Medien sowie die BotschafterInnen von elf Ländern fanden sich im Festsaal des Rathauses ein. Darüber hinaus nahmen auch 300 SchülerInnen an der Generalversammlung teil.

Als Gastgeber begrüßte Wiens Bürgermeister Michael Ludwig die Festgäste. Er zitierte den kürzlich verstorbenen Prof. Rudi Gelbard: „Was mich am meisten empört, ist, daß es heute noch Menschen gibt, die den Nationalsozialismus verharmlosen!“ Der Bürgermeister sicherte dem Freundeskreis, Yad Vashem und der jüdischen Gemeinde in Wien seine Unterstützung zu.

Der Vorsitzende des Freundeskreises, Günther Schuster, drückte seine Zuversicht für die Visionen des Vereines aus. Er sehe, wie viele SchülerInnen, LehrerInnen, PolitikerInnen sich diesem Thema widmen. Geschichte betreffe jeden Menschen, denn ohne Geschichte könne niemand existieren.

Für sein großes Engagement ehrte der Vorstand den Hotelier Gustav Adler mit dem „Award of Excellence“.

Yad Vashems Europadirektor Arik RavOn wandte sich direkt an die SchülerInnen. Weltweit genieße mehr als die Hälfte der Jugendlichen nicht die Privilegien von Frieden, Reise- und Meinungsfreiheit. RavOn appellierte an die Teenager, sich nicht einschüchtern zu lassen und Farbe zu bekennen: „Wir verlassen uns auf Euch!“

Israels Botschafterin in Österreich, Talya Lador-Fresher, strich nicht nur die Rolle Yad Vashems als Gedenkstätte heraus, sondern auch die Aufgabe der lückenlosen Erforschung des Holocaust. Ein Brief ihrer Mutter aus der Verfolgungszeit wurde selbstverständlich an Yad Vashem übergeben, um dem Puzzle einen weiteren Teil hinzuzufügen.

Bildungsminister Univ.-Prof. Heinz Faßmann bezeichnete den direkten Kontakt mit ZeitzeugInnen als sehr wichtig für die Erinnerungsarbeit – dies werde aber nicht mehr lange möglich sein. Als Bildungsminister lege er größten Wert auf eine Erziehung zu Toleranz, Respekt und Demokratie.

Innenstaatssekretärin Karoline Edtstadler sprach in Vertretung von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Sie bezeichnete es als festes politisches Ziel, alle SchülerInnen während ihrer Schullaufbahn in die Gedenkstätte des ehem. KZ Mauthausen zu bringen – mit gründlicher Vor- und Nachbereitung. Zeitzeugen zuzuhören sei eine historische Chance, der man sich bewußt sein sollte.

Festredner Prof. Arik Brauer begann mit dem Statement, daß Österreich nicht antisemitisch sei – im Gegensatz zu dem religiösen und rassistischen Antisemitismus, den er in seiner Kindheit erleiden mußte. Heute sei der Antisemitismus eher pathologisch: Wenn jemand etwas hasse, was gar nicht mehr vorhanden sei – schließlich gebe es in Österreich kaum noch Juden. Auch den Antijudaismus arabischer Zuwanderer nehme er nicht persönlich, denn er gründe sich auf ein Problem, das nicht gelöst worden sei. Was er jedoch sehr persönlich nehme, sei der neue Antizionismus in Europa. Fußend auf Nichtwissen nähere er sich durch das Gegenüberstellen von Statements, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Zumindest die gebildeten Antizionisten müßten wissen, daß ihre Haltung nichts anderes bedeute als: Ich bin dagegen, daß der Staat Israel überhaupt existiert. Arik Brauer lobte hingegen die christlichen Kirchen, die nach der Shoa ihre Haltung zu den Juden gründlich geändert hätten.

Die Generalversammlung wurde von Arik Brauers Tochter Timna und Elias Meiri künstlerisch brillant und sehr einfühlsam umrahmt. ■

<http://austria.yad-vashem.net/>

Lesen Sie auch unseren Bericht über einen Empfang der Österreichischen Freunde von Yad Vashem bei Bundeskanzler Sebastian Kurz auf der Seite 16.

Jugendliche motiviert, an EU-Wahlen teilzunehmen

ÖGfE-Jugendumfrage: 55 Prozent wollen »sicher« ihre Stimme abgeben – Fehlende Information als Hauptmotiv für Nichtteilnahme

Jugendliche in Österreich sind durchaus bereit, an den Europawahlen teilzunehmen. Der Einfluß des Europäischen Parlaments wird von ihnen mehrheitlich als hoch eingeschätzt. Vor allem der Mangel an Information könnte sich jedoch dämpfend auf die tatsächliche Beteiligung auswirken. Will man die hohe Wahlabsicht von Jugendlichen auch ins Ziel bringen, muß die Europa-Debatte hierzulange weiter an Intensität zulegen“, analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), ausgewählte Ergebnisse aus der noch bis Mai laufenden ÖGfE-Jugendumfrage, bei der im Zeitraum September 2018 bis Ende Jänner 2019 insgesamt 1434 SchülerInnen befragt wurden.

55 % der befragten SchülerInnen gaben an, aus heutiger Sicht „sicher“ an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, 30 % „eher schon“. Die Zahl jener, die

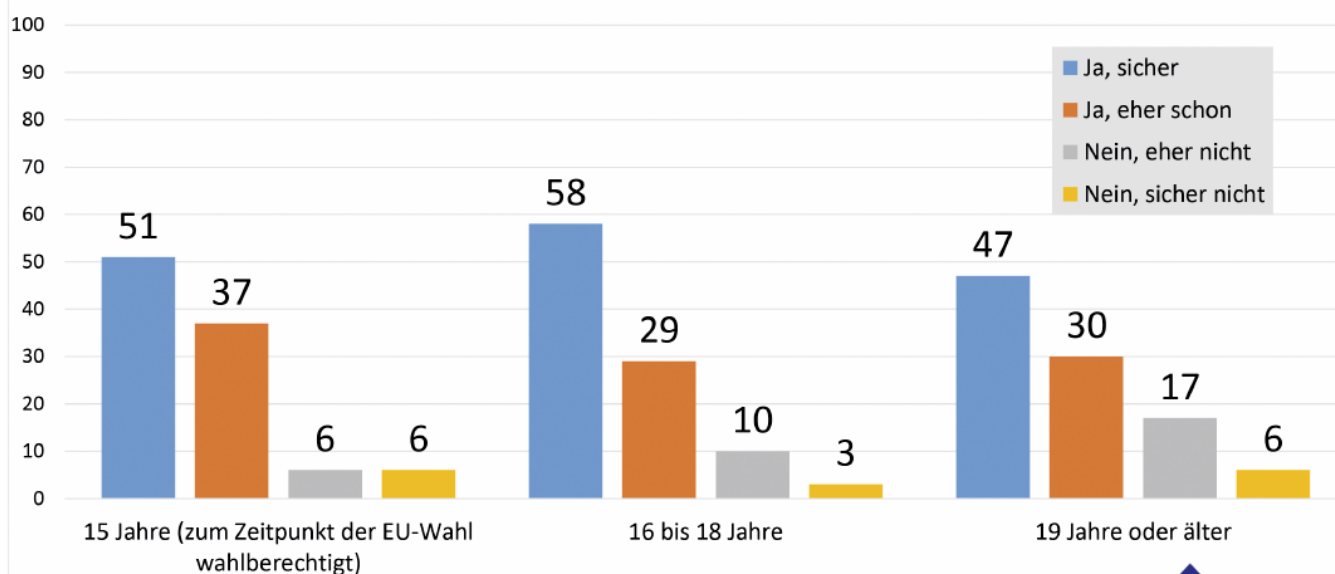
die EU-Wahlen lieber ausblenden, ist dagegen gering: So antworteten 11 %, daß sie „eher nicht“ ihre Stimme abgeben würden und 4 % „sicher nicht“. Die Zahl jener, die ihre Absicht bekunden, „sicher“ an den EU-Wahlen teilzunehmen, ist in der Gruppe der 16- bis 18jährigen mit 58 % am höchsten, während sie bei den noch 15jährigen (zum Zeitpunkt der Wahl jedoch bereits wahlberechtigten) 51 % und bei den Jugendlichen ab 19 Jahre 47 % beträgt. SchülerInnen an BHS (65 % „sicher“) und AHS (64 %) bekunden ihre Wahlbereitschaft häufiger als Befragte an Berufsschulen (49 %).

Als wichtigste Gründe, an den Europawahlen teilzunehmen, nennen die befragten Jugendlichen, „weil ich von meinem demokratischen Recht, zu wählen, immer Gebrauch machen möchte“ (insgesamt 93 % „sehr wichtiger bzw. wichtiger Grund“) und „weil ich möchte, daß Österreich in der EU

gut vertreten ist“ (90 %). Als dritthäufigstes Motiv für die Wahlteilnahme wird genannt, daß „das Europäische Parlament eine wichtige Institution ist“ (82 %), gefolgt von der Aussage, „weil ich grundsätzlich der EU positiv gegenüberstehe“ (71 %) und „weil ich jene Partei stärken will, die ich auch sonst wähle“ (68 %).

Fehlende Information ist das mit Abstand meist genannte Motiv, nicht an den EU-Wahlen teilzunehmen (72 % „sehr wichtiger“/ „wichtiger“ Grund). Etwa jeweils die Hälfte (49 %) nennt als Grund für die Nicht-Teilnahme „weil meine Stimme ohnehin nichts ändert“ und „weil ich diese Wahl nicht für wichtig halte“. Weniger häufig angeführt wird hingegen die Aussage „weil Österreich in der EU ohnehin nichts zu sagen hat“ (39 %). Eine gänzliche Ablehnung der EU nennen 22 % der deklarierten NichtwählerInnen als Motiv, von ihrer Stimmabgabe abzusehen.

Am 26. Mai 2019 finden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Wirst du aus heutiger Sicht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament deine Stimme abgeben?



Jugend-Umfrage "EUROPA#wasistjetzt"
September 2018 bis Februar 2019, N=1434 (SchülerInnen an AHS, BHS, Berufsschulen)
Angaben in Prozent. Differenz auf 100 Prozent aufgrund gerundeter Werte.


Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik
www.oegfe.at

Österreich, Europa und die Welt

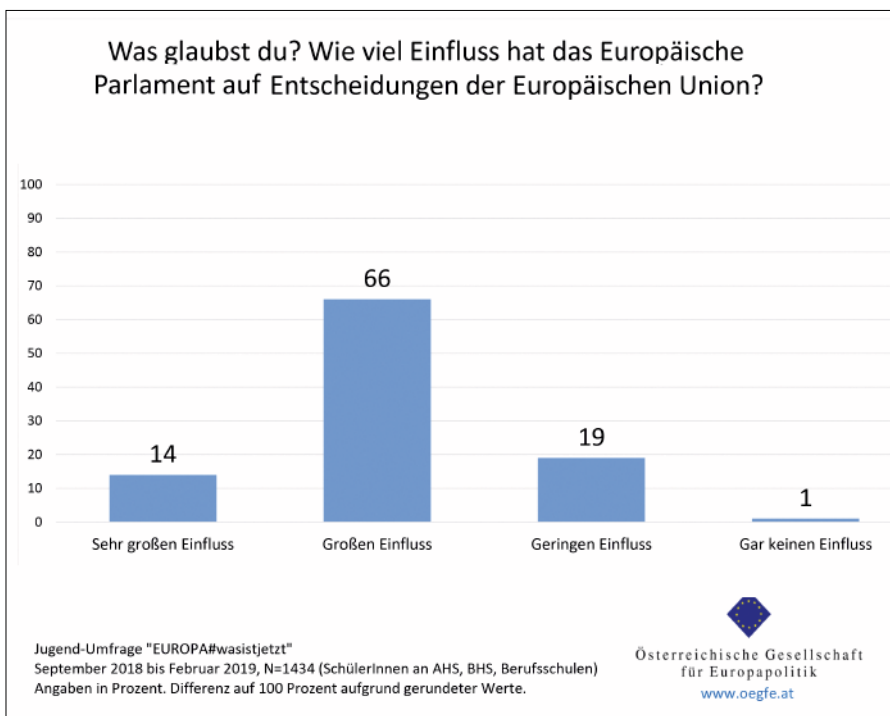
Eine Mehrheit der befragten Jugendlichen ist der Ansicht, daß das Europäische Parlament „sehr großen“ (14 %) bzw. „großen Einfluß“ (66 %) auf Entscheidungen der EU hat. Ein Fünftel hält seinen Einfluß dagegen für „eher gering“ (19 %) oder „sehr gering“ (1 %).

Was die persönliche Wahrnehmung des Europäischen Parlaments im Alltag betrifft, so geben 8 % an, „fast täglich“ darüber zu „hören, lesen oder zu sehen“, für 21 % trifft dies nach eigenen Angaben „mehrmals in der Woche“ zu, für 26 % „mehrmals im Monat“. Ein Drittel der Befragten nimmt das EU-Parlament dagegen „seltener“ wahr, 12 % „nie“.

„Junge Menschen in Österreich stehen der Europäischen Union durchaus positiv gegenüber – was sich nicht zuletzt auf die Teilnahmebereitschaft an den Wahlen zum Europäischen Parlament auswirken könnte. Die wahlwerbenden Listen und Parteien sollten dabei ihren Beitrag leisten und gerade auch jungen Stimmen eine entsprechende Bühne geben“, betont Schmidt.

Hintergrund

Die Ergebnisse der Umfrage sind der jährlichen ÖGfE-Jugendumfrage entnommen, die noch bis Mai im Rahmen der Wanderausstellung sowie Berufsschultour „EUROPA#wasistjetzt“ österreichweit durchgeführt

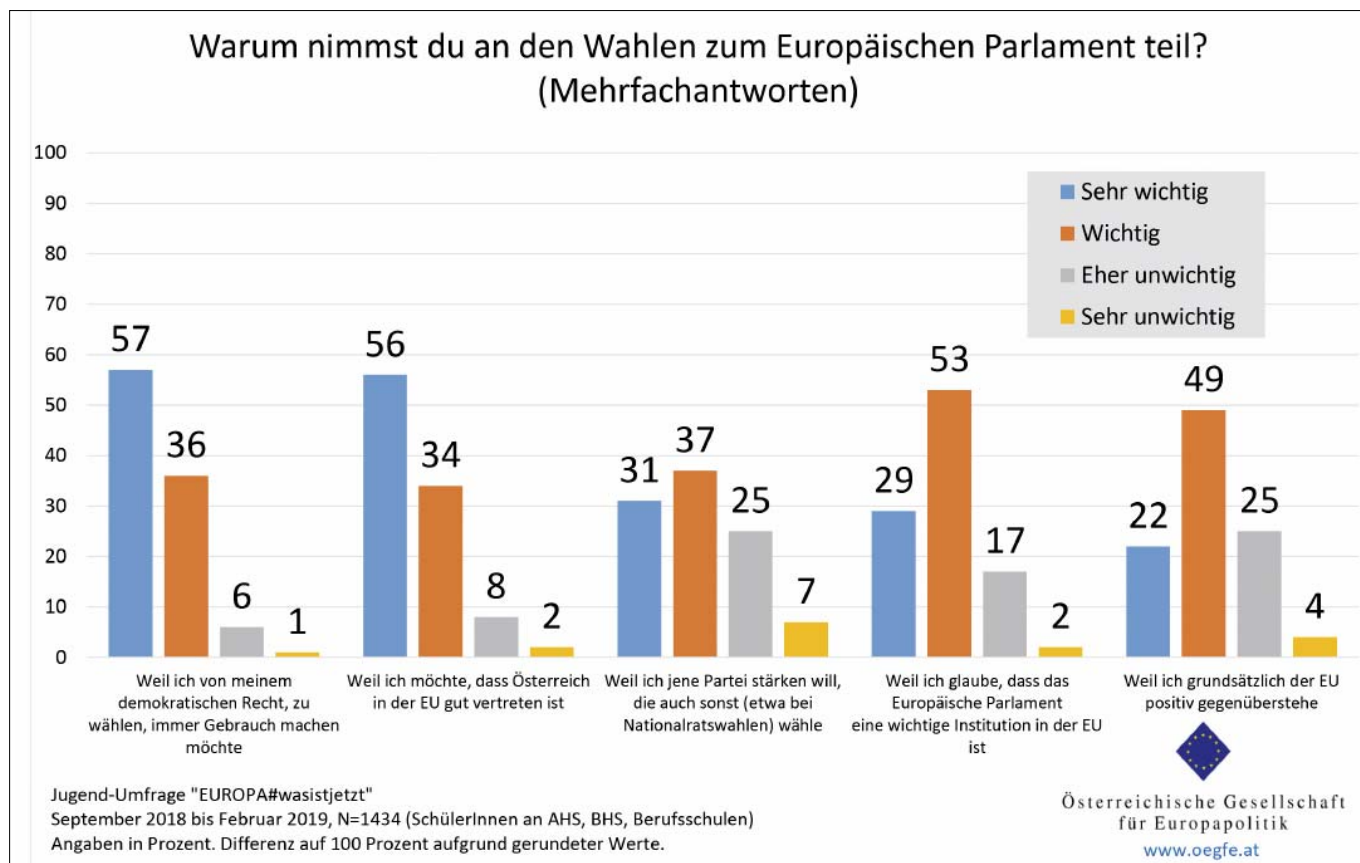


wird. 1434 wahlberechtigte Jugendliche an 36 Schulen wurden im Zeitraum September 2018 bis inkl. Jänner 2019 schriftlich befragt. Angaben zum Umfragesample: 19 % der Befragten waren 15 Jahre, 59 % 16 bis 18 Jahre und 22 % 19 Jahre und älter. 52 % Schüler, 48 % Schülerinnen; Einbezogene Schultypen: 57 % Berufs-, Fachschule, 34 %

AHS, 9 % BHS. Bundesländerverteilung in %: BGLD: 9, KTN: 13, NÖ: 30, OÖ: 13, SBG: 6, STMK: 13, TIR: 2, WIEN: 14, VBG: derzeit 0.

Auswertung der Umfrage: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft. Fehlende Werte auf 100 % = „Keine Angabe“.

<https://oegfe.at/>



Zeichen für den Frieden enthüllt

Feierliche Denkmalenthüllung im Beisein von LT-Präsidentin Verena Dunst und ranghohen Repräsentanten der Republik Türkei in Mogersdorf



Foto: Landesmedien service Burgenland / Weber

In der Schlacht bei Mogersdorf und St. Gotthard zwischen dem Osmanischen Reich und den Habsburgern kamen am 1. August 1664 rund 13.000 Soldaten ums Leben, rund 12.000 davon auf türkischer Seite. 2015 wurde bei der Mogersdorfer Anna-Kapelle ein Obelisk errichtet, der an die gefallenen osmanischen Soldaten erinnert. Am 27. März wurde das Mahnmal für den Frieden im Beisein von Landtagspräsidentin Verena Dunst, dem stellvertretenden türkischen Außenminister S.E. Yavuz Selim Kiran und dem Türkischen Botschafter in Österreich, S.E. Ümit Yardim, im feierlichen Rahmen offiziell enthüllt.

„Der Obelisk zum Gedenken an die am 1. August 1664 gefallenen Soldaten des osmanischen Reiches im Kampf gegen die Habsburger ist ein weiteres wichtiges Zeichen für den Frieden“, betonte Dunst in ihrer Rede. Überhaupt stehe Mogersdorf heute wie kaum eine andere Gemeinde für den Frieden. Dies habe auch mit dem engen Bezug der südburgenländischen Gemeinde zu den historischen Ereignissen rund um die Schlacht 1664 zu tun.

„Das Mahnmal am Schöllsberg, der Friedensweg in Richtung Schöllsberg und der heute offiziell enthüllte Obelisk stehen

Bild oben: Gruppenfoto anlässlich der Denkmalenthüllung. Bild unten: Botschafter Ümit Yardim, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Vize-Außenminister S.E. Yavuz Selim Kiran und Bürgermeister Josef Korpitsch beim Eintrag ins Gemeindebuch von Mogersdorf



Foto: Landesmedien service Burgenland / Weber

für die besondere Friedenskultur, die es hier gibt“, so Dunst. Mogersdorf stehe beispielhaft für eine Kultur des Miteinanders und für kulturelle Vielfalt.

Vize-Außenminister Yavuz Selim Kiran lobte die guten Beziehungen der Türkei zu Österreich und hob hervor, daß die türkische Gemeinschaft im Burgenland hierzulande gut

aufgehoben sei. Er gratulierte Gemeinde und Land für das Friedensdenkmal.

Im Zeichen der freundschaftlichen Beziehung lud der Botschafter der Türkei in Österreich LT-Präsidentin Dunst zu einem Gespräch in die Botschaft in Wien ein.

<http://www.burgenland.at/>

<http://www.mogersdorf.at/>

300 Jahre Hafen von Triest

Landeshauptmann Peter Kaiser betonte bei Jubiläum zu 300 Jahre Freihafen Triest die Wichtigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit innerhalb der EUREGIO.



Foto: LPD Kärnten / Sucher

Jubiläumsfeier 300 Jahre Freihafen Triest. Im Bild: Landeshauptmann Peter Kaiser mit TeilnehmerInnen der Festveranstaltung

Im Jahr 2019 feiert der Freihafen von Triest, der „Interporto di Trieste“, sein 300-Jahr-Jubiläum. Die Feier anlässlich seiner Ausrufung am 18. März 1719 fand am 18. März 2019 im Teatro Verdi unter Beisein von Landeshauptmann Peter Kaiser statt, der derzeit auch Präsident der EUREGIO Senza Confini ist. Zu den Feierlichkeiten begleitet wurde Kaiser von einer Kärntner Delegation aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, engere Kontakte geknüpft hat. Im Rahmen der Konferenz „Der Hafen von Triest: 300 Jahre Freihafen – wirtschaftliche und urbane Entwicklung“ wurde seitens der italienischen Vertreter ein historischer Überblick und ein Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen sowie die großen Ausbaupläne des Hafens gegeben.

In seinen Grußworten strich Kaiser die Bedeutung eines gemeinsamen Europas und einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hervor. Diese werde besonders innerhalb der EUREGIO gelebt. „Was Kaiser Karl VI. vor 300 Jahren erkannte, hat auch heute für Kärnten und Triest als Tor Europas in die Welt große Bedeutung. Triest war, ist und wird immer ein wichtiger Teil Europas und insbesondere der wirtschaftlichen Kontakte zwischen Österreich und Italien sein. Wichtige Bereiche wie die Digitalisierung, der Verkehr und die Logistik werden künftig nur noch gemeinsam in Europa zu lösen sein. Dafür setzt sich Kärnten insbesondere im

Rahmen der Präsidentschaft in der EUREGIO senza confini“, erklärte der Landeshauptmann vor den anwesenden Festgästen. Der Verkehr auf der Baltisch-Adriatischen Achse werde in Kürze, insbesondere nach der Fertigstellung der Koralmbahn, Fahrt aufnehmen. Gerade die Regionen Friaul-Julisch Venetien und Kärnten werden davon profitieren. Wir wollen gemeinsam mit Triest die Entwicklung des Zollkorridors auch auf politischer Ebene unterstützen. Damit wird auch in Fürnitz das Logistic Center Austria South als Dryport weiterentwickelt und aufgewertet“, so Kaiser. Zusammenarbeit sei in Zukunft mehr denn je die Voraussetzung für gemeinsame Lösungen für Herausforderungen die etwa durch die sich häufenden Unwetterkatastrophen oder eben beim Verkehr entstehen. „Lassen Sie uns heute fortsetzen, was vor 300 Jahren erkannt wurde. Tun wir es, tun wir es europäisch, tun wir es gemeinsam“, appellierte Kaiser an die Festgäste und gab ein klares Bekenntnis des Bundeslandes Kärnten zur gemeinsamen Forcierung der logistischen Entwicklung zwischen Kärnten und Italien ab.

Der Triester Freihafen wurde 1719 unter dem österreichischen Kaiser Karl VI. erbaut und am 18. März 1719 ausgerufen. Eine Erweiterung des Hafens fand später unter Karls Tochter Maria Theresia statt. Unter ihr wurde Triest zum Hafen des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs.

Heute gilt der Triester Hafen als größter Seehafen des oberen Adriatischen Meeres und fungiert als wichtiger Logistik-Knotenpunkt. Er ist über die Baltisch-Adriatische-Achse mit dem Ostseeraum und Skandinavien verknüpft und ist einer der wichtigsten Handelshäfen für Österreich. Durch die Fertigstellung der Koralmbahn wird der Triester Hafen noch bedeutender für Güterverkehre in den Osten und in den Norden Europas. Das Logistik Center Austria South liegt am Kreuzungspunkt mehrerer Verkehrsachsen und ist für die Verteilung von Logistikgütern aus Triest daher von großem Interesse. Kaiser betonte: „Es ist geplant mit dem Hafen Triest und dem Fürnitzer Terminal eine sehr enge Verbindung anzugehen. Es gibt diesbezüglich permanent Gespräche mit Railcargo Austria, den ÖBB aber auch mit unseren italienischen Freunden. Das Logistic Center Austria South soll zu einem Angelpunkt für den Warenverkehr werden. Das faszinierende ist, daß wir erstmals in Europa einen Zollkorridor schaffen können. Die Verhandlungen zwischen Österreich und Italien laufen. Wenn das zustande kommt, dann ist es ein Beispiel für die Zukunft, in der wir den Verkehr auf die Schiene verlagern, schnell distribuieren und die Klima-Gründe berücksichtigen – denn weniger Emissionen bedeuten mehr Zukunft.“

<https://www.ktn.gv.at/>

<http://www.porto.trieste.it/eng/>

Salon Europa-Forum Wachau

Marke Niederösterreich wird in Europa weiter gestärkt – Eichtinger und Bohuslav: NÖ bezahlt einen Euro ins EU-Budget, erhält das dreifache an Förderungen zurück. Über 200 Gäste kamen am 12. März zum 3. Salon ins Casino Baden bei Wien.

Es war der bereits dritte Salon des neuen Formats „Europa-Forum Wachau“, diesmal zum Thema „Branding: Die Macht der Marke“ und fand am Abend des 12. März großen Anklang. Mehr als 200 Gäste folgten der Einladung von EU-Landesrat und EFW-Präsidenten Martin Eichtinger und kamen ins Casino Baden bei Wien. Wie die EU zukünftig noch stärker als Marke wahrgenommen werden kann, diskutierten Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, Bettina Glatz-Kremsner (Casinos Austria AG und Österreichische Lotterien GmbH), Gertraud Schratzenecker (Donau-Universität Krems), Petra Stolba (Österreich Werbung) und Gerhard Schilling (Almdudler).

„Als glühender Europäer ist es mir ein Herzensanliegen, daß Europa noch stärker als Marke wahrgenommen wird. Der Herzschlag Europas soll aber weiterhin in den Regionen pulsieren und spürbar sein. Wir wollen von den Besten lernen, deswegen ist uns der Austausch mit erfolgreichen Marken besonders wichtig. Wir müssen weg von einem Negativ-Denken in Europa und Hin zu einem stärkeren blau-gelben Bewußtsein. Die EU leistet enorm viel für unser tägliches Leben. Niederösterreich bezahlt einen Euro ins EU-Budget, erhält aber das dreifache an Förderungen mit rund 500 Millionen Euro jährlich zurück. Gemäß dem Motto ‚Tue Gutes und sprich darüber‘ müssen wir die Kommu-



Foto: Büro LR Eichtinger / Josef Bollwein

v.l.: Stefan Szirucsek (Bürgermeister von Baden), Gertraud Schratzenecker (Donau-Universität Krems), Gerhard Schilling (Geschäftsführer Almdudler), Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, Bettina Glatz-Kremsner (Vorstandsdirektorin Casino Austria), Petra Stolba (Geschäftsführerin Österreich Werbung) und EU-Landesrat Martin Eichtinger

nikation zu den umfangreichen EU-Projekten noch mehr verstärken, um das Vertrauen in Europa noch weiter zu erhöhen“, so EU-Landesrat Martin Eichtinger.

„Niederösterreich ist es in den letzten Jahren gelungen, zu einer selbstbewußten Region zu wachsen, die nach innen Vertrauen und Verbundenheit schafft und europaweit als Marke großen Wiedererkennungswert hat. Ein gutes Branding wirkt sich somit positiv auf

die wirtschaftliche, touristische und gesellschaftliche Entwicklung einer Region aus“, so Landesrat Martin Eichtinger und Landesrätin Petra Bohuslav.

Das „Europa Forum Wachau“ mit den Salons wurde für die BürgerInnen geöffnet, um den Dialog intensiver zu fördern. „Das Europa-Forum Wachau ist nun breiter, jünger und digitaler. Die Einbindung von Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern ist mir ein großes Anliegen, um Europa gemeinsam für die Zukunft gestalten zu können“, so Eichtinger.

Der Salon in Baden war einer von insgesamt sechs im Vorfeld des Hauptevents Europa Forum Wachau, in denen es darum geht, die Meinung der BürgerInnen zu aktuellen europapolitischen Entwicklungen einzuholen. So werden mittels HandyVoting Entscheidungen der TeilnehmerInnen zu aktuellen Themen abgefragt, von der Donau-Universität Krems wissenschaftlich aufbereitet und direkt in das „Europa Forum Wachau“ von 13.-15. Juni 2019 miteinfließen.

Der nächste Salon „Europa Forum Wachau“ findet am 7. Mai 2019 zum Thema „New Work“ in Krems statt.

<https://www.europaforum.at/>
<http://www.noel.gv.at/>



Foto: Büro LR Eichtinger / Josef Bollwein

Ein Blick über die mehr als 200 Gäste beim Salon Europa Forum Wachau im Casino Baden

Oö. Touristiker tragen ein Stück Heimat in die Welt

Achleitner: »Tradition, Innovation und Modernität – dafür stehen die neue Tracht und das Tourismusland Oberösterreich« – erster Einsatzort war auf der ITB Berlin

Oberösterreichs Meisterhandwerk in die Welt tragen – das ist das Ziel der nun gestarteten Wirtschaftskooperation von Oberösterreich Tourismus und dem Oberösterreichischen Heimatwerk: Gemeinsam wurde eine Tracht entworfen, mit der sich Oberösterreichs TouristikerInnen künftig präsentieren werden. Erster Einsatzort war die ITB in Berlin, die weltgrößte Tourismusmesse, bei der eine oö. Delegation mit Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Markus Achleitner an der Spitze die neue Tracht präsentierte.

In enger Zusammenarbeit von Oberösterreich Tourismus und OÖ. Heimatwerk wurden Damenblazer und Herrenjacken designt, die eine besondere Mischung aus traditionellen Schnitten, modernen Interpretationen und qualitätsvollen Materialien vereint.

„Die Tracht drückt aus und vermittelt, wofür auch Oberösterreich und insbesondere die Tourismusdestination Oberösterreich steht: Tradition, Innovation und Qualität. Diese Botschaft wollen wir mit der neuen Tracht in die Welt tragen. Gleichzeitig ist die Tracht auch ein klares Bekenntnis zu dem in der Landes-Tourismusstrategie 2022 festgeschriebenen Ziel, Allianzen mit Netzwerkpartnern stärker zu aktivieren“, erklärte Achleitner anlässlich der ersten Anprobe im OÖ. Heimatwerk in Linz.

Die Oberbekleidung wurde in echter Handarbeit am Standort Oberösterreich produziert. Mit diesem neuen, hochwertigen Outfit „Made in Upper Austria“ werden die touristischen BotschafterInnen des Landes künftig bei nationalen und internationalen Präsentationen und Veranstaltungen sichtbar. Auftakt dazu bildete die Internationale Tourismusbörse in Berlin, die mit über 10.000 Ausstellern, 50.000 PrivatbesucherInnen und 109.000 FachbesucherInnen als weltgrößte Tourismusmesse gilt. Hier waren Oberösterreichs Tourismus-VertreterInnen mit dem Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat an der Spitze bereits mit der neuen Tracht aufgetreten.

Die Kooperation mit dem OÖ. Heimatwerk bindet nicht nur das regionale Netzwerk gekonnt ein, sondern schafft die Ver-



Foto:

In der neuen Tracht, mit der sich Oberösterreichs TouristikerInnen künftig präsentieren werden (v.l.): Andreas Winkelhofer, Geschäftsführer Oberösterreich Tourismus, Maria Huber, Filialleiterin OÖ. Heimatwerk Linz, und Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Markus Achleitner

bindung von Tradition mit neuer Frische. „Im Heimatwerk wird nach Maß geschneidert, genäht und gestickt – dabei ist stets Raum für neue Ideen und aktuelle Modetrends. Das Ergebnis ist eine moderne Interpretation von traditioneller Trachtenkleidung mit hohem Anspruch an Qualität und Design“, erklärte Maria Huber vom OÖ. Heimatwerk.

Die Zusammenarbeit mit dem OÖ. Heimatwerk vermittelt ein authentisches, traditionell-modernes Bild von Oberösterreich, das vor allem auch in der Kommunikation mit dem Gast genutzt wird. „Der Gast interessiert sich immer mehr für das Besondere, das unser Land auszeichnet und für die Menschen, die diese Besonderheiten pflegen und innovativ weiter entwickeln. Durch die Geschichten über Land und Leute, die wir beispielsweise im Online-Magazin, in der PR und auf Social Media erzählen, laden wir den Gast dazu ein, Oberösterreich und seine Menschen näher kennen zu lernen. Und inspirieren ihn subtil für die nächste Reise“, erklärte

Andreas Winkelhofer, Geschäftsführer des Oberösterreich Tourismus.

Ein guter Shoppingtipp, den vor allem auch asiatische Gäste schätzen, ist dabei inklusive.

„Die Kooperation zeigt eindrucksvoll, wie wichtig die Vernetzung unterschiedlicher Branchen ist und damit sinnstiftend für alle Partner wirkt. Tourismus ist Teil eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes, der sich immer mehr öffnet und kreative Zugänge findet, um neue Gästeschichten anzusprechen“, freut sich BR KommR Robert Seeber, Vorsitzender des Strategie-Boards des Oberösterreich Tourismus.

Das Outfit soll zukünftig allen oberösterreichischen TouristikerInnen zum Erwerb freistehen, mit dem Ziel, den gemeinsamen Markenauftritt weiter zu stärken und ein Stück Oberösterreich gemeinsam in die Welt zu tragen.

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.oberoesterreich.at/>
<https://www.ooe-heimatwerk.at/>

Mehr oder weniger EU – das ist hier die Frage

Das Land Salzburg legt seine europapolitischen Ziele bis 2023 fest.

Salzburg will und kann europapolitische Entscheidungen beeinflussen und mitgestalten, bei denen Interessen des Landes berührt werden. Wenn es um Aufgaben geht, die grenzüberschreitend gelöst werden müssen, braucht es mehr EU. Aber bei dem, was die Länder am besten regeln können, weniger, lauten die Eckpfeiler der Salzburger Europapolitik.

Im Detail festgehalten sind die Ziele des Landes im europapolitischen Vorhabensbericht, der Anfang März vom Salzburger Landtag einstimmig beschlossen wurde. In den kommenden Jahren wird Salzburg schwerpunktmäßig die Auswirkungen neuer EU-Rechtsakte auf das Land beurteilen, die Landesinteressen in aktuellen bzw. drohenden Vertragsverletzungsverfahren wahren und aktiv am EU-Zukunftsszenario mitgestalten. „Wir müssen Europa noch näher zu den Menschen bringen und ganz selbstverständlich in das tägliche Leben integrieren. Denn nur wer mit dabei ist, kann politische Entscheidungen akzeptieren und nachvollziehen. Wir können und wollen uns als Salzburger Landtag dem nicht verschließen, ganz im Gegenteil, ich sehe den Salzburger Landtag als Vermittler und ich werde diese Aufgabe auch in den kommenden Jahren weiterhin gezielt verfolgen“, so Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, die Salzburg EU-Interessen im Ausschuß der Regionen vertritt.

Schon heute zähle Salzburg in vielen Bereichen zu den Besten, und bis 2023 soll das Bundesland in weiteren entscheidenden Zukunftsfeldern an der Spitze stehen, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer in seinen Vorbemerkungen im „Europapolitischer Vorhabensbericht“. „Hierfür haben wir im Koalitionsvertrag die ‚Vision Salzburg 2023‘ formuliert, die wir in fünf Grundsätze für unsere Regierungsarbeit gefaßt haben: ‚Salzburg zukunftsfit‘, ‚Salzburg in Bewegung‘, ‚Salzburg sicher und sozial‘, ‚Salzburg regional‘ und ‚Salzburg gemeinsam‘. Bildung, Wettbewerbsfähigkeit, Mobilität, Gesundheit, Lösungen für den ländlichen Raum und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind auf Landes- wie auf Europaebene wichtige Ankerthemen“, so Haslauer.



Foto: Land Salzburg / Katharina Wimmer

Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf (l.) und Michaela Petz-Michez vom Europabüro mit dem druckfrischen „Europapolitischen Vorhabensbericht“ des Landes Salzburg

„Gemeinsam“ sei zudem ein wichtiges Stichwort für Salzburg in Europa, denn die bereits bestehenden Partnerschaften innerhalb Salzburgs und mit anderen europäischen Regionen „wollen wir kontinuierlich weiter ausbauen und stärken. Dieser Vorhabensbericht steckt den Handlungsrahmen für die Umsetzung unserer Europavision ‚Salzburg in Europa bewegen‘ bis 2023 ab“, so der Landeshauptmann.

Salzburgs Europastrategie 2018 bis 2023 gründet sich auf drei Pfeiler:

- Salzburg bekennt sich zur Europäischen Union und zu einem Europa der Regionen,
- Salzburg setzt auf europäische strategische Partnerschaften und europäische Kooperation und
- Salzburg setzt auf Kommunikation und Transparenz.

Mehr EU bei Sicherheit und Forschung, weniger bei regionalen Kernthemen

Unterstützen wird das Land EU-Initiativen in den Bereichen Außengrenzschutz, innere und äußere Sicherheit, Forschung, Innovation und Digitalisierung. Kritische hinterfragt hingegen wird der Mehrwert von EU-Regelungen bei Gesundheit, Industrie, Kultur, Tourismus, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Sport, Katastrophenschutz und Verwaltungszusammenarbeit.

Diese Bereiche sind laut dem vom Landes-Europabüro zusammengestellten Bericht auf tatsächlich transnationale Aspekte einzugrenzen.

Ebenso sind Beihilfe- und Vergaberegungen auf EU-Ebene auf das für das Funktionieren des Binnenmarkts unerläßliche Maß zu beschränken.

<https://www.salzburg.gv.at/>

Architekturschau im Steiermark-Haus in Brüssel eröffnet

LR Christopher Drexler eröffnete Ausstellung »Yostar – Young Styrian Architecture«.

In einem dicht besuchten Steiermark-Haus wurde am Abend des 4. März, dem Rosenmontag, die Architektur-Ausstellung „Yostar – Young Styrian Architecture“ im Rahmen von Kultur International von Kulturlandesrat Christopher Drexler eröffnet: „Es ist mir ein großes Anliegen, das Steiermark-Haus mit Kunst und Kultur zu durchfluten und die vielfältige Kultur der Steiermark in einen internationalen Kontext zu stellen.“

Zahlreiche interessierte Gäste waren gekommen, um die Beiträge von 76 Architektinnen und Architekten aus der Steiermark und der Region Štajerska/Untersteiermark zu sehen. Hausherr Ronald Rödl begrüßte sowohl den Geschäftsführer des Hauses der Architektur Graz (HdA), Markus Bogensberger, als auch die beiden anwesenden Kuratoren Petra Kickenweitz und Žiga Kreševič mit den Worten: „Architektur ist Ausdruck unserer Lebensweise.“

Das Projekt „Yostar“ basiert auf einem offenen Call, der zustande kam, weil sich das Kuratorenteam (Kickenweitz, Kreševič und Armin Stocker) mit dem HdA die Frage stellte, „Was macht die jüngere Generation der Architekten der Steiermark?“. „Gleichzeitig ist der Begriff ‚Styria‘ nicht klar umrissen“, erklärte Bogensberger, wie der europäische Gedanke Eingang ins Projekt fand.

Schlußendlich wurden 76 Beiträge, davon 21 aus Slowenien eingereicht. Jedes mitwirkende Architekturbüro, das seit dem Jahr 2000 gegründet wurde, stellt auf drei A4-Platten jeweils ein relevantes eigenes Projekt, ein markantes die eigene Architektur beeinflussendes Referenz-Projekt, sowie eine gewachsene räumliche Situation, die den Hintergrund und die Haltung des eigenen Schaffens bildet, dar.

„Yostar stärkt die Präsenz und Vernetzung der österreichischen und slowenischen Architektur im Kontext der nationalen und internationalen Öffentlichkeit und leistet damit einen Beitrag zur überregionalen kulturellen Nachhaltigkeit – unter Bedachtnahme einer überregionalen Betrachtung der gesamtsteirischen Region über die nationalen Grenzen hinweg, als Beispiel gelebter Interkulturalität“, beschreibt das Kuratoren-Team Kik-



Foto: Alexander Louvet

Eröffneten gemeinsam die Ausstellung in Brüssel (v.l.): Markus Bogensberger (HdA), Kulturlandesrat Christopher Drexler, Petra Kickenweitz (Yostar-Kuratorin), Žiga Kreševič (Yostar-Kurator) und Ronald Rödl (Leiter des Stmk-Büro Brüssel)

kenweitz, Stocker und Kreševič ihre Intention für diese Ausstellung.

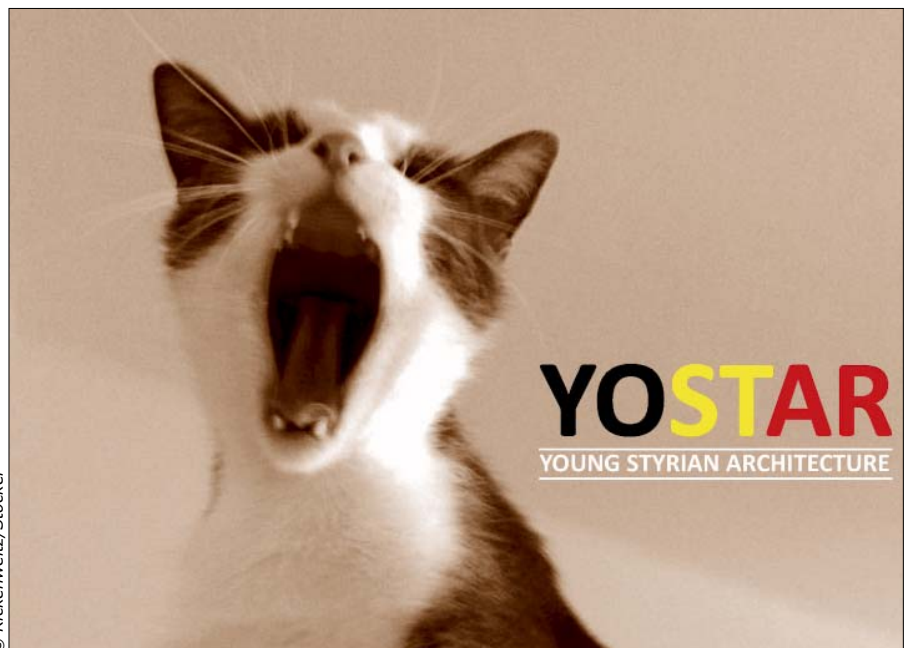
Für Drexler ein weiterer Kultur-Akzent, der im Steiermark-Haus präsentiert wurde: „Wir möchten damit auch die internationale Wahrnehmbarkeit der Kultur in der Steiermark, in diesem Falle der Architektur, stär-

ken.“ Die Ausstellung wurde bereits im Haus der Architektur in Graz, im Hiša Arhitekture Maribor und in der Architektur Galerie Berlin gezeigt.

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>

<http://www.europa.steiermark.at/>

<https://hda-graz.at/>



© Kickenweitz/Stocker

Bilanz zur Nordischen Ski-WM

LH Platter: »Ein friedliches und perfekt organisiertes Sportfest geht zu Ende«

Nach zwölf spannenden Tagen ging am 3. März die Nordische Ski-WM 2019 in Seefeld und Innsbruck zu Ende. „Tirol hat sich in den vergangenen zwei Wochen einmal mehr als hervorragender Gastgeber für sportliche Großereignisse präsentiert. Es waren Tage voller Emotionen. Alles in allem läßt sich sagen: Es war ein friedliches, internationales Sportfest, bei dem das Miteinander im Vordergrund stand und sich Tirol von seiner besten Seite zeigte. Vorbildhaft war auch die Veranstaltungs- und Sicherheitsorganisation dieser Weltmeisterschaft. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Gemeinde, Veranstalter und Einsatzorganisationen hat einwandfrei funktioniert“, bilanzierte Landeshauptmann Günther Platter. Erfolgreich waren auch die österreichischen SportlerInnen bei der WM: „Neun Medaillen sind eine außerordentliche Leistung zu der ich allen Athletinnen und Athleten herzlich gratuliere“, so Platter.

In Hinblick auf die Dopingereignisse stellte der Landeshauptmann erneut klar: „Die WM auf solch unerfreuliche Ereignisse zu reduzieren, wäre ein absolut falsches Signal. Denn es sind die ‚sauberen‘ Sportlerinnen und Sportler, die Organisatorinnen und Organisatoren, die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer als auch die Fans, die aus der ganzen Welt nur für dieses Event angereist sind, die diese WM zu einem unvergesslichen Sportfest gemacht haben.“

43.000 Einsatzstunden und über 5.000 Seiten an Dokumenten

„Über 200.000 Zuschauerinnen und Zuschauer sind ein starkes Signal – aber auch eine Herausforderung hinsichtlich Logistik und Sicherheit. Trotz dieser hohen BesucherInnenzahl ist es zu keinen außergewöhnlichen Vorkommnissen entlang der Zuschauerbereiche oder Fanmeilen gekommen. Das Zusammenspiel aller Beteiligten hat bestens funktioniert“, sagte der für Sicherheitsagenenden zuständige LHStv Josef Geisler und betonte, daß auch die Stimmung hervorragend war: „Die Begeisterung war durchwegs zu spüren, es war ein friedliches Publikum. Das zeigt auch die geringe Anzahl von lediglich fünf Ordnungsstörungen.“

Unter der Leitung von Josef Schreier von der BH Innsbruck-Land als Veranstaltungs-



Foto: Land Tirol / Die Fotografen

Landeshauptmann Günther Platter (Mitte links) feuerte die AthletInnen vor Ort an – im Bild mit Deutschlands Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen

und Sicherheitsbehörde – der Gesamteinsatz wurde gemeinsam mit dem Bezirkspolizeikommando Innsbruck geleitet – trafen sich täglich VertreterInnen von Gemeinde, Polizei, Veranstalter, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung, Bundesheer, ÖBB sowie des privaten Sicherheitspersonals zur Lagebesprechung in der Einsatzzentrale auf dem WM-Gelände – über 43.000 Einsatzstunden (jene der Polizei sind in dieser Berechnung ausgenommen) zählen die Einsatzorganisationen.

„Die umfangreichen Planungen spiegeln sich in den über 5.000 Seiten an Konzepten, Bescheiden, Gutachten und Verordnungen wider und haben sich mehr als bewährt. Täglich gab es einzelne Handlungserfordernisse, die wir in Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften flexibel abgearbeitet haben. Insgesamt waren es beispielsweise bis zu 10.000 verkehrsrechtliche Einzelmaßnahmen wie Verkehrsleitungen, die getroffen wurden“, berichtete Schreier und hob hervor, daß die Konzeptionen auch während der WM adaptiert wurden. „Aufgrund des Tauwetters haben wir das Parkplatzkonzept rasch überarbeitet, aber auch bei baulichen Anlagen nachgebessert oder zusätzliche Beleuchtungen am Medal Plaza installiert. Vorbereitungen sind wichtig, doch gilt es auch, sie den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.“

Platter sprach Dank aus

„Die Nordische Ski-WM ist ein Highlight in der Sportgeschichte Tirols und wird uns

lange in Erinnerung bleiben. Umso mehr möchte ich mich bei allen, die in unterschiedlicher Art und Weise in die Organisation dieses Sportfestes eingebunden waren, herzlich bedanken. Jede helfende Hand hat dazu beigetragen, daß sich diese WM aus organisations- und sicherheitsrelevanter Sicht zu einer Bilderbuchveranstaltung entwickelt hat. Im Namen der Tiroler Landesregierung spreche ich allen unseren größten Dank aus“, so Platter.

Factbox

- Insgesamt wurden 43.000 Einsatzstunden von BH Innsbruck, Gemeinde Seefeld, Feuerwehr, Rotem Kreuz, Österreichischem Bundesheer, ÖBB und privaten Sicherheitsunternehmen geleistet.
- Die Polizei war je nach Veranstaltungstag mit 200 bis 400 BeamtInnen im Einsatz.
- Täglich waren 24 Mann von der Feuerwehr im Einsatz – insgesamt waren es damit 271 Mann mit über 1.800 Einsatzstunden.
- Das Rote Kreuz verzeichnete insgesamt rund 100 medizinische Einsätze – über 3.500 Einsatzstunden von 195 Personen.
- Das Österreichische Bundesheer war mit 140 Personen und damit insgesamt rund 8.000 Stunden im Einsatz.
- Rund 200 Personen waren von privaten Sicherheitsunternehmen 21.300 Stunden im Einsatz.

<https://www.tirol.gv.at/>

Auswanderung aus dem Walgau

Landesrat Christian Bernhard eröffnete Ausstellung: »Entwicklung einer Gesellschaft wird wesentlich von Aus- und Einwanderern beeinflusst.«

Landesrat Christian Bernhard eröffnete am 21. März im Wolfhaus in Nenzing die Wanderausstellung „wo.anders.hin“. „Wir alle wissen, die Entwicklung einer Gesellschaft wird wesentlich von den Aus- und Einwanderern beeinflusst“, betonte Bernhard: „Mit dem Projekt ‚Auswanderung in den Jahren 1700 bis 1914‘ wird ein bedeutender Aspekt der regionalen Geschichte des Walgaus wissenschaftlich erforscht, der darüber hinaus die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Migrationsphänomenen anregt“.

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist Vorarlberg ein Einwanderungsland. Im 18. und 19. Jahrhundert und bis weit ins 20. Jahrhundert war es umgekehrt. Während der Walgau zuerst viele Auswanderer zu verzeichnen hatte, kam es in der Folge der Industrialisierung zu starken Einwanderungswellen. Die Trentiner beispielsweise haben etwa um das Jahr 1870 als erste Volksgruppe Vorarlberg für sich entdeckt.

„Viele dieser damals als Arbeitskräfte angeheuerten Menschen sind geblieben, das lässt sich an den Nachnamen vieler heute alt eingesessener Familien ablesen“, erinnerte der Landesrat in seiner Eröffnungsansprache.

Migrationen und Migranten-Schicksale seit dem 18. Jahrhundert stehen im Fokus der



Foto: wiki.imwalgau.at / Gemeindeforschung Schlins

Dieses Foto zeigt die Familie Jakob Häusle aus Schlins. Jakob Häusle ist 1822 in den nord-westlichen US-Bundesstaat South Dakota ausgewandert. Es stammt aus dem Gemeindeforschung Schlins / Tom Wong, Port Orchard, Washington.

wissenschaftlichen Arbeit von Dieter Petras im Rahmen eines Forschungsprojekts der Regio Im Walgau. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit, darunter viele Biographien von Auswanderinnen und Auswanderern aus allen Gemeinden des Walgaus, werden im

Rahmen der – vom Land mitfinanzierten – Wanderausstellung „wo.anders.hin“ bis Februar 2020 in verschiedenen Walgaugemeinden gezeigt. Den Anfang machte Nenzing. ■

<http://www.vorarlberg.at/>
<https://www.imwalgau.at/>



Foto: VLK / Bernd Hofmeister

Landesrat Christian Bernhard (3.v.r.) mit AusstellungsgestalterInnen und Gemeindeforschern von Nenzing bei der Eröffnung

Lebensqualität: Wien weltweit auf Platz 1

Zum zehnten Mal in Folge ist Wien weltweit die Stadt mit der höchsten Lebensqualität für ins Ausland entsendete Mitarbeiter. Zürich belegt den zweiten Platz.

Zu diesem Ergebnis kommt die jährlich von der Beratungsgesellschaft Mercer durchgeführte weltweite Vergleichsstudie zur Bewertung der Lebensqualität von Expatriates in 231 Großstädten, die in diesem Jahr bereits zum 21. Mal veröffentlicht wurde.

Die europäisch dominierten Top Ten des Städtevergleichs werden komplettiert durch Düsseldorf (Rang 6), Frankfurt am Main (7), Kopenhagen (8), Genf (9) und Basel (10).

„Wien ist in vielerlei Hinsicht ein überaus attraktiver Standort für Expatriates und ihre Familien. Neben einem stabilen politischen und sozialen Umfeld punktet die österreichische Hauptstadt vor allem durch sehr gute medizinische Versorgung, ein abwechslungsreiches Kultur- und Freizeitangebot sowie eine ausgesprochen hohe Anzahl an internationalen Schulen“, erläutert Mercer-Experte Christof Ternes. „Die geringe Kriminalitätsrate, eine effiziente Strafverfolgung sowie ein hervorragendes Angebot an qualitativ hochwertigem Wohnraum, sowohl im Stadtgebiet als auch in der Umgebung, haben dazu beigetragen, daß Wien seine Spitzenposition erneut verteidigt hat.“

Um die Lebensqualität der Städte zu beurteilen, wurden 39 Faktoren analysiert, die aus Sicht von ins Ausland entsendeten Mitarbeitern eine zentrale Rolle spielen. Gruppieren in zehn Kategorien umfassen diese Faktoren unter anderem soziale, politische, wirtschaftliche und umweltorientierte Aspekte. Hinzu kommen Kriterien wie Gesundheit, Bildungs- und Verkehrsangebote sowie andere öffentliche Dienstleistungen.

Vielfältige Herausforderungen für Unternehmen

Angespannte Handelsbeziehungen und populistische Strömungen dominieren weiterhin das globale Wirtschaftsklima. Angesichts einer drohenden Straffung der Geldpolitik und der sich abzeichnenden Volatilität der Märkte ist es für internationale Unternehmen wichtiger denn je, ihre Auslandsaktivitäten richtig zu gestalten.

„Die meisten internationalen Unternehmen sind im Rahmen ihrer globalen Ge-

schäftstätigkeit auf starke Kompetenzen und Ressourcen vor Ort angewiesen. Das persönliche und berufliche Wohlbefinden der Personen, die an die ausländischen Standorte entsendet werden, beeinflusst dabei maßgeblich den Geschäftserfolg“, erklärt Ilya Bonic, Senior Partner und President des Career Business bei Mercer. „Unternehmen, die ins Ausland expandieren wollen, müssen eine Vielzahl von Überlegungen anstellen, um heraus-

zufinden, wohin sie Mitarbeiter am besten entsenden und wo sie neue Niederlassungen gründen. Der Schlüssel zum Erfolg sind relevante, zuverlässige Daten und standardisierte Erhebungen. Sie sind für Arbeitgeber unerlässlich, um kritische Entscheidungen zu treffen – von der Frage, wo Büros eingerichtet werden, bis hin zur Festlegung, wie globale Arbeitskräfte verteilt und entlohnt werden und wo sie wohnen.“



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Der Wiener Rathauspark im Frühling

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer



Lebenswertes Wien: Ein Blick über den Heldenplatz auf Rathaus, Burgtheater und Hofburg

Spezial-Ranking Sicherheit: Luxemburg auf Platz 1

Ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität einer Stadt ist die persönliche Sicherheit. Die daraus resultierende Stabilität ist der Grundstein für den Erfolg von Unternehmen und der entsendeten Mitarbeiter. In diesem Jahr hat Mercer ein separates Sicherheits-Ranking erstellt, das Faktoren wie Kriminalität, Strafverfolgung, Einschränkungen der persönlichen Freiheit, außenpolitische Beziehungen zu anderen Ländern und Pressefreiheit analysiert. Dominiert wird dieses Ranking von westeuropäischen Ländern: Luxemburg gilt als sicherste Stadt der Welt, gefolgt von Helsinki und dem Schweizer Trio Basel, Bern und Zürich als gemeinsame Zweitplatzierte. Wien belegt den sechsten Rang. Die Schlusslichter im Spezial-Ranking bilden Bangui in der Zentralafrikanischen Republik auf Platz 230 und Damaskus auf Platz 231.

„Die Sicherheit des Einzelnen wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst und ist ständig im Wandel, da sich die Umstände und Bedingungen in Städten und Ländern von Jahr zu Jahr ändern. Diese Rahmenbedingungen sind für multinationale Unternehmen von entscheidender Bedeutung, wenn sie Mitarbeiter ins Ausland entsenden. Die Faktoren berücksichtigen alle möglichen Bedenken hinsichtlich der persönlichen Sicherheit eines Expatriates und können einen erheblichen Einfluß auf die Kosten internationaler Vergütungsprogramme haben“, sagt Slagin Parakatil, Principal bei Mercer und verant-

wortlich für die „Quality of Living“-Studien. „Um über die Lebensqualität an allen Standorten, an denen Mitarbeiter eingesetzt werden, auf dem Laufenden zu bleiben, benötigen Unternehmen genaue Daten und objektive Prozesse, um die Kostenauswirkungen von sich verändernden Lebensstandards zu ermitteln.“

Europäische Städte führend, Vancouver mit Top-Ergebnis

Trotz politischer und wirtschaftlicher Turbulenzen und einem Brexit, dessen Konsequenzen noch nicht vollends absehbar sind, verzeichnen europäische Metropolen weiterhin weltweit die höchste Lebensqualität: In den Top Ten platzierten sich acht und in den Top-25 16 europäische Städte. Die großen europäischen Hauptstädte Berlin (13), Paris (39) und London (41) konnten jeweils ihr Ergebnis aus dem Vorjahr wiederholen, während Madrid (46) drei Plätze zulegte und Rom (56) einen. Minsk (188), Tirana (175) und St. Petersburg (174) sind die europäischen Städte mit den niedrigsten Platzierungen, während Sarajevo (156) aufgrund eines Rückgangs der gemeldeten Kriminalität drei Plätze nach oben kletterte.

Der dritte Rang für Vancouver ist gleichbedeutend mit der besten Platzierung einer nordamerikanischen Stadt in den letzten zehn Jahren. Alle US-amerikanischen Städte im Ranking verloren in diesem Jahr Plätze. Einzige Ausnahme ist New York, das dank sinkender Kriminalitätsraten einen Rang gut machen konnte (44). San Francisco auf Rang

34 bleibt die US-Stadt mit der höchsten Lebensqualität.

Südamerika, Naher Osten, Asien und Ozeanien

In Südamerika rangiert Montevideo (78) erneut an der Spitze der Lebensqualität, während Caracas aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Instabilität in jüngster Vergangenheit von Rang 193 auf 202 fiel und im Ranking Sicherheit Rang 222 belegt.

Dubai (74) rangiert in puncto Lebensqualität nach wie vor an erster Stelle im Nahen Osten, dicht gefolgt von Abu Dhabi (78). Obwohl Bagdad immer noch das Schlußlicht im Ranking bildet, gab es deutliche Verbesserungen bei den Sicherheits- und Gesundheitsdiensten. Ein Rückgang der Kriminalitätsrate und keine Terroranschläge in den letzten zwölf Monaten führten dazu, daß Istanbul (130) vier Plätze gut machen konnte.

In Asien hat Singapur (25) die höchste Lebensqualität, gefolgt von den fünf japanischen Städten Tokio (49), Kobe (49), Yokohama (55), Osaka (58) und Nagoya (62).

Wie in den Vorjahren schneiden Städte in Neuseeland und Australien weit vorne ab: Auckland (3), Sydney (11), Wellington (15) und Melbourne (17) platzieren sich unter den ersten 20. Im Spezial-Ranking Sicherheit fahren Auckland und Wellington die höchste Platzierung für Ozeanien (9) ein. ■

<http://www.mercer.at/>

Die Top Ten 2019

1	Wien
2	Zürich
3	Vancouver
3	München
3	Auckland
6	Düsseldorf
7	Frankfurt
8	Kopenhagen
9	Genf
10	Basel

Fokus Sicherheit

1	Luxemburg
2	Basel
2	Bern
2	Helsinki
2	Zürich
6	Wien
7	Genf
7	Oslo
9	Auckland
9	Wellington

Neuer Spitzenwert für Österreich

Jahresbericht 2018 des Europäischen Patentamts: Österreich erneut mit deutlichem Plus bei europäischen Patentanmeldungen

Mit 2.292 Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) konnten österreichische Unternehmen 2018 ihren Höchststand aus dem vergangenen Jahr übertreffen (+3,8 %). Dies zeigt der heute veröffentlichte Jahresbericht 2018 des Amts. Der positive Trend aus den vergangenen vier Jahren wurde somit fortgeschrieben. Mit diesem Ergebnis steht Österreich im europaweiten Vergleich auf Platz 10 der Ursprungsländer für europäische Patentanmeldungen.

Die fünf stärksten Anmeldeländer 2018 beim EPA waren erneut die USA, gefolgt von Deutschland, Japan, Frankreich und China. Insgesamt 174.317 Patentanmeldungen wurden im Jahr 2018 beim Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht, was einem Zuwachs von 4,6 % entspricht. Außerdem zeigten sich die europäischen Unternehmen in ihrem Heimatmarkt gut aufgestellt: wie im Vorjahr kam 2018 rund die Hälfte (47 %) aller europäischen Patentanmeldungen beim EPA aus den 38 EPO-Mitgliedsstaaten.

Insgesamt ist das positive Ergebnis laut dem Jahresbericht auf einen Anstieg der Patentanmeldungen in allen Industrieregionen zurückzuführen. Während die EPO-Mitgliedsstaaten ihren Zuwachs im Vergleich zu 2017 weiter steigerten, verlangsamten sich die Zuwachsraten aus den USA und China.

Anmeldungen aus China stiegen um 8,8 % – die niedrigste Rate seit fünf Jahren. Dafür ist hauptsächlich das langsamere Wachstum einiger der besonders patentintensiven Technologiefelder des Landes verantwortlich, wie Computertechnik, Elektrische Maschinen, Geräte und Energie sowie Audiovisuelle Technologie.

„Die Zunahme der Patentanmeldungen ist eine positive Botschaft für die europäische Wirtschaft. Sie belegt, daß sich Innovation in Europa auf ein konkurrenzfähiges und wirksames Patentsystem stützen kann. Das ist für Unternehmen entscheidend, um wirklich gewichtige Patentportfolios aufzubauen – was wiederum der Wirtschaft zugutekommt“, sagte EPA-Präsident António Campinos. „Mit seinem Anmeldewachstum trägt Österreich maßgeblich zur Stärkung des Innovationsstandorts Europa bei. Allein in der EU sind in Branchen mit einer hohen Nutzung von Patenten, Marken und Designrech-

Anmeldungen pro Mio. Einwohner 2018

TOP30

1	Switzerland	956	16	Puerto Rico	111
2	Netherlands	416	17	United Kingdom	88
3	Denmark	411	18	Singapore	87
4	Sweden	403	19	Chinese Taipei	75
5	Germany	332	20	Italy	71
6	Finland	312	21	Slovenia	47
7	Austria	261	22	Canada	44
8	Belgium	204	23	New Zealand	43
9	Japan	179	24	Australia	42
10	Israel	173	25	Cyprus	41
11	Ireland	158	26	Estonia	37
12	France	153	27	Spain	36
13	R. Korea	142	28	Czech Republic	23
14	United States	132	29	Portugal	21
15	Norway	114	30	Hong Kong	16

European Patent Office 2018

ten etwa 60 Millionen Menschen beschäftigt. Sie erbringen rund 42 % der Wirtschaftsleistung und zeichnen für über 90 % der Exporte verantwortlich.“

Österreich schreibt positiven Trend fort

Mit diesem Zuwachs positionierte sich Österreich erneut in der Spitzengruppe der Mitgliedsstaaten mit mittelgroßem Anmeldeaufkommen und setzte damit seinen positiven Trend weiter fort. In der Liste aller Anmeldestaaten beim EPA lag das Land auf dem 14. Platz. Mit 261 europäischen Patentanmeldungen pro Millionen Einwohnern befand sich Österreich, gemessen an der Einwohnerzahl, in Europa sowie im internationalen Vergleich auf dem 7. Rang und lag deutlich über dem EU-Durchschnitt von 139.

Wie aus dem Jahresbericht weiter hervorgeht, meldeten österreichische Unternehmen die meisten Patente wiederum in den Technologiefeldern Elektrische Maschinen, Geräte und Energie (+8,8 %), Transport (-1,7 %) und Bauingenieurwesen (-13,3 %) an. Das größte Wachstum aus österreichischer Sicht zeigten dagegen die Bereiche Motoren, Pumpen und Turbinen (+60 %), Arzneimittel (+53,7 %) sowie Sonstige Spezialmaschinen, was Technologien von Landmaschinen bis hin zum 3D-Druck umfaßt (+29,5 %).

Wien und Borealis bleiben österreichische Innovationsführer – Tirol, Kärnten und NÖ mit starkem Anstieg

Die Analyse der anmeldestärksten österreichischen Bundesländer ergab, daß Wien trotz eines Rückgangs von -2,4 % seine Spitzenposition aus dem vergangenen Jahr behaupten konnte – knapp jede vierte Patentanmeldung kam aus diesem Land. Auf Platz 2 und 3 lagen wie auch 2017 Oberösterreich und die Steiermark, die jedoch ebenfalls einen Rückgang zu verzeichnen hatten (Oberösterreich -2,8 %; Steiermark -9,9 %). Dahinter konnte Niederösterreich (4.) sein starkes Wachstum aus dem vergangenen Jahr dagegen mehr als verdreifachen (+28,4 %), und auch Vorarlberg (5.) steigerte sein Vorjahresniveau nochmals (+3,7 %). Den größten Zuwachs verzeichneten jedoch Tirol (+37,3 %) und Kärnten (+34,4 %).

Im Vergleich der anmeldestärksten europäischen Regionen liegt Westösterreich erneut auf Platz 18 mit einem Wachstum von +4,4 %.

Das österreichische Anmelder-Ranking führt erneut Borealis an. Dahinter tauschten ZKW (Rang 2) und AMS (Rang 3) die Plätze. ZKW konnte sich darüber hinaus im internationalen Vergleich im Technologiefeld Elektrische Maschinen, Geräte und Energie in den Top 20 beim EPA positionieren.

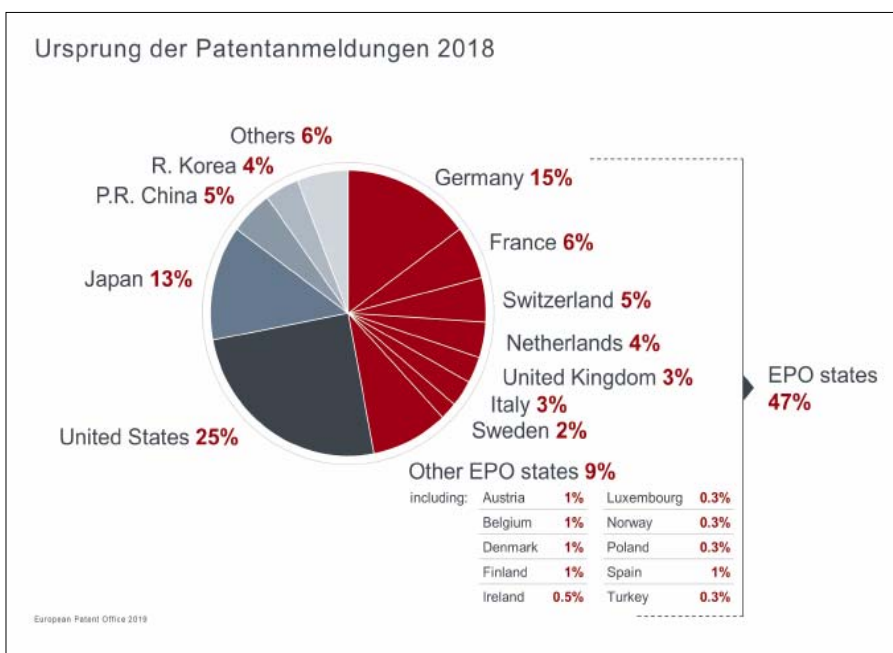
Österreich, Europa und die Welt

Trends: Siemens an der Spitze – Life Sciences mit größtem Anmeldeplus

Siemens sicherte sich im Jahr 2018 den Spitzenplatz im Anmelder-Ranking des EPA und verdrängte Huawei auf Platz 2. Das deutsche Unternehmen führte zuletzt 2011 die Rangliste an. Dahinter folgten 2018 Samsung (3.), LG (4.) und United Technologies (5.). Unter den zehn stärksten Anmeldern befanden sich insgesamt vier Firmen aus Europa, drei aus den USA, zwei aus Südkorea und eine aus China.

Die Medizintechnik bleibt auch 2018 das Technologiefeld mit der größten Anzahl Anmeldungen beim EPA (+5 %), gefolgt von der Digitalen Kommunikation und der Computertechnologie. Mit einem kombinierten Wachstum von 13 % in den Sektoren Arzneimittel und Biotechnologie legte der Bereich Life Sciences innerhalb der Top10-Gruppe der technischen Gebiete am stärksten zu.

Ein Blick auf die Herkunft der Patentanmeldungen in den Technologiefeldern zeigt, daß China und Südkorea ein besonders starkes Wachstum in ihrem Spezialgebiet Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) aufweisen. Die meisten EPO-Mitgliedsstaaten sowie die USA und Japan zeichnen sich dagegen durch ein breit sortiertes Patentportfolio in den Technologiefeldern aus. Außerdem konnte sich Europa im Segment Transport als führend behaupten. Dies wurde ebenfalls durch eine jüngst veröffentlichte



Studie des EPA zur Patentlandschaft rund um das autonome Fahren bestätigt, die in diesem Bereich Europa neben den USA in der Vorreiterrolle sieht.

Erteilung von fast 128.000 Patenten

Durch das große Engagement seiner MitarbeiterInnen konnte das EPA der wachsenden Nachfrage nach europäischen Patenten mit einer weiteren Verbesserung seiner Produktion begegnen. So erhöhte das Amt die Zahl aller durchgeführten Patentrecherchen,

Sachprüfungs- und Einspruchsverfahren im Berichtsjahr um 4 % (2017: +4,6 %). Durch das Zusammenwirken dieser Produktionssteigerung mit den Effekten verbesserter interner Arbeitsabläufe und der Auflösung von Arbeitsrückständen bei Patentrecherchen konnte das EPA im Berichtsjahr 127.625 erteilte europäische Patente veröffentlichen, was einem Wachstum von 21% gegenüber dem Vorjahr entspricht (2017: +10%). ■

<http://www.epo.org/>

<http://www.epo.org/annual-report2018>

Die 50 größten Anmeldeländer 2018

		2018	Change								
1	United States	43 612	+2.7%	18	Canada	1 596	+5.5%	35	Portugal	220	+46.7%
2	Germany	26 734	+4.7%	19	Israel	1 456	+4.9%	36	New Zealand	194	−3.5%
3	Japan	22 615	+3.9%	20	Australia	978	+16.3%	37	Brazil	161	−2.4%
4	France	10 317	−2.8%	21	Ireland	801	+21.4%	38	Greece	120	+17.6%
5	P.R. China	9 401	+8.8%	22	India	710	+4.7%	38	Hungary	120	+26.3%
6	Switzerland	7 927	+7.8%	23	Norway	610	+14.9%	40	Hong Kong	112	+2.8%
7	R. Korea	7 296	+13.0%	24	Turkey	572	−37.2%	41	South Africa	107	−9.3%
8	Netherlands	7 140	+1.4%	25	Poland	534	+19.7%	42	Slovenia	99	+1,0%
9	United Kingdom	5 736	+7.8%	26	Singapore	523	+20.2%	43	Mexico	76	+22,6%
10	Italy	4 399	+0.9%	27	Luxembourg	455	−14.6%	44	Thailand	71	−2,7%
11	Sweden	4 050	+7.1%	28	Liechtenstein	429	+12.9%	45	Chile	55	+44,7%
12	Denmark	2 390	+14.4%	29	Cayman Islands	367	+52.9%	46	Macau	54	+50,0%
13	Belgium	2 360	+9.7%	30	Puerto Rico	365	+31.3%	47	United Arab Emirates	51	+45,7%
14	Austria	2 292	+3.8%	31	Barbados	332	+95.3%	47	Cyprus	51	+4,1%
15	Spain	1 776	+6.3%	32	Saudi Arabia	264	+88.6%	47	Malta	51	−26,1%
16	Chinese Taipei	1 767	+8.9%	33	Czech Republic	242	+17.5%	50	Slovakia	50	+22,0%
17	Finland	1 728	−3.8%	34	Russian Federation	229	+13.4%				

European Patent Office 2019

1,1 Mrd. Euro an europäischen Forschungsmitteln eingeworben

»Horizon 2020« – Schramböck, Faßmann und Hofer: Heimische ForscherInnen und Unternehmen zählen zu Europas Top 3 – Österreichs Unternehmen spielen in europäischer KMU Champions League – FFG unterstützt gezielt

Die Bedeutung Europas für den Frieden ist bekannt – jene für die Forschung ebenso beeindruckend. Mit „Horizon 2020“ (2014–2020) hat die Europäische Union das weltweit größte, transnationale Programm für Forschung und Innovation initiiert – „von dem insbesondere auch ForscherInnen an Österreichs Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in heimischen Unternehmen spürbar profitieren“, betonten Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, und Norbert Hofer, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, am 21. März in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wien. „Neben dem enormen Mehrwert durch starke Konsortien, den exzellenten Austausch und die Nutzung gemeinsamer Infrastruktur läßt sich der Erfolg auch in Zahlen messen: Seit Programmbeginn sind bereits mehr als 1,1 Milliarden Euro nach Österreich geflossen – in Forschungsprojekte, deren Ergebnisse vielen von uns zugutekommen, zum Beispiel durch medizinischen oder technischen Fortschritt“, so die Ministerin und die beiden Minister. Die aktuell vorliegenden Zahlen sind „ein weiterer Schritt in Richtung unseres ambitionierten 1,5 Milliarden Euro-Ziels und mit den letzten Ausschreibungen bieten sich noch zahlreiche Chancen“. Parallel laufen unter starker Einbindung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) die Vorbereitungen auf das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“ sowie „Digital Europe“.

Bei der Erfolgsquote (nach Beteiligungen) zählt Österreich in „Horizon 2020“ zu Europas Top 3 und liegt mit 17,9 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der anderen Staaten (15,3 Prozent). Innerhalb Österreichs sind insbesondere Unternehmen (38 Prozent Anteil) und Hochschulen (rund 28 Prozent) starke europäische Player bei den gesamt 2.919 Beteiligungen. Nach Programmen betrachtet schneiden die Forschenden und Unternehmen in Österreich besonders erfolgreich in ERC (European Research



Foto: <https://www.bilderbox.com>

Heimische ForscherInnen und Unternehmen zählen zu Europas Top 3

Council; 223,3 Millionen Euro), ICT (Informations- und Kommunikationstechnologien; 145,2 Millionen Euro), Transport (123 Millionen Euro) und Energie (106,8 Millionen Euro) ab. Noch einige Möglichkeiten für Österreichs ForscherInnen bieten sich in den bis 2020 geplanten Ausschreibungen, z.B. in der Batterieinitiative oder im Bereich Künstliche Intelligenz, wo in den kommenden vier Ausschreibungen rund 200 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

„Beim letzten Rat der EU-Forschungsminister wurde über die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Förderung bahnbrechender Innovationen im Rahmen des neu zu schaffenden Europäischen Innovationsrates diskutiert. Mit diesem Instrument will Europa ganz gezielt in Ideen und Erfindungen investieren, die einen ökonomischen oder gesellschaftlichen Erfolg versprechen. Forschung mit Impact lautet das Ziel“, so der

Wissenschaftsminister. Die Forschungsminister der EU begrüßen dieses Vorhaben, eine Pilotinitiative laufe bereits im derzeitigen Forschungsprogramm „Horizon 2020“. In vollem Umfang starten soll der Europäische Innovationsrat (EIC) mit Beginn des neuen Forschungsprogramms Horizon Europe im Jahr 2021.

Schramböck: Heimische Unternehmen spielen in europäischer KMU Champions League

„Heimische Unternehmen spielen in der europäischen KMU Champions League“, betonte Schramböck und verwies auf die jüngsten Ausschreibungsergebnisse: Am 18. März gab EU-Kommissar Carlos Moedas jene 68 hoch innovativen KMU bekannt, die im KMU Instrument (Phase 2) erfolgreich sind und bis zu 2,5 Millionen Euro Förderung bekommen. Darunter sind die Usound

Österreich, Europa und die Welt

GmbH aus Graz und die Oroboros Instruments GmbH aus Innsbruck. Auch in Phase 1 konnten zuletzt mehrere Unternehmen aus Österreich überzeugen und in einem hoch kompetitiven Verfahren jeweils 50.000 Euro an europäischen Fördermitteln einwerben.

Die sechs erfolgreichen KMU aus Österreich erhalten die gesamt 300.000 Euro, um eine Business Feasibility Studie durchführen zu können. Basierend auf diesem Business Plan kann die Markteinführung schneller und effizienter in Angriff genommen werden. Insgesamt gab es in dieser Runde 29 Einreichungen aus Österreich. Die sechs Zusagen entsprechen einer Erfolgsquote von 20 Prozent, die deutlich über dem EU-Schnitt von rund 9 Prozent liegt. Die erfolgreichen KMU im Überblick:

- Lumitech Produktions und Entwicklung GmbH (Burgenland)
- SYN TRAC GmbH (Oberösterreich)
- Thrive for Email GmbH (Oberösterreich)
- Usersnap GmbH (Oberösterreich)
- SAIL LABS Technology GmbH (Wien)
- The Moonvision GmbH (Wien)

Das KMU-Instrument ist Teil des Pilotprojekts des Europäischen Innovationsrats (European Innovation Council, EIC), der im nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ vorgesehen ist. Es richtet sich an Kleine und Mittlere Unternehmen mit radikalen neuen Ideen, die gezielt gefördert werden, ihre Produkte und Dienstleistungen mit disruptivem Potential auf den Markt zu bringen. „Europas Unternehmen brauchen die besten Voraussetzungen – diese wollen wir mit maßgeschneiderter Unterstützung bieten und den innovativsten Unternehmen Europas wesentliche Wachstumssprünge ermöglichen. Vor allem in den EIC setzen wir große Hoffnungen“, so Ministerin Schramböck. Weiters verweist sie auf das geplante Programm „Digital Europe“, das mit rund 9,2 Milliarden Euro (2021 – 2027) dotiert werden soll. „Damit wird es im mehrjährigen EU-Finanzrahmen erstmals einen eigenen Schwerpunkt für Digitalisierung geben, den wir auch in Österreich bestmöglich nutzen wollen“, betonte die Ministerin.

BM Hofer: Heimische Programme sind Sprungbrett für erfolgreiche europäische Teilnahme

Infrastruktur- und Technologieminister Norbert Hofer führt das sehr gute Abschneiden in Programmen wie den Informations- und Kommunikationstechnologien auch auf

die nationalen thematischen Förderformate wie z.B. „IKT der Zukunft“ zurück. „Unsere Programme sind ein Sprungbrett für die erfolgreiche europäische Teilnahme“, so der Minister. Durch nationalen Kompetenzaufbau konnten sich österreichische Einrichtungen wie die TU Wien oder das Know Center (Graz) an einer europäischen Plattform mit 80 internationalen Partnern zum Thema Artificial Intelligence beteiligen. Zuletzt erfolgreich waren heimische Forscher auch bei den neuen europäischen Forschungs-Flaggschiffen: In drei der sechs für die für Preparatory-Phase ausgewählten FET Flagships sind österreichische Einrichtungen (TU Wien, ICA-RUS, Österreichische Nationalbibliothek, IMBA) an Bord. Ziel ist es, Lösungen für große globale Herausforderungen mit exzellenten europäischen Forschungskonsortien zu erarbeiten.

FFG bietet umfassenden Informations- und Beratungsangebot

„Österreichs Forscherinnen und Forscher sind im europäischen Wettbewerb sehr erfolgreich und wir unterstützen sie dabei ge-

zielt“, so Henrietta Egerth und Klaus Pseiner, die beiden Geschäftsführer der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG. Die FFG stellt als Nationale Kontaktstelle (National Contact Point, NCP) ein umfassendes Beratungs- und Informationsangebot zur Verfügung und FFG bietet u.a. Proposal Checks, Interviewtrainings und Webinare zu den jeweiligen Ausschreibungen an. Seit Start von „Horizon 2020“ wurden von der FFG mehr als 2.800 Projekte beraten und mehr als 1.000 Proposal-Checks durchgeführt – mit Erfolg, wie das FFG-Monitoring der Beratungseffektivität zeigt: Von der FFG beratene Projekte sind überdurchschnittlich erfolgreich.

Das Informations- und Beratungsangebot wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung/BMBWF, vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort/BMDW, vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie/BMVIT und weiteren und der Wirtschaftskammer Österreich finanziert. ■

<https://www.ffg.at/europa/h2020>

<https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en>

75,4 Mio. Euro für Projekte in Entwicklungsländern

Die Oesterreichische Entwicklungsbank OeEB hat ihren erfolgreichen Weg 2018 fortgesetzt: Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen stellte sie Finanzierungen in Höhe von 275,4 Mio. Euro für private Investitionen in Entwicklungsländern bereit. Das Gesamtportfolio erreichte mit Jahresende 1,19 Mrd. Euro.

„Es sind vor allem private Unternehmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern nachhaltiges Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen“, betonen die Vorstände der OeEB, Sabine Gaber und Michael Wancata.

In Bangladesch etwa stellt die OeEB gemeinsam mit internationalen Partnern einen Kredit für die Errichtung einer neuen Zuckerraffinerie zur Verfügung. „Zucker im Land zu raffinieren anstatt fertigen Kristallzucker zu importieren, fördert die Wertschöpfung im Land, wodurch lokales Einkommen und Steuereinnahmen generiert werden. Ebenso kann in der neuen Anlage erstmals auch Flüssig- und Invertzucker, etwa für die Getränke- und Lebensmittelindustrie, hergestellt werden“, erklärt Gaber.

Durch den Einsatz neuester Technologien werden Treibhausgasemissionen, Abfall und Wasserverbrauch wesentlich reduziert. „Damit soll die neue Raffinerie im gesamten Sektor neue Standards im Hinblick auf Effizienz, Produktivität und Umweltstandards setzen“, so Wancata. „Besonders erfreulich ist auch, daß durch die Errichtung der neuen Anlage mehr als 700 direkte und bis zu 1.000 indirekte Arbeitsplätze in einem der ärmsten Ländern der Welt geschaffen werden“, ergänzt Gaber.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erwirtschaftete die OeEB einen Jahresüberschuß von 6,8 Mio. Euro (2017: 6,7 Mio. Euro), das Betriebsergebnis lag bei 9,9 Mio. Euro (2017: 8,9 Mio. Euro). Das Gesamtportfolio an Krediten und Beteiligungen belief sich mit Jahresende auf 1,19 Mrd. Euro bei einem Neugeschäft von rund 275,4 Mio. Euro. Darüber hinaus stellte die OeEB rund 0,5 Mio. Euro aus eigenen Mitteln für projektbegleitende Maßnahmen zur Verstärkung der entwicklungspolitischen Effekte ihrer Finanzierungen bereit. ■

<https://www.oe-eb.at/>

Einigung bei Darfur-Konferenz

Rebellen verpflichten sich im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR) in Stadtschlaining zum Schutz der Zivilbevölkerung.



Foto: ASPR / Franz Weber

sitzend (v.l.): Gebreil Ibrahim Mohamed Fediel, Vorsitzender JEM und Minni Arko Minnawi, Vorsitzender SLM/A/MM; stehend ASPR-Direktorin Gudrun Kramer, rechts HKI-Direktor Wilfried Graf, 3.v.r. Bernadette Knauder, Universität Graz, und Mitglieder beider Delegationen

Zwei wichtige Rebellengruppen des Darfur-Konfliktes – Justice and Equality Movement (JEM) und Sudan Liberation Army/Minni Minnawi (SLA/MM) – vereinbarten am Friedensinstitut Schlaining Schritte zur Verbesserung der Situation der Binnenvertriebenen und zur Minenräumung in der ostafrikanischen Krisenregion. Begleitet durch das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR), das Menschenrechtszentrum der Universität Graz (UNI-ETC) und das Herbert C Kelman Institut (HKI) verhandelten seit 25. März zwei einflußreiche Rebellengruppen aus Darfur in Stadtschlaining. Und die hochrangigen Delegationen einigten sich am 28. März auf ein Abschlusddokument, das Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Binnenvertriebenen in der Krisenregion vorsieht. Ausserdem einigte man sich auf konkrete Schritte zur Beseitigung von Minen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen.

300.000 Tote und 2,7 Millionen Binnenvertriebe – das ist die traurige Bilanz des Konflikts, der seit 2003 im Westen des Sudans zwischen Rebellengruppen und der sudanesischen Regierung wütet. Kinder, die beim Spielen mit Patronen verstümmelt werden oder auf Minen treten stehen in Darfur, eine Region so groß wie Frankreich, auf der

traurigen Tagesordnung. Verhandlungsversuche zwischen den Konfliktparteien sind bisher gescheitert.

Und doch gibt die Initiative in Schlaining Hoffnung. Die Verhandlungen sind Teil einer Dialogserie, die bereits 2012 vom ASPR begonnen wurde und sich dem Schutz vulnerabler Gruppen, speziell Kindern, in der Krisenregion widmet. Die Gespräche bieten die Möglichkeit, das Vertrauen zwischen den Parteien zu stärken, ein Bewußtsein hinsichtlich der Langzeiteffekte des Konfliktes auf die Zivilbevölkerung zu schaffen und gemeinsam Handlungsoptionen zu entwickeln.

Die Verhandlungen wurden von Vorträgen begleitet, um den Rebellengruppen den internationalen Rechtsrahmen und Umsetzungsmaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zu den Auswirkungen von Kampfmittelrückständen näherzubringen.

Norbert Darabos, erst seit kurzem Präsident des ASPR (siehe auch Seite 70), begrüßte die Delegationen, und berichtete von seiner Zeit als Verteidigungsminister: „Ich habe mich 2008 dafür eingesetzt, daß sich Österreich an der EU-Mission im Tschad beteiligt, welche das Mandat hatte, Flüchtlinge, auch aus Darfur, zu schützen und humanitäre Hilfe zu leisten. Obwohl die Öffentlichkeit dem Einsatz kritisch gegenüberstand, woll-

ten wir einen Beitrag zum Schutz von Zivilisten, vor allem Kindern, leisten. Es freut mich sehr, daß ich nun an diesem Engagement im Rahmen der zivilen Konfliktbearbeitung in neuer Form wieder anknüpfen kann.“

Das Darfur-Projekt wird im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit von der Austrian Development Agency gefördert und sieht mehrere Dialogrunden und Workshops mit den Rebellengruppen vor.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Länder in Afrika, Asien, in Südost- und Osteuropa sowie die Karibik bei ihrer nachhaltigen sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung. In Österreich trägt sie durch Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung entwicklungspolitischer Kommunikation und Bildung zu mehr Verständnis für globale Zusammenhänge und Entwicklungszusammenarbeit bei. Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) plant die Strategien, die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, setzt diese mit öffentlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen um.

<https://www.aspr.peacecastle.eu/>

Österreich, Europa und die Welt

Innsbruck: Austausch auf universitärer und sozialer Ebene

Die Städtepartnerschaft zwischen Innsbruck und der polnischen Stadt Krakau ist eine sehr lebendige Beziehung und wird seit mehr als 20 Jahren mit gegenseitigen Besuchen und Austauschprogrammen gefördert. Kürzlich hießen Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Vizebürgermeister Franz X. Gruber eine Delegation der Jagiellonen-Universität Krakau (Fakultät für Gesundheitswissenschaften) in Innsbruck willkommen. Die Gäste, zwei Professorinnen und fünf Studentinnen besuchten die Tiroler Landeshauptstadt, um sich einen Eindruck der städtischen Seniorenwohnheime zu verschaffen.

Unter anderem wurden die Heime der Innsbrucker Soziale Dienste (ISD) in den Stadtteilen Pradl, O-Dorf und Saggen sowie das Seniorenheim St. Raphael besichtigt. Begleitet wurde die Delegation von Alt-Vizebürgermeister und Honorarkonsul für Polen, Eugen Sprenger und seiner aus Polen stammenden Gattin Maryla Sprenger. Angesprochen wurden unter anderem die Schulpartnerschaften und Stipendienprogramme beider Städte sowie die enge Zusammenarbeit rund um das Thema Pflege.



Foto: IKW/Freinhofer

Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (r.) und Maryla Sprenger (2. v. r.) hießen die Professorinnen und Studentinnen aus Krakau in der Tiroler Landeshauptstadt herzlich willkommen.

„Es ist immer schön, Freunde aus unseren Partnerstädten in Innsbruck begrüßen zu dürfen. Von einer guten Partnerschaft profitieren immer beide Städte, so ist das auch bei Innsbruck und Krakau. Durch den fortlau-

fenden Wissenstransfer und Austausch kann voneinander gelernt und viel weitergegeben werden“, so Vizebürgermeisterin Oppitz-Plörer.

<http://www.innsbruck.gv.at/>

Wiens LTP Woller eröffnete Ausstellung in Bethlehem

Kultur ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Ländern und Menschen und kann gerade jungen Menschen in schwierigen Lebenssituationen Anker und Lichtblick sein.

Vier österreichische KünstlerInnen – Ona B., Tania Raschied, Linde Waber und Valentin Oman – sind nach Bethlehem gereist, um mit jungen palästinensischen KünstlerInnen Workshops zu veranstalten. In diesem Rahmen und mit Unterstützung der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen wurde auch eine Ausstellung im Dar al-Kalima University College of Arts & Culture veranstaltet, die Wiens Erster Landtagspräsident Ernst Woller am 26. März eröffnete. Die Ausstellung steht unter dem Motto „Art for Peace – A bridge between Vienna and Bethlehem“.

Rev. Mitri Raheb, lutherischer Pastor und arabischer Christ, Pastor an der Weihnachtskirche in Bethlehem und Gründer des Internationalen Begegnungszentrums in Bethlehem, ist Gründer und Präsident der Dar al-Kalima Schule. Er führte nach der Ausstellungseröffnung durch das architektonisch beeindruckende Bauwerk, eine von 47 Universitäten in Palästina.



Foto: Stadt Wien / Renate Schierhuber

Wiens LTP Ernst Woller eröffnete Ausstellung österreichischer KünstlerInnen in Bethlehem

Beim Empfang bei Bethlehems Vizebürgermeister Hanna Hanania wurden weitere mögliche Kooperationen im Kulturbereich besprochen. In der gerade in Renovierung befindlichen Vienna Hall im Rathaus befinden sich 200 Stühle der Firma Thonet, ein Geschenk des seinerzeitigen Wiener Bürger-

meisters Helmut Zilk an das Rathaus von Bethlehem. Aus Dank wurde die Konferenzhalle im Rathaus – direkt gegenüber der Geburtskirche – „Vienna Hall“ genannt. Sie wurde im Zuge von Kampfhandlungen der II. Intifada zerstört und u.a. mit Unterstützung der Stadt Wien wieder aufgebaut.

Wein aus Österreich: neuerlicher Rekord beim Export

Das Jahr 2018 setzt wieder einen Rekord beim Export von österreichischem Wein: 170,3 Mio. Euro wurden rund um den Globus Erlöst, 6,9 % mehr als im Vorjahr.

Der hervorragende Jahrgang 2017 bescherte Österreichs Weinexporten im Jahr 2018 neue Höhenflüge. 52,6 Mio. Liter Wein im Wert von 170,3 Mio. Euro wurden in Auslandsmärkten abgesetzt – ein historischer Umsatz-Höchstwert. Das bedeutet ein Mengenplus von 10,5 % sowie einen Umsatzzuwachs von 6,9 % zum Vorjahr. Der Durchschnittspreis liegt somit bei 3,24 Euro, was einem leichten Minus zum Vorjahr (3,35 Euro) entspricht. Dies war aufgrund der breiteren Marktdurchdringung in allen Preissegmenten durch die größere Erntemenge 2017 jedoch zu erwarten.

Exporttreiber war trotz des im letzten Quartal einsetzenden Faßweingeschäfts aufgrund der großen Ernte 2018 einmal mehr der kontinuierlich wachsende Absatz der Flaschenweine.

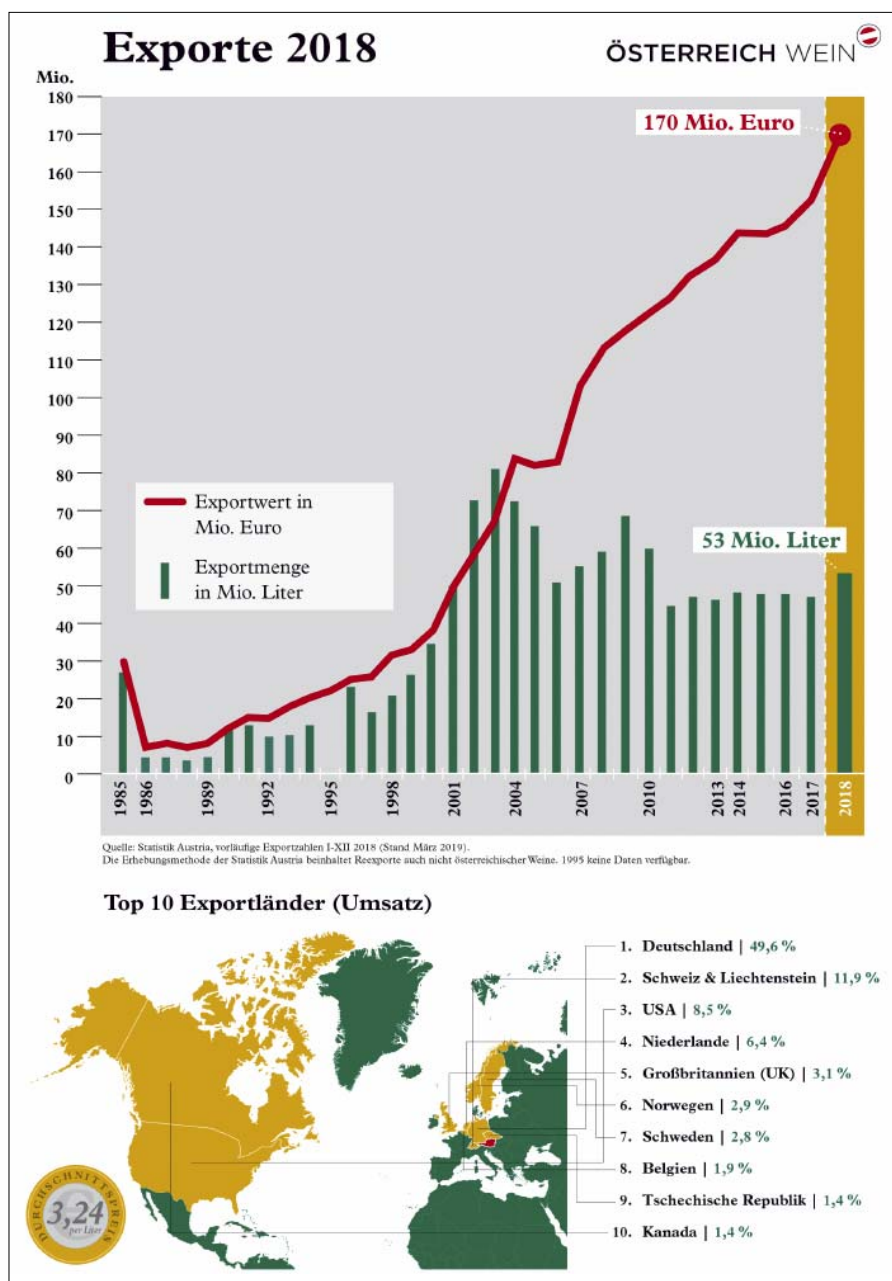
Zuwächse in EU und Drittstaaten gleichermaßen

Merklichen Anteil an den hervorragenden Exportzahlen haben Drittmärkte außerhalb der EU, deren Anteil am Gesamtexportwert 2018 bereits fast 30 % beträgt. So zeigen etwa die Vereinigten Staaten (+19,7 % Menge, +21,2 % Wert) und Kanada (+66 % Menge, +62,6 % Wert) mit markanten Zuwachsraten, daß sich die jahrelange Bearbeitung des nordamerikanischen Markts durch die ÖWM und viele engagierte Betriebe bezahlt macht. Auch die EU-Staaten weisen im Durchschnitt erfreuliche Steigerungen bei Menge und Wert auf.

Österreichs größter Exportmarkt bleibt Deutschland, jedoch ist der Umsatzanteil aufgrund des starken Wachstums in den anderen Märkten erstmals auf unter 50 % gesunken. Im Jahr 2000 waren es noch über 70 %.

Inland: Steigerungen im Lebensmittel-einzelhandel und bei Heimkonsum

Nicht nur im Ausland wird österreichischer Wein immer gefragter, auch der Inlandsmarkt zeigt weiterhin eine sehr positive Entwicklung. Im Lebensmitteleinzelhandel bewegt sich österreichischer Wein die letzten



Jahre auf einem Rekordhoch: Der Absatz stieg 2018 auf 58,3 % Marktanteil (+6,9 %; ausländischer Wein: -10,5 %), der Umsatz stieg auf 70,5 % (+5,0 %).

Auch beim Heimkonsum legte österreichischer Wein wieder zu: 67,5 % Marktanteil bei der Menge (+3,9 %) und 74,2 % beim Wert (+5,2 %).

In der Gastronomie verzeichnete Wein aus Österreich 2018 mit 90,3 % Absatz- sowie 88,3 % Umsatz-Marktanteil wieder ein großartiges Ergebnis. Trotz leichter Einbußen in der Menge ist damit und bleibt der heimische Wein weiterhin unangefochtener Marktdominator.

<https://www.oesterreichwein.at/>

Weltgrößtes urbanes Seilbahnnetz

Die zehnte Linie im größten urbanen Seilbahnnetz der Welt ist in Betrieb. Die Línea Plateada (silber) ist die letzte Linie, die im größten Seilbahnauftrag der Firmengeschichte von Doppelmayr/Garaventa eröffnet wurde.



Foto: Doppelmayr Seilbahnen GmbH

Seit 2014 sind Seilbahnen von Doppelmayr/Garaventa Teil des täglichen Lebens der Bewohner von La Paz und El Alto.

Die Línea Plateada (silber) ist die letzte Linie, die im größten Seilbahnauftrag der Firmengeschichte von Doppelmayr/Garaventa eröffnet wurde. Das rund 33 Kilometer umfassende Netz besteht aus kuppelbaren Gondelbahnen und ist das Hauptverkehrsmittel der zusammengewachsenen Metropolen La Paz und El Alto in Bolivien. Die Línea Plateada schließt nun den Kreis, wodurch alle Linien verbunden sind. Gemeinsam mit Boliviens Präsident Evo Morales Ayma und der Betreiberfirma Mi Teleférico feierte Doppelmayr/Garaventa am 9. März diesen Meilenstein eines bedeutenden Mobilitätsprojektes.

In einer feierlichen Zeremonie eröffnete Boliviens Präsident gemeinsam mit der Seilbahn-Betreiberfirma Mi Teleférico sowie Doppelmayr/Garaventa die zehnte Linie des weltgrößten urbanen Seilbahnnetzes. „Dieses Projekt hat Geschichte geschrieben. Es ist zum Exempel urbaner Seilbahnen gewor-

den. Nirgendwo auf der Welt existiert ein Netz in dieser Größe“, verkündete César Dockweiler, CEO von Mi Teleférico, voller Stolz bei der Eröffnungsfeier. Hanno Ulmer, Geschäftsführender Direktor der Doppelmayr Holding SE, bedankte sich im Namen des Seilbahnherstellers: „Die Geschichte dieses Projektes hat 2012 begonnen. Heute sehen wir zufriedene Passagiere, die erleben, wie dieses komfortable und sichere Verkehrsmittel positiv zu ihrer Lebensqualität beiträgt. Wir sind sehr stolz, Teil dieses Projektes sein zu dürfen. Im Namen von Doppelmayr/Garaventa wünschen wir Ihnen allen viel Freude mit diesem innovativen Transportmittel.“

Die Línea Plateada ist ein wichtiges Element für die städtische Infrastruktur in El Alto und La Paz: Mit der Verbindung der Linien Roja, Azul, Morada und Amarilla schließt sie das letzte Segment des Seilbahn-rings. Damit sind nun alle Linien vernetzt.

„Beeindruckend! Ein Bauwerk der Integration der Bevölkerung von La Paz und El Alto“, freute sich der Präsident bereits bei seiner Inspektionsfahrt mit der Línea Plateada am 6. März 2019.

In modernen Kabinen, die für jeweils zehn Fahrgäste Platz bieten, schweben bis zu 3.000 Personen in der Stunde von der Station „16 de Julio“ bis nach „Mirador“ und zurück. Die neue Linie führt über die Zwischenstation „Faro Murillo“ – das mit 10.000 m² Gesamtfläche größte Stationsgebäude im Seilbahnnetz. Hier können die Passagiere auf die im September 2018 eröffnete Línea Morada umsteigen.

Seilbahnen vernetzen Millionenmetropolen

Seit 2014 sind Seilbahnen von Doppelmayr/Garaventa Teil des täglichen Lebens der Bewohner von La Paz und El Alto. Sie erleichtern die Mobilität der Menschen, ver-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Doppelmayr Seilbahnen GmbH



kürzen die Wegzeiten und garantieren ein zuverlässiges Ankommen.

Das Seilbahnnetz in den südamerikanischen Metropolen umfaßt nun zehn Linien mit einer Gesamtlänge von rund 33 Kilometern. Seit der Eröffnung der ersten Seilbahn im Mai 2014 wurden bis heute fast 200 Millionen Fahrgäste transportiert. Täglich nutzen rund 300.000 Menschen Mi Teleférico – auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen, in die Schule oder in die Freizeit. Auch bei Touristen sind die Seilbahnen sehr beliebt und als Top-Sehenswürdigkeit von Tripadvisor*) empfohlen.

La Paz als Vorzeigeprojekt

Das Seilbahnnetz in Bolivien ist das Referenzbeispiel für den Einsatz von Seilbahnen als öffentliches Verkehrsmittel im urbanen Raum. „In diesem Anwendungsgebiet sehen wir weltweit sehr viel Potential. Die Seilbahnen in La Paz und El Alto verdeutlichen die zahlreichen Vorteile, mit denen dieses Verkehrsmittel umweltfreundlich und effizient zur verbesserten Mobilität einer Stadt beitragen kann“, betont Thomas Pichler, Geschäftsführer der Doppelmayr Seilbahnen GmbH.

10-MGD Línea Plateada

Streckenlänge:	2.720 m
Höhenunterschied:	33,75 m
Geschwindigkeit:	5 m/s
Förderleistung:	3.000 pphpd
Fahrzeit:	11,62min
Fahrzeuge:	117

Bild oben: Die Station „Faro Murillo“ ist mit 10.000 m² Gesamtfläche das größte Stationsgebäude im Seilbahnnetz. Bild unten (vorne v.l.): César Dockweiler, CEO von Mi Teleférico, Evo Morales Ayma, Präsident von Bolivien, und Álvaro García Linera, Vizepräsident von Bolivien



Foto: Doppelmayr Seilbahnen GmbH

Das weltgrößte urbane Seilbahnnetz im Überblick

Verwendetes Seilbahnsystem:

Kuppelbare 10er-Gondelbahn	
Anzahl der Linien in Betrieb:	10
Gesamtlänge:	ca. 33 km
Gesamtzahl Kabinen:	1.396
Gesamtzahl Stationen:	26
Zahl der transportierten Fahrgäste:	
Gesamtbeförderung Mai 2014 bis März 2019: fast 200 Mio. Fahrgäste	
Aktuelles Tagesmittel: 250.000 bis 300.000 Fahrgäste	

Die Doppelmayr/Garaventa Gruppe

Mit innovativen, seilgezogenen Transportsystemen setzt Doppelmayr/Garaventa immer wieder Maßstäbe: höchster Komfort und Sicherheit definieren ihre Anlagen – sowohl in Sommer- und Wintertourismusgebieten, im urbanen Personennahverkehr, sowie bei Materialtransportsystemen. Der Qualitäts-, Technologie- und Weltmarktführer im Seilbahnbau ist in mehr als 40 Ländern vertreten und hat über 15.000 Seilbahnsysteme für Kunden in 95 Staaten realisiert. ■

<http://www.doppelmayr.com/>

SIGNA und RFR erwerben Chrysler Building in New York

Die SIGNA Group, eine der führenden europäischen Industrie- und Beteiligungsholdings in privater Hand mit Sitz in Wien, und der New Yorker Immobilienentwickler RFR Holding haben – wie am 15. März bekanntgegeben – gemeinsam das legendäre Chrysler Building in New York erworben. Eine gemeinsame Gesellschaft der beiden Unternehmen hat eine Kaufvereinbarung mit den bisherigen Eigentümern, dem Abu Dhabi Investment Council und mit Tishman Speyer, unterzeichnet.

Jürgen Fenk, Mitglied des Executive Boards der SIGNA Group: „Wir erwerben eine Legende. Für uns ist dies mehr als nur ein erster, strategisch wichtiger Schritt in den US-Immobilienmarkt: Es ist ein Meilenstein. Das legendäre Chrysler Building passt perfekt in unser Portfolio aus historischen Gebäuden in allerbesten Innenstadtlagen, die wir mit hochmodernen Konzepten weiterentwickeln und in die Zukunft führen. Das ist unsere in über 20 Jahren entstandene DNA. Das Chrysler Building hat als weltweit bekannte Architekturikone ein nachhaltiges Potential, das wir gemeinsam mit unserem Partner RFR umsetzen werden.“

RFR und SIGNA verbindet eine langjährige und erfolgreiche Partnerschaft. So hat SIGNA im Jahr 2017 ein Portfolio von Landmark-Immobilien in Deutschland von RFR übernommen. Dieser Kauf markierte die größte Immobilientransaktion Deutschlands im Jahr 2017.

Aby Rosen, Co-Founder von RFR: „Das Chrysler Building ist eine der Top-Adressen der Welt. Wir sind sehr stolz darauf, nun Eigentümer dieses einzigartigen Gebäudes zu sein. Gemeinsam wollen wir das Chrysler Building langfristig halten und wieder zu einer der ersten Adresse in Manhattan entwickeln.“

Das Chrysler Building wurde 1930 erbaut und ist aufgrund seiner unverwechselbaren und charakteristischen Architektur eines der berühmtesten Häuser der Welt. Der traditionsreiche Wolkenkratzer gilt als Meisterwerk des Art Déco. Mit seinen 319 Metern Höhe war es einst das höchste Gebäude der Welt, nimmt derzeit unter den höchsten Gebäuden der USA den 13. Rang ein und gilt als ein Wahrzeichen New Yorks. Mehrere



© Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / Misterweiss

Das Chrysler Building wurde 1930 erbaut und ist aufgrund seiner unverwechselbaren und charakteristischen Architektur eines der berühmtesten Häuser der Welt.

namhafte Unternehmen wie z. B. Creative Artists Agency, Clyde & Co, InterMedia Partners oder das YES Network sind im Chrysler Building eingemietet.

Über SIGNA

Die vom Innsbrucker Unternehmer René Benko 1999 gegründete SIGNA Gruppe ist eine privat geführte europäische Industrie- und Beteiligungsholding in den Bereichen Real Estate, Retail und Medien. Das Unternehmen ist einer der bedeutendsten Immobilieninvestoren in Europa und besitzt ein Portfolio an außergewöhnlichen Immobilien in besten Innenstadtlagen mit einem Immobilienwert von über 14 Mrd. Euro und einem

zusätzlichen Development Volumen von rund 9 Mrd. Euro.

Die SIGNA Real Estate Gruppe beschäftigt rund 350 MitarbeiterInnen an 10 Bürostandorten in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz und zählt in den hochattraktiven Immobilienmärkten von Wien, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Innsbruck und Bozen zu den Marktführern.

In Österreich und in Italien betreibt die Gruppe drei außergewöhnliche Luxushotels. Die SIGNA Retail Gruppe betreibt europaweit marktführende Unternehmen im Offline- und Online-Handel.

<https://www.signa.at/>

20 Jahre Euro

... wird er nun wirklich »erwachsen«?

Von Reinhard Troper^{*)}



Foto: OeNB / Laurent Neuhauser

Auf Ersuchen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP) veröffentlichte dessen Generaldirektion für Interne Politiken im Jänner 2019 eine Studie zur Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Diese Studie, mit dem Titel „Die Wirtschafts- und Währungsunion: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“¹⁾, ist erhellend. Weil sie die längerfristigen Entwicklungen darstellt, eine Reihe interessanter Detailinformationen bietet, kritisch die derzeitige Situation beleuchtet und einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung gibt. Im Folgenden werden wesentliche Ergebnisse dieser Studie bzw. sich daraus ergebende Erkenntnisse dargestellt, beginnend mit der Vergangenheit.

Ein halbes Jahrhundert: Vom Kinderwunsch ...

Angesichts des Umstandes, daß der Euro nun mit dem 1. Jänner 2019 sein „Erwachsenenalter“ erreicht hat, bietet sich ein Vergleich

mit der Entwicklung eines Kindes an. Allein die Diskussion über den „Kinderwunsch“ hat beim Euro zwei Jahrzehnte gedauert: Vom „Werner Bericht“ 1970 bis zum Vertrag von Maastricht 1991. Erinnert sei daran, daß dessen Unterzeichnung durch Dänemark erst nach Gewährung einer Ausnahmeregelung im zweiten Referendum, durch Frankreich auf Basis eines Referendums mit lediglich 50,8 % Zustimmung und durch UK, ebenso mit Ausnahmeklausel, nach einer hauchdünnen Mehrheit im Parlament erfolgte.

... zur Schwangerschaft ...

Seine „Schwangerschaft“ und die „Geburtsvorbereitungen“ dauerten dann nochmals ein Jahrzehnt und verliefen nicht ohne Komplikationen: Gegen das Europäische Währungssystem wurde 1992/93 heftig spekuliert, 1994 wurde ein erster „Europäischer Wechselkurs-Mechanismus“ festgelegt, 1995 war die – nicht sehr kreative – „Namensfindung“ erledigt, mit 1. Juli 1998 wurden die Europäische Zentralbank und das Europäische Zentralbankensystem etabliert.

... über die Geburt ...

Die „theoretische Geburt“ erfolgte dann mit 1. Jänner 1999, als ein zweiter „Europäischer Wechselkurs-Mechanismus“ in Kraft gesetzt wurde. Aber erst drei Jahre später,

am 1. Jänner 2002, erblickte der Euro dann tatsächlich das Licht der Welt, nämlich als die ersten Euro-Banknoten ausgegeben wurden. Zunächst in elf Ländern, heute gibt es 19 offizielle Euro-Staaten. Montenegro und der Kosovo sowie die Zwergstaaten Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikan haben sich einseitig dem Euro angeschlossen.

... und die Kindheit ...

Die ersten 10 Jahre von 1999 bis 2008, also quasi bis zum Ende seiner „Volksschulzeit“ entwickelte sich der Euro dann muster-gültig. Dies war primär dem Boom der Weltwirtschaft in den Jahren 2003 bis 2007 geschuldet. Allerdings zeichnete sich bereits damals eine Reihe von Problemen ab: Gerade die großen und wichtigen Staaten Deutschland und Frankreich waren 2005 die ersten, die gegen die „Maastricht-Kriterien“ verstießen. Damit war deren Verbindlichkeit dahin. Eine mangelnde Bankenaufsicht führte zur Zunahme spekulativer Bankgeschäfte und regionaler Kreditblasen, etwa in Spanien, Irland und Slowenien.

... zur Pubertät ...

Auf Basis der weltweiten Finanz- und Bankenkrise führten die pränatalen Traumata und die wirtschaftspolitischen Sünden des

^{*)} Mag. Reinhard Troper, Volkswirt, bei der Stadt Wien mit EU-Fragen befaßt. Dieser Beitrag stellt die Privatmeinung des Autors dar.

¹⁾ „The Economic and Monetary Union: Past, Present and Future“, Monetary Dialogue January 2019, European Parliament, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, Author: Mark Dabrowski, DG for Internal Policies

Österreich, Europa und die Welt

ersten Jahrzehnts ab 2009 zu einer schweren und langen „Pubertät“ des Euro. Es kam zu einer ganzen Reihe von multiplen Krisen: Die Banken-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrisen begannen 2010 in Griechenland und Irland, führten über Portugal 2011, Spanien und Zypern 2012, Slowenien 2013/14, bis nach Italien, erstmals 2011/12 sowie abermals 2017/18. Die griechische Krise war mit acht Jahren die längste und tiefste, sie hatte in Bezug auf ihre sozialen Folgen Züge einer klassischen Tragödie. Nur saßen die entscheidenden Götter nicht am Olymp sondern im internationalen Währungsfonds, in der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank und betraten als „Troika“ die Bühne. Selbstherrlich, blindwütig und asozial wie ehemals.

Auf europäischer Ebene bemühte man sich mit einer ganzen Reihe von „Unterstützungsangeboten“ den pubertären Problemen des Euro entgegenzuwirken. Dabei fiel es selbst Insidern schwer, den Überblick zu bewahren: 2010 wurde das sogenannte „europäische Semester“ zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung der Euro-Zone eingeführt, ab 2011 versuchte man mit dem sogenannten „Six-Pack“ nationale Schuldenbremsen und das Verfahren gegen makroökonomische Ungleichgewichte zu implementieren. 2013 wurde der sogenannte „Two-Pack“ nachgeschossen, um die Haushaltsüberwachung weiter zu verbessern. Ebenso trat 2013 der Fiskalpakt in Kraft. Und in all den Jahren versuchte man, der Bankenunion schrittweise näher zu kommen. Über die Wirksamkeit dieser Reformschritte läßt sich trefflich streiten, die unmittelbaren „Erfolgserlebnisse“ waren jedenfalls enden wollend. (Warum dem so war, wird weiter unten dargestellt.)

... und nun Erwachsen?

Die einzige „Autorität“, die zum pubertierenden Euro letztlich noch durchdrang, war die Europäische Zentralbank (EZB). Nachdem sie angekündigt hatte, „zu allem bereit zu sein“, beruhigte sich die Lage merklich. Trotz, vielleicht auch wegen, dieser Krisen traten dem Euro vier weitere Staaten bei: Die Slowakei 2009, Estland 2011, Lettland 2014 und Litauen 2017. Von den derzeit (noch) 28 EU-Mitgliedsstaaten gehören also 19 zur Eurozone, 9 nicht. Der Euro ist weltweit die zweitwichtigste Reservewährung, nach dem Dollar. Nach 20 Jahren ist der Euro also kein Teenager mehr. Mit seinem Übertritt ins Erwachsenenalter stellt sich nun die Frage, wie ist die Situation derzeit?



Am 31. Dezember 1998 erfolgte die unwiderrufliche Festlegung der Umrechnungskurse zwischen den nationalen Währungen der Teilnehmerländer und dem Euro.

Die gegenwärtige Situation ist einerseits charakterisiert durch die Spaltung der EU in Staaten mit und ohne Euro. Andererseits durch den Umstand, daß viele der bisherigen Reformschritte nicht die erhofften Wirkungen zeigten. Aber der Reihe nach:

A. Bruchlinien in der EU: „ins“ und „outs“

In der öffentlichen und politischen Diskussion über die Notwendigkeit einer weiteren Integration der EU dominieren derzeit Themen wie der Außengrenzschutz, die Migrations- und Asylpolitik, die innere und äußere Sicherheit sowie der Umwelt- und Klimaschutz. Alle diese Themen haben natürlich auch eine wirtschaftliche Dimension, dennoch stehen primär wirtschaftliche Argumente wie der Euro derzeit eher im Hintergrund.

Zu Unrecht, denn die Spaltung der EU in Euroländer (= „ins“) und Nicht-Euroländer (= „outs“) ist einer der wesentlichsten Faktoren für die derzeitigen unterschiedlichen Geschwindigkeiten der europäischen Integration und verstärkt die internen politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Differenzen.

Auf politischer Ebene ist – wenig verwunderlich – die politische „Ownership“ der „outs“ hinsichtlich der Überwachungs- und Steuerungsmaßnahmen deutlich geringer, als jene der „ins“. Ebenso ist den „outs“ der Versuch, die in der akuten Krise primär zwischenstaatlich vollzogenen Rettungsmaßnahmen in europäisches Recht überzuführen, deutlich weniger wichtig, als den „ins“. Dies gilt auch für die Versuche zur Vervollständigung der Bankenunion.

Auch auf institutioneller Ebene hat diese Spaltung zum Entstehen von Parallelstrukturen in der EU beigetragen. So stieg seit Beginn der Krise die faktische Bedeutung der Treffen der „Euro-Gruppe“, also der Finanzminister der „ins“, wohingegen die Treffen aller EU-Finanzminister (= ECOFIN) an Bedeutung verloren. Teilweise wurden nur mehr die Beschlüsse des Euro-Gruppentreffens „abgenickt“. Die Sorge der „outs“, an den Rand gedrängt zu werden, und ihre Angst vor für sie negativen Nebenwirkungen von Entscheidungen der Euro-Gruppe, nehmen zu.

Wirtschaftlich ist der Euro ein integraler Bestandteil des Binnenmarktes, selbst wenn die gemeinsame Währung als selbstständiges Integrationsprojekt gesehen wird. Insbesondere haben sich aus der Entwicklung der Bankenunion seit 2012 neue Herausforderungen für den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen ergeben, die zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Aufsichtsbehörden und der grenzüberschreitenden Integration bei Finanzdienstleistungen geführt haben. Somit könnte eine weitere Vertiefung der Bankenunion, unterstützt durch eine tiefere Integration der Kapital- und Arbeitsmärkte, zu einer de facto Spaltung des Binnenmarktes führen: Barrierefrei für die „ins“ und mit höheren Hürden für die „outs“.

B. Unwirksame Reformschritte

Ihre Wirksamkeit entfalten die dargestellten Bruchlinien aber gerade auf Basis der Unwirksamkeit der bisherigen Reformschritte zur Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die Studie hält

Österreich, Europa und die Welt

diesbezüglich fest, „daß das Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte in der Praxis nicht funktioniert und sowohl seine theoretische Grundlagen, als auch seine praktische Umsetzung unterschiedliche Bedenken auslösen. Ungeachtet seiner Verschärfung im Jahr 2011 wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht von allen Mitgliedsstaaten befolgt. Ebenso spielt das Europäische Semester nicht die von ihm erwartete Rolle hinsichtlich Expertenprüfung und Anleitung für die fiskalische, makroökonomische und Strukturpolitik der Mitgliedsländer.“²⁾

Derart realistische Einschätzungen würde man sich auch von den Kommissionsdienststellen wünschen! Woran liegt nun diese mangelnde Wirksamkeit? Dafür nennt die Studie folgende Gründe:

Erstens: 2010 wurde zwar das Verbot der Schuldenübernahme des Artikels 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) durch eine Politik der an strenge Bedingungen geknüpften Schuldenübernahme abgelöst. Aufgrund zu vieler Ausnahmeregelungen konnten diese strengeren Budgetregeln aber die de facto Aussetzung der „Disziplinierung durch die Märkte“ nicht kompensieren.

Ein zweiter – vielleicht noch wichtiger – Grund liegt in dem Umstand, daß sich vielfach einfach keine Mehrheit für Verschärfungen der Haushaltsvorschriften findet. Im Zweifelsfall sind den meisten Staaten nationale Prioritäten (Wahlversprechen) wichtiger als die Maastricht-Kriterien. Allerdings zeigen die Tabellen der Studie etwa zur Höhe des Budgetdefizits, daß die Einhaltung der Vorgaben im Krisenfall des Jahres 2008 wenig genützt hat. So lag das Budgetdefizit 2007 in Irland bei 24 % des BIPs, in Spanien bei 35 % und Zypern bei 53 % – um danach jeweils zu „explodieren“.

Als dritten Grund führt die Studie die „intellektuelle Atmosphäre“ an, in welcher die Diskussion über die notwendigen Reformschritte stattfindet. Wenn Keynesianer wie Paul Krugman regelmäßig die Sparpolitik und die Fiskalregeln in Frage stellen, sei es schwer, den politischen Konsens für deren striktere Einhaltung zu erzielen. Tja, anscheinend schauen die Studienverfasser nicht in ihre eigenen Tabellen. 2008 betrug das Budgetdefizit in Griechenland 109 % des BIPs,

2018 – nach „erfolgreicher“ Umsetzung der Vorgaben der Troika – 188 %. Da muß man nicht Nobelpreisträger sein, um sich zu fragen: Wer wurde da eigentlich gerettet?

Viertens spielen auch technische Umsetzungsschwierigkeiten eine Rolle, da die europäischen Fiskalregeln zu komplex, willkürlich und manchmal auch in sich inkohärent sind. Deshalb sollte man das „übermäßige Defizitverfahren“ vereinfachen und Indikatoren streichen. Weiter sollte man von den bisher zwar theoretisch möglichen – aber noch nie angewandten – finanziellen, zu automatischen politischen Sanktionen übergehen: Ist das Budgetdefizit zu hoch, wird das Stimmrechts im ECOFIN ausgesetzt. Netter Gedanken, aber ob sich dafür eine Mehrheit findet?

Dies sind also wesentliche Aspekte der Ausgangssituation für die zukünftige Entwicklung des Euro. Was zeichnet sich diesbezüglich bereits am Horizont ab? Vor allem der Brexit, so er denn erfolgt, könnte für die Zukunft des Euro – unabsichtlich – eine wesentliche Rolle spielen. Dazu einige zwar allgemeine, aber doch „machtpolitisch“ robuste Überlegungen.

Der Brexit als Kollateralnutzen für den Euro?

Wie schon dargestellt, haben derzeit 19 EU-Staaten den Euro, neun haben ihn nicht. Auf diese 19 „ins“ entfiel 2018 ein Anteil

von 73% der Wirtschaftskraft (= BIP) der EU, auf die neun „outs“ entfielen 27%. Auf den Kern der Eurozone, die BRD und Frankreich, entfielen 36% des BIPs der EU.

Nach einem Ausscheiden des UK aus der EU würde sich der Anteil der BRD und Frankreichs auf 43 % des dann natürlich geringeren BIPs der EU 27 erhöhen. Statt den derzeitigen 27% hätten die dann acht „outs“ nur mehr einen Anteil von knapp 14 % der Wirtschaftsleistung der EU. Von diesen acht EU-Staaten wollen Bulgarien, Kroatien und Rumänien so rasch wie möglich den Euro einführen. Damit würde sich der Anteil der dann noch verbleibenden fünf „outs“ auf 11 % – also etwa ein Drittel des derzeitigen Anteils – reduzieren. Diese „outs“ bestehen aber aus zwei hinsichtlich ihrer Interessen doch sehr verschiedenen Gruppen: Einerseits Schweden und Dänemark, andererseits Polen, Ungarn und Tschechien.

Somit ist generell zu erwarten, daß die Eurozone in der EU deutlich an Macht gewinnt und sich der Einfluß der Nicht-Euroländer signifikant reduziert. Mit dem UK verlieren die „outs“ ihre kräftigste Stimme. Und Dänemark zeigt schon jetzt, daß selbst die „Ausnahmeregelung“ im wirtschaftlichen Alltag wenig nutzt: Die dänische Krone ist fix an den Euro gebunden, die internationalen Aktivitäten werden in Euros abgewickelt, währungspolitische Entscheidungen sind zwar theoretisch noch möglich, in der Praxis kommt der Krone eher nur mehr folkloristische Bedeutung zu. Auch in Österreich wurde ja seinerzeit – durch die fixe Bindung des Schillings an die D-Mark – die währungspolitische Entscheidungskompetenz von Wien nach Berlin abgegeben. Jetzt sitzt sie in der EZB in Frankfurt, aber nun entscheidet Österreich wieder mit.

Insgesamt zeichnet sich also eine Verstärkung der integrativen Kräfte des Euro in der EU ab. Die „outs“ werden sich neu orientieren müssen. Die Kluft zwischen „ins“ und „outs“ könnte signifikant kleiner werden. Damit würde sich ein wesentlicher Faktor für die derzeitigen unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration deutlich abschwächen. Positive Nebenwirkungen auf die sonstigen internen Differenzen wären zumindest nicht auszuschließen. Als „Twen“ könnte der Euro vielleicht doch noch in die ihm ursprünglich zugedachte Rolle als Integrationsmotor hineinwachsen. Und damit wirklich erwachsen werden. Träumen wird man ja wohl noch dürfen ...

<https://www.oenb.at/>
<https://www.ecb.europa.eu/>



1998: Die neuen Euro-Banknoten werden einer Begutachtung unterzogen.

© 2019, European Central Bank

²⁾ „The Economic and Monetary Union: Past, Present and Future“, Monetary Dialogue January 2019, European Parliament, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, Author: Mark Dabrowski, DG for Internal Policies, Seite 15

Neues Teilchenbeschleuniger-Experiment in Japan mit ÖAW

Das Belle II-Experiment am japanischen Teilchenbeschleuniger SuperKEKB hat seinen Vollbetrieb aufgenommen – PhysikerInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sind maßgeblich daran beteiligt

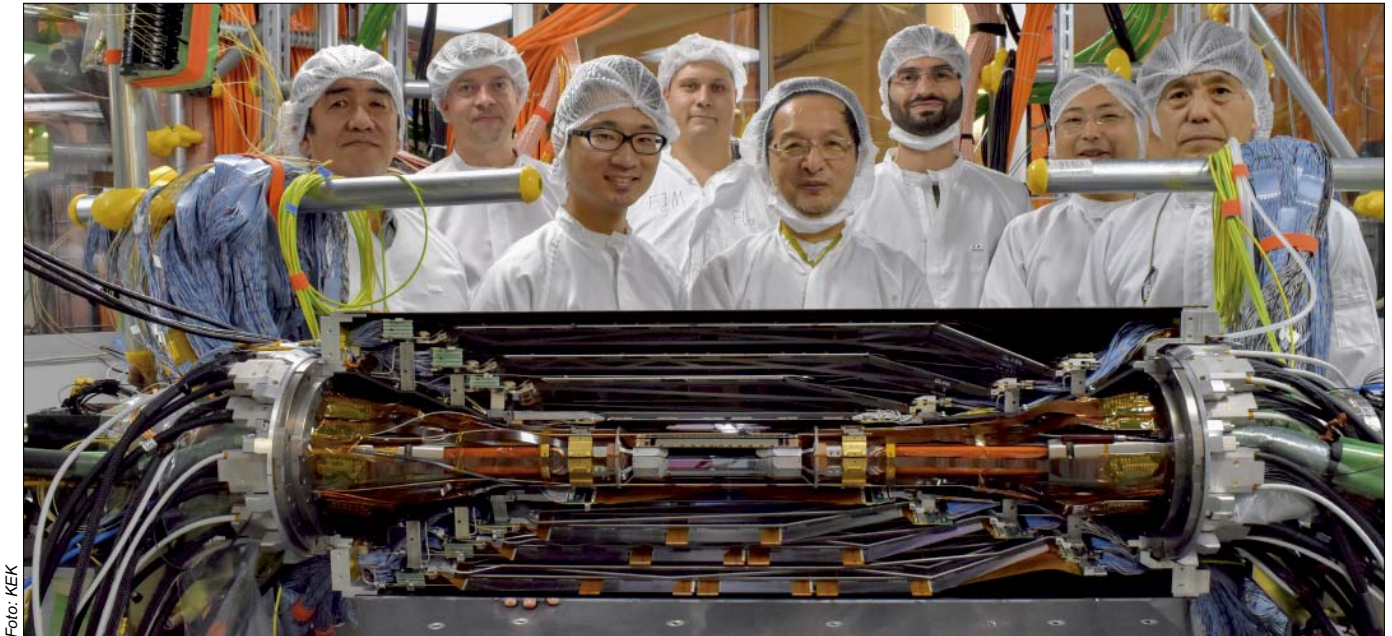


Foto: KEK

WissenschaftlerInnen, die am Vertex-Detektor gearbeitet haben im Bild mit ÖAW-Forscher Markus Friedl (2.v.l.) und Florian Buchsteiner (4.v.l.)

Nach Jahren der Vorbereitung und einem erfolgreichen Testbetrieb in der ersten Jahreshälfte 2018 hat das neue Belle II-Experiment am SuperKEKB-Collider seinen Betrieb aufgenommen. Der Teilchenbeschleuniger im japanischen Tsukuba in der Nähe von Tokio besteht aus einem unterirdischen, rund drei Kilometer langen Ring, in dem jeweils auf zwei gegenläufigen Umlaufbahnen Elektronen und ihre Antiteilchen, die Positronen, beschleunigt werden. Im Inneren des Detektors stoßen sie zusammen.

Nun wurden am 25. März die ersten Elektron-Positron-Kollisionen im Belle II-Experiment registriert, das nun vollständig mit einem hochmodernen Vertex-Detektor ausgestattet ist. Dieses Instrument vermisst die Teilchenbahnen in der Nähe des Kollisionpunktes mit einer Genauigkeit von wenigen Mikrometern.

Das Institut für Hochenergiephysik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ist seit 2001 an japanischen Experimenten beteiligt und hat einen Teil des Vertex-Detektors, den sogenannten Silizium-Vertexdetektor (SVD), federführend

entwickelt und gebaut. Wie schon in den letzten Jahren werden sich die ÖAW-PhysikerInnen auch mit der Auswertung der Belle II-Daten beschäftigen, insbesondere für die Suche nach Dunkler Materie.

Vorgängerexperiment erhielt Nobelpreis

Belle II wird vom japanischen Forschungsträger KEK getragen und von einer internationalen Kollaboration aus 113 Forschungseinrichtungen mit rund 500 WissenschaftlerInnen betrieben, davon etwa ein Drittel aus Europa. Beim Experiment am SuperKEKB-Teilchenbeschleuniger werden durch gezielte Kollisionen von Elektron- und Positronen Paare von sogenannten B-Mesonen erzeugt, die äußerst kurzlebig sind und deren Zerfallsprodukte von den Detektoren noch präziser als im Vorgängerexperiment KEKB erfaßt werden.

Was den SuperKEKB etwa vom LHC-Teilchenbeschleuniger am CERN in der Schweiz unterscheidet, ist die niedrigere Energie bei gleichzeitig höherer Anzahl an Teilchenkollisionen, wodurch hochpräzise Messungen möglich sind. Das nun angelaufene

Belle II-Experiment zielt darauf ab, 50 Mal mehr Daten zu sammeln als sein Vorgänger Belle, der bis zum Jahr 2010 in Betrieb war und mit seinen Forschungsergebnissen die Grundlage für den Physik-Nobelpreis 2008 an Makoto Kobayashi und Toshihide Maskawa gelegt hat.

Elfköpfige österreichische Forschungsgruppe in Japan

„Mit unserem bisherigen Wissen lassen sich nur etwa fünf Prozent des Energieinhalts im Universum beschreiben, nicht aber die Eigenschaften von Dunkler Energie und Dunkler Materie. Mit diesem neuen Detektor erhoffen wir uns Ergebnisse jenseits des bisher bekannten Standardmodells der Physik“, sagt Christoph Schwanda von der ÖAW, der die elfköpfige österreichische Forschungsgruppe am SuperKEKB leitet.

Die nun eingeleitete Phase des Belle II-Experiments wird bis 2027 laufen – die ÖAW-PhysikerInnen sind über den gesamten Zeitraum an der Auswertung der Daten beteiligt.

<http://www.oew.ac.at>

Ohne Fallschirm vom Weltraum zur Erde

Ein ambitioniertes Raketenprojekt mit Beteiligung des TU Wien Space Teams ist geglückt: Aus dem Weltraum wurden Meßgeräte abgeworfen, die ohne Fallschirm wohlbehalten zur Erde zurückkehrten.

Die Projektidee klingt beinahe unmöglich: Kann man röhrenförmige Meßgeräte aus dem Weltraum abwerfen, die im freien Fall Meßdaten sammeln und dann ganz von selbst, ohne Fallschirm, wohlbehalten zur Erde zurückkehren? Das Projekt Daedalus, ein Zusammenschluß von Studierenden der Universität Würzburg und des TU Wien Space Teams, hat nun bewiesen: Ja, das läßt sich machen. Eigentlich wäre das Experiment schon vor einem Jahr geplant gewesen, damals gab es allerdings unerwartete Probleme mit der deutsch-schwedischen Trägerrakete. Am 4. März konnte der Raketenstart mit den Meßgeräten an Bord endlich nachgeholt werden. Nun, nachdem die Daten ausgewertet sind, zeigt sich: Das Projekt war ein voller Erfolg. Das Space Team der TU Wien ist ein Studierenden-Verein, der in den letzten Jahren immer wieder aufwändige Weltraumprojekte durchgeführt hat – von der Entwicklung eigener Raketen bis zum Start eines Mini-Satelliten.

Foto: Projekt Daedalus



Das Space Team der TU Wien vor der Trägerrakete

Daten sammeln in höheren Atmosphäreschichten

Das Ziel war, ein Gerät zu entwickeln, mit dem man günstig und einfach meteorologische Daten sammeln kann. Die Höhe von etwa 70 bis 80 Kilometern ist besonders interessant: Für Wetterballons, die höchstens auf 30 bis 40 Kilometer aufsteigen können, ist das bereits zu hoch, und mit Satelliten läßt sich dieser Bereich der Atmosphäre nur schlecht erfassen.

Die Grundidee für das neuartige Meßgerät erinnert an Ahornsamen, die durch ihre langen Flügel ganz langsam und sanft zu Boden sinken. Auch die drei röhrenförmigen Sonden des Daedalus-Projekts sind mit Flügeln ausgestattet, die ihren Fall bremsen.

In den Weltraum befördert wurden die Sonden im Rahmen von „REXUS/BEXUS“, einer Kooperation des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt mit dem Swedish National Space Board und der ESA. In einem unbesiedelten Gebiet in Schweden werden im Rahmen von „REXUS/BEXUS“ Raketen

gestartet, die von Studierenden entwickelte Instrumente in eine Höhe von 70 bis 80 km transportieren.

Großer Erfolg

„Nach dem Auswerten der Daten können wir nun sagen, daß unser Experiment plangemäß verlaufen ist“, berichtet Christoph Fröhlich, Präsident des Space Teams. 130 Sekunden lang stieg die Rakete auf, dann wurden die drei Sonden in einer Höhe von 75 km plangemäß ausgeworfen. Im freien Fall wurden sie auf 800 Meter pro Sekunde beschleunigt, bevor sie nach dem Wiedereintritt in die Atmosphäre abgebremst wurden. Bei der Landung hatten sie noch eine Geschwindigkeit von etwa 25 m/s. Mit Hilfe von Satellitenkommunikationsmodulen meldeten die Sonden dann ihren Aufenthaltsort, per Hubschrauber konnten alle drei schließlich geborgen werden – etwa 33 km von der Startrampe entfernt.

„Bis auf einige Flügel, die vermutlich durch Kontakt mit Bäumen bei der Landung

abgebrochen sind, blieben die Sonden unverseht“, sagt Christoph Fröhlich. Entscheidend für das Team war die Frage, ob der Ahornsamen-artige Bremsmechanismus korrekt funktioniert hat. „Wir konnten nun die Sensordaten auswerten, dazu gehören die Sinkgeschwindigkeiten und die Drehgeschwindigkeit der Sonden. Sie zeigen, daß die Sonden wie geplant in einer stabilen Rotation abgebremst wurden. Sie sind also nicht bloß wie ein Stein nach unten gefallen, und es kam auch nicht zu unkontrolliertem Trudeln.“

Das bedeutet, daß die im Rahmen des Daedalus-Projekts entwickelte Technologie funktioniert und sich für Atmosphärenexperimente bestens eignet.

„Diesmal ging es uns darum, die Methode zu demonstrieren, in Zukunft wollen wir auch wissenschaftliche Experimente in der Atmosphäre durchführen“, sagt Christoph Fröhlich. Eine Nachfolgemission ist bereits geplant.

<http://www.spaceteam.at>

Internat. Bühne für junge Stars

Großes Festkonzert – prima la musica Wien – Internationale Konzertreisen, Kulturaustausch und Vertiefung der Völkerverständigung



Foto: Gerhard Fally

Dieses Bild zeigt prima la musica-SonderpreisträgerInnen gemeinsam mit Kooperationspartnern und Sponsoren

Am 21. März war es soweit: als Höhepunkt und zugleich krönender Abschluß fand das PreisträgerInnen-Festkonzert des Landeswettbewerbs prima la musica Wien statt. Es galt mit 25 Jahre prima la musica auch ein großes Jubiläum gebührend zu feiern. Ausgewählte junge MusikerInnen, die beim Wettbewerb für ihre Darbietungen Erste Preise von den diversen Jurys erhielten, wurden im Sinne eines repräsentativen Querschnitts dafür ausgewählt. Die Leistungen der PreisträgerInnen waren enorm eindrucksvoll und wurden vom Publikum mit viel Begeisterung und Beifall belohnt.

Wettbewerb mit zweifacher Ausrichtung

Der Jugendmusikwettbewerb prima la musica 2019 war solistisch für Holz- und Blechblasinstrumente sowie Schlagwerk und in Kammermusik für Tasten-, Streich- und Zupfinstrumente sowie Vokalensembles

ausgeschrieben und es gab heuer wieder zahlreiche TeilnehmerInnen im Alter von sechs bis 19 Jahren. Seit 2016 richtet sich prima la musica mit den neu eingeführten Spezialkategorien „prima la musica plus“ besonders auch an jene Talente im Alter von 14 bis 19 Jahren, die eine Karriere als ProfimusikerInnen anstreben. Dementsprechend hoch sind die Anforderungen an die künstlerische Qualität.

Talentförderprogramm

Prima la musica Wien ist die nachhaltige Förderung der jungen Talente ein großes Anliegen und findet damit österreichweit große Beachtung. In Vorbereitung auf einen späteren Alltag als MusikerInnen werden zahlreiche Konzerte im In- und Ausland veranstaltet. Die Highlights sind so attraktiv wie interessant: Die Kooperation von prima la musica Wien mit „Juventudes Musicales de Espana“ in Form gemeinsamer Konzerte in

Wien und Madrid. Zwei gemeinsame Projekte mit Mitgliedern der Wiener Philharmoniker, die junge Kammerensembles musikalisch und künstlerisch betreuen, um dann mit diesem Programm internationale Konzertreisen nach China und in den arabischen Raum anzutreten. Die Internationale Chopin Gesellschaft in Wien ist seit zehn Jahren großer Förderer für zahlreiche Preisträgerinnen und Preisträger und ermöglicht Konzertauftritte im Rahmen renommierter Veranstaltungen. Ein Höhepunkt dabei ist die jährlich statt findende „Matinée Jeunesse“, ein eigenes prima la musica Konzert als Teil des Internationalen Chopin Festivals in der Kartause Gaming.

Das Talentförderprogramm wurde von der Geschäftsleiterin von prima la musica Wien, Angelika Persterer-Ornig vor 12 Jahren initiiert und wird mit großem Engagement durch geführt und ständig weiter entwickelt.

Österreich, Europa und die Welt

Internationale Konzertreisen, Kulturaustausch und Vertiefung der Völkerverständigung

Seit vielen Jahren kann prima la musica Wien seinen Talenten auch internationale Konzertauftritte anbieten, das sind wertvolle Auftrittserfahrungen verknüpft mit dem Kennenlernen des internationalen Konzertbetriebs und anderer Kulturkreise. Konzertreisen führten den vielversprechenden Nachwuchs bereits nach Argentinien, Deutschland, Niederlande, Polen, Rußland, Ungarn und in die Slowakei. Derzeit ist ein jugendlicher Austausch mit China und arabischen Ländern in Planung, der nachhaltig auf Kontinuität ausgerichtet sein soll. Dabei sollen auch Kompositionen aus diesen Ländern zur Aufführung gebracht werden und gemeinsames Musizieren wird kulturellen Austausch und gegenseitiges Kennenlernen der Musikkulturen und der Instrumente ermöglichen. Ein besonders wichtiger Partner für prima la musica Wien ist der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PAN mit ihrem Generalsekretär Senator Walter Gerbautz.



Foto: Gerhard Fally

v.l.: Senator Walter J. Gerbautz (Generalsekretär PaN), Angelika Persterer-Ornig (Geschäftsleitung prima la musica Wien), Emese Kovacs (Executive Secretary, Botschaft der Vereinten Arabischen Emirate in Wien) und Prof. Theodor Kanitzer (Präsident der Internationalen Chopin Gesellschaft in Wien und der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft)

Die internationale Verflechtung soll zur Vertiefung der Völkerverständigung und der bilateralen Beziehungen der Länder führen und auch kulturellen Austausch in Ländern

ermöglichen, wo die klassische Musik noch nicht Fuß gefaßt hat.

<http://www.primalamusicawien.com/>

<http://www.chopin.at/>



Das Masero Trio mit Kammermusik Klavier: Piero Felsberger (Klavier), Marcel Leczky (Violoncello) und Sebastian Leczky (Violine)



Harfe Trio Con Brio, Kammermusik für Zupfinstrumente: Anna Paß, Anna Sophie Schwarz und Chiara Snow (Harfe)



Fotos: Gerhard Fally

Simon Sajadi, Posaune



Katarina Göbel (Flöte) und Emma Schaffer (Klavier)

Frau im Krieg

Bemerkenswerte Führung im Heeresgeschichtlichen Museum für eine Frauendelegation von PaN – Partner aller Nationen



Foto: PaN / Florian Wieser

Die PaN-Frauendelegation im Heeresgeschichtlichen Museum auf Einladung von PaN-Präsident Univ. Doz. Prof. Hermann Mückler (Bildmitte), links neben ihm Sammlungsleiter und Vizedirektor Hofrat Christoph Hatschek; ganz links: PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Freundschaftsgesellschaften, kurz PaN, ist die Dachorganisation und damit Heimat von derzeit 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaften und agiert als Netzwerk, Serviceeinrichtung und Informationsdrehscheibe für ihre Mitglieder. Das Ziel der bilateralen Freundschaftsgesellschaften ist es, das Verständnis für andere Länder und Kulturen zu vertiefen und ein dichtes Netz der Völkerverständigung und vielfältige Kooperationen zu schaffen. Alle diese Gesellschaften sind ehrenamtlich tätig.

Am 8. März lud – anlässlich des Weltfrauentags – PaN-Präsident Univ. Doz. Prof. Hermann Mückler zu einer Spezialführung in das Heeresgeschichtliche Museum Wien.

Die wenigsten konnten zunächst im Vorfeld mit dem an sich ältesten Wiener Museum eine Verbindung herstellen. Unter der fachkundigen Führung des Sammlungsleiters



Foto: PaN / Florian Wieser

Sammlungsleiter und Vizedirektor Hofrat Christoph Hatschek bei seiner beeindruckenden Führung mit dem Fokus auf die „Frau im Krieg“.

Österreich, Europa und die Welt

und Vizedirektors, Hofrat Christoph Hatschek, durch die sehr repräsentativen Räumlichkeiten und verschiedenen Ausstellungsabschnitte vom 30jährigen Krieg bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war jedoch dann ein Leichtes, dem Thema „Frau im Krieg“ auf die Spur zu kommen. Tatsächlich verbirgt sich hinter der vermeintlich rein maskulinen Fassade des Prachtbaus im Wiener Arsenal sehr viel Weiblichkeit, wie Hatschek den BesucherInnen auf durchaus launige und unterhaltsame Weise näherbrachte.

Auch wenn es real nur in Ausnahmefällen und echten Krisenzeiten Frauen erlaubt wurde, aus der ihnen von der Gesellschaft vorgegeben „fürsorgerischen Reserve“ hervorzutreten und Seite an Seite mit den Männern in den Schützengräben zu kämpfen, so übernahmen Frauen doch stets eine wesentliche Rolle im Kriegsgeschehen, sowohl passiv als auch aktiv, als Opfer oder auch als regelrechte Mitstreiterinnen in den Revolutionen und Kriegen vergangener Epochen.

Der historische Rückblick zeigte, daß Frauen über die Jahrhunderte stets auf vielfältige Weise mit dem Militär verbunden waren, daß sie jedoch nur selten den Zeitpunkt und die Art und Weise ihrer Einbeziehung selbst (mit)bestimmen konnten. Der Sammlungsleiter ging dabei genauso auf jene Frauen ein, die sich als „verkleidete“ männliche Soldaten rekrutierten wie auf jene „Schützenfräulein“, die sich im Rahmen der Ukrainischen bzw. Polnischen Legion auf den Schlachtfeldern der k.u.k. Armee im Ersten Weltkrieg bewährten. Tatsächlich verlief ihr militärischer Einsatz jedoch stets an einer überaus schmalen Grenzlinie gesellschaftlich tradierter Wertvorstellungen.

Nach knapp zwei Stunden und knapp 400 Jahren Militärgeschichte ließ man den Besuch im hauseigenen „Cafe Salut“ gemütlich ausklingen. Der Besuch im Heeresgeschichtlichen Museum hat der PaN-Delegation jedoch vor allem eines bewiesen, daß nämlich dieses Haus – wie kaum ein anderer Ort in Wien – die Möglichkeit bietet, die jeweiligen Verbindungen zwischen Österreich und den Ländern Europas, aber auch der ganzen Welt historisch zu beleuchten und die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz zu veranschaulichen – ganz nach dem Motto des Hauses:

»Kriege gehören ins Museum«

Militär- und Kriegsgeschichte, Technik und Naturwissenschaft, Kunst und Architektur verschmelzen im Heeresgeschichtlichen Museum zu einem einzigartigen Ganzen.



Zwei Frauen, die sich als „verkleidete“ männliche Soldaten rekrutierten.



Frauen in der Rüstungsindustrie – hier beim Ausladen von Geschossen in den Skodawerken



Zeitgenössische Darstellung der Frau im Krieg als Helferin beim Roten Kreuz

Alle Fotos: © Heeresgeschichtliches Museum Wien

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Heeresgeschichtliches Museum / Österreich Journal / Michael Mössner



Im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien im Original ausgestellt: Der Wagen, in dem Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie am 28. Juni 1914 in Sarajevo ermordet wurden. Links vorne in der Vitrine ist der blutige Waffenrock der Erzherzogs ausgestellt.

Zwischen 1850 und 1856 wurde das Bauwerk als Kernstück des Arsenalns nach Plänen von Ludwig Förster und Theophil Hansen errichtet, die damit den Stil der Wiener Ringstraße vorwegnahmen. Heutzutage werden in diesem ältesten Museumsbau der Stadt die Geschichte der Habsburgermonarchie vom Ende des 16. Jahrhunderts bis 1918 und das Schicksal Österreichs nach dem Zerfall der Monarchie bis 1945 gezeigt. Der erste Abschnitt widmet sich vor allem der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der zweiten Belagerung Wiens durch die Türken und der Periode Prinz Eugens und Maria Theresias. An die Zeit der Franzosenkriege, an Erzherzog Carl und das Zeitalter Radetzky's erinnert eine Saalgruppe im Obergeschoß.

Der Weg durch den dritten Teil des Hauses führt an zahlreichen Exponaten zur Regierungszeit Kaiser Franz Josephs sowie zur Geschichte der k. u. k. Armee und jenes Vielvölkerreiches vorbei, das elf große Nationalitäten und viele kleine Völker umfaßte.

Durch einen Raum, der der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares in Sarajewo gewidmet ist, betritt man die beiden letzten Säle dieses Abschnitts, die den Ersten Weltkrieg und den Zerfall der Donaumonarchie behandeln. „Republik und Diktatur“ lautet der Titel jener Dauerausstellung des Museums, die den Weg Österreichs von der

Zwischenkriegszeit über den Zweiten Weltkrieg bis in die Zweite Republik veranschaulicht.

Ein weiterer Teil der Schausammlung dokumentiert darüber hinaus 200 Jahre österreichische Marinegeschichte, von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg, von den



Foto: Heeresgeschichtliches Museum / Österreich Journal / Michael Mössner

Im sogenannten »Panzergarten« hinter dem Museumsgebäude sind die wichtigsten Gefechtsfahrzeuge des österreichischen Bundesheeres ab 1956 ausgestellt.

Forschungs- und Entdeckungsreisen bis zum Ende der maritimen Präsenz Österreichs.

Von einer bewegten Vergangenheit zeugen schließlich noch die große Sammlung historischer Geschützrohre in den Objekten 2 und 17. Nur wenige Schritte vom Museum entfernt befindet sich die Panzerhalle. Unter den ausgestellten Panzern befindet sich unter anderem der Prototyp des Schützenpanzers Saurer, das erste nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich hergestellte Panzerfahrzeug, sowie weitere historische Kampffahrzeuge wie die Jagdpanzer Kürassier und Jaguar, die Kampfpanzer M60 A3 und Leopard 2A4. Anhand von Schnittmodellen können die BesucherInnen Einblick ins Innere eines Panzers gewinnen.

Weiters verfügt das Museum derzeit über vier Außenstellen, das Militärluftfahrtmuseum in Zeltweg, die Bunkeranlage Ungerberg in Bruckneudorf, die Fernmeldesammlung in der Starhembergkaserne sowie die Patrouillenboot-Staffel in der Alten Werft in Korneuburg.

<http://www.dachverband-pan.org/>

<https://www.hgm.at/>

Lesen Sie ausführlich über den Dachverband PaN – Partner aller Nationen in der „Österreich Journal“-Ausgabe 182 vom 4. März 2019 auf den Seiten 60 und 61 unter <https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-182/62442461>

Doppeltes Jubiläum

Parlament feiert 100 Jahre erste Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung und 100 Jahre Frauenwahlrecht – Veranstaltung zum Gedenken an die ersten acht weiblichen Abgeordneten

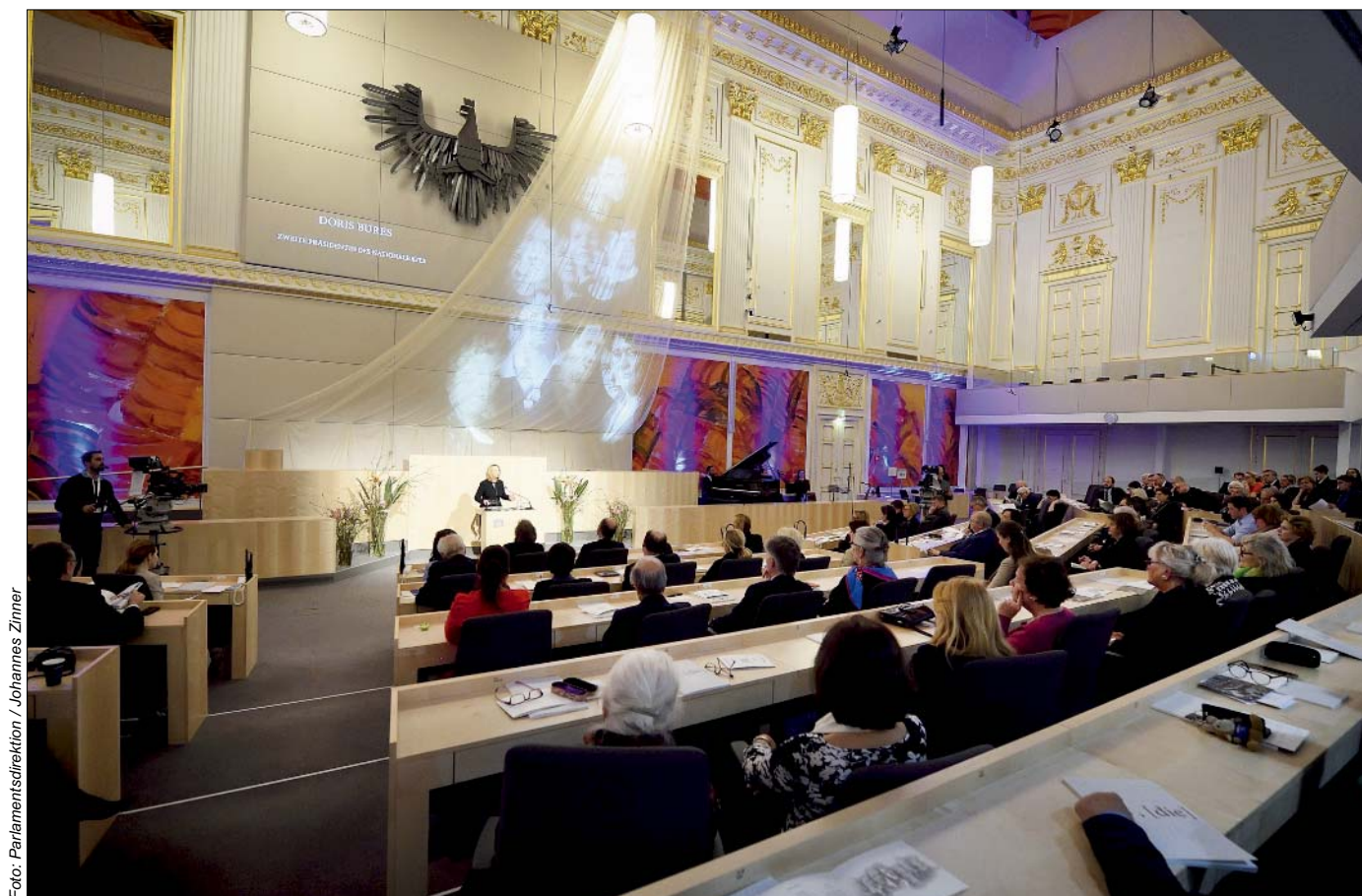


Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

100 Jahre erste konstituierende Sitzung – 100 Jahre Frauenwahlrecht – am Rednerpult: die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures

Vor genau 100 Jahren, am 4. März 1919, trat bei der ersten Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung erstmals in Österreich ein Parlament zusammen, in dem Frauen vertreten waren und das von Frauen und Männern gewählt worden war. Aus Anlaß dieses doppelten Jubiläums luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller am 4. März zu einer Veranstaltung ins Parlament und leiteten damit eine Woche ein, die ganz im Zeichen der Frauen stand.

Bures: Wir dürfen uns nicht auf den Errungenschaften ausruhen

„Acht starke, beeindruckende Frauen haben heute vor 100 Jahren ihre unverbrüchliche Treue geschworen – als Abgeordnete einer jungen parlamentarischen Demokratie“, erinnerte Zweite Nationalratspräsi-

den Doris Bures in ihren Begrüßungsworten. „Diese Pionierinnen stellten damit einen Fuß in jene Tür, die Frauen bis dahin von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen hatte, ein frischer ‚Wind der Veränderung‘ begann das Hohe Haus zu durchlüften.“ Ein Blick auf die letzten 100 Jahre aus frauenpolitischer Perspektive zeige, daß es keine lineare Entwicklung, sondern vielmehr Phasen des Fortschritts, des Stillstands und auch des massiven Rückschritts gegeben hat, gab Bures zu bedenken. So haben die acht Frauen der ersten Stunde für bessere Lebensbedingungen gekämpft – für den Acht-Stunden-Tag, für Arbeitslosenunterstützung und soziale Fürsorge, für die Öffnung von Bildungseinrichtungen.

Nachdem dieser gesellschaftliche Fortschritt in zwei faschistischen Diktaturen ein jähes Ende fand und Frauen im Nationalsozialismus auf die Rolle opferbereiter und lei-

densfähiger Mütter reduziert wurden, sei erst im gesellschaftlichen Aufbruch der 60er-Jahre eine neue Frauenbewegung entstanden. In den 70er-Jahren gelang es dann unter der Regierung Kreisky, frauenpolitische Reformen auf den Weg zu bringen – von der Gleichstellung im bürgerlichen Recht, der Reform des Familien- und Eherechts bis hin zur Fristenregelung. Die Einrichtung des Frauenministeriums, die Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gleichbehandlungsgesetz und die beiden Gewaltschutzgesetze sind für Bures weitere wichtige Meilensteine in der Frauenpolitik der folgenden Jahrzehnte.

„Wir dürfen uns heute nicht auf den Errungenschaften ausruhen“, mahnte Bures und rief vor allem die Generation der Töchter auf, weiter für volle Gleichberechtigung zu kämpfen. Die Zweite Nationalratspräsidentin erinnerte dabei an die Forderung von

Innenpolitik

Johanna Dohnal nach einer Steigerung des Frauenanteils in den gesetzgebenden Körperschaften und meinte, ein Drittel Frauen im Nationalrat sei wenig. Aktuell ist für Bures auch die Frauenquote, wobei sie Maria Fekter zitierte, die nach 27 Jahren Politik zu dem Schluss gekommen war: „Es funktioniert nicht ohne Quote.“ Es sei Auftrag und Vermächtnis der acht Pionierinnen, als Frauen hartnäckig zu bleiben und täglich aufs Neue Frauenrechte zu erkämpfen und zu verteidigen und für ein selbstbestimmtes, unabhängiges und diskriminierungsfreies Leben einzutreten, schloß Bures.

Stelzl-Marx erinnert an den Kampf der ersten acht Mandatarinnen für die Rechte der Ärmsten

Barbara Stelzl-Marx, Leiterin des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, richtete ihren Blick auf die histori-

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



Zweite Nationalratspräsidentin Dores Bures (SPÖ) bei der Eröffnung der Veranstaltung

Keynote durch Barbara Stelzl-Marx

sche Entwicklung des Frauenwahlrechts und stellte fest, die Ereignisse von 1919 seien keine Stunde Null gewesen. Nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1907 nur für Männer – dem Höhepunkt des Ausschlusses der Frauen von der Politik, wie sie sagte – kam es bereits in den Jahren 1911 und 1913 zu machtvollen Demonstrationen für gleiche Rechte, in denen Frauen das Wahlrecht forderten. Im Ersten Weltkrieg vereinigten die Frauen ihre Kräfte im Kampf für den Frieden, bevor mit dem Kriegsende und der Gründung der Republik die Voraussetzungen für das Frauenwahlrecht geschaffen waren.

Am 12. November 1918 – noch vor der Abdankung Kaiser Karls – führte die Provi-

sorische Nationalversammlung das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen ein, sodaß sich Frauen nun erstmals politisch betätigen durften. Frauen waren, so Stelzl-Marx, ein unberechenbarer Faktor in der Politik, ihr Wahlverhalten war schwer einschätzbar. Jede Partei glaubte, daß die neue Wahlmasse dem politischen Gegner zum Sieg verhelfen würde. So gab es auch ab 1920 verschiedenfarbige Wahlkuverts, um das Wahlverhalten der Frauen zu erfassen.

Am 4. März 1919 zogen sieben Sozialdemokratinnen und eine Christlich-Soziale ins Parlament ein. Alle acht Frauen der ersten Stunde waren bereits seit Langem politisch aktiv. Sie vertraten Themen, die zuvor vernachlässigt worden waren, so etwa Sozialpo-

litik, Familienpolitik und Bildungspolitik. Stelzl-Marx erinnerte an Adelheid Popp, die nur drei Jahre Schulbildung hatte und als erste Frau ans Rednerpult des Parlaments trat, wo sie zum Gesetz über die Abschaffung des Adels Stellung nahm und gleiche Rechte für alle einforderte. Oder an Anna Boschek, die als erste Frau einen Gesetzesantrag einbrachte – ein Hausgehilfennengesetz. Auch Amalie Seidel, Maria Tusch, Emmy Freundlich und Therese Schlesinger setzten sich für soziale Themen, für Frauenbildung und Arbeitnehmerinnenschutz ein. Gabriele Proft wiederum wurde sowohl im Ständestaat als auch während der NS-Diktatur inhaftiert. Hildegard Burjan schließlich, die einzige christlich-soziale Abgeordnete unter den acht Pionierinnen, hatte einen Universitätsabschluß und kämpfte für Mutterschutz und gegen Kinderarbeit. Sie wurde 2011 vom Papst seliggesprochen.

Die acht ersten Frauen im Parlament setzten sich insgesamt gegen Not und für die Rechte der Ärmsten ein, ihr Engagement ist bis heute von großer Aktualität, hob Stelzl-Marx hervor.

Bestandsaufnahme von 100 Jahren Frauenpolitik

Die Würdigung der Pionierinnen der österreichischen Frauenpolitik und Aufrufe zum verstärkten politischen Engagement von Frauen standen im Mittelpunkt der Reden der Frauensprecherinnen der Fraktionen im Rahmen der Festveranstaltung des Nationalrats.

Innenpolitik

Jeitler-Cincelli: Feminismus ist Empowerment zu einem selbstbestimmten Leben

In Vertretung von ÖVP-Frauensprecherin Barbara Krenn, die aufgrund einer Erkrankung kurzfristig absagen mußte, sprach ÖVP-Abgeordnete Carmen Jeitler-Cincelli über die Ziele, welche die Frauenbewegung heute hat. Mit Blick auf die ersten acht weiblichen Abgeordneten zum Nationalrat, die vor genau 100 Jahren erstmals an einer Nationalratssitzung teilnahmen, rief Jeitler-Cincelli dazu auf, das Gemeinsame vor das ideologisch Trennende zu stellen. So wie die Pionierinnen unter den Abgeordneten vor 100 Jahren den gemeinsamen Auftrag fühlten, der jungen Republik Stabilität zu geben, so gelte es auch heute, den Menschen in Österreich Mut zu machen. Die Abgeordnete erinnerte auch an die Männer, die damals die politischen Karrieren von Frauen gefördert hätten. Nach 100 Jahren seien es glücklicherweise weit mehr Männer, die dazu bereit seien. Frauen und Männer könnten heute gemeinsam eine positive Sicht des Feminismus entwickeln, meinte Jeitler-Cincelli, die auf die von Emma Watson ins Leben gerufene weltweite Solidaritätskampagne „HeforShe“ verwies. Sie verstehe Feminismus als Empowerment, sagte die Abgeordnete, die Möglichkeit, daß Frauen und Männer gemeinsam das sein können, was sie möchten.

Heinisch-Hosek: Selbstbestimmung erschöpft sich nicht in Selbstoptimierung

SPÖ-Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek stellte das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in den Mittelpunkt ihrer Rede. Sie bezog sich dabei auf die sechste Forderung des aktuellen Frauenvolksbegehrens, „Vielfalt leben“. Heinisch-Hosek erinnerte an den Betrag von drei bereits verstorbenen Frauenministerinnen der Zweiten Republik, die sich stets für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen eingesetzt hätten: Johanna Dohnal, Barbara Prammer und Sabine Oberhauser. Das Recht von Frauen, über ihren eigenen Körper zu verfügen, werde immer mehr ein Zwang zur Selbstoptimierung, merkte Heinisch-Hosek kritisch an. Denen, die sich ihr unterwerfen, würden Versprechen gemacht, die von der Lebensrealität nicht eingelöst werden könnten, sagte die SPÖ-Frauensprecherin. Sie zitierte das Buch „Meat Market“ (Fleischmarkt) der britischen Feministin Laurie Penny, das sich mit den Stereotypen auseinandersetzt, mittels derer Kontrolle über Frauenkörper ausgeübt wird. Zugespitzt besage die These von Penny, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem zusam-



Carmen Jeitler-Cincelli (ÖVP)



Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ)



Carmen Schimanek (FPÖ)

menbrechen würde, wenn alle Frauen aufhörten, sich dem Diktat der Modeindustrie, Schönheitsindustrie, Fitnessindustrie und anderer Industriezweige zu unterwerfen, erläuterte Heinisch-Hosek. Gegen diese Optimierungszwänge gelte es, das Recht einzufordern, Vielfalt tatsächlich leben zu können.

Schimanek: Durchsetzung des Frauenwahlrechts – eine lange, noch nicht abgeschlossene Geschichte

FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek warf einen Blick auf die Geschichte des Frauenwahlrechts. Die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht gehe auf die Zeit der Aufklärung zurück, die in der französischen Revolution kulminierte. In Österreich sei die Forderung erst mit dem Revolutionsjahr 1848 angekommen, an ein Wahlrecht auch für Frauen war noch lange nicht zu denken. Es habe des engagierten und mutigen Einsatzes vieler Frauen bedurft, wie etwa der britischen Suffragetten, um das Wahlrecht für alle zu erkämpfen. Nach dem Ersten Weltkrieg kam man an den Frauen nicht mehr vorbei. Österreich war damit eines der ersten Länder Europas mit einem allgemeinen Wahlrecht auch für Frauen. Andere Länder zogen erst sehr spät nach, und noch heute gebe es Staaten, die das Wahlrecht für Frauen beschränken. „Demokratie ist ein wertvolles Gut, das gepflegt und verteidigt werden muß“, betonte Schimanek. Sie sei daher besorgt darüber, daß sich Tendenzen zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung bemerkbar machen. Das betreffe nicht nur das aktive, sondern auch das passive Wahlrecht, für die Parteien werde es zunehmend schwieriger, geeignete KandidatInnen zu finden. Schimanek schloß sich dem Ruf ihrer Vorrednerinnen an, gemeinsam für die Weiterentwicklung der politischen Teilhabe von Frauen zu arbeiten.

Krisper: Frauen in der Politik brauchen Unterstützung und müssen einander unterstützen

Stephanie Krisper von den NEOS stellte am Anfang ihrer Rede fest, daß das aktive Wahlrecht in Österreich für Männer und Frauen zwar vollständig umgesetzt sei, daß es aber noch immer Defizite gebe, wenn es um das passive Wahlrecht gehe. Nur rund 37 Prozent der Abgeordneten seien weiblich, obwohl der Frauenanteil in der Bevölkerung bei 51 Prozent liege. Krisper vermutete dahinter alte Mechanismen des Machterhalts in den Händen von Männern, die nicht so leicht aufzubrechen seien. Zu diesen Mechanismen

Alle Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Innenpolitik

gehören für Krisper die Abwertung des politischen Engagements von Frauen. Frauen in der Politik würden schneller mit dem Vorwurf der „Kritiksucht“ konfrontiert als Männer, das könne sie aus eigener Erfahrung bestätigen. Ihre eigene Partei habe daher vieles unternommen, um Frauen gezielt zu fördern, und der Erfolg sei, daß ihre Fraktion zur Hälfte aus weiblichen Abgeordneten bestehe. Die Teilnahme von Frauen an der Politik müßte gezielt gefördert werden, forderte Krisper. Aus ihrer Sicht wäre sehr vieles gewonnen, wenn politisch tätigen Frauen nicht mehr abwertend begegnet wird. Zudem müßten Frauen lernen, einander zu unterstützen und zu stärken.

Cox: Frauen müssen einander Mut machen

Sie sei mit Herzklopfen das erste Mal ans Rednerpult des Parlaments getreten, sagte JETZT-Frauensprecherin Stephanie Cox. Auch beim aktuellen Anlaß schlage ihr Herz schneller. Sie interpretiere dieses Herzklopfen jedoch als den Applaus ihres Herzens für die vielen mutigen Frauen, die durch ihren Einsatz und Kampf ermöglicht haben, daß Frauen heute ganz selbstverständlich Abgeordnete sein können. Die ersten weiblichen Abgeordneten des Hohen Hauses hätten viele neue Themen in seine Debatten eingebracht und damit den politischen Diskurs erweitert. Cox sprach ebenfalls die Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament an. Die höchsten politischen Ämter seien für Frauen bisher nur theoretisch erreichbar, merkte Cox an. Sie hoffe, daß es bald genauso viele weibliche wie männliche Abgeordnete, Staatsoberhäupter und Regierungschefs geben werde. Dazu brauche es aber mehr Frauen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, auch wenn es immer noch Männer gebe, die das irritiere. Das Parlament habe hier eine Vorbildwirkung. Frauen müßten lernen, Allianzen zu bilden und einander gegenseitige Unterstützung zu geben und Mut zu machen. Sie wolle aus ihrer eigenen Erfahrung heraus junge Frauen ermutigen, gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sagte Cox.

Stainer-Hämmerle: Die Gläserne Decke ist in vielen Fällen immer noch sehr dick.

Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle betonte, die Emanzipation von Frauen könne nur gelingen, wenn auch Männer sich emanzipieren. Wenn Männer die Erwartungen, die an sie gestellt werden, etwa Familienernährer zu sein, ebenfalls als dis-



Stephanie Krisper (NEOS)



Stephanie Cox (JETZT)



Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle

Alle Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

kriminierend begreifen und sich von ihnen trennen wollen. Seit dem 4. März 1919, als die ersten acht Frauen in das Parlament Einzug hielten, habe sich einiges verändert, hielt Stainer-Hämmerle fest. Von einer Gleichstellung der Geschlechter sei man in Österreich aber nach wie vor weit entfernt. „Die Gläserne Decke ist in vielen Fällen immer noch sehr dick.“ Diskriminierungen von Frauen seien heute subtiler als damals, erklärte Stainer-Hämmerle in ihrer Keynote. Rechtlich sei die Gleichstellung, für die jahrzehntlang gekämpft wurde, inzwischen zwar erreicht, im „realen Leben“ sehe es aber anders aus. Das zeige unter anderem die geringe Zahl von weiblichen Vorständen in börsennotierten Unternehmen und von Bürgermeisterinnen in Österreich. Auch seien hierzulande die Lohnverluste von Frauen zehn Jahre nach der Geburt eines Kindes laut einer internationalen Studie mit 51 Prozent deutlich höher als in den allermeisten anderen Ländern. Und gut dotierte Jobs im Bereich der öffentlichen Hand würden zwar aufgeteilt, so die Politikwissenschaftlerin, „aber nach Partei und nicht nach Geschlecht“. Kritisch sieht die Expertin auch die hohe Teilzeitbeschäftigung von Frauen.

Daß Männer nach wie vor häufiger bezahlter Arbeit nachgehen als Frauen, die weitaus öfter unbezahlte Arbeit, also etwa Kindererziehung, Haushalt und Pflege, übernehmen, führt Stainer-Hämmerle nicht zuletzt auf diskriminierende Rollenbilder zurück, die nach wie vor tief verwurzelt seien. Es werde noch ein langer und zäher Kampf, bis sich diese Bilder in den Köpfen verändert haben, glaubt sie. Allerdings sieht sie auch positive Entwicklungen, etwa was das Bekenntnis von Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Papamonat betrifft.

Gleichstellung in allen Lebensbereichen müsse jedenfalls das erklärte Ziel bleiben, bekräftigte Stainer-Hämmerle, auch wenn es verschiedene politische Konzepte zur Erreichung dieses Ziels gibt. Im Sinne internationaler Solidarität, sprach sie sich außerdem dafür aus, Verfolgung aufgrund des Geschlechts als Flucht- und Asylgrund in die Genfer Flüchtlingskonvention aufzunehmen. Geflüchtete Frauen aus dem arabischen Raum würden trotz ihres Mutes kaum Unterstützung in der Öffentlichkeit finden, bedauerte sie.

Kitzmüller: Frauen sind nicht mehr aus Politik in Österreich wegzudenken

Die Schlußworte zur Veranstaltung blieben der zweiten Frau im Präsidium des Na-

Innenpolitik

tionalrats, Dritter Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller, vorbehalten. Sie hob hervor, daß vor 100 Jahren wichtige Weichen sowohl für Frauen als auch für Männer gestellt wurden. Frauen hätten endlich Rechte erhalten, auch wenn, was das Erreichte betrifft, nach wie vor „Platz nach oben ist“.

Seit die ersten weiblichen Mandatarinnen 1919 in das Parlament einzogen, seien Frauen jedenfalls nicht mehr aus der österreichischen Politik wegzudenken, betonte Kitzmüller. Die Nationalrätinnen, Bundesrätinnen und Gemeinderätinnen seien wesentliche Stützen der Gesellschaft und auch Vorbild für junge Mädchen und Frauen. Es sei wichtig, Mädchen zu stärken und ihnen Mut zu machen, ihre Meinung kundzutun und ihren Weg zu gehen, wofür immer sie sich auch entscheiden. Kitzmüller beklagte, daß Frauen oft kritischer gegenüber Frauen sind als gegenüber Männern, hier brauche es ein Umdenken. Es gelte, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und gemeinsam für die Frauen einzutreten.

Die ersten acht Reden der ersten weiblichen Mandatarinnen

Dem im Jahr 1918 mit der Republik ausgerufenen Frauenwahlrecht ging ein langer und harter Kampf um politische Mitbestimmung und Teilhabe voraus. „Acht Frauen, sieben Sozialdemokratinnen und eine Christlich-Soziale, zogen fast auf den Tag genau – am 4. März 1919 – als erste weibliche Abgeordnete in das österreichische Parlament ein“, sagte Zweite NR-Präsidentin Doris Bures am 8. März am Vorabend des Weltfrauentages, knapp 100 Jahre nachdem die ersten acht Frauen ins Parlament eingezogen sind. „Sie und viele Weggefährtinnen



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Dritte Nationalratspräsidentin
Anneliese Kitzmüller (FPÖ)

haben den Kampf um ihre demokratischen Rechte schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen. Ihnen verdanken wir das allgemeine, freie, gleiche, geheime, persönliche und unmittelbare Wahlrecht – für Frauen und Männer. Die Reden zeigen uns das zarte Pflänzchen der Demokratie, das seine Wurzeln in der noch so jungen Ersten Republik geschlagen hat.“ Ebendiese Reden dieser Pionierinnen wurden von den Schauspielerinnen Elisabeth Orth, Dorothee Hartinger, Petra Morze sowie Alexandra Henkel im Parlament verlesen.

Bures: „Wenn eine dieser acht Frauen vor 100 Jahren im historischen Sitzungssaal ans Rederpult kam, dann blickte sie in einen Saal mit 151 Männern, und nur sieben Frauen. Wenn heute eine Abgeordnete hier an die-

ses Pult kommt, dann sitzen ihr immer noch 115 Kollegen gegenüber, aber doch schon 67 Kolleginnen. Aber noch immer nicht die Hälfte. Heute sind Frauen vor dem Gesetz gleichberechtigt und vor Diskriminierung geschützt. Doch die Lebensrealität von Frauen ist eine andere. Und es ist unser Auftrag, das zu ändern. Wir müssen vehement für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben eintreten. Wir müssen soziale und wirtschaftliche Benachteiligungen beseitigen. Frauen vor Altersarmut bewahren und vor Gewalt in den eigenen vier Wänden schützen.“

Szenisch und mit Verve vermittelten die Schauspielerinnen die einzelnen Debattenbeiträge der damaligen Zeit. Zwischenrufe, Ermahnungen des Präsidenten zur Countenance und auch die starken und engagierten Ansprachen waren Teil der Lesung. Die Schauspielerinnen ermöglichten mit ihrer Lesung der Reden der Abgeordneten einen Rückblick in die damalige Zeit. Autorin und Journalistin Sibylle Hamann begrüßte die Gäste und führte mit ihrer Moderation durch den Abend.

Die ersten Worte der Abgeordneten Hildegard Burjan, Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch erinnerten 100 Jahre nach ihren ersten Debatten in der Konstituierenden Nationalversammlung noch einmal an die damalige politische Lage der jungen Republik sowie an die Themen, denen sich die Abgeordneten als Erstes gewidmet hatten. Verlesen wurden sie in der Reihenfolge, in der sich die damaligen Abgeordneten erstmals zu Wort gemeldet hatten (zwischen 1919 und 1920).



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

v.l.: Petra Morzé, Elisabeth Orth, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Moderatorin Sibylle Hamann, Alexandra Henkel und Dorothee Hartinger

Ausstellungseröffnung zu 100 Jahren Frauenwahlrecht

Vor 100 Jahren zogen erstmalig acht Frauen in die Konstituierende Nationalversammlung des österreichischen Parlaments ein, nachdem im Jahr 1918 die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen wurden. Unter dem Titel „Gleiche Rechte – 100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ widmet das Parlament nun diesen Pionierinnen eine weitere Ausstellung am Heldenplatz, die am Internationalen Frauentag (8. März) eröffnet wurde.

Die ersten weiblichen Parlamentarierinnen, deren Porträts nun in einer Art „Wandzeitung“ präsentiert werden, haben bewiesen, daß es sich lohnt, für die Sache der Gleichberechtigung zu kämpfen, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Wie schon bei der Ausstellung zum 100jährigen Republikjubiläum, die ein großer Erfolg war und täglich von über 500 Personen besucht wurde, wolle man damit nun erneut ein sehr wichtiges Thema in das kollektive Bewußtsein rücken.

Wir sollten uns diese acht Frauen zum Vorbild nehmen, erklärte die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, denn sie hätten gezeigt, was möglich ist, wenn sich Frauen in aller Geschlossenheit und Konsequenz für eine Verbesserung der Lebensumstände einsetzen. Auch wenn vieles schon gelungen sei, so müsse dieser Weg fortgeführt werden, damit Frauen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben führen können. Mittlerweile gebe es 68 Mandatarinnen im Hohen Haus, zeigte Bures auf, aber es brauche noch mehr weibliche Vertreterinnen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene.

Auch nach Auffassung von Anneliese Kitzmüller, der Dritten Nationalratspräsidentin, gebe es noch in vielen Bereichen Luft



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Bei der Eröffnung am Heldenplatz: (v.l.): NR-Präsident Wolfgang Sobotka, NR-Präsidentin Doris Bures, Bundesratspräsident Ingo Appé und NR-Präsidentin Anneliese Kitzmüller

nach oben. Es brauche insbesondere mehr Wertschätzung für alle Frauen, egal für welches Lebensmodell sie sich entscheiden, denn alle Tätigkeiten seien gleich viel wert. Sie werde sich jedenfalls dafür einsetzen, daß Frauen bei der Verwirklichung ihrer Wünsche unterstützt und gefördert werden.

Auf den zehn Standrahmen werden die ersten acht Parlamentarierinnen sowie die spätere Bundesratspräsidentin Olga Rudel-Zeynek – weltweit die erste Frau an der Spitze einer gesetzgebenden Körperschaft – porträtiert. Die Protagonistinnen aus verschiedenen politischen Lagern – Anna Boschek, Hildegard Burjan, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Maria Tusch und Olga Rudel-Zeynek – waren die Wegbereiterinnen dafür, daß Frauen zu einem entscheidenden Faktor in der Politik geworden sind.

Konzipiert wurde die frei zugängliche Ausstellung am Heldenplatz von der Präsidentin der Akademie Graz, Astrid Kury, sowie vom Architekten Alexander Kada. Es handle sich um herausragende Persönlichkeiten, die trotz aller – teils massiven – Widerstände, für die Frauenrechte eingetreten sind, erläuterte Kury. Da viele von ihnen unter dramatischen sozialen Bedingungen aufwuchsen, habe sie die Frage der Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Konzepts gestellt. Ausstellungen im öffentlichen Raum seien das Format der Stunde, war Alexander Kada überzeugt, weil man sich damit auf die BesucherInnen zubewege. Er hoffe, daß die „Wandzeitung“ auf den Displays genauso gut angenommen wird wie die vorangegangene zur Republikgründung. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Land will Partner der Gemeinden sein

Doskozil: »Die Dinge, die man auf lokaler, regionaler Ebene entscheiden kann, auch dort hingeben.« – Der Bürgermeister-Dialog wurde gut angenommen.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil lud gemeinsam mit LTP Verena Dunst zum Bürgermeister-Dialog ins Landhaus in Eisenstadt

Sehr gut angenommen wurde der erste Burgenländische Bürgermeister-Dialog, zu dem Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst am Abend des 18. März eingeladen hatten. Rund 170 GemeindemandatarInnen folgten der Einladung ins Landhaus in Eisenstadt.

Die Politik sei kein Selbstzweck, sondern müsse auf allen Ebenen gemeinsam für die Menschen arbeiten, so Doskozil. Wesentliche Bausteine dazu seien neben dem Kindergarten und der Pflege auch der Mindestlohn von 1700 Euro, der im Landesdienst um im landesnahen Bereich umgesetzt werden soll. In diesen gesellschaftspolitisch zentralen Bereichen müsse die Politik Anstöße liefern, das sei ihre Aufgabe, so der Landeschef. Und dazu brauche man die Gemeinden als Partner. Für ihn sei auch klar, „Dinge, die man auf lokaler, regionaler Ebene entscheiden kann, auch dort hinzugeben.“

Es gehe darum, gesellschaftspolitisch Weichenstellungen zu treffen, so Doskozil.

Hier spiele die kommunale und regionale Ebene eine entscheidende Rolle. „Wir müssen uns fragen, was unser Tun den Menschen bringt. Politik darf kein Selbstzweck sein, sondern ist eine Tätigkeit, die wir für die Menschen machen müssen.“ Deshalb müsse man das Parteidenken zurückstellen und dürfe die Menschen nicht kategorisieren. „Aber natürlich wollen wir ihnen unsere Inhalte näherbringen – das muß kein Widerspruch sein“, so der Landeschef. Das richtige Gespür dafür finde man oft bei KommunalpolitikerInnen, weil diese so nah wie sonst keine anderen PolitikerInnen an den Menschen dran seien. Man wolle nun auch auf Landesebene dieses Profil schärfen.

Ein Beispiel dafür sei der Kindergarten, dieser sollte für alle Eltern gleich geregelt sein, will Doskozil den aktuellen Stand ändern. Denn derzeit gebe es Gemeinden, wo der Kindergarten wirklich gratis sei, während in anderen Gemeinden von den Eltern ein Beitrag zu leisten sei. Hier müsse man

harmonisieren. Er wisse aber, daß das Land dafür die Gemeinden braucht und man „ins Gespräch treten muß“.

Dies gelte auch für den Bereich der Pflege. Der Schlüssel sei, die Pflege so zu organisieren, „damit die Menschen sich vorstellen können, dieses Berufsbild anzunehmen“, so Doskozil. Damit dies gelinge, müsse man sicherstellen, daß „die Pflege geschätzt wird, es muß eine entsprechende Aus- und Fortbildung geboten werden und wir müssen die Menschen in ein Beschäftigungsverhältnis bringen und ordentlich entlohnen. Hier müssen auch die Gemeinden mitgehen.“

Beim Mindestlohn von 1700 Euro solle das Land vorangehen und einen ersten Schritt setzen, durchaus auch beispielgebend für die Privatwirtschaft. „1700 Euro Mindestlohn sind 10 Euro in der Stunde. 10 Euro in der Stunde muß man niemandem neidig sein.“ Das sei eine gesellschaftspolitisch wichtige Maßnahme, zieht Doskozil einen Vergleich mit Deutschland, „wo wir sehen, daß dort



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landesrätin Daniela Winkler und Landesrat Christian Illedits mit GemeindepolitikerInnen aus dem Bezirk Mattersburg



Fotos: Bgld. LandesmedienService

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst mit GemeindemandatarInnen aus dem Bezirk Jennersdorf

bereits um die 25 Prozent der Jobs prekäre Arbeitsplätze sind, von denen die Menschen nicht leben können“. Natürlich sei das Land gefordert, im Landesdienst und in der Holding den Beweis anzutreten, daß ein Mindestlohn von 1700 Euro machbar sei.

Zu hinterfragen sei auch eine auf Ertragsmaximierung fixierte Landwirtschaft. Auch bei der Versiegelung des Bodens sei ein Umdenken notwendig, so Doskozil, der dabei

auch einen verbesserten Schutz vor den Folgen von Naturkatastrophen, wie z. B. Überschwemmungen, denkt.

Das Land werde partnerschaftlich mit den Gemeinden umgehen, und seinen Teil leisten, stellt Doskozil klar. „Wir erbitten auch, daß die Gemeinden diesen Weg mittragen, aber auch kritisch hinterfragen. Man kann Veränderungen nur dann anstoßen, wenn man davon überzeugt ist, daß dieses Land den

richtigen Weg geht, den alle mitgehen.“ Die BürgermeisterInnen sehe er als wichtige Multiplikatoren.

In diese Kerbe schlägt auch Landtagspräsidentin Verena Dunst, die gemeinsam mit Doskozil zum Dialog geladen hatte: „Dialog ist der Grundstein unserer Demokratie.“ Die Einladung sei auch ein Ausdruck dafür, wie sehr man die Gemeinden schätze. Das Land wolle Partner der Gemeinden sein. ■

Solides Fundament für die Pflege

Neues Pflegekonzept fürs Burgenland präsentiert

Um für künftige Herausforderungen im Pflegebereich gerüstet zu sein, erarbeiteten ExpertInnen des Landes in den vergangenen Monaten gemeinsam mit externen Fachleuten ein umfassendes Zukunftskonzept für Pflege. Nun liegt der Plan vor und wurde am 25. März von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Soziallandesrat Christian Illedits vorgestellt. Der „Zukunftsplan Pflege“ prognostiziert den Bedarf an Pflegebetten, Tagesbetreuungsplätzen und alternativen Wohnformen bis 2030 und beinhaltet 21 konkrete Vorschläge und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung im Bereich der Betreuung und Pflege. Die wichtigsten Eckpunkte des „Zukunftsplans Pflege“: Die Pflege daheim hat oberste Priorität; um die Qualität der Pflege im Land weiter zu verbessern, setzt der Plan auf die Gemeinnützigkeit und pflegende Angehörige sollen entlastet werden. So sieht der Plan ein Modell zur finanziellen Absicherung für pflegende Angehörige der Pflegestufen 5, 4 und 3 vor. Darüber hinaus werden stationäre- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen ebenso ausgebaut wie alternative Wohnformen und mobile Pflegeangebote.

Die im Plan angeführten Empfehlungen sollen in den nächsten Monaten Schritt für Schritt umgesetzt werden, sieht Doskozil darin einen klaren Arbeitsauftrag: „Die ältere Bevölkerung hat sich verdient, daß ihre Bedürfnisse in entsprechend würdiger Form abgedeckt werden, sie darf nicht zum Bittsteller werden. Jeder soll die Unterstützung bekommen, die er braucht.“ Das Pflegekonzept ruht auf zwei Grundpfeilern: der Gemeinnützigkeit der Pflege und der Entlastung und Absicherung von pflegenden Personen.

Gemeinnützigkeit der Pflege

Grundsätzlich wird die Pflege nur mehr auf gemeinnütziger Basis erfolgen. Das gelte für jeden Anbieter, „wer auch immer im Burgenland in diesem Segment tätig ist. Pflege ist für mich eine besondere Form der Daseinsvorsorge. Eine Gewinnabsicht hat aus meiner Sicht in diesem Bereich keine Berechtigung. Ich will nicht, daß man mit einer Notsituation von Menschen Gewinn macht. Gewinnorientierung erzeugt Druck auf die Qualität, die Leidtragenden sind die zu Pflegenden und die öffentliche Hand bleibt auf



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Soziallandesrat Christian Illedits (l.) stellen die Eckpunkte des Zukunftsplans „Pflege im Burgenland“ vor. Im Bild mit WHRin Sonja Windisch, Leiterin der Abteilung Soziales und Gesundheit im Amt der Burgenländischen Landesregierung

den Kosten sitzen“, so Doskozil. Die gesetzliche Basis dafür wolle man nun rasch schaffen und falle in die Kompetenz des Landes. Um dem Vertrauensgrundsatz Rechnung zu tragen, werde es eine Übergangsfrist von vier Jahren geben. Innerhalb dieser Frist müssen alle Anbieter, die weiter im Burgenland tätig sind, auf Gemeinnützigkeit umstellen.

Entlastung pflegender Angehöriger

Ein wichtiger Teil des Pflegekonzepts ist es, pflegende Angehörige bei der Finanzierung des Lebensunterhaltes inklusive Versicherung noch besser zu unterstützen und abzusichern. Dazu wurde ein Modell zur finanziellen Absicherung für pflegende Angehörige für die Pflegestufen 3, 4, und 5 ausgearbeitet. Zur Abwicklung dieses Modells wird ein gemeinnütziger Rechtsträger, die Burgenländische Pflege und Service GmbH, gegründet, wo Personen, die Angehörige pflegen, angestellt werden. Eine Anstellung wird zu 1700 Euro netto auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung erfolgen, wobei ab Pflegestufe 3 und je nach Pflegestufe unterschiedliche Beschäftigungsmodelle zur Verfügung stehen werden (Pflegestufe 3 – 20 Stunden, Pflegestufe 4 – 30 Stunden, Pflegestufe 5 – 40 Stunden). Die pflegebedürftigen Personen werden für eine Betreuung durch den Angehörigen im Rahmen des Anstellungs-

modells einen Teil des Pflegegelds (80 Prozent des Pflegegelds bei Pflegegeldstufe 4 und 5 sowie 90 Prozent bei Pflegegeldstufe 3) und einen Teil der Pension (Betrag über dem Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz) zu bezahlen haben. Der Restbetrag bis zur Deckung der Brutto-Gehaltskosten wird vom Land Burgenland übernommen.

Gleichzeitig wird den betreuenden Angehörigen eine Ausbildung im Bereich der Pflege, eine Heimhelferausbildung, angeboten werden, um eine qualitativ hochwertige Betreuung sicherzustellen und auch einen Berufseinstieg im Pflegebereich nach Ende der Pflegetätigkeit zu ermöglichen.

Umgesetzt wird die Regelung ab 1. Oktober 2019. Bis dahin werde man die dazu notwendige Gesellschaft gründen und Gesetze beschließen, so Doskozil.

Pflegt sich eine Pensionistenpaar gegenseitig und liegt das Familieneinkommen unter 1700 Euro netto, ist auch hier eine Förderung vorgesehen.

Illedits: Pflege daheim hat oberste Priorität

„44 Altenwohn- und Pflegeheime mit 2.226 stationären Plätzen gab es Ende 2018 im Burgenland. Bis zum Jahr 2021 sieht der Zukunftsplan im gesamten Burgenland bis zu 305 neue Pflegebetten vor, bis zum Jahr

»Burgenland Journal«

2030 sind es bis zu 635 neue Pflegebetten“, so Soziallandesrat Christian Illedits. Gleichzeitig werden bis 2021 die Einsatzstunden im Bereich mobile Pflegedienste von 320.371 im Jahr 2018 auf mindestens 354.264 ansteigen.

Um die Bedürfnisse der älteren Generation zu erheben, wurde das Department Soziales der FH Burgenland mit einer Umfrage beauftragt. Demnach wollen 98,5 Prozent der Befragten so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben, jedoch nur

44,3 Prozent sind der Meinung, sich die Pflege zuhause leisten zu können. Dem Ergebnis trage man insofern Rechnung, als das Hauptaugenmerk des Zukunftsplans Pflege auf der Betreuung und Pflege in den eigenen vier Wänden liege, so der Soziallandesrat: „Pflege und Betreuung ist ein wichtiges Zukunftsthema. Pflege geht uns alle an. Wir werden immer älter, alleine bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der über 75jährigen burgenlandweit um 20 Prozent zunehmen. Es wird in naher Zukunft kaum eine Familie

geben, die nicht in irgendeiner einer Art und Weise mit der Pflege eines Angehörigen konfrontiert sein wird.“ Daher müsse man die Pflegeplätze an den erwarteten Bedarf anpassen und den Ausbau von Seniorentageszentren, betreuten Wohnrichtungen und mobilen Pflegeangeboten vorantreiben. „Wir wollen Leistbarkeit und Qualität der Pflege ebenso verbessern wie die Verfügbarkeit von Pflegepersonal. Die Pflege daheim hat für uns oberste Priorität“, betont der Soziallandesrat. ■

Landesfachtagung des Fachverbandes der StandesbeamtInnen

Landesrat Christian Illedits eröffnete am 21. März in Anwesenheit von Brigitte Novosel, Leiterin Abteilung 2 – Landesplanung, Sicherheit, Gemeinden und Wirtschaft, Franziska Weber, Präsidentin des Fachverbandes, Landesleiterin Ingrid Schwarz, Elisabeth Böhm, Bürgermeisterin der Stadtgemeinde und Vorsitzende des Standesamtsverbandes Bezirk Neusiedl am See, und Josef Tschida, Bürgermeister Pamhagen, sowie mehr als 100 StandesbeamtInnen die 2. Landesfachtagung des Fachverbandes der StandesbeamtInnen Landesgruppe Burgenland in der Vila Vita in Pamhagen. Zentraler Schwerpunkt war neben zahlreichen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen das Thema Ehe, Eingetragene Partnerschaft sowie das 3. Geschlecht.

„Das Burgenland konnte sich in den vergangenen Jahren äußerst erfolgreich entwickeln und ist in vielen Bereichen zu einer Modellregion geworden. Wesentlichen Anteil haben daran auch die Gemeinden unseres Landes. Tatsache ist es auch, daß die Aufgaben auf kommunaler Verwaltungsebene immer komplexer und die Herausforderungen immer größer werden. Dies gilt ganz besonders auch für den Arbeitsbereich ‚Standesamt‘. Von besonderer Wichtigkeit für unsere Gemeinden ist es deshalb, daß es gut ausgebildete MitarbeiterInnen und eine grosse Bereitschaft zur Fortbildung gibt. Ich bin überzeugt, daß von dieser Tagung wertvolle Impulse ausgehen werden. Als neuer Gemeindereferent der Burgenländischen Landesregierung möchte ich aber auch die Gemeindeabteilung des Landes noch stärker als Service-Einrichtung, als kompetente und verlässliche Anlaufstelle für alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung, für die Vertreter der kommunalen Ebene positionieren“, betonte Landesrat Christian Illedits. ■



Josef Tschida, Bürgermeister von Pamhagen, Franziska Weber, Präsidentin des Fachverbandes, Elisabeth Böhm, Bürgermeisterin der Stadtgemeinde und Vorsitzende des Standesamtsverbandes Bezirk Neusiedl am See, und Landesrat Christian Illedits



Franziska Weber, Präsidentin des Fachverbandes, Landesrat Christian Illedits, Landesleiterin Ingrid Schwarz und Heide Fabsich, Stellvertretende Landesleiterin

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

Für mehr Verkehrssicherheit

Start des S 31 Ausbaus zwischen Mattersburg und Weppersdorf/Markt St. Martin

Mit 18. März startete die ASFINAG den Ausbau der S 31 Burgenland Schnellstraße zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlußstelle Weppersdorf/Markt St. Martin. Bis 2025 wird dieses knapp 23 Kilometer lange Teilstück der S 31 auf einen modernen Stand der Technik gebracht und damit fit für die Zukunft gemacht. In den kommenden Jahren verbreitert die ASFINAG die Fahrspuren, baut neue Pannenbuchten und trennt die Richtungsfahrbahnen mit einer Betonleitwand. Ziel ist es, mehr Verkehrssicherheit für die täglich 15.000 AutofahrerInnen zu schaffen. Zusätzlich zum Sicherheitsausbau werden die bestehenden Parkplätze Tschurndorf und Kobersdorf zu modernen ASFINAG Rastplätzen umgestaltet. Rund 144 Millionen Euro investiert die ASFINAG in eine moderne, leistungsfähige und vor allem sichere S 31 im Bereich von Mattersburg bis Weppersdorf. „Mit dem Beginn des Verkehrssicherheitsausbaus der S 31 vom Knoten Mattersburg bis zur Anschlußstelle Weppersdorf/St. Martin und dem 2020 beginnenden Ausbau der S 4 Richtung Wiener Neustadt wird die Verkehrsinfrastruktur nachhaltig aufgewertet. Das bringt vor allem ein großes Plus in Sachen Verkehrssicherheit und senkt das hohe Unfallrisiko auf diesen Strecken, stärkt aber auch den Wirtschaftsstandort Burgenland und den Arbeitsmarkt massiv“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz, Infrastrukturlandesrat Mag. Heinrich Dörner und Hartwig Hufnagl, Vorstandsdirektor der ASFINAG, die Bedeutung des Sicherheitsausbaus der Burgenland Schnellstraße.

Stetig steigendes Verkehrsaufkommen

In den vergangenen fünf Jahren ist das Verkehrsaufkommen auf der S 31 in diesem Bereich jährlich um rund drei Prozent gestiegen. In diesem Zeitraum passierten dort zwölf Frontalunfälle, drei davon endeten tödlich. Die bauliche Mitteltrennung schließt das Risiko derartiger Unfälle aus. Damit werden die Unfallzahlen deutlich zurückgehen. Dazu Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz: „Jeder Euro, der für die S 31 in die Hand genommen wird, ist gut investiert. Es ist in unserem Interesse, Burgenlands Autobahnen und Schnellstraßen zu den sichersten in Ös-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

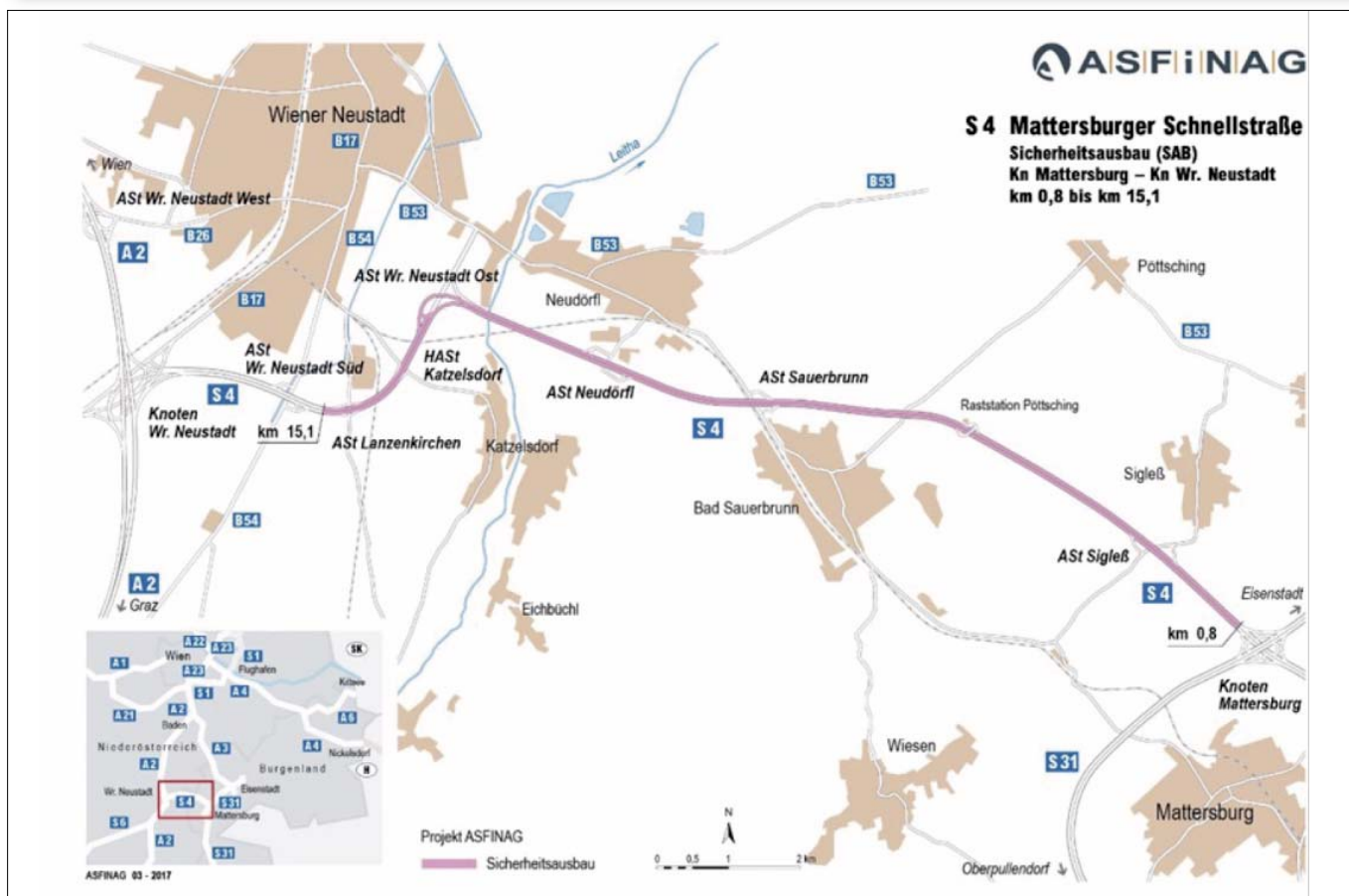
v.l.: Hartwig Hufnagl, Vorstandsdirektor ASFINAG, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz und Infrastrukturlandesrat Heinrich Dörner präsentieren in Eisenstadt die Details zum Start des S 31 Ausbaus zwischen Mattersburg und Weppersdorf/Markt St. Martin

terreich und Europa zu machen. Die beste Infrastruktur ist jedoch nur eine Seite, menschliches Verhalten die Andere. Damit das Risiko für einen Unfall möglichst gering ausfällt, zählt die Eigenverantwortung jeder und jedes Einzelnen.“ Die Arbeiten sind in zwei große Phasen unterteilt: Bauabschnitt eins zwischen Mattersburg und Weppersdorf/Markt St. Martin wird bis 2021 umgesetzt. Weitere vier Jahre benötigt der Neubau von Brücken im Bereich der Talübergänge Siegraben. In den ersten Bauabschnitt investiert die ASFINAG 106 Millionen Euro. In den Neubau der Talübergänge werden weitere rund 38 Millionen Euro investiert. Für den ersten Bauabschnitt zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlußstelle Weppersdorf/Markt St. Martin hat die ARGE STRABAG/Porr den Zuschlag erhalten. „Das Burgenland ist ein Land der Pendlerinnen und Pendler. Viele BurgenländerInnen fahren weite Strecken zur Arbeit, weil sie gerne im Burgenland leben und viele davon auf das Auto angewiesen sind. Daher müssen wir für ein sicheres Straßennetz sorgen und Lücken schließen. Mit dem Ausbau der S 31 bis Weppersdorf/St. Martin wird ein wesentlicher Schritt gesetzt, um die Zahl der Unfälle auf dieser Strecke deutlich zu senken. Mehr Sicherheit auf unseren Straßen steht für mich

dabei im Vordergrund“, betonte Infrastrukturlandesrat Heinrich Dörner.

Teilstücke

Damit der Verkehr auch während der Bauarbeiten möglichst problemlos läuft, richtet die ASFINAG auf der S 31 alle Baustellen nur mit einer maximalen Länge von zehn Kilometer ein. Daraus ergibt sich die Aufteilung der Baubereiche Knoten Mattersburg bis Anschlußstelle Forchtenstein bis Ende 2019, Anschlußstelle Forchtenstein bis Siegraben bis Ende 2020 und Siegraben bis Anschlußstelle Weppersdorf/Markt St. Martin bis Ende 2021. Für die täglich rund 15.000 AutofahrerInnen steht während der Arbeiten zumindest eine Fahrspur zur Verfügung, es gilt Tempo 80. Eine Mitteltrennung wird im ersten Bauabschnitt auch bei den Talübergängen Siegraben errichtet. Bis die neuen Brücken fertig sind, stehen bei diesen Talübergängen bergauf zwei Spuren und bergab eine Spur zur Verfügung. Damit gewährleistet die ASFINAG Pkw-LenkerInnen bis zum Vollausbau sichere Überholmöglichkeiten von langsam fahrenden Lkw. Die Verbreiterung der Fahrspuren – dafür sind neue Brücken notwendig – erfolgt im zweiten Ausbauschritt ab 2022. Dazu Hartwig Hufnagl, Vorstandsdirektor der ASFINAG: „Mit unse-



rer Investition von 144 Millionen Euro in die S 31 sorgen wir in erster Linie für mehr Verkehrssicherheit. Das Wichtigste dabei: wir trennen die Fahrtrichtungen mit einer Betonleitwand. Frontalunfälle kann es dadurch nicht mehr geben und die Strecke wird damit auch leistungsfähiger. Zusätzlich schaffen und sichern die Bauarbeiten Arbeitsplätze in der Region.“

Weitere Projekte 2019 im Burgenland

Im Jahr 2019 investiert die ASFINAG insgesamt 101 Millionen Euro im Burgenland. Zusätzlich zum Sicherheitsausbau der S 31 wird heuer auch auf der Ost Autobahn A 4 gearbeitet.

Parndorf und Neusiedl: zwei neue ASFINAG Rastplätze

Anfang April beginnt die ASFINAG mit den Arbeiten an neuen Rastplätzen auf der A 4. Die bestehenden Areale Parndorf und Neusiedl werden zu modernen ASFINAG Rastplätzen umgebaut. Mit Ende des Jahres stehen den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern insgesamt 141 Lkw- und 68 Pkw-Stellplätze zur Verfügung. Beide Plätze werden mit einer Infrastrukturzeile, LED-Beleuchtung sowie WLAN, Notruf und Videoüberwachung ausgestattet. 11 Mil-

lionen Euro investiert die ASFINAG in die Rastplätze.

Umgestaltung des Verkehrskontrollplatzes A 4 beim Grenzübergang Nickelsdorf

Dort vergrößert die ASFINAG die bestehenden Flächen, errichtet ein Flugdach und stellt Containerbüros auf. Zusätzlich werden zwei neue Zufahrten für die Verkehrsführung und eine Verkehrsbeeinflussungsanlage (VBA) errichtet. Die Investitionen dafür betragen 4 Millionen Euro.

S 7: Eine neue Schnellstraße von der Steiermark bis ins Burgenland

Die S 7 Fürstenfelder Schnellstraße verläuft künftig vom Knoten Riegersdorf (A 2) über Fürstenfeld in der Steiermark bis zur Staatsgrenze bei Heiligenkreuz im Burgenland. Sie wird die Gemeinden in der Oststeiermark und im Burgenland vom Durchzugsverkehr entlasten und eine schnelle, leistungsstarke und sichere Anbindung darstellen. 2020 plant die ASFINAG den Start des Abschnitts Ost, der zur Gänze im Burgenland liegt (Dobersdorf und Königsdorf sowie weiter bei Eltendorf und Poppendorf bis zur Staatsgrenze). Die ASFINAG investiert in die neue S 7 insgesamt knapp 700 Millionen Euro.

Ausblick und Planungen

Bis 2024 hat die ASFINAG Investitionen in der Höhe von 814 Millionen Euro budgetiert. Zwei der größten Zukunftsprojekte sind:

A 4 – dritte Fahrspur bis Neusiedl/Gewerbepark

Im Jahr 2023 plant die ASFINAG mit dem Bau der dritten Fahrspur auf der A 4 Ost Autobahn zwischen Bruck/West und der Anschlussstelle Neusiedl/Gewerbepark zu beginnen. Derzeit laufen die Detailplanungen. 90 Millionen Euro investiert die ASFINAG in die neue Spur auf der burgenländischen A 4. Nach der Verkehrsfreigabe – voraussichtlich 2025 – ist der Sicherheitsausbau der Ost Autobahn abgeschlossen.

Sicherheitsausbau S 4 Mattersburg bis Wiener Neustadt

Ende 2020 plant die ASFINAG den Start der Generalerneuerung und den Ausbau der S 4 Mattersburger Schnellstraße. Sie wird verbreitert, mit neuen Pannenbuchten sowie einem Pannenstreifen ausgestattet. Die Richtungsfahrbahnen werden mit einer Betonleitwand getrennt. 2024 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein, die ASFINAG investiert 143 Millionen Euro.

<http://www.asfinag.at>

Wohnland Burgenland

Landesrat Dorner sieht OSG-Projekt in Eisenstadt als Paradebeispiel für nachhaltiges Bauen in gewachsenen Strukturen mit Unterstützung der Burgenländischen Wohnbauförderung

Die Wohnbauförderung hat seit langer Zeit eine große Bedeutung für das Burgenland. Im Vordergrund steht dabei, leistbares Wohnen in hoher Qualität zu gewährleisten. Im Jahr 2019 sind dafür rund 125 Millionen Euro an Budget vorgesehen. „Mein Ziel als Wohnbaureferent ist es, das Burgenland zum Wohnland Burgenland zu machen, um dadurch den Burgenländerinnen und Burgenländern noch mehr die Möglichkeit zu geben, hier im Burgenland – sei es jetzt im Bereich des Eigenheimes, durch den Bau eines Einfamilienhauses, aber auch beim sozialen Wohnbau, durch das Beziehen einer Wohnung – selbst zu werden. Die 2018 beschlossene Wohnbauförderung Neu hat das Burgenland als Wohnland hier noch attraktiver gemacht. Ein wichtiger Aspekt ist dabei nicht nur der Soziale, sondern auch der Ökologische, denn der schonende Umgang mit unseren Ressourcen darf nicht hintangestellt werden. Das neue Gesetz bietet deshalb auch Anreize für die Revitalisierung bereits bestehender, bisher nicht für Wohnzwecke genutzter Gebäude. Ein Vorzeigeprojekt für nachhaltiges Bauen in gewachsenen Strukturen wird aktuell hier in Eisenstadt von der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft (OSG) umgesetzt“, betonte Wohnbaulandesrat Heinrich Dorner in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit KommR Dir. Alfred Kollar, Obmann und Geschäftsführer der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft, gegenüber Medienvertretern.

Das ehemalige SVB Gebäude in zentraler Lage, ein Betonbau aus den 80er-Jahren, wurde von der OSG gekauft und wird – den heutigen technischen und wärmeschutzmäßigen Anforderungen angepaßt – in ein modernes Wohnhaus umgebaut. „Ein immer wichtigeres Thema für uns wird das Bauen in gewachsenen Strukturen, denn das Thema der Nutzung von brachliegenden Industrie-, Gewerbe- und Wohnflächen wird immer wichtiger, um den Bodenverbrauch nachhaltig einzudämmen. Die Oberwarther Siedlungsgenossenschaft hat diesen Weg vor Jahren bereits erfolgreich eingeschlagen und gezielt Projekte umgesetzt, indem man brachliegende Gebäude gekauft, saniert und – wie jetzt hier in Eisenstadt – in ein modernes



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Wohnbaulandesrat Heinrich Dorner (l.) und KommR Dir. Alfred Kollar, Obmann und Geschäftsführer der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft, stehen für ein qualitativvolles, leistbares und ressourcenschonendes Wohnland Burgenland

Wohnprojekt umgewandelt hat“, so KommR Dir. Alfred Kollar.

Insgesamt 44 Wohnungen – vorwiegend Kleinwohnungen, als Startwohnungen für jun-

ge Menschen oder auch für die ältere Generation – werden hier entstehen. Zusätzlich wird um ein Dachgeschoß erweitert. Hier werden gezielt moderne Wohnungen mit großzügigen Dachterrassen errichtet. Die Fertigstellung ist für das Frühjahr 2020 geplant. Dazu Wohnbaulandesrat Heinrich Dorner: „Mit der Burgenländischen Wohnbauförderung Neu sichern wir den sozialen Wohnbau und schaffen Anreize für den Bau von Einfamilienhäusern. Bereits einige Tage nach meinem Amtsantritt konnten wir in der ersten Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates mehr als 11 Millionen Euro an Wohnbaugeldern bewilligen und damit 447 Wohneinheiten fördern. Wir stärken damit die Baubranche und somit auch den heimischen Arbeitsmarkt. Mit diesen finanziellen Mitteln schonen wir aber auch die Umwelt, denn wir setzen einen wesentlichen Schwerpunkt auf ressourcenschonendes, bodenverbrauchsparendes Bauen.“

<https://www.osg.at/>

Burgenlands Wohnbaufibel zum Download:

<https://www.burgenland.at/themen/wohnen/wohnbaufibel/>



Erinnern auch über das Gedenkjahr hinaus

Eisenstadt unterstützt Exkursionen nach Mauthausen



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Staatssekretärin Karoline Edtstadler, Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner und der Direktor des ÖJM, Johannes Reiss, mit SchülerInnen der Neuen Mittelschule Rosental im Hof des Österreichischen Jüdischen Museums in Eisenstadt

Anlässlich des Gedenkjahres 2018 unterstützt die Stadt Eisenstadt im Schuljahr 2018/19 Schulklassen bei Exkursionen nach Mauthausen und einem Besuch des Österreichischen Jüdischen Museums. Gemeinsam mit Staatssekretärin Karoline Edtstadler wurde das Projekt am 15. März vorgestellt.

Eisenstadt ist Teil der sogenannten Siebengemeinden. Ein Begriff, unter dem die ehemals jüdischen Gemeinden des heutigen Nord- und Mittelburgenlandes zusammengefasst sind. Die burgenländische Landeshauptstadt besaß bereits im Mittelalter eine voll ausgebildete jüdische Gemeinde. Die ersten sicheren Belege für eine Ansiedlung von JüdInnen in der Stadt stammen aus dem Jahr 1296, im 14. und 15. Jahrhundert gibt es zahlreiche Nachweise über Eisenstädter JüdInnen. Im 19. Jahrhundert existierte die selbständige jüdische „Großgemeinde Unterberg-Eisenstadt“ mit über 800 EinwohnerInnen sowie eigenem Bürgermeister und Amtmann.

Das Jahr 1938 brachte dann für die jüdische Gemeinde in ganz Österreich große und schreckliche Veränderungen mit sich, an die im letzten Jahr besonders gedacht wurde.

Die Stadt will ihren SchülerInnen aber auch über dieses Gedenkjahr hinaus anbieten,

Geschichte hautnah zu erleben. „Daher unterstützen wir die vierten Klassen der Neuen Mittelschule Rosental bei Exkursionen nach Mauthausen und bieten auch den Besuch des Österreichischen Jüdischen Museums an“, erklärte Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner.

Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen versteht sich als Gedenkort und Lernort. Das Ziel der Bildungsarbeit ist die Sensibilisierung gegenüber nationalsozialistischer Widerbetätigung, Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten und Demokratiefeindlichkeit.

„Den Grundstein dazu müssen wir schon bei der Jugend legen. Wir müssen jungen Menschen möglichst greifbar vermitteln, welche Gräueltaten während der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, und wie es dazu kommen konnte“, betonte Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Innenministerium.

Eine im letzten Jahr durchgeführte Studie zeigt, daß 96 Prozent der befragten ÖsterreicherInnen die KZ-Gedenkstätte Mauthausen kennen. Informationen über die Gedenkstätte haben 74 Prozent der Befragten im Rahmen ihrer Schullaufbahn erhalten und 65 Prozent jener Personen, die die Gedenkstätte

besucht haben, taten dies im Zuge ihrer Schulzeit. 92 Prozent befürworteten, daß Themen wie die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Geschichte des KZ Mauthausen in der Schule behandelt werden sollen.

„Dieses Ergebnis bestärkt mich in meinem Ziel, daß alle Schülerinnen und Schüler einmal in ihrer schulischen Laufbahn die Möglichkeit haben sollen, die Gedenkstätte mit entsprechender pädagogischen Vor- und Nachbereitung zu besuchen. Daher danke ich den Verantwortlichen der Stadt Eisenstadt – allen voran Bürgermeister Thomas Steiner – herzlich für ihre Unterstützung“, so Karoline Edtstadler.

Johannes Reiss, Direktor des Österreichischen Jüdischen Museums, ergänzte: „Die burgenländischen und somit auch die Eisenstädter Jüdinnen und Juden waren 1938 die ersten in Österreich, die von den Ausweisungsbefehlen der Nazis betroffen waren. Als jüdisches Museum betrachten wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben, Schülerinnen und Schüler in eine permanente und lebendige Erinnerungsarbeit aktiv einzubinden.“

<http://www.eisenstadt.at/>

<https://www.mauthausen-memorial.org/>

<http://www.ojm.at/>

»...jetzt geht was weiter!«

Oberwart bietet genau an Ort und Stelle Informationen, wo gearbeitet wird bzw. wo ein Projekt umgesetzt wurde.

Im Jahr 2015 wurde die Aktion „...jetzt geht was weiter!“ der Stadtgemeinde Oberwart gestartet. Im Stadtgebiet stehen Tafeln mit der Aufschrift „...jetzt geht was weiter!“, die über aktuelle Projekte informieren – und zwar genau an Ort und Stelle, wo gearbeitet wird bzw. wo ein Projekt umgesetzt wurde. Dazu erklärt Bürgermeister LAbg. Georg Rosner: „Diese Aktion ist mir ein besonderes Anliegen, denn in unserer Stadt passiert sehr viel, es geht was weiter. Es sind nicht immer nur die großen Projekte, sondern auch Kleinigkeiten wie zum Beispiel der Tausch von Straßenlampen oder die Sanierung eines kleinen Straßenstücks. Die OberwarterInnen sollen mit diesen Tafeln darüber informiert werden, was hier passiert.“ Die Tafeln wurden von der Firma Barabas in Anlehnung an das Design der Stadtgemeinde Oberwart gestaltet. „...jetzt geht was weiter!“ findet auch in den Stadtnachrichten Oberwart Aktiv und auf der Homepage der Stadtgemeinde Platz.

»Blühendes Oberwart«

Mehr Natur in unserer Stadt

Das Ortsbild mit Blumenbeeten und Grüninseln bunt und freundlich gestalten. Das ist das erklärte Ziel der Familienauschuss-Initiative „Blühendes Oberwart“. In Zusammenarbeit mit dem „Burgenländischen Volksbildungswerk“ und dem Verein „Oberwart blüht auf“ will die Stadtgemeinde die Natur auf einfache aber doch wirkungsvolle Weise in die Stadt bringen. Das Besondere daran ist, daß die BürgerInnen mit ihren Ideen aber auch mit aktiver Mitarbeit an diesem Projekt beteiligt sein sollen. Nachhaltigkeit und die mehrjährige Bepflanzung der Beete stehen dabei im Vordergrund. Langfristig gesehen soll dadurch auch das häufige Mähen der Grünflächen vermieden werden. Die Bepflanzung der Beete erfolgt in Absprache mit Pflanzenexperten Karl Hillebrand und den beteiligten BürgerInnen, die Kosten für die Blumen und Sträucher übernimmt die Stadtgemeinde Oberwart. Das Projekt „Blühendes Oberwart“ bietet den Teilnehmenden nicht nur die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen und damit die Stadt bunter zu gestalten, ihnen wird mit dieser Initiative auch ein kostenloses Service der Stadt-



Oberwarts Bürgermeister LAbg. Georg Rosner und Vizebürgermeisterin Ilse Frühwirth präsentieren zwei weitere Projekte unter dem Motto „...jetzt geht was weiter!“.



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

gemeinde geboten, um sich Wissen über Pflanzen und Blumen anzueignen

Bäume durchforstet!

Mehr Sicherheit auf dem Parkplatz

Morsche oder kranke Bäume stellen auch auf Parkplätzen eine große Gefahr für die BürgerInnen und ihre Fahrzeuge dar. Durch Windböen könnten sie umfallen und jemanden verletzen oder die Fahrzeuge beschädigen. Betrifft es Gemeindegrundstücke trägt die Stadtgemeinde bzw. der Bürgermeister

die volle Verantwortung für solche Unfälle. Daher ist es unablässig, die Bäume regelmäßig zu überprüfen und wenn notwendig durchzuforsten. Der Parkplatz in der Badgasse wurde überprüft und durchforstet. Auch die Grazerstraße wurde überprüft, dabei wurde festgestellt, daß bei sämtlichen Kugelakazien die Wurzeln abgefault waren! Aus Sicherheitsgründen entschloss man sich alle Bäume zu entfernen. Nachpflanzungen folgen!

<https://www.oberwart.gv.at/>

Weinbautag 2019

Am 13. März 2019 fand der traditionelle Weinbautag in der Burgenländischen Landwirtschaftskammer statt.

Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld gab einen Rückblick auf das abgelaufene Weinwirtschaftsjahr und regte zum Nachdenken an. Christian Zechmeister, Geschäftsführer der Wein Burgenland, referierte zu den aktuellen Herausforderungen in der Weinwirtschaft. Pflanzengesundheit und das Forschungsprojekt CLIM VINO standen im Mittelpunkt des Vortrages von Richard Schönstein, Geschäftsführer des Forschungsinstitutes für Energie- und Umweltplanung. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch die Auszeichnung von Landtagspräsidentin Verena Dunst mit dem silbernen Ehrenzeichen und des ehemaligen Präsidenten der Burgenländischen Landwirtschaftskammer Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger mit dem goldenen Ehrenzeichen des Burgenländischen Weinbauverbandes.

„Der Wein ist eines der Aushängeschilder der burgenländischen Landwirtschaft. Eine Vielzahl von Auszeichnungen bei Prämierungen spiegelt die Qualität des burgenländischen Weines wider. Das Können und der Fleiß unserer Winzerinnen und Winzer sind weit über die Grenzen unserer Heimat geschätzt und bekannt. Die heimische Weinwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Volkswirtschaft unserer Heimat. Sie ist durch ihre Vielfältigkeit und ihre Qualität auch ein bedeutender Werbeträger für das Burgenland und Teil unserer Identität. Der Weinbautag bietet unseren Winzerinnen und Winzern die Möglichkeit, sich über neue Trends und Forschungsergebnisse zu informieren. Gleichzeitig können in persönlichen Gesprächen und in der Diskussion eigene Erfahrungswerte ausgetauscht werden“ so Vizepräsident Werner Falb-Meixner anlässlich des Weinbautages 2019 in Eisenstadt.

„Die internationale Beliebtheit der burgenländischen Weine sowie das Burgenland als bekanntestes Weinbaugebiet Österreichs bei einer ungestützten Befragung von über 1.500 Personen, sind nur zwei von vielen Nachweisen für den Erfolg der burgenländischen Winzerinnen und Winzer. Immer schnellere Entwicklungen in der Weinbranche sowie am Weinmarkt stellen die Betriebe vor neue Herausforderungen, weswegen es noch stärker der Unterstützung durch die Weinbaupolitik bedarf. Noch nie hat mir



Nach der Ehrung in Eisenstadt (v.l.): Vizepräsident Werner Falb-Meixner, Präsident a.D. Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger, Kammerdirektor Prof. Otto Prieler, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Landesrätin Astrid Eisenkopf und Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld



Blick über die TeilnehmerInnen der Weinbautag der Burgenländischen Landwirtschaftskammer

meine Tätigkeit als Burgenländischer Weinbaupräsident so viel Freude bereitet wie jetzt, so daß ich mich auch zukünftig für unsere Winzerinnen und Winzer einsetzen werde“ betonte Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld.

„Mit Landtagspräsidentin Verena Dunst und Altpäsident Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger konnten zwei Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer mit voller Kraft für

die burgenländischen Weinproduzenten und den burgenländischen Wein eingesetzt haben. Die Auszeichnung mit dem Ehrenzeichen soll den Einsatz der beiden Geehrten würdigen. Ich bedanke mich bei Landtagspräsidentin Verena Dunst und Altpäsident Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger für die gute Zusammenarbeit, wodurch Entwicklungen zugunsten der burgenländischen Weinbaubetriebe ermöglicht wurden“ so Liegenfeld. ■

<https://bgld.lko.at/>

Benefiz-Fastensuppenessen für eine Zukunft aus eigener Kraft

Es ist im Burgenland schon zur guten Tradition geworden, daß sich Menschen aus Politik und Kirche auf Einladung von Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und der Katholischen Frauenbewegung (kfb) der Diözese Eisenstadt in der Fastenzeit zum sogenannten Benefiz-Suppenessen treffen. Unter dem Motto „Teilen spendet Zukunft“ stand auch das Benefiz-Suppenessen am 29. März in der Martin-Kaserne in Eisenstadt. Unterstützt wurde die Aktion auch von der Landespolitik mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil an der Spitze.

Schwerpunktland der diesjährigen Aktion Familienfasttag zum Thema „Wandel wagen – Gemeinsam für eine Zukunft aus eigener Kraft“ ist Tansania. Die kfb-Partnerorganisation WODSTA unterstützt Frauen im Norden Tansanias, gesundheitsschonende Energiesparöfen herzustellen. Mit dem Bau und Verkauf von Energiesparöfen aus lokalen Materialien, die mit selbst produzierten, ökologischen Briketts befeuert werden, leisten die Frauen nicht nur einen Beitrag zum Umweltschutz, sondern erarbeiten sich auch echte Unabhängigkeit und die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben.



Foto: Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics

Beinahe drei Viertel der tansanischen Gesamtbevölkerung lebt auf dem Land. Aber nur rund 4 Prozent haben Zugang zu Elektrizität. Angesichts dieser unzuverlässigen Energieversorgung kochen die meisten Familien auf offenem Feuer. Das verursacht einen hohen Energieverbrauch und Kosten,

belastet zudem die Umwelt und die Gesundheit der Familien. Die Herstellung von Energiesparöfen aus Zement und Lehmziegel ist somit eine echte Lösung des Energieproblems und ermöglichen zugleich Frauen ein selbstbestimmtes Leben.

<https://www.martinus.at/>

Norbert Darabos neuer Präsident am ASPR

Der vorherige Landesrat und langjährige Verteidigungsminister Norbert Darabos hat im Zuge der Generalversammlung auf Burg Schlaining am 18. März das Amt des Präsidenten des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ASPR) in Stadtschlaining von seinem Vorgänger Peter Kostelka übernommen. Darabos somit – neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit als Historiker des Landes – der ehrenamtliche Präsident des ASPR für eine Amtszeit von vier Jahren.

Darabos, der Politikwissenschaft und Geschichte in Wien studiert hat, kennt das Studienzentrum bereits aus der Zeit, als es noch von seinem Gründer Gerald Mader geführt wurde. Sehr beeindruckt zeigt sich der neue Präsident vom Fortschritt der vergangenen Jahre: „Ich bin positiv überrascht, was das ASPR in seinen Aufgabenbereichen Wissenschaft, Bildung und Konfliktbearbeitung im internationalen Kontext leistet und möchte diese Arbeit vor allem in Österreich stärker sichtbar machen!“

Darüber erfreut zeigt sich auch der scheidende Präsident Peter Kostelka: „Ich freue mich sehr, daß Norbert Darabos dieses Ehren-



Foto: ASPR

v.l.: Ehrenpräsident Peter Kostelka, ASPR-Direktorin Gudrun Kramer und der neue Präsident Norbert Darabos vor dem ASPR auf Burg Schlaining

amt von mir übernommen hat. Seine Person und seine Kompetenz werden national und international wesentlich zur Stärkung des ASPR beitragen, davon bin ich überzeugt.“ Kostelka selbst bleibt dem Studienzentrum

als Ehrenpräsident verbunden. Der promovierte Jurist und ehemalige SPÖ-Klubchef im Nationalrat hatte dieses Amt seit 2013 ausgeübt.

<https://www.aspr.peacecastle.eu/>

Auf den Spuren des Evangeliums

Burgenlands Generalvikar Martin Korpitsch sowie die Bischofsvikare Pfarrer Željko Odobašić und Pater Lorenz Voith begleiteten 135 WallfahrerInnen ins Heilige Land



Foto: ZVG

Die Pilgergruppe 1 unter der Leitung von Generalvikar Martin Korpitsch vor der Grabeskirche in Jerusalem

Sich auf einen Pilgerweg aufzumachen bedeutet immer, sich einzulassen auf die Möglichkeit von Begegnungen, die einem ungeplant und unverfügbar widerfahren, den eigenen Horizont ausleuchten, vertiefen oder gar verwandeln: Eine solche Erfahrung an den Orten des Lebens und Wirkens Jesu, an den Orten des Evangeliums durfte eine 135-köpfige Pilgerschar im Rahmen einer Reise ins Heilige Land machen. In drei Gruppen, begleitet von Burgenlands Generalvikar Martin Korpitsch und den Bischofsvikaren P. Lorenz Voith und Željko Odobašić, machten sich die PilgerInnen von Galiläa über Bethlehem bis nach Jerusalem auf die Spuren des Evangeliums.

Generalvikar: Nähe des Herrn besonders spürbar

Generalvikar Martin Korpitsch, der geistlicher Begleiter der Reise war, zeigte sich von der Pilgerfahrt ins Heilige Land begeistert: „Mit so vielen Pilgern im Land des Herrn unterwegs sein zu dürfen, war für mich etwas Besonderes. Viele TeilnehmerInnen

und Teilnehmern konnten auf ihre je persönliche Weise die Nähe des Herrn besonders spüren. Dazu haben die guten ReiseleiterInnen und Reiseleiter und das gesamte Vorbereitungsteam wesentlich beigetragen. Es war ein Segen, daß wir an fast allen Orten innehalten und die Heilige Schrift lesen konnten.“

Besonders lobend hob der Generalvikar die Organisation und die terminliche Disziplin der gesamten Pilgergruppe hervor: „Daß wir bei einer so großen Schar die gemeinsam vereinbarten Meßtermine reibungslos einhalten konnten und gemeinsam an diesen besonderen Orten feiern durften, war großartig.“

P. Voith: Heiliges Land als besonderes Pilgerziel

Bischofsvikar P. Lorenz Voith hob die spirituelle Tiefendimension der Pilgerfahrt für die Teilnehmenden hervor: „Eine Pilgerreise – ganz besonders ins Heilige Land – hat immer eine ganz andere Zielrichtung als

eine bloße Besichtigungs- oder Urlaubsreise. In vielen Gesprächen mit meiner Gruppe konnten Fragen nach Gott, nach dem ‚Hiersein‘, nach der Bedeutung von Jesus von Nazareth für uns Christen heute und für die Welt angesprochen werden.“ Israel sei für Christen, Juden und Muslime ein heiliger Boden, wie der Bischofsvikar betonte: „Dies wurde auch allen Pilgern in der aktuellen Spannung deutlich.“ Sein Fazit: „Es war eine schöne, interessante und tiefgehende Reise. Ich empfehle allen einen Besuch im Heiligen Land.“

Beschenkt mit unvergeßlichen Eindrücken

„Am See Genezareth in Galiläa zu stehen, wo Jesus die Fünftausend speiste, an jener Stelle des Jordans zu sein, wo sich Jesus taufen ließ, und die vielen anderen Orte seines Lebens und Wirkens unmittelbar und hautnah zu erfahren, hat mich mit unvergesslichen Eindrücken und Gefühlen beschenkt“, erzählt ein Teilnehmer der Pilgerfahrt.

»Burgenland Journal«

Bootsfahrt und Petrus-Fischessen am See Genezareth

In Tabgha besuchten die PilgerInnen die Brotvermehrungskirche und hatten Gelegenheit zum Petrus-Fischessen am See. Sie unternahmen eine Bootsfahrt am See Genezareth und ein Teil feierte die Messe in der Magdalena-Kirche. In Kafarnaum am Nordufer des Sees Genezareth feierten alle die Messe in der Petrus-Kirche, also an jenem Ort, an dem sich Jesus nach der Gefangennahme des Johannes zurückzog und aus dem mehrere Apostel, die Brüderpaare Simon Petrus und Andreas, Jakobus und Johannes, sowie der Zöllner Levi, genannt Matthäus, stammten.

In Kanaa und Nazareth

Die Reisenden besichtigten Kanaa, wo Jesus sein erstes Wunder, die Wandlung von Wasser in Wein bei einer Hochzeit, wirkte. Sie waren in Nazareth, dem Heimatort Jesu, wo Maria und Josef lebten und der Erzengel

Gabriel die Geburt des Erlösers verkündete. Nach einer Fahrt zum Berg der Seligpreisungen ging es weiter nach Jerusalem. In der Dormitio-Kirche feierte ein Teil der Wallfahrer die Messe.

Von der Taufstelle Jesu nach Qumran und Masada

Am Jordan machten die PilgerInnen dem Burgenland an der Taufstelle Jesu Halt. Qumran, wo die Schriftrollen vom Toten Meer als älteste bekannte Bibelhandschriften entdeckt wurden, stand ebenso auf dem Programm wie die Besichtigung der ehemaligen jüdischen Festung Masada, wo im Zuge des Jüdischen Krieges an die 1.000 Frauen, Männer und Kinder, die hier vor den römischen Belagerern Zuflucht suchten, in den Freitod gingen.

Bethlehem und Jerusalem

Mit großer Dankbarkeit und christlicher Demut, aber auch mit Sorge angesichts der

Konflikte und Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern besuchten die Wallfahrer Bethlehem, wo sie in der Katharinen-Kirche die Messe feierten. Die PilgerInnen waren in Gethsemane, am Fuße des Ölbergs in Jerusalem, wo Jesus die Nacht vor der Kreuzigung betend verbrachte, bevor er von Judas verraten und von Gesandten des Hohepriesters verhaftet wurde. Entlang der Via Dolorosa gingen die Reisenden in die Grabes- und Auferstehungskirche, im Österreichischen Hospiz wurden sie sehr herzlich bewirtet.

Wir kommen nicht als die Selben zurück

„Wer das Heilige Land besucht, kann nicht als der Selbe nach Haus zurückkehren. Eine solche Reise verändert, erneuert: Es ist so, als ob die Heilige Schrift konkrete Gestalt, eine konkrete Welt annimmt“, bringt Bischofsvikar Željko Odobašić eine Erfahrung zum Ausdruck, die von der ganzen Gruppe geteilt wurde. ■

<http://www.martinus.at>

Diözese Eisenstadt: Teilen für eine bessere Welt

Das Hilfswerk Fastenaktion der Diözese Eisenstadt zeigt auf eindrucksvolle Weise, daß Teilen und bewußter Verzicht im Rahmen der Fastenzeit ein wertvoller Beitrag für eine bessere Welt sein können. Im Vorjahr konnte die diözesane Fastenaktion beeindruckende 309.818,13 Euro an Spendengeldern sammeln. Die Aktion ermutigt zu Akten des Teilens, um konkrete Hilfsprojekte in Armutsregionen zu unterstützen und dadurch besonders hilfsbedürftigen Menschen ein lebenswertes und möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. So konnte mit den Spenden des Vorjahres u.a. ein Altenheim in Indien (Trivandrum) unterstützt werden, das sich um Alte und Kranke kümmert, die bislang keine Betreuung hatten.

Schule für 850 Kinder

Auch der Bau einer Schule in Morogoro im Osten Tansanias konnte dank der Spenden der Fastenaktion auf den Weg gebracht werden. 850 SchülerInnen erhalten dadurch die Möglichkeit einer Schulausbildung als einen zentralen Ausweg aus der Armut. Das Hilfswerk Fastenaktion der Diözese Eisenstadt konnte zudem die Partnerorganisation der Katholischen Frauenbewegung (kfb), „Vamos Mujer“, unterstützen. Diese engagiert sich in der Friedensarbeit in Kolumbien und wurde zu einem unverzichtbaren Stütz-

pfeiler für Familien und Gemeinden in der Region im Bemühen um einen nachhaltigen Frieden.

Bildung und Landwirtschaft für die Armutsbekämpfung

Die diesjährige Fastenaktion am 7. April 2019 hat vor allem drei Schwerpunktprojekte. Eines davon ist das ganzheitliche landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm der „Don Bosco Foundation for Sustainable Development“ auf den Philippinen. Ziel des Programms ist es, die drückende Armut, unter der die ländliche Bevölkerung leidet, zu reduzieren. Dies soll auf nachhaltigem Wege etwa durch die Forcierung einer ökologischen Landwirtschaft, damit verbundene Schulungen und Saatgutverteilungen, durch Alphabetisierung und andere Bildungsmaßnahmen erreicht werden.

Hoffnung statt »verbrannter Erde«

Die nachhaltige und wirtschaftliche Stärkung indigener Gemeinschaften in Indien bildet einen zweiten Schwerpunkt der diesjährigen Fastenaktion. Die Folgen radikaler Abholzung für Mensch und Umwelt sind in Teilen Indiens allgegenwärtig: Dürre, Mangelernährung und die Ausbreitung von Krankheiten sind das Resultat von Umweltzerstörung, der rücksichtslosen Ausbeutung natür-

licher Ressourcen und einer Profitgier, die aus fruchtbaren Wäldern „verbrannte Erde“ macht. Das Hilfsprojekt der Catholic Charities, das von der Fastenaktion unterstützt wird, engagiert sich für die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Armutsbetroffenen, für die Mütter- und Kindergesundheit und die Begleitung jugendlicher Mädchen auf dem Weg in ein möglichst selbstbestimmtes Leben. Besonderes Augenmerk legt das Hilfsprojekt auf Menschen an den Rändern der Gesellschaft: Witwen, Alleinstehenden, Landlosen, Jugendlichen oder Menschen mit Behinderungen.

Gesundheitsvorsorge in indischen Armutsregionen

Das dritte, schwerpunktmäßig von der Fastenaktion unterstützte Projekt ist das M.M.T. Hospital in Mundakayam (Indien). Das Spital ist die einzige Einrichtung, die den 180.000, zumeist sehr armen Menschen aus den Bezirken Idukki und Kottayam eine erschwingliche Gesundheitsversorgung ermöglicht. Die Fastenaktion unterstützt ein Projekt zur Bewußtseinsbildung für die Prävention übertragbarer Krankheiten. ■

Spenden-Konto der Hilfswerk Fastenaktion
IBAN: AT96 3300 0000 0100 0603

BIC: RLBBAT2E

<https://www.martinus.at/fastenaktion>

Das Mädl aus der Vorstadt

Liebe überwindet Grenzen und führt Gegensätze zusammen –
Johann Nestroys Posse bei den diesjährigen Schloss-Spielen in Kobersdorf



Foto: Bgld. Landesmedienervice

v.l.: Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender Energie Burgenland, Beverly Blankenship, Inszenierung, Intendant Wolfgang Böck, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Erich Uiberlacker, Bühnenbild und Lichtgestaltung, und Thomas Mersich, Kaufmännischer Leiter Schloss-Spiele Kobersdorf, bei der Präsentation von „Das Mädl aus der Vorstadt“ von Johann Nestroy bei den Schloss-Spielen in Kobersdorf

Mit „Das Mädl aus der Vorstadt“ oder „Ehrlich währt am längsten“, einer Posse mit Gesang in drei Akten von Johann Nestroy, wollen die Schloss-Spiele Kobersdorf von 2. (Premiere) bis 28. Juli auch 2019 unter der Intendanz von Wolfgang Böck das Publikum wieder begeistern und mit Energie zum Lachen bringen.

„Die Schloss-Spiele Kobersdorf sind untrennbar mit dem Namen Wolfgang Böck als erfolgreicher Intendant, aber auch als hervorragender Schauspieler verbunden. Böck hat Kobersdorf über all die Jahre seiner Intendanz gekonnt ins Szene gesetzt und es zu einer Erfolgsgeschichte gemacht. Mit dem diesjährigen unterhaltsamen Stück, das damals in einer anderen Zeitepoche, aber auch unter anderen Rahmenbedingungen aufgeführt wurde, werden Intendant Böck und sein Team mit Sicherheit an die großartigen Leistungen der Vorjahre anschließen und die hervorragende Qualität der Produktion auch heuer wieder auf diesem hohen Niveau unter Beweis stellen“, betonte Landeshauptmann und Kulturreferent Hans Peter Doskozil am 8. März bei der Vorstellung der diesjährigen Produktion.

Als Hauptsponsor fungiert die Energie Burgenland, die diese bereits langjährig wählende Kooperation auch 2019 fortführt, denn die Energie Burgenland und die Schloss-

Spiele Kobersdorf verbindet bereits seit 17 Jahren eine enge Partnerschaft. Die Förderung von Kunst und Kultur gehört beim burgenländischen Energiedienstleister zur Unternehmensphilosophie: „Wir liefern nicht nur Strom und Wärme als unser Kerngeschäft, wir fördern auch die künstlerische-kreative Energie des Burgenlandes und kommen so unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung als Leitbetrieb nach! Wir selbst laden Geschäftspartner weit über das Burgenland hinaus zu den Aufführungen ein, die das positive Image und die Qualität der Aufführungen auch außerhalb des Burgenlands bekannt machen“, betonte Vorstandsvorsitzender Michael Gerbavits. Auch der burgenländische Getränkehersteller „Waldquelle“ und die Sektkellerei Szigeti rühren kräftig die Werbetrommel.

Beverly Blankenship zeichnet für die Inszenierung, Erich Uiberlacker für das Bühnenbild und die Lichtgestaltung, Gerti Rindler-Schantl für die Kostüme, Christopher Haritzer für die Musikalische Leitung und Einrichtung, Oliver Binder für die Dramaturgie und Karin Gollowitsch für die Produktionsleitung verantwortlich.

Für das Schauspielensemble konnte Intendant Wolfgang Böck, der selbst die Rolle des Winkelagenten Schnoferl übernehmen wird, u.a. Wolf Bachofner, Katharina Stem-

berger, Markus Weitschacher, Michaela Schausberger, Karl Ferdinand Kratzl, Tanina Beess, Sophie Gutstein, Laura Rauch, Sabrina Rupp und Marina Margaritta Colda gewinnen. „Mit diesem tollen Team, bei dem in diesem Jahr, sowohl bei der Inszenierung, als auch auf der Bühne, die Frauen in der Überzahl sind, wollen wir – obwohl es nicht leicht wird – nach Möglichkeit genauso erfolgreich wie im Vorjahr sein“, so der Intendant. 2018 nutzten insgesamt 16.700 BesucherInnen die Möglichkeit, die Aufführung von „Arsen und Spitzenhäubchen“ zu sehen. Mit dieser Komödie waren die Schloss-Spiele zu 100 Prozent ausgelastet.

Wie man einen Theaterbesuch in Kobersdorf auch mit einer motorisierten Ausfahrt unter Gleichgesinnten verbinden kann, zeigt Intendant Wolfgang Böck, wenn er an ausgewählten Tagen die Spitze der Konvois mit einem klassischen Jaguar bzw. einem Motorrad anführt, um theaterbegeisterte FahrerInnen zum Vorstellungsbuchung nach Kobersdorf zu geleiten. Fixpunkte im Begleitprogramm der Schloss-Spiele sind deshalb auch 2019 die Biker-Fahrt am 13. und die Oldtimer-Fahrt am 21. Juli. Der Kartenverkauf für die aktuelle Saison läuft, so der Kaufmännische Leiter Thomas Mersich, mit bis dato knapp 60 Prozent wieder sensationell gut. ■

<http://www.kobersdorf.at>

Haydn und Liszt

Sonderausstellung im Haydn-Haus Eisenstadt, Saisoneneröffnung
im Liszt-Haus Raiding und Eröffnung des Liszt Festivals

Die diesjährige Sonderausstellung im Haydn-Haus in Eisenstadt stellt jene Personen in den Mittelpunkt, die als erste mit der Musik von Joseph Haydn und den Eigenheiten seines Kompositionsstiles in Berührung kamen und die Faszination dafür verbreiteten: seine Schüler und Musiker.

Mit der Liebe zu Joseph Haydns Musik machten es sich auch spätere Generationen, von seiner Lebenszeit bis heute, immer wieder zur Aufgabe, seine Musik in die Welt hinauszutragen. Beginnend mit Haydns eigener Lehrzeit steht anschließend seine Arbeit als Lehrer, für die er sich selbst sein als Elementarbuch bekannt gewordenes eigenes Lehrbuch zusammengestellt hat, im Mittelpunkt.

Ausgehend davon, was junge Komponisten von Haydn gelernt und später – neben den offiziellen Musikverlagen – selbst für die Verbreitung der Musik Haydns getan haben, wurden für diese Ausstellung von den 25 echten Haydn-Schülern insgesamt vier für diese Ausstellung ausgewählt, die alle einen speziellen Typ repräsentieren.

Der Einfluß von Haydns Schaffen auf seine Schüler während seiner am Hofe des Fürsten Esterházy werden ebenso thematisiert, wie die Musiker der fürstlich-esterházyischen Musikkapelle und der Bezug und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Haydn in der klassischen Musik heute.

Porträts, Schreibgeräte, Widmungskompositionen, sowie eine Flötenuhr und historische Lehrbücher aus Haydns Schulzeit werden in der Ausstellung präsentiert, die von Martin Czernin kuratiert wird.

Die Ausstellung im Haydn-Haus in Eisenstadt ist von 29. März bis 11. November 2019 geöffnet.

Liszt-Haus Raiding

Das Geburtshaus eines großen Komponisten und Virtuosen öffnet ab heute wieder seine Pforten. Hier sind Franz Liszts Wurzeln, von hier breitete er seine Flügel aus, um als Star im 19. Jahrhundert musikalisch die Welt und die Herzen der Menschen zu erobern.

Gleichzeitig mit der Eröffnung des Museums läutete das Liszt Festival Raiding am 22. März mit dem Liszt Festival Orchester



Foto: KBB / Wild

Theresia Gabriel (in Vertretung des Kurators Martin Czernin), Prof. Tibor Nemeth, und Margit Fröhlich in der neuen Sonderausstellung im Haydn-Haus in Eisenstadt



Foto: Liszt-Zentrum Raiding/ Rudy Dellinger

Außenansicht des Liszt-Zentrums in Raiding

unter der Leitung von Johannes Kutrowatz die Festivalsaison 2019 ein.

Im einzigartigen Ambiente des Lisztzentrums mit seinem herausragenden Konzertsaal unmittelbar neben dem Liszt Museum sind an den nächsten beiden Wochenenden spannende und auf höchstem Niveau stehende Konzerterlebnisse garantiert.

Für die Besucher des Liszt Festivals ist der Eintritt ins Geburtshaus mit der Konzertkarte gratis.

Das Liszt Festival im Liszt-Haus Raiding dauert heuer von 21. März bis 11. November.

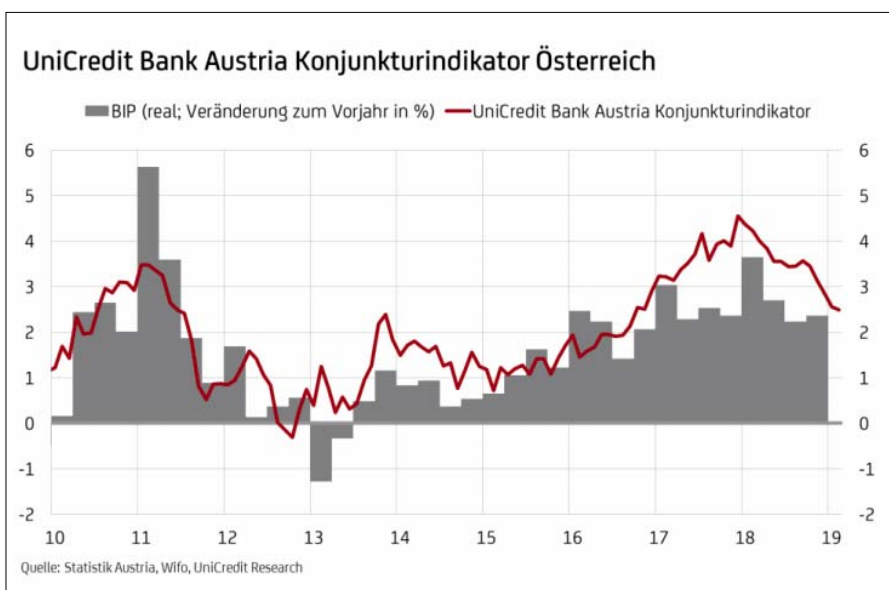
<http://haydnhaus.at>
<https://www.lisztfestival.at/>

Anhaltende Unsicherheiten dämpfen Wachstumsaussichten

Die Konjunkturstimmung läßt weiter nach – Auswirkungen der andauernden Verschlechterung des Exportumfelds werden durch die optimistische Stimmung im Inland abgefedert – Arbeitslosenquote wird 2019 auf 7,3 Prozent sinken

Die Eintrübung der Konjunkturstimmung vom Allzeithoch zum Jahreswechsel 2017/18 setzt sich fort. „Im Februar 2019 ist der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator auf 2,5 Punkte gesunken. Das Tempo des Rückgangs hat sich zwar jüngst etwas verlangsamt, jedoch hat der Indikator mittlerweile den tiefsten Stand seit 2,5 Jahren erreicht“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Während die Herausforderungen im Export erneut deutlich gestiegen sind, bremste der anhaltende Optimismus im Inland das Absinken des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators. Der starke Rückgang des mit den österreichischen Handelsanteilen gewichteten Teilindikators für das internationale Exportumfeld hat die Stimmung in der heimischen Industrie erneut stark belastet. Dagegen hat der Optimismus am Bau sogar zugelegt, während sich im Dienstleistungssektor die Stimmung kaum verändert hat, zumal die heimischen Verbraucher angesichts des noch anhaltenden Verbesserungstrends am Arbeitsmarkt und der höheren Lohndynamik im Februar sogar etwas zuversichtlicher geworden sind.



Geringere Wachstumsaussichten für 2019/20

Seit der zweiten Jahreshälfte 2018 läuft der Konjunkturmotor mit geringerer Drehzahl. Der andauernde Rückgang des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators sowie die bisher vorliegenden realwirtschaftlichen Daten lassen auch für den Jahresbe-

ginn 2019 keine Trendwende erwarten. Die bestehenden Unsicherheiten durch den bevorstehenden Brexit, die Veränderungen im globalen Handel durch die US-Politik sowie die Nachwirkungen in der Autoindustrie durch den neuen Abgastestzyklus belasten weiterhin den Export. „Gestützt auf die Inlandsnachfrage wird die österreichische Wirt-

Österreich Konjunkturprognose										Prognose	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,8	2,9	0,7	0,0	0,7	1,1	2,0	2,6	2,7	1,6	1,5
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	7,0	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5	4,2	3,7	3,0	2,0
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,4	1,4	1,4	1,6	1,4	1,3
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,6	6,6	0,9	1,6	-0,4	2,3	4,3	3,9	3,3	2,1	1,6
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,0	1,8	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,3	7,3
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	0,7
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ***)	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,8	-0,3	0,1	0,2
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,8	83,0	78,3	74,9	72,2	69,7

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdienster und Schulungen *** eigene Schätzung
Quelle: UniCredit Research

Wirtschaft

schaft zu Beginn 2019 ihren Wachstumskurs fortsetzen können. Allerdings wird der BIP-Anstieg erstmals seit 2,5 Jahren in einem Quartal weniger als 2 Prozent im Jahresvergleich betragen“, meint Bruckbauer. Auch wenn sich bis Mitte 2019 die vorhandenen Unsicherheiten zumindest zum Teil entspannen dürften, wird der Anstieg des BIP 2019 deutlich niedriger als im Vorjahr ausfallen. „Wir erwarten im Gesamtjahr 2019 einen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf zumindest 1,6 Prozent nach starken 2,7 Prozent im Vorjahr. 2020 kommen mit der wei-

teren Verlangsamung der Dynamik in China und einer voraussichtlich spürbaren Abschwächung der Konjunktur in den USA noch zwei belastende Faktoren hinzu, sodaß eine weitere Verringerung der Konjunkturdynamik im Raum steht“, so Bruckbauer und ergänzt, „allerdings sind vor allem für 2019 die Risiken eines schwächer als von uns erwarteten Wachstums größer als die einer positiven Überraschung.“

Verbesserungstrend am Arbeitsmarkt geht 2019 zu Ende

Die schwächere Konjunktur wird die positive Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt im Verlauf des Jahres 2019 nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria beenden. „Ab Mitte 2019 wird die Arbeitslosigkeit in Österreich voraussichtlich nicht mehr sinken. Aufgrund des auch wetterbedingt guten Starts ins Jahr wird die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 mit 7,3 Prozent jedoch erneut den Vorjahreswert spürbar unterschreiten. Für 2020 ist allerdings keine weitere Verbesserung mehr zu erwarten“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Höhere Inflation als im Euroraum führte bisher zu keinem Wettbewerbsverlust

In diesem Konjunkturmilieu wird die Inflation in Österreich sowohl 2019 als auch 2020 unter der Marke von 2 Prozent liegen. „Der geringere Ölpreis wird die Inflation entlasten. Zudem bleibt der nachfragebedingte Preisdruck nach oben 2019/20 überschau- bar. Allerdings wird die steigende Lohndynamik und die kräftige Inlandsnachfrage die Teuerung vor allem im Dienstleistungssektor soweit ankurbeln, daß die Inflation 2019 mit 1,8 Prozent und 2020 mit 1,9 Prozent erneut spürbar über den Vergleichswerten im Euroraum liegen wird“, erwartet Pudschedl.

Seit dem Jahr 2008 hat sich mittlerweile ein kumulierter Inflationsaufschlag von rund 5,5 Prozentpunkten gegenüber dem Euroraum ergeben. Für die Annahme einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft durch die vergleichsweise höhere Inflation ergeben sich dennoch bisher keine Anhaltspunkte. Der österreichische Marktanteil (Warenausfuhren in Prozent der Wareneinfuhren) im Euroraum ist seit 2008 weitgehend unverändert bei 4,4 Prozent. Die Nettoexporte (Warenausfuhren minus Wareneinfuhren) in Relation zur Wirtschaftsleistung weisen zwar ein

Passivum auf. Der Saldo hat sich jedoch seit 2008 sogar um einen Prozentpunkt verbessert.

Fiskalische Impulse zur richtigen Zeit

Mit der Reduzierung der Arbeitslosenbeiträge von Geringverdienern Mitte 2018 und der Einführung des Familienbonus Plus zu Beginn 2019 hat die österreichische Regierung Maßnahmen gesetzt, die über die Stärkung der Binnennachfrage der nachlassenden Wachstumsunterstützung durch den Außenhandel entgegenwirken.

Sollte die schwache Konjunktur im Euroraum anhalten, könnten fiskalische Maßnahmen auf europäischer Ebene notwendig werden. Aufgrund der bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament sind die Chancen einer raschen Umsetzung koordinierter Konjunkturimpulse jedoch begrenzt. „Um zeitnah wieder ein günstigeres Wachstumsumfeld für die europäische Wirtschaft zu schaffen, besteht nach unserer Einschätzung jedoch eine geringere Dringlichkeit für fiskalische Konjunkturimpulse, als vielmehr für Maßnahmen zur Überwindung der bestehenden Verunsicherungen durch den Brexit sowie der protektionistischen US-Handelspolitik“, meint Pudschedl. Insbesondere ist hinsichtlich der im Raum stehenden US-Zölle für die Autoindustrie eine rasche Lösung voranzutreiben.

Normalisierung der Geldpolitik nicht in Sicht

Angesichts der spürbaren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und der sinkenden Inflationserwartungen im Euroraum sind von der Europäischen Zentralbank nach der Beendigung des Wertpapierkaufprogramms Ende 2018 vorerst keine weiteren Normalisierungsschritte in der Geldpolitik zu erwarten.

„Im aktuellen Konjunkturmilieu sind Anhebungen der Leitzinsen in weite Ferne gerückt und auch nicht sinnvoll. Wir erwarten bis Ende 2020 keine Veränderung der aktuellen Zinssätze“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Die kürzlich angekündigte neue Reihe von vierteljährlichen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs) werden zur Refinanzierung der auslaufenden Langfristkredite und damit zur Begrenzung möglicher negativer Auswirkungen auf die Kreditdynamik im Euroraum beitragen, wenn auch die zweijährige Laufzeit von September 2019 bis März 2021 möglicherweise etwas kurz bemessen ist.“ Die auslaufenden Langfristkredite aus den Jahren 2016 und 2017 liefen über vier Jahre. ■

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	Bank Austria Konjunktur- Indikator
Dez.98	1,9	2,5
Dez.99	4,9	4,0
Dez.00	2,8	4,0
Dez.01	0,5	1,8
Dez.02	0,8	2,6
Dez.03	1,7	2,1
Dez.04	2,7	2,7
Dez.05	2,9	2,2
Dez.06	3,7	3,8
Dez.07	2,7	3,2
Dez.08	-0,7	-1,3
Dez.09	-0,7	0,3
Dez.10	2,6	2,8
Dez.11	0,8	0,4
Dez.12	1,0	0,1
Dez.13	0,9	1,2
Mär.14	0,8	1,2
Jun.14	0,9	1,1
Sep.14	0,5	0,1
Dez.14	0,4	0,2
Mär.15	0,8	0,5
Jun.15	0,5	0,5
Sep.15	1,4	0,5
Dez.15	1,1	0,7
Mär.16	1,7	0,6
Jun.16	1,4	1,1
Sep.16	1,3	1,2
Dez.16	1,6	2,2
Mär.17	2,5	2,7
Jun.17	2,2	3,3
Sep.17	2,5	3,9
Dez.17	2,4	4,5
Mär.18	3,6	4,0
Jun.18	2,7	3,6
Sep.18	2,2	3,6
Dez.18	2,4	2,9
Jän.19		2,6
Feb.19		2,5

Quelle: UniCredit Research

WIFO-Tourismusanalyse November 2018 / Februar 2019

Rückläufige Entwicklung im Februar dämpft Ergebnis der bisherigen Wintersaison 2018/19

Trotz ungewöhnlich milder Temperaturen und überdurchschnittlich vieler Sonnenstunden herrschte in den alpinen Gebieten auch im Februar 2019 eine zufriedenstellende Schneelage vor. Dennoch zeigte sich die Nachfrage im wichtigsten Wintermonat rückläufig (Nächtigungen -2,4 %), die Wachstumsdynamik in den ersten vier Monaten der Wintersaison 2018/19 schwächte sich damit weiter ab (Gästeankünfte +2,3 %, Übernachtungen +1,1 %).

Nach ersten Schätzungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO erzielte der heimische Tourismus von November 2018 bis Februar 2019 mit Gesamteinnahmen von nominell 9,95 Mrd. € einen neuen historischen Höchstwert. Das bisherige Rekordniveau des Vorjahres wurde damit neuerlich um 1,0 % übertroffen; zieht man jedoch die Preisentwicklung mit in Betracht, gingen die Umsätze um 0,8 % zurück. Die Umsatzentwicklung schwächte sich zudem gegenüber der ersten Winterhälfte (November 2018 bis Jänner 2019; nominell +3,0 %, real +1,0 %) deutlich ab.

In einer regionalen Betrachtung wies im Analysezeitraum Wien besonders markante Zuwächse seiner nominellen Umsätze auf (nominell +16,7 %) und profitiert damit weiterhin vom Trend zu kurzen Städtereisen. Die Tourismuseinnahmen Ober- und Niederösterreichs (+5,0 % bzw. +4,9 %) sowie Kärntens (+2,2 %) entwickelten sich ebenso überdurchschnittlich. Die wintersportorientierten Bundesländer im Westen Österreichs konnten zu laufenden Preisen ihr Vorjahresergebnis bestenfalls halten (Salzburg -0,1 %) oder verzeichneten Rückgänge (Tirol -1,3 %, Vorarlberg -3,0 %). Auch die Steiermark (mit Angeboten sowohl im Bereich des traditionellen Wintersports wie auch in der Sparte Wellness-tourismus) sowie das auf den Thermentourismus spezialisierte Burgenland verfehlten ihr nominelles Umsatzniveau 2017/18 knapp (-0,8 % bzw. -1,2 %).

Mit gut einem Viertel der gesamten Saisonnächtigungen stellt der Februar den bedeutendsten Wintermonat dar. Dementsprechend beeinflusste die rückläufige Nächtigungsentwicklung im Februar 2019 (-2,4 %) bei gleichzeitiger Stagnation der Ankünfte

(+0,2 %) die Gesamtpformance im Analysezeitraum maßgeblich: Eine erste Hochrechnung zur mengenmäßigen Nachfrage in österreichischen Beherbergungsbetrieben weist für den Zeitraum November 2018 bis Februar 2019 ein Plus an Gästeankünften von 2,3 % und eine nur noch leichte Zunahme der Übernachtungen von 1,1 % aus. Dennoch wurden damit nach der Periode 2017/18 neue historische Höchstwerte verzeichnet (13,58 Mio. Ankünfte, 49,57 Mio. Nächtigungen). Die daraus resultierende Aufenthaltsdauer verringerte sich im Analysezeitraum um 1,2 % auf durchschnittlich 3,65 Übernachtungen pro Gast und Betrieb. 2017/18 war diese Kennzahl erstmals seit 2012/13 wieder angestiegen (+0,8 % gegenüber dem Vorjahr). Es ist jedoch festzuhalten, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nur bedingt Auskunft über die gesamte Reisedauer gibt, da durch mögliche Unterkunftswechsel jeweils nur die Verweildauer in den einzelnen Unterkünften erfaßt wird. Weiters fällt die Kennzahl nach Herkunft der

Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

		Wintersaison 2017/18			November 2018 bis Februar 2019			
	Umsätze im Gesamt- reiseverkehr	Übernachtungen			Umsätze im	Übernachtungen ²⁾		
		Insgesamt	Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Gesamt- reise- verkehr ¹⁾	Insgesamt	Aus dem Inland	Aus dem Ausland
		Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	+ 6,5	+ 4,7	+ 3,4	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,9
Wien	+ 5,4	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,2	+16,7	+15,2	+ 4,3	+18,1
Niederösterreich	+ 6,7	+ 3,7	+ 2,5	+ 6,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 2,1	+10,5
Burgenland	+ 4,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,7	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 0,3
Steiermark	+ 5,9	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,1	- 0,8	- 0,0	+ 0,3	- 0,5
Kärnten	+ 9,8	+ 7,9	+ 4,6	+10,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,4	+ 1,4
Oberösterreich	+ 6,9	+ 5,8	+ 4,3	+ 8,2	+ 5,0	+ 4,7	+ 3,9	+ 5,9
Salzburg	+ 7,9	+ 6,1	+ 2,6	+ 7,0	- 0,1	+ 0,2	+ 2,4	- 0,5
Tirol	+ 6,2	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,4	- 1,3	- 1,5	- 0,6	- 1,6
Vorarlberg	+ 5,4	+ 4,0	- 1,4	+ 4,5	- 3,0	- 2,0	+ 1,8	- 2,3

Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Schätzung laut WIFO. – 2) Februar 2019: Hochrechnung.

Wirtschaft

Gäste sehr unterschiedlich aus – vor allem Reisende aus Fernmärkten¹⁾ nächtigen deutlich kürzer in derselben Unterkunft als europäische oder inländische Gäste – gerade in diesem Segment ist jedoch eine höhere Zahl an Unterkunftswechseln innerhalb Österreichs zu vermuten.

Von den insgesamt im Analysezeitraum registrierten Übernachtungen in heimischen Beherbergungsbetrieben entfielen gut drei Viertel (77,3 %) auf Gäste aus dem Ausland. Aufgrund der deutlich rückläufigen Entwicklung auf internationalen Märkten im Februar 2019 (-4,1 %) und einer gegenläufigen Dynamik der Binnennachfrage (+4,6 %) drehte sich die Performance zwischen den beiden Gästesegmenten im gesamten Betrachtungszeitraum zugunsten österreichischer Gäste (+1,9 %; internationale Herkunftsmärkte +0,9 %). Ursachen für diese Entwicklung dürften zum einen die bis in den Februar hineinreichende Berichterstattung über die ergiebigen Schneefälle im Jänner und die daraus resultierenden Maßnahmen (Pisten- und Straßensperren, Lawinenwarnungen), sowie zum anderen Ferienverschiebungen in wichtigen Quellmärkten²⁾ gewesen sein. Es ist zu vermuten, daß die hier nicht erfaßten Tagesreisen von diesen Ereignissen noch stärker betroffen waren als der mit Nächtigungen verbundene Tourismus, sodaß die Gesamtumsatzentwicklung noch ungünstiger ausfiel.

Die Österreich-Gäste aus dem Ausland generierten im Analysezeitraum 38,34 Mio. Übernachtungen. Davon entfielen 33,86 Mio. bzw. 88,1 % auf 15 ausgewählte Quellmärkte, deren Nachfrage insgesamt etwas unter dem Niveau 2017/18 blieb (-0,3 %). Im Einzelnen zeigte sich jedoch ein differenziertes Bild: Vor allem die Gäste aus Frankreich (+23,8 %)³⁾, den USA (+15,5 %), Dänemark (+11,5 %) und Tschechien (+10,4 %) nächtigten deutlich häufiger in heimischen Beherbergungsbetrieben als in der Vergleichsperiode 2017/18.

Weiters entwickelte sich die Nachfrage auf sieben weiteren Quellmärkten stärker als im internationalen Durchschnitt (Ungarn +6,8 %, Rumänien +5,7 %, Schweden +5,5 %, Polen +5,2 %, Italien +3,2 %, Vereinigtes Königreich +3,1 %, Niederlande +1,9 %). Mit 46,7 % der bedeutendste Auslandsmarkt im österreichischen Tourismus, verzeichnete Deutschland dagegen einen Nächtigungsrückgang von 1,9 %. Noch deutlicher brach die Nachfrage von November 2018 bis Februar 2019 bei TouristInnen aus der Schweiz (einschließlich Liechtenstein -3,8 %) und Rußland (-7,9 %) ein. Bei Letzteren war die

Nachfrage bereits im Vorjahr wieder stagniert, nachdem in der Vergleichsperiode 2016/17 erstmals wieder Zuwächse (+5,4 %) nach den starken Einbußen 2014/15 (-31,7 %) und 2015/16 (-28,0 %) verzeichnet worden waren (aktuell beträgt die Differenz zum Höchststand von 2013/14 mit 1,06 Mio. Übernachtungen rund 496.500 Nächtigungen oder 46,6 %). Der mit Abstand kräftigste Nächtigungsrückgang war im Analysezeitraum mit knapp einem Drittel (-30,4 %) bei belgischen Gästen zu verzeichnen, für die sich die Winterferien heuer in den März verschoben haben (2018 im Februar).

Von den einzelnen Unterkunftsarten zählten in den ersten vier Monaten der Wintersaison 2018/19 einmal mehr die gewerblichen Ferienwohnungen zu den Gewinnern (Übernachtungen +6,1 %). Daneben konnte noch das Top-Segment der Hotellerie (5/4-Stern) leicht überdurchschnittliche Nächtigungszuwächse von 1,4 % erwirtschaften. Von den restlichen Unterkünften erzielten nur noch die 2/1- und 3-Stern-Hotellerie (+0,8 %

bzw. +0,4 %) sowie die privaten Ferienwohnungen und -häuser (+0,7 %) marginale Zuwächse, während Campingplätze, Unterkünfte für Kinder und Jugendliche, Kurheime, bewirtschaftete Schutzhütten und sonstige Unterkünfte zusammen das Ergebnis 2017/18 leicht verfehlten (-0,7 %). Die Privatquartiere (auf und nicht auf Bauernhof) büßten dagegen 6,1 % ihrer Nachfrage ein.

Eine erste Einschätzung der Tourismusentwicklung für die Jahre 2019 und 2020 geht vor allem aufgrund der sich in weiten Teilen Europas abzeichnenden konjunkturellen Abschwächung von einem sich abflachenden Wachstumspfad aus. ■

1) Bei Gästen aus Taiwan, China, Südkorea, Südostasien, Japan, Indien, Zentral- und Südamerika, dem arabischen Raum, den USA oder Brasilien lag die Verweildauer pro Gast und Unterkunft zuletzt (November 2017 bis Februar 2018) bei 1,4 bis 2,7 Nächten.

2) In Bayern und Belgien fielen die Winterferien 2018 in den Februar, 2019 in den März. Ebenso finden in einigen Kantonen der Schweiz die Sportferien heuer erst im März statt (2018 dagegen schon im Februar).

3) Die Winterferien begannen 2019 in vielen Regionen in etwa 2 Wochen früher, d. h. bereits gegen Mitte statt Ende Februar; das Nächtigungsplus französischer Gäste betrug im Februar 2019 49,9 %.

Durchschnittsmiete 4/2108 bei 7,9 Euro €

Die durchschnittliche Höhe der Mieten inklusive Betriebskosten lag laut Statistik Austria im 4. Quartal 2018 bei monatlich 7,9 Euro pro Quadratmeter bzw. 524,2 Euro pro Hauptmietwohnung. Im Vergleich dazu wurden im 3. Quartal 2018 gerundet ebenfalls 7,9 Euro monatlich für Miete und Betriebskosten pro Quadratmeter bezahlt, was durchschnittlich 518,7 Euro pro Wohnung entsprach. Im Vorjahresquartal betrug die durchschnittliche Miete inklusive Betriebskosten monatlich 7,7 Euro pro Quadratmeter bzw. 509,6 Euro pro Hauptmietwohnung.

Die durchschnittlichen Betriebskosten lagen zuletzt bei 2,1 Euro pro Quadratmeter bzw. 134,1 Euro pro Wohnung. Diese zeigten in den vergangenen fünf Quartalen keine bzw. nur wenig Veränderung. Die Nettomiete stieg im 4. Quartal 2018 auf 5,9 Euro pro Quadratmeter bzw. 390,7 Euro pro Hauptmietwohnung. Im Vorquartal wurden durchschnittlich 5,8 Euro pro Quadratmeter bzw. 386,9 Euro pro Wohnung und im Vorjahresquartal 5,7 Euro bzw. 376,9 Euro gezahlt – hochgerechnet auf 1,64 Millionen Hauptmietwohnungen in Österreich. ■

Wohnimmobilienpreise über EU-Durchschnitt

Die Wohnimmobilienpreise sind in Österreich im dritten Quartal 2018 gegenüber dem Vorjahresquartal mit 8,0 Prozent weiter kräftig angestiegen. Der Preisauftrieb in Österreich lag deutlich über dem EU-Durchschnitt. Besonders stark war der Preisanstieg in den Bundesländern (ohne Wien) mit fast 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Aber auch in Wien hat sich das Immobilienpreiswachstum – nach einigen Quartalen mit vergleichsweise moderater Teuerung – im dritten Quartal 2018 mit einem Plus von 6,5 Prozent im Vorjahresvergleich beschleunigt. Vor diesem Hintergrund belief sich im Dezember 2018 das Wachstum der Wohnbaukreditvergabe – bei unverändert günsti-

gen Konditionen – auf 4,9 Prozent (im Jahresabstand).

In den meisten CESEE-Ländern legten die Immobilienpreise laut Eurostat im zweiten und dritten Quartal 2018 deutlich stärker zu als im EU-Durchschnitt (4,3 Prozent). Die positiven Rahmenbedingungen in der Region wie das starke Einkommenswachstum, historisch niedrige Arbeitslosenquoten und relativ optimistische Wachstumsaussichten in Verbindung mit weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen zeigen sich in der hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien. Zudem wird die Nachfrage in vielen Ländern weiterhin durch zielgruppenspezifische Subventionsprogramme unterstützt. ■

Der Weinjahrgang 2018

Nach einem warmen Jänner waren Februar und März sehr kühl, was einen späten Austrieb der Reben zur Folge hatte. Nicht zuletzt deshalb blieben die in den Vorjahren aufgetretenen Spätfrostschäden diesmal glücklicherweise aus. Das zweitwärmste Frühjahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen führte bereits Mitte bis Ende Mai zu einer enorm frühen Blüte. Dieser früh erworbene Vegetationsvorsprung blieb über den gesamten heißen Sommer erhalten. Abgesehen von einigen wenigen Schauern im Juni und Gewittern Mitte Juli verlief der Sommer auch sehr trocken. Ebendiese Trockenheit und Hitzeperioden führten vor allem in Terrassenlagen und Jungweingärten, welche nicht bewässert werden konnten, zu einer erheblichen Stressbelastung.

Dieser Witterungsverlauf führte in der Folge auch zur frühesten Lese seit Menschenzeiten: So wurde im Burgenland der erste Qualitätswein schon am 2. August zur Prüfnummer eingereicht. Gleich zu Beginn des meteorologischen Herbstes hatten zahlreiche österreichische Weinbaugebiete relativ ergiebige Niederschläge zu verzeichnen, die den Winzern insbesondere entlang der Donau und in der Steiermark Sorgen bereiteten. Glücklicherweise verliefen der restliche September und der Oktober zum Großteil mild und sonnig, sodaß die Lese zügig voranschreiten konnte. Manche Winzer entschieden sich angesichts der Temperaturen und des zuvor erwähnten September-Regens für eine sehr frühzeitige Ernte, während andere Produzenten noch zuwarteten und einen späteren Lesetermin bevorzugten. In beiden Fällen mußte jedoch dort, wo frühzeitig Botrytis entstanden war, penibel selektioniert werden, was etwa in vielen niederösterreichischen Riesling-Lagen zu deutlichen Ernteinbußen führte.

Weißweine 2018: reif und charakteristisch

Generell betrachtet besitzen die 2018er-Weißweine hohe Reife, die Erntemenge liegt insgesamt deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Mostgewichte bewegen sich etwa im gleichen Bereich wie 2017 oder liegen sogar ein wenig darüber, auch sonst sind gewisse Parallelen zum Vorjahr oder auch zum ähnlich gearteten Jahrgang 2015 nicht zu übersehen. Bereits jetzt kann erfreulicherweise prognostiziert werden, daß die



Foto: ÖWM / Marcus Wiesner

Ein Blick über den Gaisberg auf die Donau im niederösterreichischen Kremstal

großen Weißweine trotz der ungewöhnlichen warmen Jahreshälfte keinen „Hitzecharakter“ besitzen werden. Nach den Erfahrungen vergangener Extremjahre konnten Österreichs Top-Winzer durch sorgfältige Weingartenarbeit den gefürchteten Sonnenbrand und daraus resultierende Gerbstoff-Belastungen hintanhalten. Die Säurewerte liegen grundsätzlich etwas unter 2017, was aber weder bei den Grünen Veltlinern noch bei den Rieslingen sensorisch stark wahrnehmbar wäre. In beiden Sortengruppen wird es zweifellos Gewächse geben, die das Niveau des Vorjahres erreichen und in puncto Sortentypizität und Aromenspiel keine Wünsche übriglassen.

Sehr charakteristisch sind auch die Bukettsorten wie Sauvignon Blanc und Gelber Muskateller geraten, die in der Steiermark aufgrund der reichlichen Niederschläge allerdings etwas leichter als im Vorjahr ausgefallen sind und somit eine gewisse Ausnahme von der Regel darstellen. Die Weine der Burgundergruppe sind ebenfalls sehr gut gelungen und weisen viel Schmelz und frühe Balance auf.

Auch die „Exoten“ in der österreichischen Reblandschaft sind offenbar sehr gut geraten, wobei Sorten wie der Rote Veltliner ihrer dunklen Pigmentierung wegen quasi von vornherein einen gewissen Sonnenschutz aufweisen; ähnlich Positives hört man über die Thermenregion-Raritäten Zierfandler und Rotgipfler.

Herausragender Rotwein-Jahrgang

Allenthalben Euphorie herrscht bei den österreichischen Rotweinerzeugern: Diese Hochstimmung gilt einerseits für alle bekannten Rotweinzentren und andererseits auch für alle in Österreich zugelassenen Rotwein-Rebsorten. Allgemein kann von einer sehr hohen Traubenreife ausgegangen werden: Die Weine sind tiefdunkel – sogar noch dunkler als die 2017er –, sehr kraftvoll und dicht ausgefallen, besitzen aber auch einen samtigen Tanninhintergrund und adäquaten Säuregehalt, die ihnen entsprechendes Rückgrat und auch frühzeitige Balance verleihen. Sowohl für die urösterreichischen Rotweinsorten Blaufränkisch, Zweigelt und St. Laurent als auch für die französischen Globetrotter Cabernet, Merlot und Syrah können somit hervorragende Ergebnisse prognostiziert werden.

Mit den fraglos ebenfalls exzellenten Rotweinjahrgängen 2015 und 2017 sowie dem etwas kühleren, doch bei den Premiumrotweinen ebenfalls sehr beachtlichen 2016er gibt es damit erstmals sogar ein Quartett überaus vielversprechender Jahrgänge.

Für die Dessertweine kommt die Prognose noch etwas zu früh, doch konnten im Bereich der edelsüßen Weine sowohl kraftvolle Beerenauslesen, Ausbrüche und Trockenbeerenauslesen als auch rassige Eisweine gekeltet werden. ■

<http://www.oesterreichwein.at/>

Lückenschluß der Koralmbahn

Mit dem Baustart des letzten Rohbauabschnitts befindet sich die Koralmbahn zu 100 Prozent in Bau.



Foto: ÖBB / 3D-Schmiede

Visualisierung der Koralmbahn-Strecke mit Tunnel in Richtung Grazer Flughafen

Es ist das letzte große Puzzlestück der Koralmbahn, das in Angriff genommen wird: Zwischen Graz und Weitendorf entstehen in den nächsten Jahren ein viergleisiger Ausbau bis Feldkirchen, eine Neubaustrecke im Bereich des Grazer Flughafens sowie eine Anbindung an den Güterterminal Süd. Zusätzlich werden mehrere Haltepunkte für die Koralmbahn fit gemacht. Die 130 Kilometer lange Strecke zwischen Graz und Klagenfurt befindet sich dann zu 100 Prozent in Bau.

Franz Bauer, Vorstandsleiter ÖBB-Infrastruktur AG: „Gemeinsam ermöglichen diese Investitionen eine lückenlose Führung der Koralmbahn und sorgen gleichzeitig für ein Höchstmaß an Umwelt- und Lärmschutz. Dieser Lückenschluß bringt uns einen großen Schritt näher an unser Ziel, das Auto ein für alle Mal abzuhängen.“

Günther Kumpitsch, Abg. z. NR: „Das letzte Puzzlestück der Koralmbahn hat auch österreichweit eine große Bedeutung: Es ist gleichzeitig das letzte Puzzlestück hin zu mehr Komfort, mehr Mobilität, mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand entlang des Baltisch-Adriatischen Korridors.“

Barbara Eibinger-Miedl, Wirtschaftslandesrätin Steiermark: „Die Koralmbahn hat nicht nur für die Steiermark, sondern für den gesamten Süden Österreichs eine enorme Bedeutung. Denn dieses Jahrhundertprojekt läßt

die Steiermark und Kärnten noch stärker zusammenwachsen, wodurch die gesamte Wirtschafts- und Forschungsregion Süd nachhaltig profitiert.“

Siegfried Nagl, Bürgermeister der Stadt Graz: „Die Stadt Graz ist schon heute eine wichtige Drehscheibe und wird mit der Koralmbahn noch weiter an Bedeutung gewinnen. Davon abgesehen eröffnen sich für Reisende völlig neue Möglichkeiten: In 45 Minuten entspannt vom Wörthersee zum Uhrturm fahren – da zieht im Vergleich jedes Auto den Kürzeren.“

Viergleisiger Ausbau Graz – Feldkirchen

Zeitlich werden die Arbeiten auf mehrere Etappen aufgeteilt. Den Beginn macht nun der viergleisige Ausbau zwischen Graz Don Bosco und Feldkirchen-Seiersberg. Zusätzlich werden die Haltepunkte entsprechend adaptiert. Bei Graz Don Bosco wird der bestehende Randbahnsteig zu einem Inselbahnsteig umgebaut sowie ein neuer Randbahnsteig errichtet. In Puntigam entsteht ein neuer Inselbahnsteig inklusive Aufzug und auch in Feldkirchen-Seiersberg wird der bestehende Randbahnsteig zu einem Inselbahnsteig mit Aufzug umgebaut. Die Inbetriebnahme erfolgt schrittweise in den Jahren 2020 und 2023.

Neubaustrecke Feldkirchen – Weitendorf

Bei der Neubaustrecke zwischen Feldkirchen und Weitendorf werden die ersten Baumaschinen Anfang 2020 aktiv. Technisches Highlight dabei: Eine 3,2 Kilometer lange Unterflurtrasse. Züge tauchen hier künftig südlich der A2 Querung ab, fahren unter der B67 vorbei am Flughafen und kommen bei Zettling wieder an die Oberfläche. Auf diese Weise wird ein Höchstmaß an Umwelt- und Lärmschutz erreicht. Insgesamt umfaßt der Bereich 13 Kilometer Gesamtlänge und beinhaltet neben der Unterflurtrasse auch zwölf neue Brücken – davon sechs Eisenbahnbrücken und sechs Straßenbrücken.

Graz-Klagenfurt in 45 Minuten

Rascher, bequemer und mitten durchs Bergmassiv der Koralpe. So sieht in Zukunft die Zugfahrt vom Uhrturm zum Wörthersee aus. Die schnellste Verbindung verkürzt sich mit der Koralmbahn von drei Stunden auf nur 45 Minuten. Die Weststeiermark und Südkärnten werden noch besser erreichbar – ebenso wie unsere Nachbarländer. Die Hochleistungsstrecke stellt ein Schlüsselprojekt der neuen Südstrecke dar und bindet die Regionen zwischen den Landeshauptstädten künftig international an. ■

<https://infrastruktur.oebb.at/de/projekte-fuer-oesterreich/bahnstrecken/suedstrecke-wien-villach-koralmbahn>

Neuer Wiener Fernbusterminal

Der Standort des neuen Fernbus-Terminals für Wien ist fix: Der zentrale Busbahnhof entsteht in der Leopoldstadt direkt beim Dusika-Stadion.



Der neue Wiener Fernbusterminal entsteht neben dem Dusika-Stadion

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke und Vassilakou-Nachfolgerin Birgit Hebein haben die Standort-Entscheidung am 6. März offiziell gemacht: Die bestehenden Bus-Haltestellen für Fernbusse werden zu einem modernen Terminal ausgebaut, der auch Aushängeschild und Visitenkarte Wiens für ankommende TouristInnen werden soll.

„Wien ist eine der attraktivsten Städte in Europa was den Tourismus betrifft. Wir haben in den letzten Jahren massiv in den Ausbau der notwendigen Infrastruktur investiert. Dazu gehören der Ausbau des Wiener Flughafens und der neue Hauptbahnhof. Mit dem Bau eines neuen zentralen Fernbus-Terminals setzen wir das nächste Projekt um. Der Busterminal wird die dritte wichtige Säule im Personen-Fernverkehr“, sagte der Bürgermeister. „Der neue Terminal wird die Visitenkarte der lebenswertesten Stadt der Welt.“

„Wien bekommt endlich einen zentralen Fernbusterminal“, sagte Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou. Mehrere Standorte waren in der Auswahl für den neuen Terminal, jener beim Stadion hat sich durchgesetzt: „Das zentrale Kriterium für die Auswahl des Standortes war, daß die Busse kurze Verkehrswege in der Stadt zurücklegen.“

Birgit Hebein, die das Verkehrsressort von Maria Vassilakou ab Juli übernehmen wird, betonte, daß der Busterminal nicht nur ökologische Kriterien erfüllen müsse: „Mir ist auch die Gestaltung der Flächen vor dem Terminal wichtig.“ Er solle auch einen „Willkommens-Ort“ darstellen und für Anrainerrinnen und Anrainer nutzbar sein.

Der neue Busterminal liegt in Gehweite der U2-Station „Stadion“. Handelskai und Donau sowie das Ernst-Happel-Stadion dienen als Bezugspunkte für die leichtere Orientierung von ankommenden Fahrgästen. Die Architektur des Terminals soll sich an Flughafen-Gebäuden annähern.

Gebaut wird der neue Busterminal von der Wien Holding, die dafür eine eigene Projektgesellschaft gründet. „Die Wien Holding ist auch hier die Umsetzungs-Maschine“, sagte Finanzstadtrat Peter Hanke. „Wir wickeln bereits die Kreuzfahrt-Logistik in Wien ab und werden auch mit den Bussen beweisen, daß wir das können.“

Im Erdgeschoß des zweistöckigen Busterminals ist die Abfertigungshalle mit Ticketschalter für Online-Ticketing, Wartehalle, Café und Shops geplant. Auch soll es einen direkten Zugang zum Einkaufszentrum „Stadion Center“ geben. Die Busse selbst fahren von Bussteigen im Untergeschoß ab und

können direkt auf den Handelskai auffahren bzw. kommen über die Abfahrt der A23 am Terminal an. Insgesamt sind 36 Haltestellen geplant.

Ankommende Fahrgäste können direkt vom Busterminal auf die U-Bahn oder Wiener-Linien-Busse umsteigen und sind in sieben Minuten in der Innenstadt. Geplant ist auch Bike-Sharing und Car-Sharing direkt am Busterminal.

Errichtet wird das neue Gebäude auf 16.500 m² an Stelle der bestehenden Sport & Fun Halle, die einen neuen Standort bekommt. Die Stadt rechnet mit einer Planungs- und Bauzeit von rund fünf Jahren.

Nach dem starken Wachstum der vergangenen Jahre zählt Wien pro Jahr 200.000 Ankünfte und Abfahrten von Fernbussen mit rund fünf Millionen Passagieren. Schon jetzt halten am Bus-Stop in der Leopoldstadt 20 Prozent aller An- und Abfahrten von Fernbussen in Wien. Jeder zweite Fernbus, der nach Wien kommt oder von Wien abfährt, wird aktuell über den Terminal VIB in Erdberg abgefertigt. Die restlichen Fernbusse halten beim Hauptbahnhof und anderen Standorten. Ziel der Stadt ist es, mit dem neuen Terminal künftig alle internationalen Fernbusse zu bündeln. ■

<https://www.wien.gv.at/verkehr/oeffentlich/fernbus-terminal.html>

Neues Jüdisches Museum für Zeitgeschichte in Bad Erlach

Landesrätin Petra Bohuslav: Das neue Museum führt vor Augen, wie gut die jüdische Gemeinde einst in der Region integriert war

Das historische Hackerhaus im niederösterreichischen Bad Erlach ist eines der letzten Zeugnisse jüdischer Kultur in der Region. Nach umfangreichen Umbauarbeiten und intensiver Auseinandersetzung mit der Geschichte der JüdInnen in der Region Bucklige Welt Wechselland, wird im April in dem Gebäude im Zentrum der Gemeinde, das Jüdische Museum für Zeitgeschichte eröffnet.

Bad Erlach liefert damit einen wichtigen Beitrag zur NÖ Landesausstellung, die sich von Ende März bis November 2019 dem Thema „Welt in Bewegung“ widmet.

„Bewegung hat viele Aspekte. Wir müssen uns auch den dunklen Seiten unserer bewegten Geschichte widmen. Das neue Museum in Bad Erlach führt vor Augen, wie gut die jüdische Gemeinde einst in der Region integriert war. Dennoch wurden die Menschen ab 1938 gewaltsam vertrieben und ermordet. Die Erinnerung an diese Ereignisse muß wachgehalten und auch für kommenden Generationen dokumentiert werden“, erklärte Wirtschafts- und Tourismus-Landesrätin Petra Bohuslav.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts sind zahlreiche Menschen mit jüdischen Wurzeln in die Region Bucklige Welt Wechselland zugewandert. Sie gehörten unterschiedlichen Gesellschaftsschichten an und waren gut integriert. Unter ihnen war auch die Familie Hacker, die einen Weingroßhandel und einen Gemischtwarenhandel betrieb. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Mitglieder der Familie Hacker in den Lagern Theresienstadt und Treblinka ermordet. Die Gemeinde Bad Erlach hat nun das sogenannte Hackerhaus im Ortszentrum erworben und dort in den vergangenen Monaten ein Kulturzentrum errichtet. Es besteht aus Weltladen, Tourismusbüro und dem Museum für Zeitgeschichte mit einer Ausstellungsfläche von über 200 m², wovon der Pavillon auch für Lesungen und musikalische Events genutzt werden wird.

Johann Rädler, Bürgermeister von Bad Erlach: „Wir schaffen hier einen Ausstellungsraum zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Region, der mit dem ‚Hacker Haus‘ ein einzigartiges Ambiente bietet



Foto: NLK / Burchhart

(v.l.): Abg. z. NR Johann Rädler, Bürgermeister von Bad Erlach, Wirtschafts- und Tourismus-Landesrätin Petra Bohuslav und Werner Bauer, Bereichsleiter der ecoplus Regionalförderung

und zeitgleich mit dem Beginn der Landesausstellung 2019 den Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung steht.“

Die Eröffnungsausstellung „Mit ohne Juden“ thematisiert Leben und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung in der Region. Sie stützt sich auf das kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekt „Die jüdische Bevölkerung in der Region Bucklige Welt Wechsel-

land“. Auch in Zukunft werden die Betreiber eng mit Institutionen wie den Jüdischen Museen in Wien und Eisenstadt, dem Institut für Jüdische Geschichte in St. Pölten sowie weiteren zeitgeschichtlichen Museen zusammenarbeiten.

Die feierliche Eröffnung des Zeitgeschichtemuseums wird am 7. April stattfinden. ■ <https://www.noelandesausstellung.at/>



Chronik

Vierbeiniger Neuzugang beim Bundesheer

Am 19. März besuchte Bundespräsident Alexander Van der Bellen das Militärhundezentrum des Bundesheeres in Kaisersteinbruch. Im Zuge der traditionellen Militärhundetaufe übernahm er die Patenschaft von insgesamt acht Rottweiler-Welpen. Mit dem Umhängen der Hundedienstmarke traten die zehn Wochen alten Hunde offiziell ihren Dienst beim Bundesheer an.

„Als Hundeliebhaber habe ich sehr gerne die Patenschaft für die acht Welpen übernommen. Es muß ein unglaublicher schöner Job sein, jeden Tag mit diesen prachtvollen Tieren zusammenarbeiten zu dürfen. Ich bin überzeugt, daß sie gute Diensthunde sein werden. Ich bin beeindruckt vom hohen Fachwissen, das hier im Militärhundezentrum vorhanden ist und vom hohen Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so der Bundespräsident

Die drei Hündinnen und fünf Rüden starteten mit der Hundetaufe ihre Ausbildung als Wach- und Schutzhunde. Bevor es aber losgeht, besuchen sie die „Welpenschule“.

Der Rottweiler zählt zu einer verlässlichen Diensthunderasse im österreichischen Militärhundewesen. Aufgrund seiner Charakter-



Foto: Bundesheer

Bundespräsident Van der Bellen mit Mitarbeiterinnen und Welpen des Militärhundezentrums

eigenschaften ist er am besten als Wach- und Schutzhund geeignet.

Das Militärhundezentrum im burgenländischen Kaisersteinbruch züchtet und bildet Diensthunde für das Bundesheer aus. Der-

zeit gibt es 172 Militärhunde, darunter größtenteils Rottweiler, Schäfer- und Labradorhunde. Diese werden für Aufgaben im In- und Ausland eingesetzt.

<http://www.bundesheer.at/>

Sicheres Radeln rund um den Wörthersee

Der Wörthersee zählt zu den beliebtesten Urlaubs- und Freizeitregionen Kärntens und liegt im dicht besiedelten Zentralraum. Ausgerechnet hier ist das sichere Radfahren rund um den See aber nicht durchgängig möglich. Insbesondere am Südufer fehlt eine entsprechende Radinfrastruktur, was in den letzten Jahren immer wieder zu Konfliktsituationen geführt hat. „In den Sommermonaten werden hier täglich bis zu 1000 Radfahrer gezählt und die Tendenz ist steigend“, informierte der für Radwegbau zuständige Landesrat Martin Gruber. „Der Ausbau des Radwegs am Südufer ist daher schon aus Sicherheitsgründen dringend notwendig.“ Dieses seit vielen Jahren ungelöste Problem hat Gruber daher bereits 2018 zur Chefsache erklärt und auch mit der Bundesregierung Gespräche aufgenommen, um eine schrittweise Lösung herbeizuführen. An der wurde in den letzten Monaten in der Straßenbauabteilung des Landes intensiv gearbeitet.

Am 12. März wurde nun der erste Bauabschnitt vom Strandbad Maiernigg bis Reifnitz in der Landesregierung beschlossen. Der Baustart erfolgt im Herbst 2019. Zwei Millionen Euro werden von Land Kärnten und



Foto: Land Kärnten / Paul Gruber

Erster Bauabschnitt ist beschlossen (v.l.) Albert Kreiner, Bgm. Valentin Happe, BM Elisabeth Köstinger, LR Martin Gruber, LR Ulrich Zafoschnig, Bgm. Markus Perdacher, Volker Bidmon

Bund dafür investiert. Bundesministerin Elisabeth Köstinger unterstützt das Projekt aus Mitteln des Klima- und Energiefonds. Die restlichen Kosten werden aus dem Mobilitätsreferat von LR Ulrich Zafoschnig sowie

aus dem Straßenbaureferat von Gruber aufgebracht. „Damit schaffen wir Schritt für Schritt die Basis für den weiteren Vollausbau“, so Zafoschnig.

<https://www.karnten.at/rad/>

Jedes Grazer Kind bekommt künftig ein Bäumchen

Die Grazer KinderbürgermeisterInnen Martina Kogler (11), Valentin Watzinger (8) sowie ihrer Vorgängerin Madeleine Stolz (13) präsentierten am 12. März gemeinsam mit Bürgermeister Siegfried Nagl und Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio eine Idee, die Graz in Zukunft noch grüner machen wird: Jede neugeborene Grazerin und jeder Grazer, die das Licht der Welt erblicken, bekommen von der Stadt ein Bäumchen geschenkt.

Diese tolle Idee wurde im KinderParlament Graz (KiPa) bereits im vergangenen Jahr geboren und der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner war davon restlos begeistert. Die Umsetzung erfolgte in Kooperation mit der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, die für den Stadtwald zuständig ist und dem Amt für Jugend und Familie.

Eine entsprechende Information finden die Eltern in jener Mappe, die vom Amt für Jugend und Familie direkt ans Wochenbett geliefert wird.

Abgeholt werden kann das Bäumchen dann jeweils am zweiten Mittwoch im April, im Mai, im September sowie im Oktober von 14 bis 17 Uhr in der Schönaugasse 83. Der



Foto: Stadt Graz / Foto Fischer

Eine tolle Idee der KinderbürgermeisterInnen Madeleine, Valentin und Martina (v. l.) wurde umgesetzt. Bürgermeister Siegfried Nagl (l.), Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner (r.) zeigten sich hoch erfreut.

Grund dafür ist von der Natur vorgegeben: Nicht zu jeder Zeit im Jahr sollte ein Baum gepflanzt werden. Schließlich ist es ja im Sinne der Familien, daß das Gehölz auch tüchtig wächst. Valentin und Martina verrieten dann

auch noch ihre Lieblingsbaumsorte: „Vogelkirsche!“ Madeleine würde sich für die Nordmanntanne entscheiden: „Weil sie auch einen schönen Christbaum abgibt.“ ■

Von der Gründung der Luftschiffstation Fischamend ...

Meilensteine in der Fluggeschichte Österreichs, wie die Verlegung der k. u. k. Aeronautischen Anstalt nach Fischamend oder die Gründung des Wiener Flughafens Wien-Aspern, sind nur einige Schwerpunkte der Schau in der Besucherwelt im Terminal 3 des Wiener Flughafens. Ebenso beleuchtet werden die internationalen Flugtage in den Jahren 1912 bis 1914 in Wien, österreichische Luftpioniere – darunter Igo Etrich – sowie die weltweit erste tägliche Flugpostlinie Wien-Krakau-Lemberg-Kiew von April bis Mitte Oktober 1918. Besonderes Highlight ist das Replikat der Körting-Luftschiffhalle, das in Zusammenarbeit mit der HTL-Mödling und der Interessengemeinschaft Luftfahrt Fischamend (ILF) erstellt wurde. Mehr als 20 Informationstafeln – gespickt mit Fotos und zahlreichen Hintergrundinformationen – leiten durch die Ausstellung.

„Österreich hat in der Zeit von 1909 bis 1919 wesentliche Beiträge zur Entwicklung der zivilen und militärischen Luftfahrt geleistet, nicht zuletzt durch die Unterstützung seitens des Kaisers. Wir spannen in der Ausstellung einen weiten Bogen von der Gründung der Luftschiffstation Fischamend bis zur



Foto: Flughafen Wien AG

Exponate der Ausstellung „Bewegung in den Lüften“

Gründung der Ersten Republik und geben anhand von einzigartigen Exponaten tiefen Einblick in die historische Momente dieser Epoche“, so Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG.

Weiteres Thema ist der Wien-Besuch des französischen Luftfahrtpioniers Louis Blériot im Jahr 1909 mit einem Schauflug in der Simmeringer Haide... ■

<http://www.viennaairport.com/besucherwelt>

Frisches Grün trifft jungen Wein

In Niederösterreich öffnen sich im Frühling die Weinkeller.

Mit 30.000 Hektar Rebflächen ist Niederösterreich das größte Weinanbaug Gebiet Österreichs. Die Weinkultur ist tief in der Geschichte des Landes verwurzelt, sie reicht zurück bis in die Zeit der Römer und wird von engagierten WinzerInnen in die Zukunft getragen. WeinkennerInnen schätzen das Bundesland mit seinen acht Weinbaugebieten – Wachau, Kremstal, Kamptal, Traisental, Wagram, Weinviertel, Carnuntum und Thermenregion Wienerwald – als eine herausragende Weinregion, die noch für viele Überraschungen gut ist, nachdem schon der pfeffrige Grünen Veltliner Weinfreunde in aller Welt überzeugt hat.

Eine wunderbare Zeit, um in Niederösterreich auf Erkundungstour zum Wein zu gehen, ist der Frühling. Denn nach der herbstlichen Weinlese und der Reifezeit im Winter kommt der spannende Moment, in dem die Winzer zur Verkostung der Weine des neuen Jahrgangs in die Kellergassen, „Koststüberl“ und Presshäuser bitten.

Weintouren im Weinviertel

Am 27. und 28. April 2019 laden über 200 Weinstraßen-Winzer im Weinviertel zur großen Weinverkostung des neuen Jahrgangs ein. Schon am Vorabend (26. April) finden Wein.Tour.Openings statt, zum Beispiel in Hohenwarth mit Kabarett und chilligen DJ-Sounds. Sieben Winzern kredenzen zum Flying Dinner Weinviertel DAC und Roten Veltliner.

Bei den Weintouren rankt sich rund um das zentrale Thema Wein ein bunter Reigen an Veranstaltungen, von geführten Wandertouren und Traktorausflügen bis zu Kellerführungen inklusive einer zünftigen Hauerjause spannt sich der Bogen. Im frühlinghaften Pulkautal bringt der kostenlose Blühmobil-Taxiservice die Weinfreunde zu fünf verschiedenen Weingütern, auf denen neben Weinverkostungen auch Überraschungs-Pop-up-Konzerte und Ausstellungen stattfinden.

Wenn der Weinbauer in die Grean geht

Am Ostermontag pflegten die Weinbauer mit ihren Lesehelfern in die Kellergassen zu gehen, um ihnen für die Hilfe bei der Ernte zu danken und um gemeinsam den jungen Wein zu probieren. Den alten Brauch des „in die Grean gehen“ lassen die WinzerInnen im



Foto: Niederösterreich Werbung / Robert Herbst

Weinviertel aufleben. Von Ende März bis Ende April laden sie zu Spaziergängen durch die Weingärten mit anschließender Jungweinverkostung und Heurigenjause ein.

Für alle, die den Weinfrühling ganz gelassen genießen wollen, sind von Anfang April bis Anfang Mai die dreitägigen Urlaubsangebote mehrerer Weingüter eine verlockende Option, zu denen Weinwanderungen mit WinzerInnen gehören. Auch im Wienerwald wird der Frühling mit vielen Weinfesten und Tagen der offenen Kellertüren gefeiert, ein Höhepunkt ist das Weinfestival Thermenregion im Casino von Baden.

Weinfrühling an der Donau

Für Gourmets und Weinkenner gestaltet sich eine Reise entlang der Donau, zur kulinarischen Genussreise. Idealer Auftakt könnte zum Beispiel das „wachau GOURMETfestival“ 2019 vom 28. März bis 11. April sein. Ebenfalls ein guter Grund, der Kulturlandschaft Wachau, einem UNESCO Weltkulturerbe, einen Besuch abzustatten, ist der Wachauer Weinfrühling 2019 am 4. und am 5. Mai, wenn über 100 Winzer der Vereinigung Vinea Wachau den Jahrgang 2018 präsentieren.

In den angrenzenden Weinbaugebiete Kremstal, Kamptal und Traisental öffnen am 27. und am 28. April 2019 rund 220 WinzerInnen ihre Kellertüren zur Verkostung des neuen Jahrgangs und reiferer Weine. Dabei gilt ein Ticket für alle drei Täler, eine gute Gelegenheit, die verschiedenen Terroirs miteinander zu vergleichen.

Fruchtbarer Löss prägt die Natur- und Kulturlandschaft Wagram. Er ist auch der ideale Untergrund, um ausgedehnte Weinkeller anzulegen. Welche ausgezeichneten Weine auf

diesem Boden gedeihen, können Weinfreunde während des Frühlingserwachens am Wagram am 4. und 5. Mai in den Winzerhöfen an der Weinstraße Wagram testen. An den Wochenenden und Feiertagen vom 3. bis 26. Mai 2019 stehen im Rahmen des Lössfrühlings am Wagram vielfältige Aktivitäten wie Kellerführungen, Wanderungen oder Weinverkostungen auf dem Programm, Wirtshäuser servieren kulinarische Spezialitäten.

Südöstlich von Wien liegt das Weinbaug Gebiet Carnuntum, das nach der römischen Stadt und dem Militärlager Carnuntum benannt ist. Beim Jungweinschnuppern in Göttlesbrunn am 27. und 28. April stellen die Göttlesbrunner Winzer den ihre aktuellen Weine vor.

Urlaub ganz nah am Wein

Wer nach einem traumhaften Tag zwischen Rieden und Weinkellern den Tag genussvoll ausklingen lassen möchte, vielleicht bei einer Heurigenjause oder einem Gourmetmenü mit Weinbegleitung, sollte unbedingt in einem der niederösterreichischen „Genießerzimmer“ absteigen. Näher am Wein kann man nicht wohnen, mit Ausblick auf Rebstöcke, steile Weinterrassen oder Kellergassen, zum Beispiel im Gartenhotel Pfefferl in Dürnstein in der Wachau, im Hotel Turmhof in Gumpoldskirchen in der Thermenregion Wienerwald, in der Weinlodge in Martinsdorf im Weinviertel, im Weingut Hutter im Kremstal, im Loisium wine & spa Resort in Langenlois im Kamptal, im Gut Oberstockstall in Kirchberg am Wagram oder im Weingut Haimel in Traismauer im Traisental. ■

<https://www.niederoesterreich.at/>

Einzigartige Erlebnisse rund ums Bier

Das Bier als exklusives Freizeiterlebnis. Brauereien, Landwirtschaft und Tourismus präsentieren das »Bierjuwel Oberösterreich«.

Foto: Oberösterreich Tourismus GmbH / Hermann Erber



Genussland und Oberösterreich gehören zusammen wie Schweinsbraten und Bier – aus Oberösterreich

Kulinarik und Genuß sind wesentliche Erfolgsfaktoren einer Urlaubsdestination. Daher sieht die Landes-Tourismusstrategie 2022 die Entwicklung eines touristischen Kulinarik-Profiles für Oberösterreich vor. Für die Kampagne „Bierjuwel Oberösterreich“ sitzen erstmals Brauereien, Bierregionen, Gastronomie und Oberösterreich Tourismus – insgesamt mehr als 180 Partner – gemeinsam in einem Boot, um das Lebens- und Genußmittel Bier mit touristischen Erlebnissen aufzuwerten und in die Auslage zu stellen. Denn Oberösterreich ist ein Land der Biere: 59 Braustätten, die höchste Dichte an Privatbrauereien, die Bierregion Innviertel und die BierWeltRegion Mühlviertel als Zentren der Bierkompetenz und über 150 Diplom-Biersommeliers als Botschafter oberösterreichischer Bierkultur sind Beweise dafür.

Beide Hauptbestandteile, das Getreide als Körper und der Hopfen als Seele des Bieres, werden von Oberösterreichs Landwirten hergestellt. Sie sind die Grundlage für die Bier-

produktion und Bierkultur in Oberösterreich. Mit 35 Familienbetrieben und 140 Hektar Anbaufläche ist das Mühlviertel das größte Hopfen-Anbaugebiet Österreichs. Der Getreide-Reichtum und die Vielfalt der Sorten haben Oberösterreich zudem als Gebäck- und Bierland bekannt gemacht. Allein 16 Brauereien im Bundesland sind Mitglieder des Genusslands Oberösterreich und bekennen sich zu Qualität mit regionalen Wurzeln. Durch die enge Vernetzung von Landwirtschaft, Brauereien und Gastronomiepartnern trägt das Genussland Oberösterreich zum wachsenden Bewußtsein um die heimische Bierqualität bei.

Der Trend zu Craft- und zu exklusiven Spezialitäten-Bieren mit regionalen Zutaten und Wurzeln wertet auch Produkte oberösterreichischer Brauereien immens auf. Sie werden zu „Bierjuwelen“, einem „Schatz“, den es zu heben lohnt. Sie „vergolden“ genußvolle Momente in der Freizeit oder „schaumkrönen“ den Tag. Die Bierjuwel-Kampagne spielt mit diesem hochwertigen Image ober-

österreichischer Bierspezialitäten: Ein Kino-Spot weckt die Lust, mehr über diese Kostbarkeiten zu erfahren, eine „Schatzkarte“ und die Website weisen den Weg zu den zehn „Bierjuwelen“, einzigartigen Freizeit-Erlebnissen rund um Oberösterreichs Biere.

Pünktlich zur Gastgartensaison im Mai verstärkt ein Gewinnspiel im Lebensmittel Einzelhandel die Kampagne.

Die zehn Bierjuwelen Oberösterreichs

<http://www.freistaedter-bier.at/>

<http://www.schloss-eggenberg.at/>

<http://www.zipfer.at/>

<http://www.raschhoferbier.at/>

<http://www.stiftsbrauerei-schlaegl.at/>

<http://www.rieder-bier.at/>

<http://www.biergut.at/>

<http://www.muehlviertel.at/bierweltregion/>

<http://www.kultiwirte.at/>

Hinter den Bierjuwelen steht gleichzeitig das durch den Gast jederzeit einlösbare Versprechen konkreter Erlebnisse.

<http://www.oberoesterreich.at/bierjuwel>

Goldene Ehrenzeichen im Doppelpack

Eine Schauspielerin und ein Fotograf blieben Graz stets treu.

Foto: Stadt Graz / Fischer



Gruppenbild nach der Ehrung im Trauungssaal des Grazer Rathauses mit Stadtregierung und GemeinderätInnen: Schauspielerin Aglaia Szyszkowitz (Bildmitte) mit dem Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (links von ihr) und dem Fotografen Christian Jungwirth (rechts von ihr)

Ein besseres Datum hätte Bürgermeister Siegfried Nagl nicht finden können: Am 20. März war ist Weltglückstag, Frühlingsbeginn und erster Diagonale-Tag. Vor der ansprechenden Kulisse eines blühenden Zweiges überreichte das Stadtoberhaupt zwei Persönlichkeiten das Goldene Ehrenzeichen, die in ihrem jeweiligen Genre Großartiges geleistet haben und den Ruf ihrer Heimatstadt Graz weit über deren Grenzen hinaus klingen lassen. Denn die Ausgezeichnete ist die Schauspielerin Aglaia Szyszkowitz. An ihrer Seite erhielt einer, der ihr seit vielen Jahren freundschaftlich eng verbunden ist, ebenfalls die Ehrung: Fotograf Christian Jungwirth.

„Nur wer sich selbst treu bleibt, überzeugt auf Dauer.“ Dieses Zitat hatte sich Bürgermeister Nagl für seine Rede aus einem Interview mit Aglaia Szyszkowitz herausgepickt, um es gekonnt mehrmals einzustreuen. Die Schauspielerin selbst sei das beste Beispiel dafür, wie man sich treu bleiben und dabei in immer neue Rollen schlüpfen könne. Nagl mutmaßte, daß dieser Satz wohl auch Gültigkeit für das Familienleben des sympathischen TV-Stars habe, denn sie ist seit einem Vierteljahrhundert mit demselben Mann verheiratet. Gemeinsam haben die beiden zwei wunderbare Söhne. Nagl betone die außergewöhnliche Vielfalt ihrer künstlerischen Arbeit, der es dennoch stets gelinge, jeder einzelnen Figur eine unverwechselbare Identität zu verleihen.

Auch bei Christian Jungwirth fiel es dem Bürgermeister nicht schwer, passende Worte zu finden, um das zum Ausdruck zu bringen, was den „Starfotografen“ ausmacht, was ihn auszeichnet – beruflich wie menschlich. „Es ist die große Herausforderung für jeden Fotografen, sich ganz auf sein Gegenüber einzulassen und doch die Distanz zu bewahren.“ Das sei Christian Jungwirth, dem Sohn des 2009 mit dem Ehrenring der Stadt ausgezeichneten Professor Kurt Jungwirth, über Jahrzehnte hinweg hervorragend gelungen. Seine Leistungen im Bereich der Fotokunst haben nicht nur ihm selbst zu Ehren gereicht, sondern auch seiner Heimatstadt.

Eine warme, ungetrübte Kindheit

Aglaia Szyszkowitz begann ihre Dankesworte mit „Lieber Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierung. Jetzt, wo ich hier im Rathaus stehe, wird mir erst klar, welche Ehre und Freude es ist, von meiner Geburtsstadt ausgezeichnet zu werden. In Graz, wo ich mit meinem Großvater als Kind im Stadtpark Hansis gefüttert habe, mit meiner Mutter am Thalersee Schlittschuhfahren lernte und uns der Vater an jedem Wochenende die Schöcklseilbahntrasse hochgejagt hat. In diesem Graz habe ich eine warme, ungetrübte Kindheit im Schoße meiner Familie erleben dürfen. Tiefes Vertrauen ins Leben, das verdanke ich auch dieser Stadt.“

Wie sehr die Schauspielerin, die heute in

Deutschland lebt und alle fünf Wochen auf Heimatbesuch in Graz ist, ihr Zuhause vermisst, hatte sie zu jenem Zeitpunkt am deutlichsten gespürt, als sie 1987 zum Schauspielunterricht nach Wien ging.

Querdenker, Andersdenker

Christian Jungwirth fragte: „Was soll ich sagen? Ich fühle mich geehrt und ein bißchen beschämt. Man meint ja bekanntlich, ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Vielleicht hätte ich einen Diavortrag halten sollen?“ Seine Wiege stand in einer besonders kunst- und kulturaffinen Familie und sein „Motto war immer, sich etwas anzutun, Geld dabei nie das Wichtigste. Nein, Querdenken, Andersdenken, das war mir wichtig.“ Mit diesem Zugang zur Fotografie konnte der mehrfache Familienvater auch zahlreiche internationale Stars vor seine Kameralinse locken und ebenso namhafte BranchenkollegInnen aus aller Welt nach Graz holen. Sein einst selbst erworbenes Wissen – Jungwirth startete nach der Matura voll durch – gab er schon früh neidlos an den Nachwuchs weiter, denn das Wort Konkurrenz komme in seinem Wortschatz nicht vor. „Jede Begegnung in meinem Leben stellt ein Puzzleteil dar, das längst zu einem riesigen Gemälde herangewachsen ist. Seine Vollendung liegt aber noch in weiter Ferne.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Aglaia_Szyszkowitz

<http://www.atelierjungwirth.com/>

Personalia

Goldenes Kulturehrenzeichen des Landes OÖ an Martin Pollack

Im Rahmen einer Feierstunde im Linzer Redoutensaal überreichte Landeshauptmann Thomas Stelzer am Nachmittag des 25. März an 17 herausragende Persönlichkeiten des oberösterreichischen Kulturlebens eine Kulturauszeichnung – darunter auch der in Bad Hall geborene Journalist und Schriftsteller Martin Pollack, dem als erste Persönlichkeit das neue Kulturehrenzeichen des Landes Oberösterreich in Gold verliehen wurde. „Martin Pollack ist eine unbestechliche Stimme im gesellschafts- und kulturpolitischen Diskurs. Einer der gleichermaßen die Spuren der Vergangenheit und die Entwicklungen der Gegenwart erlebbar macht und zur Auseinandersetzung damit einlädt“, so der Landeshauptmann.

„Wir stellten mit dieser heutigen Feier insgesamt 17 ganz unterschiedliche Menschen in den Mittelpunkt, die alle eines verbindet: ein außergewöhnliches Engagement für Kunst und Kultur. Jeder und jede von ihnen hat einen persönlichen Beitrag geleistet, Kunst und Kultur in unserem Land zu prägen und zu gestalten. Dafür von dieser Stelle ein herzliches Danke“, ergänzte der Landeshauptmann.



Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

Nach der Ehrung (v.l.): Landeshauptmann Thomas Stelzer, die als Konsulentin für Allgemeine Kulturpflege ausgezeichnete Margit Haut und der Journalist und Schriftsteller Martin Pollack

Goldene Kulturmedaillen des Landes erhielten: Martin Dumhart, Gallneukirchen, Karin Eidenberger, Vöcklabruck, Konrad Ganglberger, Bad Leonfelden, Franz Kasthuber, Bad Wimsbach-Neydharting,

Dana Ployer, Bad Leonfelden, Dipl.-Päd. Johann Schachinger, Andorf, und Volksschuldirektor i. R. OSR Josef Schimböck, Windhaag bei Freistadt.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/145.htm>

Josef Krainer-Preise 2019 für Pia Hierzegger und Franz Küberl

In der Aula der Alten Universität verlieh Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer am 18. März die Josef Krainer-Preise 2019 des Landes Steiermark. Die Überreichung fand im Andenken an den legendären Landeshauptmann Josef Krainer Senior immer um den Josefitag statt. Heuer wurden die Wissenschaftspreise, davon insgesamt acht Josef Krainer-Förderungspreise und zwei Josef Krainer-Würdigungspreise, sowie zwei Große Josef-Krainer-Preise überreicht. Durch die Förderpreise sollen einerseits junge Talente ermuntert und über die Würdigungspreise bereits arrivierte Persönlichkeiten ausgezeichnet werden. Die Verleihung nahm der Landeshauptmann gemeinsam mit Gerald Schöpfer, dem Obmann des Josef Krainer-Gedenkwerkes und Josef Krainer, dem Sohn von Alt-LH Josef Krainer Junior, vor.

Der Große Josef Krainer-Preis 2019 erging an Film- und Theaterschauspieler Pia Hierzegger, die Premiere ihres aktuellen Films „Der Boden unter den Füßen“ erfolgte vor ein paar Wochen im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin und an den ehemaligen Caritaspräsidenten Franz Küberl für seinen unermüdlichen Einsatz für soziale



Foto: Land Steiermark / Foto Fischer

Die Preisträger des Großen Krainer-Preises: Pia Hierzegger und Franz Küberl mit LH Hermann Schützenhöfer (l.) und dem Präsidenten des Gedenkwerkes, Gerald Schöpfer (r.)

Gerechtigkeit. Schützenhöfer würdigte die beiden Preisträger: „Pia Hierzegger und Franz Küberl sind zwei herausragende Persönlichkeiten, die sich in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich mit Herz, Engagement und viel kritischem, schöpferischen Geist weit

über die Grenzen der Steiermark hervorgetan haben. Es ist mir eine Freude, diese herausragenden Persönlichkeiten mit dem Krainer-Preis auszeichnen zu dürfen.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Pia_Hierzegger

https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_K%C3%BCberl

Bischöfe wollen Opferschutz und Prävention verstärken

Kardinal Christoph Schönborn präsentierte am 22. März Ergebnisse der Vollversammlung der Bischofskonferenz in Reichenau an der Rax.

Die österreichischen Bischöfe werden sich weiterhin mit allen Kräften der Mißbrauchsproblematik stellen und sich für noch mehr Aufklärungs- und vor allem Präventionsarbeit einsetzen. Das ist eine der Hauptaussagen, mit denen Kardinal Christoph Schönborn am 22. März bei einer Pressekonzferenz in Wien die Ergebnisse der Beratungen der Bischöfe zusammenfaßte.

Die österreichische Bischofskonferenz war von 18. bis 21. März in Reichenau an der Rax zu ihrer Frühjahrsvollversammlung zusammengekommen. Weitere Themen waren u.a. die Europawahlen, der Ethikunterricht, der kirchliche Ausstieg aus fossiler Energie, die Visitation der Diözese Gurk sowie das umstrittene Bleiburger Gedenken.

Kulturwandel bei Umgang mit Autorität

Um dem Problem des Mißbrauchs in der Kirche beizukommen, würde es zu kurz greifen, den Zugang zu Kirchenämtern neu zu regeln. Wie Kardinal Christoph Schönborn betonte, bedürfe es vielmehr eines „Kulturwandels“ im Umgang mit Autorität – in der Kirche vor allem mit geistlicher Autorität: „Das wäre die beste Prävention.“

Der auch in einer Erklärung der Bischofskonferenz für notwendig erachtete „Kulturwandel“ sei bereits im Gange und solle sich in Richtung einer „offenen Gesellschaft“ im Sinne Karl Poppers weiterentwickeln, so hofft Schönborn. Er selbst habe in den 1950er-Jahren noch ein von Gewalt geprägtes Schulwesen erlebt, und „geschlossene Systeme“ etwa in Heimen sei „das Mistbeet, auf dem Mißbrauch gedeiht“, gewesen. In den letzten 20 Jahren seien Gesellschaft und Kirche aber „viel offener geworden“.

Beim Thema Mißbrauch gelte es, „Standards, die es schon längst gibt“, konsequent umzusetzen. Auch gebe es im Vatikan seit dem Pontifikat Johannes Pauls II. einen Gerichtshof für „delicta graviora“ (schwerwiegende Delikte), der seither mehr als 100 Priester ihres Amtes enthoben habe. Jeder Fall von Übergriffen durch einen Kleriker müsse von der zuständigen Diözese dorthin gut doku-



Vollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz mit Kardinal Christoph Schönborn (im Bild vorne im Mantel) in Reichenau an der Rax

mentiert gemeldet werden, erklärte Schönborn. Die in Österreichs Kirche diesbezüglich geltenden Richtlinien hätten im internationalen Vergleich Vorbildwirkung, betonte der Kardinal.

Statistik über Mißbrauch

Die Bischofskonferenz veröffentlichte zudem einen Bericht mit dem Titel „Maßnahmen der Katholischen Kirche in Österreich gegen Missbrauch und Gewalt“. Dieser umfaßt auch eine Statistik über die bisher 2.193 von der Opferschutzanwaltschaft behandelten Fälle. Nur in 171 davon wurden weder Finanzhilfe noch Therapie zuerkannt, in zwei Drittel der Fälle beides. 180 Fälle sind derzeit in Bearbeitung. Den Betroffenen wurden bisher insgesamt 27,8 Millionen Euro zuerkannt, davon 22,1 Millionen als Finanzhilfen und 5,7 Millionen für Therapien.

Bei 31 Prozent aller Vorfälle handelte es sich laut Angaben der Bischofskonferenz um sexuellen Mißbrauch, bei allen anderen um körperliche Gewalt. Die meisten Übergriffe seien rechtlich verjährt und erfolgten hauptsächlich in den 1960er-Jahren (37,1 Prozent) und 1970er-Jahren (30,8 Prozent). 14,4 Prozent der Vorfälle hätten sich in den 1950er Jahren oder früher ereignet. Lediglich 0,8

Prozent der Fälle betreffen den Zeitraum seit 2000, heißt es in dem Bericht.

Klimaschutz

Die Bischöfe kündigten weiters an, daß sich die katholische Kirche in Österreich sich mit ihren Vermögen aus allen Unternehmen zurückzieht, die fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl oder Erdgas fördern bzw. produzieren. „Kirchliche Finanzmittel dürfen keine zerstörerische Wirkung auf das Klima haben“, unterstrichen die Bischöfe in einer Erklärung. Deshalb habe die Bischofskonferenz beschlossen, die Divestment-Erklärung im Rahmen des „Global Catholic Climate Movement“ (GCCM) zu unterzeichnen und die ethischen Veranlagungsrichtlinien entsprechend anpassen. GCCM ist ein 2015 gegründeter Zusammenschluß verschiedenster katholischer Umweltgruppen aus allen Teilen der Welt. Der Vollausstieg gilt für alle Diözesen, die Österreichische Bischofskonferenz und alle ihre Einrichtungen. Um die Anwendung und Interpretation der jetzt verschärften ethischen Veranlagungsrichtlinien zu sichern, wird zudem als neues Instrument eine Ständige Kommission eingerichtet, kündigten die Bischöfe an.

<https://www.bischofskonferenz.at/>

Nominierungen zum Bischof

Am 4. Mai wählt die Synode der evangelisch-lutherischen Kirche einen Nachfolger für Bischof Michael Bünker.

Die Kandidaten für die Wahl zum Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich stehen fest: Bei der Wahl am 4. Mai treten der frühere Diakonie-Direktor und jetzige Geschäftsführer der Diakonie Bildung, Michael Chalupka, der Wallerner Pfarrer und oberösterreichische Senior Andreas Hochmeir und der Kärntner Superintendent Manfred Sauer an.

Der Nominierungsreigen war am 30. März mit der oberösterreichischen Superintendentenversammlung in Eferding abgeschlossen worden, auf der Andreas Hochmeir nominiert wurde.

Michael Chalupka

Michael Chalupka wurde 1960 in Graz geboren, studierte Theologie in Wien und Zürich, war von 1994 bis 2018 Direktor der evangelischen Hilfsorganisation Diakonie Österreich und ist seitdem Geschäftsführer der Diakonie Bildung. Chalupka will seine „Erfahrung und das, was ich lernen durfte“ einsetzen, um das Evangelium „hörbar, spürbar und sichtbar zu machen.“ Daß die Gesellschaft immer säkularer, Glaube und Kirche zunehmend ins Private gedrängt und ChristInnen „belächelt“ werden, hält Chalupka für die zentrale Herausforderung. Hier will er „die Schätze, die unsere Evangelische Kirche zu bieten hat, sichtbar machen, öffentlich vertreten und notfalls auch verteidigen“. Daß sich in den Gottesdiensten und Gemeinden „ganz verschiedene Menschen als Schwestern und Brüder begegnen“ sei „einer der größten Schätze“, denn eine pluralistische Gesellschaft brauche solche Räume, an denen sich Menschen, die nie miteinander zu tun bekommen würden, begegnen. Das gelte es zu fördern und weiterzuentwickeln.

Andreas Hochmeir

Andreas Hochmeir wurde 1974 in Wels geboren, studierte Theologie in Wien und Heidelberg, und ist seit 2004 Pfarrer im oberösterreichischen Wallern. 2012 wurde er zum Senior und damit zu einem der Stellvertreter des oberösterreichischen Superintenden gewählt. Als Bischof will Hochmeir „Diener einer einladenden und fröhlichen Kirche“ sein, „einen frischen Blick einbringen“, in der wichtigen Vielfalt der Kirche



Foto: epd / Uschmann

Michael Chalupka



Foto: epd / Markus Hanetseder

Andreas Hochmeir



Foto: epd/Uschmann

Manfred Sauer

„integrativ und verbindend wirken“, und dabei „der Mitte unserer Kirche ein Gesicht und eine Stimme geben“. Die Stärkung der Gemeinden ist ihm dabei ein besonderes Anliegen. Angesichts des Mitgliederrückgangs, des Relevanzverlustes von Glaube und Kirche sowie finanzieller und personeller Herausforderungen gelte es, evangelische Identität zu betonen. Die Kirche solle „Menschen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Herkunft“ eine Heimat bieten, dabei aber stets an „unsere Wurzeln rückgebunden bleiben“, unterstreicht Hochmeir. Dabei will er „Bewährtes stärken aber auch Neues wagen“.

Manfred Sauer

Manfred Sauer wurde 1960 in Bernstein (Burgenland) geboren, studierte Theologie in Wien und Hamburg und war ab 1987 Pfarrer in Pörschach. 2001 wurde er zum Superintendenten der Diözese Kärnten/Osttirol gewählt, 2014 erfolgte die Wiederwahl. Sauer will als Bischof seine bisherigen Erfahrungen einbringen, „evangelische Identität zu entfalten und zu gestalten“. Mit Dialogarbeit und seinem „kooperativen Arbeitsstil“, durch die Erfahrung in der Umsetzung zahlreicher Projekte wie den Europäischen Toleranzgesprächen oder der Landesausstellung sei er überzeugt, „einen wichtigen Beitrag für unsere Gesamtkirche leisten zu können“. Es gelte auch, „das Miteinander, das spürbare Risse bekommen hat, wieder zu stärken und offen aufeinander zuzugehen“. Eine Stärkung wünscht sich Sauer zudem für die ländlichen Regionen, „in denen evangelisches Leben noch prägend und lebendig ist“. Weil Religion stärker ins Private gedrängt werde, werde das „gemeinsame Auftreten und Einstehen“ in der Ökumene immer wichtiger.

Die Wahl des neuen Bischofs, die am 4. Mai in Wien stattfindet, ist notwendig, da der amtierende Bischof Michael Bünker Ende August in den Ruhestand tritt. Jede Superintendentenversammlung konnte bis zu zwei KandidatInnen für die Wahl vorschlagen, die dann durch die Synode A.B. erfolgt. Nominiert werden konnten nur Personen, die sich auch bereit erklärt hatten, sich der Wahl zu stellen.

<https://evang.at/>

Startschuß zur Innenrenovierung des Grazer Doms

Zwischen Ostern und November werden die Gottesdienste ins Mausoleum verlegt. Geschätzte Gesamtkosten der Renovierungsarbeiten: 6 Millionen Euro.

Am 23. April, also am Dienstag nach Ostern, beginnt die nächste Phase der Renovierung des Grazer Doms. Unter Aufsicht des Bundesdenkmalamtes werden dabei Fresken, Gemälde, Seitenaltäre, Grabdenkmäler, Kanzel und Bänke renoviert. Im darauffolgenden Abschnitt im Jahr 2020 werden dann das Presbyterium und die Orgel restauriert. Im Zuge der Sanierungen wird auch ein neues LED-Beleuchtungskonzept umgesetzt. Im Jubiläumsjahr 2018 wurden bereits die nötigen Außenarbeiten abgeschlossen.

Am 26. März lud der Hausherr, Dompropst Heinrich Schnuderl, zusammen mit Martin Schaller, dem Vorsitzenden des Kuratoriums Grazer Dom, dem Unternehmer Hans Roth und Peter Grabner von der Bauabteilung der Diözese Graz-Seckau zur Pressekonferenz in den Grazer Dom ein, um ein Bild der geplanten Maßnahmen zu zeichnen.



Foto: Sonntagsblatt / Gerd Neuhold

Im Grazer Dom (v.l.): Dompropst Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, Spender Hans Roth und Martin Schaller, Vorsitzender des Domkuratoriums

Neue Chancen für die Domgemeinde

Schnuderl stellte die genauen Eckdaten des „Umzugs“ der Pfarrgemeinde während der Renovierungsarbeiten dar: Der Dom wird während der Arbeiten bis Ende November geschlossen sein. Die Hauptmessen werden während dieser Zeit im Mausoleum (Katharinenkirche), Frühmessen, Vorabend-Vespren und Taufen in der Domherrenkapelle gefeiert werden. Die Grazer Fronleichnamssfeier übersiedelt in die Herz-Jesu-Kirche, die Priesterweihe werde am 23. Juni in Seckau gefeiert. Man hoffe, daß die Übergangsphase die Domgemeinde „vielleicht sogar noch mehr zusammenführt“, so der Dompropst und Bischofsvikar: „Der Platz vor dem Mausoleum könnte so etwas wie ein ‚Kirchplatz‘ werden, der die GottesdienstbesucherInnen auch nach der Liturgie zum Zusammen-Stehen einlädt.“

Großzügige Spenden

Kuratoriumsvorsitzender Martin Schaller bedankte sich für die bereits erhaltenen oder zugesagten Subventionen von Bundeskanzleramt, Land Steiermark, Stadt Graz und Diözese Graz-Seckau sowie die großzügigen Spenden aus der Wirtschaft und viele Einzel-

spenden und rief weiter zur Unterstützung auf. 6 Millionen Euro seien insgesamt für die Umsetzung der anstehenden Arbeiten veranschlagt.

Einer der Spender ist Unternehmer Hans Roth, dessen Familie die Renovierung des Altarbildes am Sakramentalaltar, der „Verkündigung an Maria“ von Giovanni Pietro de Pomis finanziert. Bei der Pressekonferenz betonte Roth seine Nähe zur Domkirche und seinen Wunsch, daß die Menschen in der Kirche Trost und Zuversicht finden. „Ich kann die Welt nicht verändern“, so Roth, „aber ich kann Zeichen setzen.“

Planung bis 2022

Peter Grabner von der Bauabteilung der Diözese schilderte Details der geplanten Renovierungsarbeiten der 1174 erstmals urkundlich erwähnten und 1438 völlig neu gebauten Pfarrkirche, die dem Heiligen Ägydus geweiht ist und seit 1786 als Kathedrale (Bischofssitz) der Diözese Graz-Seckau dient. Für den ersten Abschnitt werde im Langhaus ein Plateau auf zwei Ebenen errichtet und das Presbyterium durch einen Staubvorhang geschützt, für die Renovierungsarbeiten im Presbyterium, während den für 2020 geplanten Arbeiten im Presbye-

rium, wird eine Wand das frisch renovierte Kirchenschiff schützen. Neben umfangreichen Reinigungs-, Sicherungs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an Fresken, Altären und Holzinventar steht für 2022 auch die Orgelrenovierung an. Ebenfalls installiert wird ein Mediensystem, mittels dessen eine Bildübertragung aus dem Altarraum in den hinteren Teil des Domes erfolgen kann.

Während der Bauarbeiten wird es Baustellenbesichtigungen im kleinen Rahmen (z.B. bei der Langen Nacht der Kirchen) geben, auch eine Beteiligung an den Reinigungsarbeiten für eifrige Domfreunde ist angedacht.

Spenden

Spendenkonto

Bundesdenkmalamt

IBAN: AT07 0100 0000 0503 1050

BIC: BUNDATWW

Als Verwendungszweck bitte unbedingt „A20“ eintragen!

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar, wenn Sie bei Ihrer Überweisung Ihren Vor- und Nachnamen (Schreibweise gemäß Meldezettel) sowie das Geburtsdatum angeben.

<https://www.katholische-kirche-steiermark.at/>

Forschung zu uralter DNA

Ein internationales Forschungsteam um den Anthropologen Ron Pinhasi von der Universität Wien hat die bisher umfassendste Untersuchung uralter DNA von Bewohnern der Iberischen Halbinsel durchgeführt.

Die bisher umfassendste Untersuchung uralter DNA von BewohnerInnen der iberischen Halbinsel bietet neue Einblicke in die Populationen, die diese Region in den vergangenen 8.000 Jahren bevölkerten. Am erstaunlichsten ist wohl die Entdeckung, daß die regionalen Y-Chromosomen während der Bronzezeit nahezu vollständig ersetzt wurden. Die Analysen der ForscherInnen weisen darauf hin, daß ab dem Jahr 2.500 v. Chr. und während der folgenden nahezu 500 Jahre turbulente gesellschaftliche Ereignisse dazu führten, daß sich das männliche iberische Erbgut veränderte. Die Ergebnisse sind aktuell im Fachjournal „Science“ erschienen.

„In der Erforschung uralter DNA ist das einer der klarsten Beweise für ein Ungleichgewicht bei den Geschlechtern im prähistorischen Zeitalter“, so Iñigo Olalde, Postdoctoral an der Harvard Medical School und Erstautor der Studie. Im Rahmen der Untersuchungen analysierte die Forschungsgruppe Genome von 403 historischen BewohnerInnen der Iberischen Halbinsel, die ungefähr zwischen 6.000 v. Chr. und 1.600 n. Chr. lebten, von 975 historischen Menschen von außerhalb der Iberischen Halbinsel und von circa 2.900 heute lebenden Menschen. Nahezu ein Drittel der Genome stammte von Skeletten, die nicht älter als 2.000 Jahre v. Chr. waren, was die Anzahl der öffentlich verfügbaren Genome aus diesem relativ jungen Zeitraum um das 25-fache steigert.

Väterliches Erbgut

Die Forschungsgruppe fand heraus, daß die BewohnerInnen der Iberischen Halbinsel diese schon im Jahr 2.500 v. Chr. mit Menschen teilten, die aus Mitteleuropa zugewandert waren und frisches Erbgut aus der russischen Steppe mitbrachten. Die beiden Gruppen hatten sich innerhalb weniger hundert Jahre stark durchmischt. So fand man beispielsweise in der bronzezeitlichen Grabungsstätte Castillejo de Bonete in Spanien ein Grab, in dem ein Mann und eine Frau Seite an Seite begraben waren. Dabei zeigte sich, daß die Frau ausschließlich einheimisches Erbgut aufwies, während der Mann nicht lange zurückliegend Vorfahren aus Mitteleuropa hatte.



Foto: Luis Benítez de Lugo Enrich und José Luis Fuentes Sánchez/Opplida

Ein Mann und eine Frau, Seite an Seite bestattet in einer bronzezeitlichen Stätte in Castillejo de Bonete in Spanien, hatten unterschiedliche genetische Abstammung

Zu ihrer großen Überraschung stellten die ForscherInnen fest, daß in der Bronzezeit (2.200-900 v. Chr.) pontisch-kaspische Steppegruppen nach Iberien gezogen sind und die genetische Struktur der lokalen Bevölkerung maßgeblich beeinflusst haben. Diese Auswirkungen haben ihre Spuren in der genetischen Struktur zukünftiger Generationen hinterlassen, einschließlich derjenigen der modernen Iberer. Dabei hat sich herausgestellt, daß diese Auswirkungen Männer wesentlich stärker betraf als Frauen und dabei das männliche Erbgut fast vollständig ersetzt wurde“, erklärt Pinhasi und ergänzt: „Unsere Studie ermöglicht einen Perspektivwechsel

und lädt dazu ein, archäologische Funde aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.“

Die Analyse weiterer Proben aus diesem Zeitalter könnte detaillierte Informationen zur genetischen Veränderung liefern oder zeigen, daß sich das Y-Chromosom in bestimmten iberischen Populationen oder Regionen weniger stark verändert hat als in anderen. Wie das Team feststellte, entwickelte sich das männliche Erbgut im Laufe der Jahrhunderte weiter. Noch heute läßt sich die väterliche Abstammung der meisten heute lebenden iberischen Männer auf die Zuwanderer der Bronzezeit zurückführen.

<https://www.univie.ac.at/>

Wertvolle Handschrift aus dem 6. Jahrhundert

Österreichische Nationalbibliothek schließt Forschungsprojekt erfolgreich ab.



Foto: Österreichische Nationalbibliothek

Ein Blick auf die minutiösen Konservierungsmaßnahmen der Österreichischen Nationalbibliothek bei der „Wiener Genesis“

Die Österreichische Nationalbibliothek konnte im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojektes wichtige Fragen zur Erhaltung der berühmten „Wiener Genesis“ klären und für eine nachhaltige Konservierung sorgen. Die reich illustrierte Handschrift aus dem 6. Jahrhundert weist durch chemische Reaktionen der verwendeten Tinte schwere Schäden im Pergament auf. Das internationale Projekt mit insgesamt acht Projektpartnern wurde vom hauseigenen Institut für Restaurierung geleitet, finanziert wurde es vom Wissenschaftsfonds FWF.

Die »Wiener Genesis«

Die „Wiener Genesis“ ist eine fragmentarisch erhaltene griechische Handschrift des Buches „Genesis“ aus dem Alten Testament. Die vorhandenen 24 Pergamentblätter werden auf das 6. Jahrhundert datiert und sind vermutlich im Nahen Osten entstanden. Berühmt ist das wertvolle Unikat für seine 48 Miniaturen: Der biblische Buchmalereizyklus ist der reichste aus der Übergangszeit zwischen Antike und Mittelalter.

Der Text der Genesis wurde in Silbertinte auf purpurgefärbtem Pergament geschrie-

ben. Die Korrosion dieser Silbertinte hat im Lauf der Jahrhunderte zu schweren Schäden am Pergament geführt. Einen Eindruck von der Qualität und dem Zustand des Werkes vor der Restaurierung gewinnt man durch das Digitalisat, das unter diesem Link im Online-Katalog der Österreichischen Nationalbibliothek abrufbar ist.

Im Rahmen des wissenschaftlichen Projekts „Die Wiener Genesis (Cod. Theol. Gr. 31): Materialanalyse und Konservierung einer spätantiken illuminierten Handschrift auf Purpurpergament“ wurden das Pergament, die Silbertinten, die Pigmente und Farbstoffe nun intensiv untersucht. Der Herstellungsprozeß von Pergament in der Antike sowie die Purpurfärbung wurden dabei rekonstruiert. Die Zusammensetzung der Silbertinten gab Aufschluß über die genauen Schadensursachen. Durch die erstmalige Identifizierung der Pigmente war es möglich, die Malerpaletten von sieben Künstlern zu unterscheiden.

Nachhaltige Konservierung

Auf Basis all dieser Erkenntnisse wurde die Handschrift umfassend konserviert und

ein neues, schonenderes Aufbewahrungssystem in versenkten, säurefreien Passepartouts entwickelt: Diese ersetzen die Acrylglasspaten, zwischen denen das Werk seit 1975 aufbewahrt wurde. Alle konservatorischen Maßnahmen und die Lagerung unter kontrolliertem Klima tragen zur langfristigen Erhaltung der „Wiener Genesis“ bei, die ein hervorragendes Zeugnis spätantiker Buchkunst darstellt.

Das internationale Forschungsprojekt wurde vom Institut für Restaurierung der Österreichischen Nationalbibliothek im April 2016 begonnen und vor kurzem abgeschlossen. Finanziert wurde es vom Wissenschaftsfonds FWF.

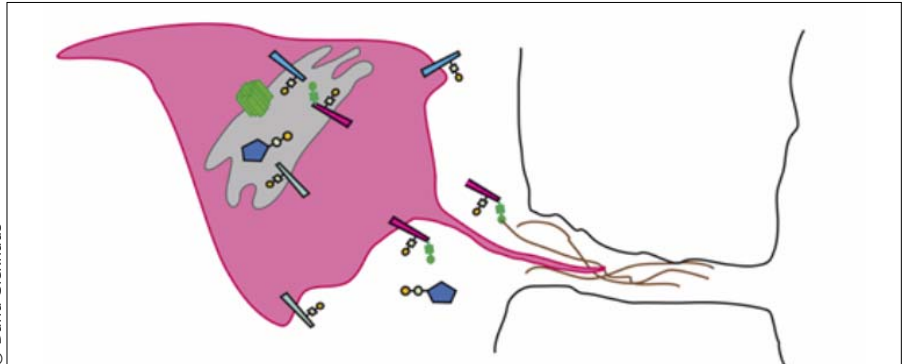
Projektpartner waren das Kunsthistorische Museum, die Technische Universität und die Universität für angewandte Kunst in Wien, das Walters Art Museum in Baltimore/USA, die New University of Lisbon in Portugal, die Università degli Studi del Piemonte Orientale in Alessandria/Italien, The Royal Library in Kopenhagen/Dänemark und die University of York in Großbritannien. ■

<https://www.onb.ac.at/>

Neues Gen mit möglicher Rolle bei Metastasierung identifiziert

Weisen Tumore eine bestimmte Kombination von Zuckern – das sogenannte T-Antigen – auf, breiten sie sich mit größerer Wahrscheinlichkeit im Körper aus und töten den Patienten. Was jedoch das Auftreten von T-Antigen in Krebszellen reguliert, welche Proteine mit T-Antigen modifiziert werden und welche Rollen das T-Antigen und die damit modifizierten Proteine während der Bildung von Metastasen spielen, ist noch unbekannt. Eine neue Studie der Forschungsgruppe um Daria Siekhaus am Institute of Science and Technology Austria (IST Austria), mit den Erstautorinnen Katarína Valošková und Julia Bibl, identifizierte ein neues Gen in der Fruchtfliege *Drosophila*, das benötigt wird, um das Anfügen von T-Antigen an eine Subgruppe von Proteinen in Immunzellen zu regulieren. Ist das Gen mutiert, bleiben die Immunzellen im Kopf der Fliege stecken. Daher benannte das Team das neue Gen nach der römischen Göttin der Weisheit, Minerva, die dem Kopf ihres Vaters Jupiter entsprang. Die heute im Fachjournal *eLife* erscheinende Studie ist ein erster Schritt um zu verstehen, wie Zuckermodifizierungen bei der Metastasenbildung involviert sein könnten.

Wenn Krebszellen metastasieren, verlassen sie den ursprünglichen Ort des Tumors und drängen zwischen anderen Zellen hindurch in die Blutbahn, die sie quasi als „Autobahnen“ durch den Körper nutzen. Um die Blutbahn zu verlassen, zwingen sich die metastasierenden Zellen wiederum zwischen Zellen hindurch in das Gewebe, wo sie Metastasen bilden. T-Antigen, eine Kombination bestimmter Zuckermoleküle, ist auf den Proteinen metastasierender menschlicher Krebszellen zu finden. In den meisten anderen adulten Geweben ist es dagegen normalerweise nicht vorhanden. Immunzellen der Fruchtfliege, sogenannte Makrophagen, tragen auch T-Antigene und zwingen sich ebenfalls zwischen Zellen hindurch, um in Gewebe einzudringen. Daher beschlossen Daria Siekhaus und ihre Gruppe, die Fruchtfliege und ihre Immunzellen als Modell zu verwenden, anhand dessen sie untersuchten, wie das Auftreten von T-Antigen auf Proteinen reguliert wird und welche Proteine davon betroffen sind. „Die Fruchtfliege ist der ideale Organismus, um neue Wirkungspfade



Minerva (grün) reguliert, wie T-Antigen (gelb) an Immunzellen (rosa) von Fruchtfliegen angefügt wird.

zu finden, denn komplexe genetische Experimente können mit Fliegen schnell durchgeführt werden. Hier nutzen wir wieder die Fliege als Quelle für Entdeckungen bei einer Fragestellung, die auch uns Menschen betrifft“, erklärt Daria Siekhaus.

Zunächst suchte das Team all jene Gene, die möglicherweise involviert sein könnten. „Wir sahen uns die Gendatenbanken für Fliegen an, um ein Gen zu finden, das zur richtigen Zeit am richtigen Ort aktiv ist: Ein Gen, das dann in Makrophagen aktiv ist, wenn das T-Antigen angefügt wird, und das im Golgi-Apparat aktiv ist, in dem Zucker wie das T-Antigen an Proteine angefügt werden, bevor sie zur Zelloberfläche transportiert werden.“ Als die Gruppe einen solchen Gen-Kandidaten gefunden hatte, der bis dahin nur unter dem Platzhalter „CG8602“ bekannt war, testeten sie seine Rolle beim Anfügen des T-Antigens. Die Forscherinnen fanden, daß die Makrophagen weniger T-Antigen tragen, wenn CG8602 mutiert ist. Außerdem verlassen die Makrophagen in diesem Fall nicht die Kopfregion des Fliegenembryos, um in andere Gewebe vorzudringen, wie sie es sonst tun würden. Gemäß der Tradition der Fruchtfliegen-Forschung, der zufolge Gennamen, die bei einer Mutation beobachteten Veränderungen beschreiben, nannte die Gruppe das Gen „Minerva“, nach der römischen Göttin der Weisheit. Antiken römischen Mythen zufolge verwandelte sich Minervas schwangere Mutter in eine Fliege, welche von Minervas Vater Jupiter verschluckt wurde. Nach ihrer Geburt war Minerva ursprünglich in Jupiters Kopf gefangen, bevor sie in voller Kriegsmontur aus ihm hervorbrach.

Die ForscherInnen untersuchten, an welche Proteine Minerva das T-Antigen anfügt. Durch die Zusammenarbeit mit Sergey Vakhruhev und Henrik Clausen von der Universität Kopenhagen hatten die ForscherInnen Zugang zu einer Massenspektrometrie-Technik, mit der sie herausfinden konnten, welche Proteine die T-Antigen Zucker tragen, wenn Minerva vorhanden ist, und weniger T-Antigen tragen, wenn Minerva mutiert ist. Sie fanden so einen Satz Proteine, die Minerva benötigen, um T-Antigen zu tragen. Die Mehrheit der identifizierten Proteine, die auch ein Pendant in Wirbeltieren – ein sogenanntes Ortholog – haben, spielen bei Krebs eine Rolle. „Neun der Proteine, die wir fanden, haben im Menschen ein Ortholog. Sechs davon stehen auf irgendeine Art und Weise mit Krebs in Verbindung. Das ist faszinierend!“, erklärt Siekhaus.

Die WissenschaftlerInnen brachten das Wirbeltier-Ortholog von Minerva, MFSD1, in Fliegen ein, die Minerva nicht mehr hatten. Dabei sahen sie, daß die sonst stecken gebliebenen Makrophagen den Kopf verließen und sie wieder einen höheren Spiegel des T-Antigens aufwiesen. Das weist auf eine spannende Möglichkeit hin, hebt Siekhaus hervor: „Das könnte bedeuten, daß die Funktion von Minerva in Wirbeltieren beibehalten wird. Das Ortholog von Minerva in Wirbeltieren, MFSD1, könnte eine Rolle bei der Regulierung von Zuckern und bei der Metastasenbildung spielen. Wir sehen uns jetzt Wirbeltier-Krebsmodelle an, um zu sehen, ob und wie MFSD1 die Migration und Invasion von Krebszellen reguliert.“

<https://ist.ac.at/>

Verstehen, wie das Herz nach einem Infarkt heilt

Neue immunologische Diagnose- und Therapietools im Visier der Wissenschaft

Ein Herzinfarkt ist ein einschneidendes Erlebnis und zieht eine lange Phase der Rehabilitation nach sich. Trotz großer Fortschritte in der Behandlung, ist noch immer relativ wenig über die molekularen Prozesse bekannt, die der Heilung des Herzens nach einem Infarkt zu Grunde liegen. Daher ist es oft nicht möglich vorherzusagen, ob sich die Herzfunktion nach einem Infarkt kritisch verändert. Forscher der Med Uni Graz haben sich mit Kollegen aus Deutschland und Frankreich zum Ziel gesetzt, die molekularen Reparaturprozesse im Herzen nach einem Infarkt grundlegend zu untersuchen, um daraus neue diagnostische und therapeutische Möglichkeiten ableiten zu können.

Rd. 34.000 Menschen jährlich betroffen

Plötzlich auftretende Schmerzen in Brust und Schulter, Atembeklemmungen, kalter Schweiß und Erstickungsgefühl: Diese und noch viele Symptome mehr deuten auf einen Herzinfarkt hin. Rund 34.000 Menschen erleiden in Österreich jährlich einen Herzinfarkt. Die Rehabilitation nach einem Infarkt besteht aus mehreren Stufen und nimmt einen längeren Zeitraum in Anspruch. „Obwohl es in der Therapie des Herzinfarkts große Fortschritte gibt, ist bis dato noch wenig über die molekularen Reparaturprozesse im Herzen nach einem Infarkt bekannt“, erklärt Peter Rainer von der Klinischen Abteilung für Kardiologie der Medizinischen Universität Graz.

Gemeinsam mit KollegInnen vom Diagnostik- und Forschungsinstitut für Pathologie der Med Uni Graz, des Universitätsklinikums Würzburg und der Sorbonne Université Paris forscht er als Projektleiter an der Entschlüsselung dieser molekularen Vorgänge. Warum das Wissen darüber so wichtig ist, erklärt Peter Rainer so: „Bei einem Herzinfarkt stirbt Herzmuskelgewebe ab, vernarbt und wird durch Bindegewebe ersetzt. Dieses Bindegewebe ist starr und trägt in der Folge nicht mehr zur Pumpfunktion des Herzens bei. Daher ist es besonders wichtig, daß das verbleibende noch funktionsfähige Herzgewebe sich möglichst vollständig erholt und so eine adäquate Pumpleistung möglich



Peter Rainer von der Klinischen Abteilung für Kardiologie der Medizinischen Universität Graz

ist und es nicht zu chronischem Herzversagen kommt. Dies gilt es mit geeigneten diagnostischen Methoden zu überwachen.“

ForscherInnen schauen den Helferzellen genau zu

Noch sind die Reparaturprozesse im Herzen wenig erforscht. Daher ist es nicht immer möglich PatientInnen rechtzeitig zu therapieren, wenn sich die Herzfunktion im heilenden Gewebe verschlechtert und unzureichend wird. In ihrer Arbeit nutzen die WissenschaftlerInnen nun modernste Methoden, um die Reparaturvorgänge im Herzen zu verstehen und daraus neue Therapiemöglichkeiten abzuleiten. Entzündliche Prozesse sind dabei im Fokus der Forschung an der Med Uni Graz. „Nach einem Herzinfarkt muß das Immunsystem schnell reagieren, um den Heilungsprozess in Gang zu setzen“, sagt Peter Rainer. Spezialisierte T-Zellen – Helferzellen des Immunsystems – wandern dabei zu den geschädigten Stellen und regulieren dort einen entzündlichen Prozeß, bei welchem das beschädigte Gewebe abgebaut wird. Überbordende Immunreaktionen sind aber schädlich und vergrößern den Schaden. Diesen molekularen Prozeß gilt es nun zu untersuchen und zu beschreiben.

Herzgesundheit: Immunbasierte Prognosewerkzeuge und innovative Behandlungskonzepte

Dazu beobachten die WissenschaftlerInnen die T-Zell-Antworten bei PatientInnen und Patienten, die einen Herzinfarkt erlitten haben, mit Hilfe von Next Generation Sequencing – die Weiterentwicklung der DNA-Sequenzierungstechnologie – und korrelieren diese mit klinischen Ergebnissen. „In einem nächsten Schritt kombinieren wir die gewonnenen Daten mit Daten, die aus präklinischen Krankheitsmodellen stammen“, beschreibt Peter Rainer. Aus den Ergebnissen ihrer Forschung erhoffen sich die ForscherInnen rund um Peter Rainer neue immunbasierte Prognosewerkzeuge und innovative Behandlungskonzepte für PatientInnen mit Herzinfarkt und koronarer Herzkrankheit.

Das Forschungsprojekt ist Teil des ERA-CVD – einem Netzwerk zur Erforschung kardiovaskulärer Erkrankungen innerhalb des Europäischen Forschungsraums mit insgesamt 24 PartnerInnen aus 19 Ländern im Rahmen des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizon 2020“.

<http://www.medunigraz.at/>

<https://www.era-cvd.eu/>

Österreich ist 5G-Pionierland

Die ersten 25 Sendestationen in ganz Österreich nehmen Echtbetrieb auf – Anschluß an digitale Spitze durch 5G-Vorreiterrolle von Österreich und EU

Der Abschluß der 5G-Frequenzauktion Anfang März 2019 und die dabei erworbenen Nutzungsrechte lieferten T-Mobile Austria die Voraussetzung zum Ausbau des nächsten Kommunikationsstandards 5G in ganz Österreich. Auf Basis dieser Frequenzen hat T-Mobile Austria am 26. März die ersten 5G-Mobilfunkstationen in ganz Österreich, vorwiegend in ländlichen Regionen, in Betrieb genommen. Weitere 5G-Stationen werden im Laufe des weiteren Ausbaus an das Mobilfunknetz angeschlossen.

Die 5G-Pionier-Gemeinden Österreichs sind Feichtendorf (Kärnten), Hochstraß (Niederösterreich), Hohenau an der March (Niederösterreich), Innsbruck (Tirol), Kaindorf an der Sulm (Steiermark), Kalsdorf bei Graz (Steiermark), Kapfenberg (Steiermark), Kirchbühl (Tirol), Loosdorf (Niederösterreich), Oberhofen am Irrsee (Oberösterreich), Pirka (Steiermark), Ried im Innkreis (Oberösterreich), Seefeld in Tirol (Tirol), Serfaus (Tirol), St. Johann in Tirol (Tirol), Villach (Kärnten) und Wartberg im Mürztal (Steiermark).

„T-Mobile gibt mit der Investition für 5G-Frequenzen in der Höhe von 57 Millionen Euro ein klares Bekenntnis zur digitalen Zukunft Österreichs ab. Der 26. März 2019 ist ein historischer Tag für unser Unternehmen. Wir starten mit dem ersten 5G-Netz in Österreich und bieten den ersten Kunden mobiles Breitband in Glasfaser-Geschwindigkeit über 5G“, sagt Andreas Bierwirth, CEO T-Mobile Austria, zum Start von 5G in Österreich. „Mit 5G hält mobile Breitbandversorgung künftig mit der Leistung des Glasfaserkabelnetzes Schritt und wird Regionen versorgen, bei denen das Verlegen von Leitungen aufwändig, langsam und teuer wäre. Anstatt einen Haushalt per Leitung ans Internet anzuschließen, wird 5G dafür sorgen, daß Breitbandinternet per Funk ins Eigenheim kommt. „Von 2018 bis 2021 investiert T-Mobile insgesamt rund eine Milliarde Euro, um leistungsfähige mobile wie fixe Breitbandinfrastruktur für Österreich zu gewährleisten.“

„Wir freuen uns, daß Österreich zum 5G-Pionierland innerhalb der Deutschen Telekom wird. Trotz der schwierigen topographischen Lage ist Österreich Vorreiter bei der Einführung neuer Technologien. Wir sind der



v.l.: Karl Wilfing (Landtagspräsident NÖ), Maria Zesch (CCO Business & Digitalization T-Mobile Austria) und Wolfgang Gaida (Bürgermeister von Hohenau an der March)

einzigste europäische Anbieter, der in Österreich in den Ausbau von 5G-Mobilfunk und Festnetz investiert“, erklärte Srinu Gopalan, Vorstandsmitglied Deutsche Telekom AG bei der Liveschaltung des 5G-Netzes in Österreich.

Bundeskanzler Sebastian Kurz: „Österreich nimmt mit dem heutigen Tag eine Pionierrolle im 5G-Ausbau ein. Dies ist ein wichtiger Meilenstein für unsere Wettbewerbsfähigkeit, unseren technologischen Fortschritt und für die Lebensqualität der Österreicherinnen und Österreicher. Ich danke dem Deutschen Telekom Konzern für das Vertrauen in unseren Standort.“

„Die Möglichkeiten, die 5G den Menschen bietet, wird die Art wie wir leben komplett verändern. Ich bin zuversichtlich, daß es in den Landeshauptstädten schon 2020 eine 5G-Netzabdeckung geben wird. Entlang der Hauptverkehrsrouten wollen wir diesen Schritt 2023 schaffen – flächendeckendes 5G peilen wir für 2025 an“, sagte Norbert Hofer, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie.

„Österreich ist eines der ersten Länder, das den neuen Mobilfunkstandard ausrollt. Das ist wichtig, um bei der Digitalisierung an die Spitze zu kommen. Neue Technologie zieht immer auch zusätzliche Wertschöpfung

und Innovation an. Gerade für unsere Startup-Landschaft ist das ein wichtiger Impuls. Wir haben von unserer Vorreiterrolle beim 3G-Standard profitiert und wir wollen auch bei 5G vorne statt nur dabei sein“, so Digital- und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck.

Weiterer Ausbau von 5G in Österreich

Die Erfahrungen aus den ersten 5G-Standorten in den nächsten Monaten wird T-Mobile Austria in den weiteren österreichweiten 5G-Ausbau einfließen lassen. Für die ersten „friendly customers“ wird T-Mobile Austria spezielle 5G-Router zur Verfügung stellen. Die ersten 5G-Smartphones werden noch im Laufe von 2019 erwartet. In größerer Modelvielfalt und Stückzahl werden 5G-fähige Smartphones und Tablets voraussichtlich 2020 zur Verfügung stehen.

T-Mobile Austria setzt bei seiner Ausbaustategie auf die Vielfalt der Netze. Im ländlichen Bereich werden 5G und LTE Internet auch in entlegene Täler Österreichs bringen. In suburbanen Gebieten werden zusätzlich Hybrid und DSL für leistungsfähiges Internet sorgen. In Städten wird das Glasfaserkabelnetz gemeinsam mit den anderen Technologien für Breitband-Internet sorgen. ■

<https://www.t-mobile.at/>

Wien 1900. Aufbruch in die Moderne

Die neu konzipierte Dauerpräsentation im Leopold Museum veranschaulicht das Phänomen Wien 1900 in all seiner Kreativität und Komplexität.



Emil Jakob Schindler, Waldstraße bei Schärfling, 1890

Wien 1900. Aufbruch in die Moderne ist als neue Dauerpräsentation des Leopold Museum konzipiert und gewährt einen Einblick in die enorme Fülle und Vielfalt künstlerischer wie geistiger Errungenschaften dieser Epoche mit all ihren kulturellen, sozialen, politischen und wissenschaftlichen Implikationen. Basierend auf den von Rudolf Leopold gesammelten Beständen des Leopold Museum und ergänzt um ausgewählte Leihgaben aus mehr als 50 privaten und institutionellen Sammlungen vermittelt die von Direktor Hans-Peter Wipplinger kuratierte Präsentation auf einzigartige Weise das Fluidum der einstigen Weltkulturhauptstadt Wien und beleuchtet die von Gegensätzen geprägte Atmosphäre des Aufbruchs zur

Zeit der Jahrhundertwende. Über drei Etagen hinweg sind auf über 3.000 m² Ausstellungsfläche rund 1.300 Exponate zu sehen. Die Präsentation glänzt mit medialer Vielfalt, die von Malerei, Grafik, Skulptur und Fotografie über Glas, Keramik, Metall, Textilien, Leder und Schmuck bis hin zu Möbelstücken und Wohnungseinrichtungen reicht. Zahlreiche Archivalien ergänzen die Schwerpunkte der Ausstellung, die einen zeitlichen Bogen von ca. 1870 bis 1930 spannt.

Um- und Aufbruch im pulsierenden Wien der Jahrhundertwende

Wien war im Fin de Siècle Nährboden für ein beispiellos fruchtbares Geistesleben in den Bereichen der Künste und Wissenschaften.

Paradoxiertweise ereignete sich diese Hochblüte zeitgleich mit der stetigen Zunahme von politischen und sozialen Machtkämpfen sowie Nationalitätenkonflikten in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Die Einzigartigkeit liegt vor allem auch in der Tatsache begründet, daß der Aufbruch in den unterschiedlichsten Disziplinen, von Malerei und Literatur über Musik, Theater, Tanz und Architektur bis hin zu Medizin, Psychologie, Philosophie, Rechtslehre und Ökonomie stattfand.

„Das Phänomen Wien 1900 in all seiner Kreativität und widersprüchlichen Komplexität darzustellen, ist der Anspruch der neu konzipierten Dauerpräsentation. Die pulsierende Donaumetropole war um 1900 von

Gegensätzen geprägt: Sie war die Hauptstadt des Hochadels und der liberalen Intellektuellen, der prachtvollen Ringstraße und der endlosen Armenviertel, des Antisemitismus und des Zionismus, des starren Konservatismus und des Aufbruchs in die Moderne. Glanz und Elend, Traum und Wirklichkeit, Symbolismus und Selbstbefragung bezeichnen den existierenden Pluralismus jener Zeit und markieren Wien als Ideenlaboratorium und Motor einer turbulenten Erneuerungsbewegung. In diesem heterogenen Milieu fand jene einzigartige Verdichtung an Kulturleistungen statt, die uns heute von Wien um 1900 als einem Quellgrund der Moderne sprechen lassen“, so Wipplinger.

Blütezeit des Historismus und stimmungsvolle Landschaftsmalerei

Den Ausstellungsaufakt in der vierten Etage des Leopold Museum bildet eine Ouvertüre zur Blütezeit des Wiener Historismus

um 1870, mit Werken von Hans Makart, Hans Canon und der Künstler-Compagnie. Naturalistischen Gemälden aus Gustav Klimts Frühwerk werden Plastiken von Auguste Rodin sowie Medardo Rosso und Porträts von Anton Romako oder Franz von Lenbach gegenübergestellt. Zudem werden zurückhaltende, „stimmungsimpressionistische“ Landschaftsdarstellungen und Milieustudien von Emil Jakob Schindler, seiner Künstlerfreundin und Rivalin Tina Blau, von Olga Wisinger-Florian und Theodor von Hörmann gezeigt.

Gründung der Wiener Secession

„Vor dem Hintergrund des Wiener Historismus und Stimmungsimpressionismus ist die Gründung der Wiener Secession im Jahr 1897 zu sehen, die als Befreiungsschlag die Kunstszene aufrüttelte und als Geburtsstunde der österreichischen Moderne in der bildenden Kunst gilt. Den Wiener Modernen –

progressive Künstler wie Gustav Klimt, Koloman Moser, Alfred Roller, Carl Moll und Josef Hoffmann – ging es im Sinne der Idee des Gesamtkunstwerkes um die Durchdringung aller Lebensbereiche der Menschen mit Kunst; die angewandte Kunst wurde dabei der bildenden Kunst gleichgestellt. In die-



© Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger



Foto: Kasser Mochary Foundation, Montclair, NJ/Nikolai Dobrowolskij

Bild oben: Auguste Rodin (1840–1917), *Das ewige Idol*, Entwurf 1893, Guß 1971, Bronze, 73 × 55 × 39 cm; Leihgabe The Kasser Mochary Family Foundation, Montclair, New Jersey
Bild rechts: Hans Makart (1840–1884), *Vestalin*, 1870/72, Öl auf Holz, 93,9 × 25,8 cm

sem Zusammenhang erschließt sich das Konzept der Wiener Werkstätte, die im Jahr 1903 von Josef Hoffmann, Koloman Moser und Fritz Waerndorfer gegründet wurde“, erklärt der Direktor.

In der Präsentation veranschaulichen Gemälde von Giovanni Segantini oder Ferdinand Hodler sowie Skulpturen von Max Klinger oder Franz von Stuck den intensiven Austausch der Wiener Avantgarde mit internationalen KünstlerInnen. Werke von Emil Orlik, Carl Moll, Broncia Koller-Pinell, Wilhelm List, Josef Maria Auchentaller, Erich Mollina oder Alexander Rothaug führen die stilistische Vielfalt in der Wiener Secession vor Augen, die von postimpressionistischen über symbolistische bis hin zu japonistischen Tendenzen reicht.

Tanz, Psychologie, Mode, Fotografie

Neben den Neuerungen in der bildenden Kunst werden revolutionäre Aspekte aus anderen künstlerischen und kulturellen Feldern beleuchtet, wie die Befreiung des Tanzes aus der Tradition des klassischen Balletts hin zu einer autonomen Kunstform durch das Wirken von Künstlerinnen wie den Schwestern Wiesenthal, Gertrud Bodenwieser, oder Rosalia Chladek. Auch Sigmund Freuds bahnbrechende Schriften und vor allem sein 1899 publiziertes Werk *Die Traumdeutung* werden hinsichtlich ihrer weitreichenden Konsequenzen thematisiert. Die Wiener Kleiderkunst, die mit dem Reformkleid die Zwänge des Korsetts überwand, wird anhand von Kreationen der Mode-Pionierin Emilie Flöge veranschaulicht. Das zu dieser Zeit noch verhältnismäßig junge Medium Fotografie ist durch Arbeiten von Dora Kallmus, Moriz Nähr und Heinrich Kühn repräsentiert.

Gustav Klimt

Gustav Klimts künstlerische Entwicklung von einem Vertreter der Kunst des Historismus hin zum Gründungsmitglied der Secession wird in der Präsentation anhand von Hauptwerken aus den Beständen des Museums sowie durch herausragende Dauerleihgaben aus Privatsammlungen nachvollziehbar. Zahlreiche Landschaftsbilder, die singuläre, den menschlichen Lebenszyklus thematisierende Allegorie *Tod und Leben* sowie der *Eklat* rund um die Fakultätsbilder stehen im Fokus. Darüber hinaus wird Klimts enge Freundschaft mit Emilie Flöge thematisiert, die als stilbildende Modeschöpferin eine wichtige Figur der kreativen Szene war.



Josef Hoffmann (1870–1956), Brosche aus dem Nachlaß von Emilie Flöge, 1911, Silber, Malachit, 4,2 × 4,2 cm, Privatbesitz



Gustav Klimt (1862–1918), Litzlbergkeller, 1915/16, Öl auf Leinwand, 110 × 110 cm, Privatsammlung

Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger



Bild oben: Broncia Koller-Pinell (1863–1934), *Sitzende (Marietta)*, 1907, Öl auf Leinwand, 107,5 × 148,5 cm, Sammlung Eisenberger, Wien

Bild unten: Josef Hoffmann (1870–1956), Ausführung: Wiener Werkstätte, *Bücherschrank aus dem Lesezimmer des Sanatorium Purkersdorf, 1904/05*, Eichenholz, schwarz gebeizt, die Poren weiß eingerieben; Holz, weiß gestrichen, Bleiverglasung, Packtong, 171,5 × 144,3 × 39 cm, Ernst Ploil, Wien

Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger



Kunstgewerbeschule und Wiener Werkstätte

Oberste Prämisse der Wiener Werkstätte war die Förderung eines neuen Lebensstils durch die Durchdringung aller Lebensbereiche mit Kunst. Das von Josef Hoffmann entworfene Sanatorium Westend in Purkersdorf, das Palais Stoclet in Brüssel oder das ebenfalls von ihm geplante und von der Wiener Werkstätte ausgestattete Cabaret Fledermaus in Wien stellen hinsichtlich der Komplexität ihrer Gestaltung die herausragendsten Gesamtkunstwerke dar, was Architekturmodelle und Möbel veranschaulichen. Diverse Schöpfungen von KünstlerInnen der Kunstgewerbeschule und der Wiener Werkstätte, wie Schmuck, Gläser, Keramiken, Tafelgeschirr, Textilien, Buch- und Plakatgestaltungen, Tunkpapiere, Spielkarten oder Lederprodukte belegen, auf welchem hohen Niveau Entwurf und Handwerk in Verbindung gebracht wurden.

Wien als Architekturmetropole – Otto Wagner, Josef Hoffmann, Adolf Loos

In der dritten Etage wird Wien als Architekturmetropole präsentiert: Architekt, Theoretiker und Stadtplaner Otto Wagner sowie Essayist und Architekt Adolf Loos stehen im Fokus, von Koloman Moser – dem im 4. Stock ein Saal gewidmet ist – sind Möbelensembles zu sehen. Schließlich wird einer der bedeutendsten musealen Ankäufe der vergangenen Jahre präsentiert: das von Architekt und Designer Josef Hoffmann im Sinne des Gesamtkunstwerks gestaltete Zimmer für die Tochter des Industriellen Max Biach aus dem Jahr 1902.

Österreichischer Expressionismus

Richard Gerstl, Egon Schiele, Oskar Kokoschka – Arnold Schönberg

In den darauffolgenden Ausstellungsräumen stehen die Ausformungen des spezifisch österreichischen Expressionismus, der sich durch einen schwelenden Symbolismus und die Befragung des Individuums auszeichnet, im Fokus. Richard Gerstl, Oskar Kokoschka, Egon Schiele, Anton Faistauer, Max Oppenheimer, Anton Kolig, Albin Egger-Lienz, Albert Paris Gütersloh und Herbert Boeckl zählen zu den wichtigsten Vertretern. Die beiden künftig Oskar Kokoschka gewidmeten Säle werden nach der großen Retrospektive eingerichtet, die vom 6. April bis zum 8. Juli 2019 im Leopold Museum zu sehen sein wird. Aktuell ist dort Arnold Schönberg eine von Theres Muxeneder vom Arnold Schönberg Center kuratierte Werkschau gewidmet.

Richard Gerstls ausdrucksstarke, gestisch expressive Malerei, die in manchen Gemälden in eine Formauflösung mündete, macht ihn zum ersten Vertreter des österreichischen Expressionismus. Das Leopold Museum besitzt die weltweit größte Sammlung von Werken des Künstlers und präsentiert Selbstbildnisse, Porträts und Landschaftsbilder. Eingebettet in den Kontext des österreichischen Expressionismus wird das Œuvre von Egon Schiele präsentiert. Mit 42 Gemälden und über 180 Arbeiten auf Papier sowie Autografen, Gedichten und Fotografien beherbergt das Leopold Museum den umfangreichsten und bedeutendsten Bestand an Werken des Künstlers.

Kunst und Krieg – Pluralismus der Stile

Im Erdgeschoß findet die Dauerpräsentation ihre Fortsetzung. Die Künstlergeneration um Egon Schiele erlebte den Krieg am Schlachtfeld mit. Viele von ihnen hatten sich von der allgemeinen Begeisterung anstecken lassen, ihre Euphorie wich allerdings rasch einer Ermüchterung oder wandelte sich sogar in eine erbitterte Kriegsgegnerschaft. Die Ausstellung veranschaulicht dies mit zahlreiche Arbeiten, darunter Werke von Anton Hanak, Albin Egger-Lienz oder Anton Kolig.

Neue Sachlichkeit und Magischer Realismus

Die Präsentation gibt einen umfangreichen Einblick in das erste Jahrzehnt der jungen Republik mit ihren gemäßigt expressionistischen oder neusachlichen Tendenzen. Innovative Impulse wurden in den 1920er-Jahren durch die wirtschaftliche Instabilität, die eine Etablierung autoritärer und faschistischer Ideen begünstigte, zunehmend verhindert. Neben Werken von Carry Hauser, Otto Rudolf Schatz, Josef Dobrowsky, Albert Birkle, Alfred Wickenburg, Josef Gassler, Viktor Planckh und Sergius Pauser, die zu den Hauptvertretern der Neuen Sachlichkeit in Österreich zählen, ist mit *La Femme aux Roses* auch ein Werk von Greta Freist zu sehen. Diese hatte ihre Werke wiederholt in den Ausstellungen des Hagenbundes präsentiert. Der Magische Realismus zeichnet sich durch eine fantastisch-surreale Grundstimmung aus, wobei die dargestellten Szenarien oft schwermütig und bedrohlich wirken. In Rudolf Wackers Werken etwa wird die rationale Wirklichkeit mit einer von Geheimnissen, Träumen und Halluzinationen geprägten Welt verflochten.

„Die fragile Demokratie taumelte dem Untergang entgegen. Mit der Ausschaltung



Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thurnberger

Greta Freist (1904–1993), *La Femme aux Roses*, 1937, Öl auf Leinwand, 58,5 × 46 cm, Leopold Privatsammlung

des Parlaments und der Einsetzung einer autoritären Regierung, dem Verbot der sozialdemokratischen Partei und der Installation des austrofaschistischen Ständestaates wurde dem Nationalsozialismus ein fruchtbarer Nährboden bereitet. Manche bildenden KünstlerInnen wiesen bereits früh auf die drohende Gefahr hin. Andere stellten sich in den Dienst der Propaganda und wurden später überzeugte NSDAP-Mitglieder. Schließlich wurde eine Vielzahl jener Leitfiguren aus Kunst, Musik, Literatur und Wissenschaft, die substanziell an der Hochblüte der Wiener Moderne beteiligt waren, zur Emigration gezwungen oder ermordet“, so Hans-Peter Wipplinger.

Ausgewählte Werke aus dem Bereich der Gedächtniskunst beleuchten diese fatale Entwicklung und bilden das unheilvoll-visionäre Ende der Ausstellung: Peter Weibels Installation *Vertreibung der Vernunft* themati-

siert den kulturellen Exodus und die systematische Auslöschung der jüdischen Bevölkerung und zwei Arbeiten von Heimrad Bäcker verweisen auf die Totalität der nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie.

Katalog

Zur Ausstellung erscheint im Juni 2019 ein umfassender Katalog, herausgegeben von Hans-Peter Wipplinger, mit Beiträgen von Andrea Amort, Bazon Brock, Heike Eipeldauer, Verena Gamper, Allan Janik, Stefan Kutzenberger, Diethard Leopold, Monika Meister, Therese Muxeneder, Burghart Schmidt, Ernst Ploil, Ivan Ristic, August Ruhs, Hans-Peter Wipplinger und Thomas Zaunschirm (560 Seiten, ca. 1000 Abbildungen, Deutsch/Englisch in getrennter Auflage, Verlag der Buchhandlung Walther König, € 49,90).

<http://www.leopoldmuseum.org/>

<https://www.buchhandlung-walther-koenig.de/>

Arik Brauer

Alle meine Künste

Das Jüdische Museum Wien feiert den 90. Geburtstag des Universalgenies Arik Brauer mit einer Ausstellung, die die verschiedenen Facetten seines Lebens und seiner Arbeit präsentiert.

Von Danielle Spera*)

Es gibt nur wenige österreichische Künstler, deren Oeuvre so gut in das Jüdische Museum Wien paßt, wie jenes von Arik Brauer. Sein Werk ist ursächlich verknüpft mit der Wiener Geschichte, mit der jüdischen Geschichte Wiens und mit dem Judentum per se. Als jüdischer Gassenbub aus Ottakring überlebt er die Schoah, studiert an der Akademie, reist mit dem Fahrrad durch Europa, Afrika und Israel und erobert sich von Paris aus seinen Platz in der Kunstwelt.

„Alle meine Künste“ ist exakt der passende Titel für die Arbeit von Arik Brauer. Dargestellt hat er alle seine Künste in einem Bild an der Fassade des Wohnhauses in Wien, in dem er seit Jahrzehnten mit seiner Frau und Muse Naomi lebt. Man kann Arik Brauer zu Recht als künstlerisches Universalgenie bezeichnen: Er ist Maler, Grafiker, Keramiker, Architekt, Musiker, Sänger, Tänzer, Komponist, Texter, Bühnenbildner und vieles andere mehr.

Aufgewachsen ist er in den 1930er-Jahren in einem bescheidenen Elternhaus, in einer „Zimmer-Küche-Wohnung mit Klo am Gang“, wie Brauer es selbst beschreibt. „So wie eben damals die meisten Menschen gelebt haben. Aber wir haben nie Hunger gelitten.“¹⁾ Arik Brauers jüdischer Vater wird von den Nazis im KZ ermordet. Arik bleibt mit seiner Mutter und seiner Schwester in Wien und arbeitet als Tischlerlehrling für den „Ältestenrat“ der Kultusgemeinde. In einem Schrebergarten versteckt, erlebt er das Ende der Nazi-Diktatur und die Ankunft der sowjetischen Armee in Wien als Befreiung. Keine Frage also, daß Brauer, der von klein auf sozialdemokratisch sozialisiert wurde, sich unmittelbar der Freien Österreichischen Jugend anschließt, der Jugendorganisation der kommunistischen Partei. Dort treffen sich



Arik Brauer, um 1965

mein Vater, Kurt Spera, und Arik, die beide als jüdische Ottakringer Arbeiterbuben ein ähnliches Schicksal zu meistern hatten. Während mein Vater sich als ideologischer Parteitheoretiker im Vordenken bewährt, ist Arik unter dem Spitznamen Singerl für Kunst, Kultur und Sozialleben aktiv. Er ist im Chor

führend, zeichnet für die Parteizeitung der Jugend und organisiert sportliche Unternehmungen. Bald erkennt er aber, daß das nicht sein Weg ist und wendet sich vom Kommunismus ab.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs beginnt Arik Brauer sein Stu-

*) Dr. Danielle Spera ist seit Juli 2010 Direktorin des Jüdischen Museums Wien – dieser Text stammt aus dem Ausstellungskatalog „Arik Brauer. Alle meine Künste“ 2019

¹⁾ Danielle Spera, Der Antisemitismus ist auch nicht mehr, was er einmal war. Interview mit Arik Brauer, in: NU 34 (12/2008), 6–14.

Kultur

dium an der Akademie der bildenden Künste Wien. Gemeinsam mit Rudolf Hausner, Ernst Fuchs, Wolfgang Hutter und Anton Lehmden gründet er die Wiener Schule des Phantastischen Realismus. Seine Passion unter all seinen Künsten ist das Malen. Er sieht es als Beruf, vor allem als seine Berufung. In die Wiege wurde ihm das nicht gelegt, denn in seiner Familie hatte niemand ein Faible dafür, sondern für Musik. Schon als Kind hatte Arik Brauer außergewöhnlich gezeichnet und wurde als besonderes Talent gehandelt. Er zeichnet, was er sieht, auf der Straße, im Wienerwald, im Schrebergarten, oder Figuren aus Büchern, die er liest. Dann kommt bald die Tora, das Alte Testament, ins Spiel – Geschichten, die ihn beflügeln, in seinen Bildern eigene Geschichten zu erzählen. Sein Freund Ernst Fuchs bezeichnet Brauer als Mystiker, als Romantiker, dessen Erfahrungsbereich durch Anverwandlung an Naturerlebnisse entstanden sei. Arik Brauer zaubere Bilder aus dem Bild seiner Weltanschauung – entstanden auch aus seinem Hunger nach Naturerlebnissen.²⁾ Tatsächlich ist der verantwortungsvolle Umgang mit der Natur

und Atmosphäre ein wesentlicher Bestandteil seiner Reflexionen. Damit beschäftigt sich Brauer intensiv und setzt dies auch in seinen Architekturprojekten, wie auch in sei-

nen eigenen Wohnräumen, nach seinen Vorstellungen um.

Israel entdeckt er als junger Mann und findet dort auch die Liebe seines Lebens,



© Privatbesitz Arik Brauer

Bild oben: Arik Brauer (l.) mit Friedensreich Hundertwasser in dessen Bauernhaus in La Picaudière in der Normandie, 1963 – Bild unten: Naomi und Arik Brauer mit ihren drei Töchtern Timna, Talia und Ruth, Ein Hod 1984

²⁾ Ernst Fuchs, in: Arik Brauer, Monografie. Mit Beiträgen von Hugo Portitsch, Walter Koschatzky, Friedensreich Hundertwasser, Wien 1998, 15–16.



© Privatbesitz Arik Brauer



© Privatbesitz Arik Brauer

Arik Brauer, »Bekosso, Kisso, Kasso«, Tempera auf grundiertem Karton, 1997

Naomi Dahabani, die aus einer jemenitisch-jüdischen Familie stammt. Naomis Vater war indirekt mit Österreich verbunden. Er kutscherte 1898 niemand geringeren als Theodor Herzl bei dessen Besuch in Palästina durch das Land. Die Tradition, aus der seine Frau stammt, die farblichen Eindrücke, die sinnlichen Erfahrungen der Natur finden sich unmittelbar in Arik Brauers Malerei wieder. Der Transfer des Lebensmittelpunkts nach Paris beschert nicht nur neue Impressionen, sondern auch den künstlerischen Durchbruch und eine wesentliche Veränderung: zwei Töchter, Timna und Talia, werden geboren, später in Wien die dritte Tochter Ruth, eine Familie entsteht. Und all diese Erlebnisse fließen in Arik Brauers Bilder ein.

Seine Bilder erzählen Geschichten, die sich im Betrachten und durch den Betrachter verändern. Besucht man Arik Brauer, steht ständig ein neu geschaffenes Bild auf seiner Staffelei. Bewundernde Worte tut er mit der Bemerkung ab, daß das Bild ja noch längst nicht fertig sei. Während der Besucher bereits völlig im Bann der Geschichte steht, die er auf dem Bild sieht, kommen im Lauf weniger Stunden noch viele weitere Geschichten hinzu. Brauer könne ewig voranmalen, meinte Ernst Fuchs, immerwährend könnten in einem Bild neue Bilder entstehen, die neue Geschichten hervorbringen und die Fantasie des Betrachters beflügeln.

Wie seine Bilder sind auch Arik Brauers Gesang und Musik voll von Geschichten, von Erlebtem, das ihn geprägt hat. Als Sänger im Wiener Dialekt und Mitbegründer des Austropop erklimmt er in den 1970er-Jahren die Spitze der Hitparade. Der ungeahnte Erfolg wird ihm jedoch unheimlich. Er dreht diese Karriere mit Gewalt ab, wie er selbst sagt, und das, obwohl seine Platten in jedem österreichischen Haushalt zu finden sind.³⁾

³⁾ Arik Brauer. Schieß nicht auf die blaue Blume!, Ausstellungskatalog, Kunst Haus Wien (11.9.2003–8.1.2004), Wien 2003, 20.



© Arik Brauer / Foto: Sebastian Gansrigler

Arik Brauer, *Mein Vater im Winter*, 1983/1984

Das Malen bleibt zentrales Element seines Lebens. Er gestaltet Bühnenbilder für die Wiener Staatsoper oder die Opéra Garnier in Paris und pendelt zwischen Wien und Israel, wo er in Ein-Hod bei Haifa aus einer Ruine ein paradiesisches Haus zaubert.

Im Jüdischen Museum Wien wurde Arik Brauer bisher zweimal ausgestellt: 2006 in einer Ausstellung gemeinsam mit dem Frühwerk von Ernst Fuchs und Friedensreich Hundertwasser. 2014 zeigte das Jüdische Museum Wien unter dem Titel „Le dor va dor“

die neuen Brauer-Illustrationen der Hagga-da. Es entstanden 24 Bilder, die die Geschichte des Auszugs der Juden aus Ägypten darstellen. Zu diesem neuen Zyklus an Kunstwerken (Arik Brauers zweite Hagga-da-Illustration) hatte ihn unser gemeinsamer Freund Erwin Javor überredet. Sein Verhältnis zu Arik Brauer skizziert Javor in unserer Publikation vortrefflich, ich danke ihm für diesen Beitrag und für seine uneingeschränkte Unterstützung. Otto Ressler hat auf Wunsch Arik Brauers über das malerische

© Jüdisches Museum Wien / Foto: Führer, Wien



Arik Brauer, *Alle meine Künste*, Wandfries aus Keramik, 2013

Werk geschrieben, ihm ist zu danken, ebenso Direktorin Angelika Fitz vom Architekturzentrum Wien, die sich mit dem Thema Architektur und Natur bei Arik Brauer auseinandergesetzt hat, und Rainer Krispel, der über Arik Brauer und die Musik schreibt. Über all diese Themen habe ich mit Arik Brauer ein langes Interview geführt, das wir mit unwesentlichen Kürzungen den Katalog zur Ausstellung aufgenommen haben.

Die Schau zeigt nicht nur sein künstlerisches Schaffen, von der Malerei, Keramik, Musik, Tanz, Bühnenbild bis zur Architektur, sondern verweist auf die enge Verknüpfung von Arik Brauers Werk mit Wien, Israel und mit dem Judentum per se.

»Sie hab´n a Haus baut«

Bis heute verblüfft Arik Brauer mit der ungebrochenen Aktualität seiner Forderungen nach einer grünen Stadt. Bereits in den 1970er-Jahren spricht er von grünen Fassaden und tritt für die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ein. Anfang der 1990er realisiert er erstmalig ein Haus nicht für sich selbst, wie dies etwa bei den privaten Häusern in Wien und Israel geschehen ist. Die mit Keramikbildern reich geschmückte und plastisch bewegte Straßenfassade des Hauses in der Gumpendorferstraße sticht heraus und im Hof gibt es einen Rodelhügel und ein Biotop. Im Geschosswohnbau läßt er den Garten mit begrünten Dachgärten und Terrassen in die Vertikale wachsen. Neben den Pflanzen werden auch Tiere Teil des Wohnbaus: es gibt einen Kleintierzoo und Aquarien in der Eingangshalle. Auf kritische Stimmen, daß nur Architekten Architektur schaffen können, kontert Brauer „Jeder Mensch sollte sich mit Architektur beschäf-



© Privatbesitz Arik Brauer

Arik Brauer an der Akademie der bildenden Künste Wien, ca. 1950

tigen. /.../ Wir leben mit Architektur, wir genießen und erleiden Architektur. Also zu sagen, das geht nur die Architekten was an, finde ich unsinnig.“

Ausstellungsdaten

„Arik Brauer. Alle meine Künste“ ist von 3. April bis 20. Oktober 2019 im Jüdischen Museum Wien, einem Museum der Wien Holding, zu sehen. Zur Ausstellung, die von

Danielle Spera und Daniela Pscheiden kuratiert und von Fuhrer, Wien gestaltet wurde, erscheint ein Katalog zum Preis von 29,95 € im Amalthea Verlag.

<http://www.arikbrauer.at/>

Das Museum

1895 wurde in Wien das erste jüdische Museum gegründet, es war das erste weltweit. Der Trägerverein setzte sich aus einer Gruppe Wiener jüdischer Bürger zusammen. Die Sammlung konzentrierte sich auf die Kultur und Geschichte der Juden in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, insbesondere auf Wien und Galizien. In der Sammlung der Zwischenkriegszeit spiegelte sich anhand zionistischer Objekte zudem die neue politische Diskussion dieser Zeit wider. Das Museum wurde direkt nach dem „Anschluß“ von den Nationalsozialisten 1938 geschlossen. Im letzten Jahr seines Bestehens waren 6474 Objekte in das Inventarbuch eingetragen. 1939 wurde der Bestand dem Museum für Völkerkunde und anderen Wiener Institutionen übertragen.

Das Jüdische Museum Wien präsentiert seit 2013 die permanente Ausstellung „Unsere Stadt! Jüdisches Wien bis heute“.

<http://www.jmw.at/>

© Arik Brauer / Foto: Sebastian Gansrigler



Arik Brauer, Fisch, Spinnerin, Vogel, Bronzeplastiken zum Fernsehspiel „Alles was Flügel hat fliegt.“

Erdruckt und erstochen

Die Druckgrafik von Günter Brus – Ausstellung im
BRUSEUM Graz von 29. März bis 30. Juni 2019

„Erdruckt und erstochen“ heißt die erste umfassende Ausstellung zum druckgrafischen Werk von Günter Brus, zu der auch eine Publikation gleichen Titels erscheint. Beide offerieren mit Arbeiten aus fünf Jahrzehnten einen retrospektiven Blick und zeigen nicht nur die Entwicklung des Künstlers vom Aktionisten zum Bild-Dichter über die Spiegelung in der Druckgrafik. Sie verdeutlichen auch, daß druckgrafische Techniken Brus durch sein gesamtes künstlerisches Werden begleiteten.

Günter Brus als »Kupfermörder«

Das Gewalttätige, das der Titel impliziert, liegt einerseits in der Technik selbst und andererseits im aktionsartigen Arbeitsprozeß begründet, den er sich bewahrt hat. Gerade seine Kaltnadelradierungen spiegeln die körperliche Anstrengung und den enormen Kraftaufwand wider, der ihrer Entstehung zugrunde liegt. Brus hat die Metallplatten mit Stahlnadeln, Taschenmessern, Scheren, Drahtbürsten, Bohrern und einem Elektrofräser bearbeitet, ja richtiggehend attackiert. Er spricht von sich selbst als „Kupfermörder“. Diese aktionistische Verletzung der Oberfläche, das rastlose Arbeiten bis zur Erschöpfung, die Intensität der gestischen Handschrift zeigen sich nicht nur paradigmatisch in den Blättern, sondern auch in den dazugehörigen Druckplatten, die das erste Mal zu sehen sind. Brus arbeitet ohne Skizzen oder Vorzeichnungen direkt in die Platte und knüpft damit an die „direkte Kunst“ seit den frühen Aktionen an. Auch wenn er mitunter auf Bilder der Kunstgeschichte referiert oder an eigenen Werken Maß nimmt, ist die einzige grundlegende Zeichnung, die existiert, jene, die in die Metallplatten geritzt, gekratzt und gestochen wird.

© BRUSEUM/Neue Galerie Graz, Universalmuseum Joanneum / Foto: Universalmuseum Joanneum/N. Lackner



Günter Brus, „Die Wölfe schluchzen“, 1982, Kaltnadel auf Kupfer, Blatt: 65 x 53,8 cm

Erste Vervielfältigungen: Matrizendrucke der 1960er-Jahre

Die Ausstellung beginnt mit den ersten Matrizendruckten, die Brus 1966 im Rahmen des von ihm und Muehl gegründeten Instituts für direkte Kunst anfertigt. Der große Vorteil dieses auch Spiritusdruck genannten Verfahrens besteht darin, daß damit ein Schriftstück oder eine Zeichnung ohne Anwendung einer Druckerpresse, sondern nur

durch eine abfärbende Vorlage vervielfältigt werden kann. Die Matrice erlaubt ihm zwar nur eine Auflage von maximal 40 Stück, da die Farbsättigung mit jedem Abzug abnimmt, aber er erreicht mit seiner Kunst das erste Mal eine Öffentlichkeit jenseits des kleinen Zirkels an Eingeweihten. Für das Direct Art Festival, das am 9. November 1967 im Porrahaus stattfindet, entwirft er 15 verschiedene Motiv für die Ankündigung, die er

mit dem Vermerk „Brus-Design“ durchnummert. Die Vorlagen reflektieren das kulturelle Repräsentationsregime jener Zeit und stammen aus diversen Zeitungen und Zeitschriften. Von einigen Abzügen haben sich in der Sammlung des legendären italienischen Editeurs und Kunstsammlers Francesco Conz sogar die Originalmatrizen erhalten. Dadurch kommen wir in den glücklichen Umstand, daß wir von einem Matrizendruck

Kultur

wissen, von dem sich offenbar kein Abzug erhalten hat und der eine Aktion für die Galerie nächst St. Stephan skizziert.

Im selben Jahr, in dem er beginnt, Matrizendrucke zu produzieren und damit eine Öffentlichkeit für seine Aktionen mitzudenken, verändert sich auch die Ausrichtung seiner Aktionen. Im Herbst 1967 entwickelt er das Konzept der Körperanalyse, bei dem er auf jedes künstlerische Material verzichtet und ausschließlich mit seinem Körper und dessen Funktionen arbeitet. Mit seinen Aktionen „Der Staatsbürger Günter Brus“ betrachtet seinen Körper und Kunst und Revolution zeigt er nicht nur zum ersten Mal seine Körperanalysen in Österreich, sondern fertigt parallel dazu für die Plakate auch seine ersten Siebdrucke an. Die Reaktion des Establishments läßt bekannterweise nicht lange auf sich warten. Es kommt zu einer medialen Hetzkampagne und Brus wird wegen einer Kunstaktion zu sechs Monaten „strengem Arrest“ verurteilt. Während Brus gegen das Urteil in Berufung geht, fertigt er „zur Erinnerung an den 7. Juni 1968“ das Patent Urinoir an und kurz darauf das Patent Merde. Die Hefte sind im Matrizendruck produziert und mit einem siebgedruckten Umschlag versehen. Brus publiziert darin eigene Schriften, Texte von Freunden, Zeitungsartikel, Straferkenntnisse und Drohbriebe, aber auch Zeichnungen, für die er auf ältere Aktionszeichnungen zurückgreift.

Die Schastrommel als Plattform zeitgenössischer Kunst

Brus flieht im April 1969 mit seiner Familie in einer Nacht- und Nebelaktion vor der Strafverfolgung durch die österreichischen Behörden nach Westdeutschland. In Berlin gründet er mit Otmar Bauer, Hermann Nitsch, Gerhard Rühm und Oswald Wiener die „Österreichische Exilregierung“ und gibt deren Publikationsorgan Die Schastrommel heraus. Die Künstler sind natürlich sämtlich Kaiser und der Ton ist dementsprechend kämpferisch, doch aus der provokanten Geste als Reaktion auf die erfahrenen Repressionen durch Staat und Gesellschaft wird eine Plattform für zeitgenössische Kunst und eine wesentliche Publikationsmöglichkeit für avantgardistische Künstler abseits des Kunstmarkts. Der Umschlag ist meist ein mehrfarbiger Siebdruck auf Karton, den Brus' Freund und Mitarbeiter Frank Dolch besorgt, und auch die Zwischenblätter, die die unterschiedlichen Künstlerbeiträge in der Zeitschrift trennen, sind in Siebdruck ausgeführt. Ab der vierten Ausgabe erscheinen zudem

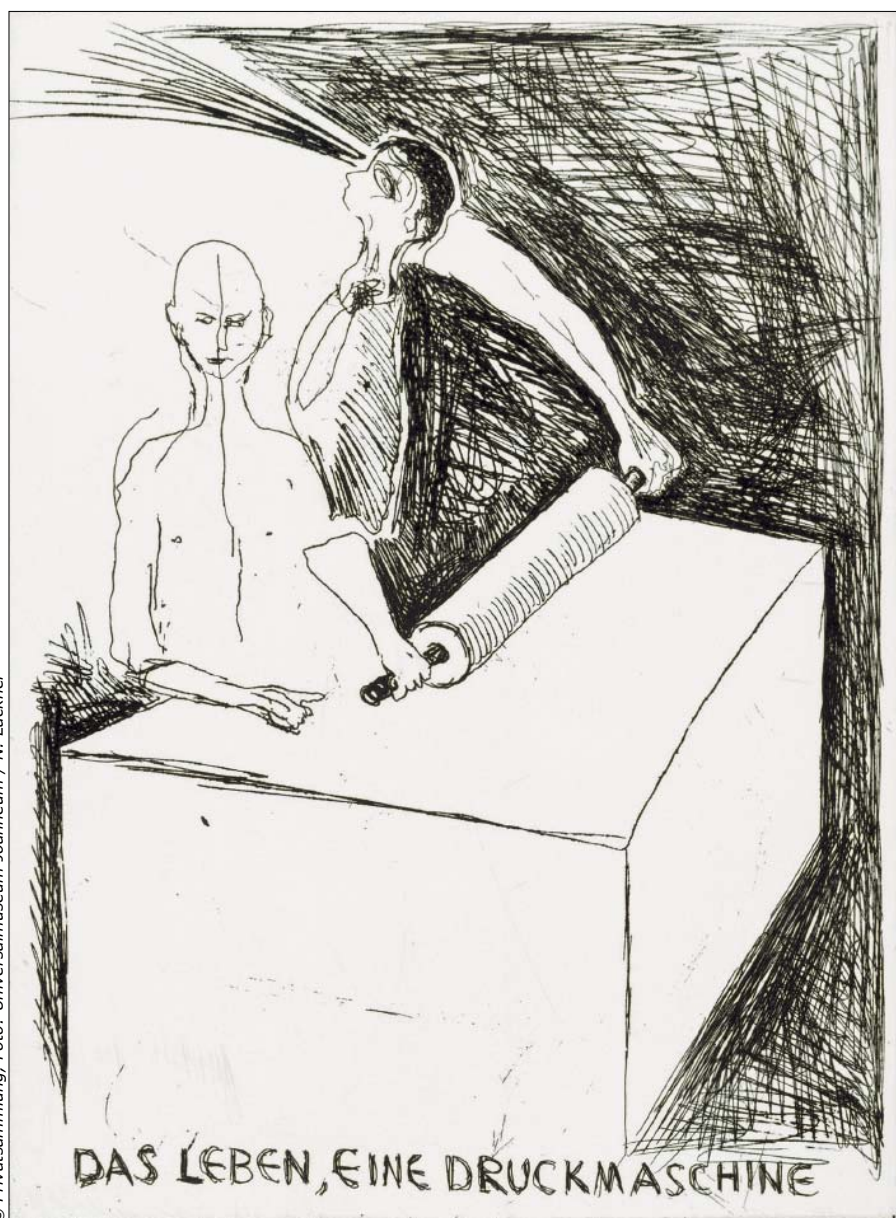
auch regelmäßig auf wenige Stücke limitierte Sonderausgaben, die ein bis zwei Originale enthalten und sich durch eine besondere Gestaltung abheben. An dem Titelblatt der Ausgabe Nummer 9 von „Die Schastrommel“ läßt sich der Druckprozeß exemplarisch nachvollziehen. Zehn Zeichnungen auf Pergamin konturieren die verschiedenen Farbfelder für den Drucker, der dann in ebenso vielen Schritten neun verschiedene Farben schichtweise übereinander druckt.

In der Zusammenarbeit mit Armin Hundertmark kulminiert die Auseinandersetzung mit Fragen nach Unikat und Serie, Original und Edition, Singularität und Wiederholung. Die „Schachteln“ aus der Edition Hundertmark zeichnen sich durch eine Art Siebdruck-Cover auf dem Kartondeckel aus, deren Inhalt jedoch meist vier bis fünf Ori-

ginalzeichnungen bilden. Eine große Ausnahme bildet die Schachtel „Gedankenrast“, bei der sich Brus 1977 das erste Mal an einer Edition versucht, die ausschließlich aus Siebdrucken besteht. In der Ausstellung sind die originalen Vorzeichnungen in einen Dialog mit den finalen Drucken gesetzt.

Tiefdruckverfahren und Schwarze Romantik

1971 entsteht seine erste Kaltnadelradierung und kurz darauf die Serie Die Botschaft, deren Blätter in Inhalt, Stil und Stoßrichtung den Irrwisch-Zeichnungen verwandt sind und von einer „recht spitzbübi-schen Freude an der Blasphemie“ gekennzeichnet sind. Die intensive Beschäftigung mit den unterschiedlichen Techniken des Tiefdruckverfahren setzt allerdings erst mit



Günter Brus, „Das Leben, eine Druckmaschine“, 2002, Kaltnadel auf Kupfer, Blatt: 75,6 x 53 cm

Foto: Universalmuseum Joanneum / N. Lackner



In der Ausstellung (v.l.): der Leiter der Neuen Galerie Graz Peter Peer, Künstler Günter Brus, Kurator Roman Grabner, die kaufmännische Direktorin des UMJ Alexia Getzinger und der wissenschaftliche Direktor des UMJ, Wolfgang Muchitsch

den 1980er-Jahren ein. Inhaltlich setzt sich Brus in dieser Zeit intensiv mit der Literatur und bildenden Kunst des 19. Jahrhunderts auseinander, und hier vor allem mit jener Tendenz, die als Schwarze Romantik bezeichnet wird. Die achteilige Bild-Dichtung Nachtquartett ist eine der zentralen Arbeiten dieser Zeit. Beeinflusst von Johann Heinrich Füssli und Odilon Redon entwirft er eine dunkle Welt jenseits des Tages, die bevölkert ist von Larven des Aberglaubens, monströsen Ausgeburten des Unbewußten und nächtlichen Schrecken. Auf der 4. Biennale der Europäischen Grafik in Baden-Baden erhält er 1985 den ersten Preis dafür. Ein Jahr zuvor, 1984, entsteht auf der Grundlage der Kaltnadelradierungen eine gezeichnete Version der Bild-Dichtung, was in der Geschichte der Druckgrafik ziemlich einzigartig zu sein scheint.

Von Druckplatten bis Archivmaterial

In der Ausstellung werden nicht nur Druckgrafiken und Druckplatten samt dazugehörigem Archivmaterial gezeigt, sondern in einzelnen Fällen auch Originalzeichnungen, die als Entwürfe, Vorlagen oder Einfluß gedient haben, um durch die Wechselwirkung einen Einblick in die Arbeitsweise zwischen Kopie, Adaption und Variation zu geben. In einem Raum werden zudem Druckwerke ausgestellt, die gemeinsam mit Arnulf Rainer, Dieter Roth, Gerhard Rühm oder Oswald Wiener entstanden sind.

Als spätes Hauptwerk kann seine größte druckgrafische Arbeit Stillstand der Dynamik gelten, die 2003 vollendet wird. Acht Monate arbeitet er gemeinsam mit seinem Drucker Kurt Zein an der Genese dieses Werks. In dessen Werkstatt sammelt er zunächst alle runden Gegenstände ein, die er finden kann: Deckeln von Farbdosen und Eimern, Aschenbecher, Teller und Schüsseln unterschiedlichster Größe. Diese ritzt er mit Nadeln verschiedener Größe direkt in die Platte.

Ausgehend von einem Bühnenbildentwurf für Gerhard Roths Theaterstück Erinnerungen an die Menschheit schafft er eine kosmische Parabel auf die Vergänglichkeit alles Seienden. „Überall nur flüchtige Beziehungspunkte. Morgenrotlose Fixsterne und abendrottote Wandelsterne.“

Fünf Jahrzehnte Druckgrafik

Die Ausstellung, die 50 Jahre Brus'sches Schaffen umfaßt, offenbart inhaltliche, formale und kompositorische Vernetzungen. Sören Kierkegaard schreibt: „Wiederholung ist der entscheidende Ausdruck für das, was bei den Griechen ‚Erinnerung‘ war. So wie diese damals lehrten, daß alles Erkennen ein Erinnern ist, so will die neue Philosophie lehren, daß das ganze Leben eine Wiederholung ist. [...] Wiederholung und Erinnern sind dieselbe Bewegung, nur in entgegengesetzter Richtung. Denn was da erinnert wird, ist gewesen, wird nach rückwärts wiederholt, wohingegen die eigentliche Wiederho-

lung nach vorwärts erinnert.“ In der Ausstellung läßt sich sehr gut nachvollziehen, daß Erkenntnis für Brus wesentlich auf Erinnerung, auf der Auseinandersetzung mit denselben grundsätzlichen Fragen beruht und damit künstlerisch Wiederholung und Variation bedeutet. In der gedruckten Bild-Dichtung „Kaspar Hauser's Geburt in An Alphabebethlehemaus“ dem Jahr 2008 greift er zum Beispiel Motive und Elemente auf, die auf Dokumentationsfotos seiner Aktionen beruhen, die er 40 Jahre zuvor durchgeführt hat. Wieder geht es um Themen wie Einsamkeit, Entfremdung und das Geworfensein, die er verhandelt, und fast schon symptomatisch spricht er in der Bild-Dichtung vom „Raum- und Zeitsprung“. Vier Jahrzehnte nach seiner Aktionszeit ringt er künstlerisch noch immer mit denselben Fragestellungen der menschlichen Existenz und den Untiefen des Humanums – und er wird nicht müde, wie auch die jüngsten Arbeiten der Ausstellung zeigen.

Publikation Erdruckt und erstochen. Die Druckgrafik von Günter Brus

Begleitend zur Ausstellung erscheint eine 480seitige Publikation mit Beiträgen von Roman Grabner, Peter Peer, Günter Brus und Kurt Zein im Verlag der Buchhandlung Walther König. Zu einem Preis von 48 € ist sie im Museumsshop sowie im gut sortierten Buchhandel erhältlich.

<https://www.museum-joanneum.at/>